

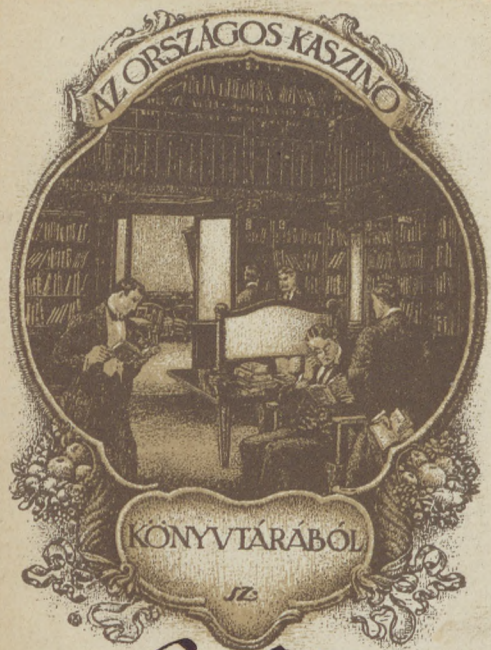
606519

DIE HAUPTFRAGEN DER SOZIALPOLITIK

VON

DR. KARL v. BALÁS

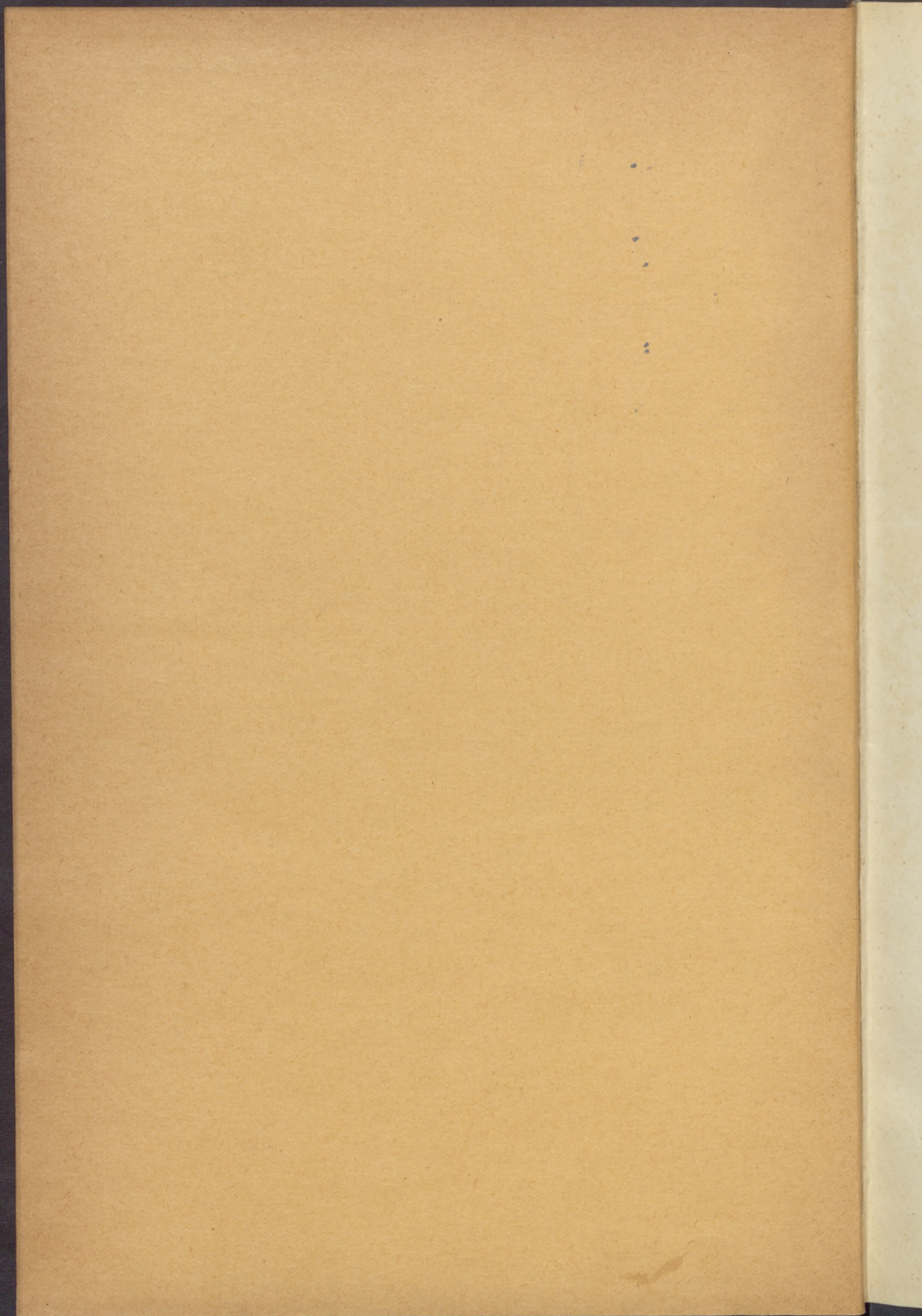
O. Ö. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BUDAPEST



C- 757.

MAGYAR FÖLDRAJZI INTÉZET N.T. BUDAPEST.

1759



Jóth Béla dr ajánlása.

DIE HAUPTFRAGEN DER SOZIALPOLITIK

VON

DR. KARL v. BALÁS

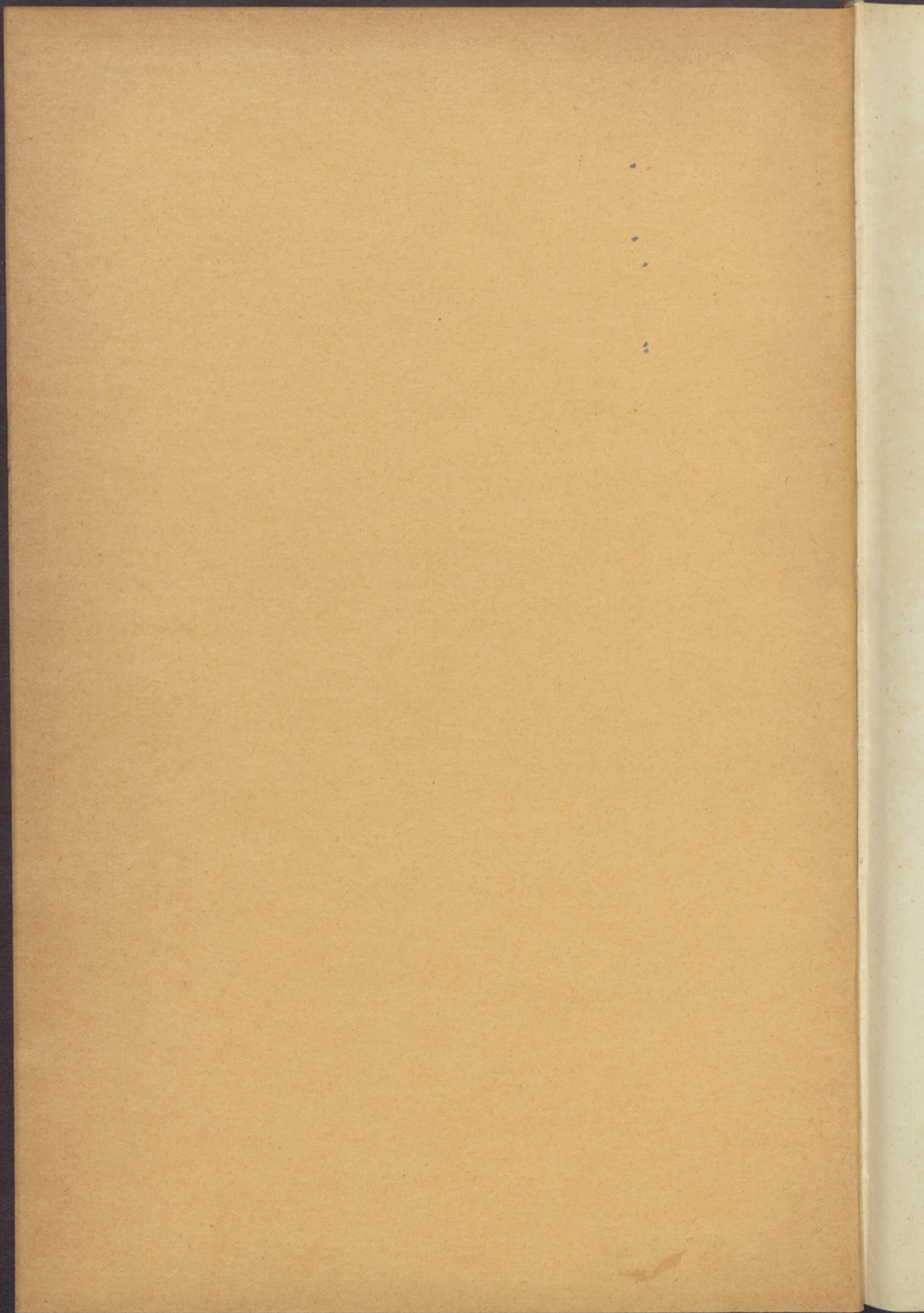
O. Ö. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BUDAPEST

*Jóth Béla dr
mire méltó.*



WIEN 1928

MANZSCHE VERLAGS- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG



Tóth Béla dr. ajánlása.

DIE HAUPTFRAGEN DER SOZIALPOLITIK

VON

DR. KARL v. BALÁS

O. Ö. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BUDAPEST

*Tóth Béla dr.
mire mekkoré -*



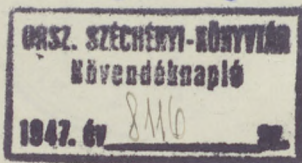
WIEN 1928

MANZSCHE VERLAGS- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung
in fremde Sprachen, vorbehalten.

Copyright 1928 by Manzsche Verlags- und
Universitäts-Buchhandlung, Wien.

606519



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	V
Erster Abschnitt. Einleitung.	1
Zweiter Abschnitt. Arbeiterfrage und Zielsetzung der Sozialpolitik	7
Dritter Abschnitt. Der Arbeiterschutz im allgemeinen	11
Vierter Abschnitt. Der gesetzliche Schutz der Kinder- und Frauenarbeit und der internationale Arbeiterschutz	20
Fünfter Abschnitt. Die Arbeitszeit	27
Sechster Abschnitt. Der Arbeitslohn.	36
Siebenter Abschnitt. Die Arbeiterversicherung bzw. Sozialversicherung	74
Achter Abschnitt. Die Gewerkschaften	102
Neunter Abschnitt. Die Arbeitskämpfe.	142
Zehnter Abschnitt. Schlichtungswesen, Schiedsgerichtsbarkeit und Kollektivverträge	182

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	1
II. Die Geschichte der Botanik	2
III. Die Systematik der Pflanzen	3
IV. Die Physiologie der Pflanzen	4
V. Die Ökologie der Pflanzen	5
VI. Die Kultur der Pflanzen	6
VII. Die Medizin der Pflanzen	7
VIII. Die Industrie der Pflanzen	8
IX. Die Zoologie der Pflanzen	9
X. Die Mineralogie der Pflanzen	10
XI. Die Geologie der Pflanzen	11
XII. Die Kosmologie der Pflanzen	12
XIII. Die Ethnologie der Pflanzen	13
XIV. Die Linguistik der Pflanzen	14
XV. Die Philosophie der Pflanzen	15
XVI. Die Religion der Pflanzen	16
XVII. Die Kunst der Pflanzen	17
XVIII. Die Wissenschaft der Pflanzen	18
XIX. Die Literatur der Pflanzen	19
XX. Die Musik der Pflanzen	20
XXI. Die Malerei der Pflanzen	21
XXII. Die Architektur der Pflanzen	22
XXIII. Die Bildhauerei der Pflanzen	23
XXIV. Die Schererei der Pflanzen	24
XXV. Die Tischlerei der Pflanzen	25
XXVI. Die Schlosserei der Pflanzen	26
XXVII. Die Schmiederei der Pflanzen	27
XXVIII. Die Goldschmiederei der Pflanzen	28
XXIX. Die Silberschmiederei der Pflanzen	29
XXX. Die Eisenwerkerei der Pflanzen	30
XXXI. Die Steinwerkerei der Pflanzen	31
XXXII. Die Holzwerkerei der Pflanzen	32
XXXIII. Die Leinwanderei der Pflanzen	33
XXXIV. Die Seidenerei der Pflanzen	34
XXXV. Die Wolllerei der Pflanzen	35
XXXVI. Die Färberei der Pflanzen	36
XXXVII. Die Gerberei der Pflanzen	37
XXXVIII. Die Papiermühle der Pflanzen	38
XXXIX. Die Druckerei der Pflanzen	39
XL. Die Buchbinderei der Pflanzen	40
XLI. Die Bibliothek der Pflanzen	41
XLII. Die Museen der Pflanzen	42
XLIII. Die Akademien der Pflanzen	43
XLIV. Die Schulen der Pflanzen	44
XLV. Die Klöster der Pflanzen	45
XLVI. Die Städte der Pflanzen	46
XLVII. Die Länder der Pflanzen	47
XLVIII. Die Völker der Pflanzen	48
XLIX. Die Könige der Pflanzen	49
L. Die Fürsten der Pflanzen	50
LI. Die Bischöfe der Pflanzen	51
LII. Die Priester der Pflanzen	52
LIII. Die Mönche der Pflanzen	53
LIV. Die Nonnen der Pflanzen	54
LV. Die Kleriker der Pflanzen	55
LVI. Die Laien der Pflanzen	56
LVII. Die Bettelorden der Pflanzen	57
LVIII. Die Ordensleute der Pflanzen	58
LIX. Die Nonnenorden der Pflanzen	59
LX. Die Klosterväter der Pflanzen	60
LXI. Die Klostermütter der Pflanzen	61
LXII. Die Klosterkinder der Pflanzen	62
LXIII. Die Klosterfrauen der Pflanzen	63
LXIV. Die Klostermänner der Pflanzen	64
LXV. Die Klosterfrauen der Pflanzen	65
LXVI. Die Klostermänner der Pflanzen	66
LXVII. Die Klosterkinder der Pflanzen	67
LXVIII. Die Klosterfrauen der Pflanzen	68
LXIX. Die Klostermänner der Pflanzen	69
LXX. Die Klosterkinder der Pflanzen	70
LXXI. Die Klosterfrauen der Pflanzen	71
LXXII. Die Klostermänner der Pflanzen	72
LXXIII. Die Klosterkinder der Pflanzen	73
LXXIV. Die Klosterfrauen der Pflanzen	74
LXXV. Die Klostermänner der Pflanzen	75
LXXVI. Die Klosterkinder der Pflanzen	76
LXXVII. Die Klosterfrauen der Pflanzen	77
LXXVIII. Die Klostermänner der Pflanzen	78
LXXIX. Die Klosterkinder der Pflanzen	79
LXXX. Die Klosterfrauen der Pflanzen	80
LXXXI. Die Klostermänner der Pflanzen	81
LXXXII. Die Klosterkinder der Pflanzen	82
LXXXIII. Die Klosterfrauen der Pflanzen	83
LXXXIV. Die Klostermänner der Pflanzen	84
LXXXV. Die Klosterkinder der Pflanzen	85
LXXXVI. Die Klosterfrauen der Pflanzen	86
LXXXVII. Die Klostermänner der Pflanzen	87
LXXXVIII. Die Klosterkinder der Pflanzen	88
LXXXIX. Die Klosterfrauen der Pflanzen	89
LXXXX. Die Klostermänner der Pflanzen	90
LXXXXI. Die Klosterkinder der Pflanzen	91
LXXXXII. Die Klosterfrauen der Pflanzen	92
LXXXXIII. Die Klostermänner der Pflanzen	93
LXXXXIV. Die Klosterkinder der Pflanzen	94
LXXXXV. Die Klosterfrauen der Pflanzen	95
LXXXXVI. Die Klostermänner der Pflanzen	96
LXXXXVII. Die Klosterkinder der Pflanzen	97
LXXXXVIII. Die Klosterfrauen der Pflanzen	98
LXXXXIX. Die Klostermänner der Pflanzen	99
LXXXXX. Die Klosterkinder der Pflanzen	100

Vorwort.

Der heutige Begriff der Sozialpolitik kann nicht mehr mit jenem Begriff übereinstimmen, der ihr zu jener Zeit eigen war, zu welcher der entstehende und sich verbreitende „Sozialismus“ die Ungerechtigkeiten der Gesellschaftsordnung zu geißeln und die Forderung zu erheben begann, das Elend der arbeitenden Klassen sei zu lindern.

Damals war es ganz verzeihlich, wenn man den Massen Hoffnung auf ein größeres Zukunftsglück machte, als welches die Gesellschaft der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder zu sichern vermag. Damals erschien es vielleicht nicht als ein unverzeihlicher Fehler, als eine schwer wieder gutzumachende Gewissenlosigkeit, die bestehenden Zustände und Einrichtungen ohne Verantwortlichkeitsgefühl zu geißeln und ihre Abänderung (und die Einführung einer neuen, noch nie bestandenenen Gesellschaftsordnung) zu fordern, ja man kann für diese Zeit sogar in mancher Beziehung auch die optimistische Auffassung verzeihen, derzufolge man annahm, daß die gleichmacherische Abänderung der gesellschaftlichen Rechtsinstitute schon an und für sich die überhaupt mögliche größte Quote der Lebensgüter der Mehrzahl der Menschen sichern werde.

Damals war die Übereinstimmung, das Zusammenfallen von Sozialismus und Sozialpolitik noch verhältnismäßig ungefährlich, da die bisherigen Ergebnisse der menschlichen Kultur und Produktion damals noch nicht in der imminnten Gefahr schwebten, daß die große soziale Abrechnung mit ihnen aufräumen, eine tabula rasa machen und neue, angeblich vollkommenere gesellschaftliche Einrichtungen schaffen würde. Damals meldeten sich noch nicht der nagende Gedanke und die immer mehr zur Gewißheit werdende üble Vorahnung, wonach eine solche Abrechnung ungemein viele Werte und Individuen vernichten würde, so daß ihr nur ein solcher Zustand folgen könnte, in dem Wohlfahrt und Kultur, eben infolge der Vernichtung der bisherigen Errungenschaften, geringer wären als vordem.

Heute fordert die Lage viel mehr Verantwortlichkeit bezüglich der Versprechen und der Zielsetzungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und es ist überaus gefährlich, in der Ideologie des revolutionären Klassenkampfes zu verharren. Man muß den Mut aufbringen, sowohl den breiten Massen als auch ihren Ausbeutern auch die unangenehmen Wahrheiten zu verkünden.

Die demagogischen Massen sind rücksichtslos utilitaristisch, der ihr gegenüberstehende Weltkapitalismus ist es ebenfalls. Dem sich mit Fragen der Sozialpolitik theoretisch Befassenden fällt daher die Aufgabe zu, in seiner Stellungnahme jenes Optimum zu suchen, welches die gegensätzlichen Anschauungen in einem Kompromiß ausgleichen und die Wohlfahrts- und Kulturentwicklung von möglichst vielen Mitgliedern der Gesellschaft sichern könnte. Dieser Kompromiß läßt sich jedoch nicht als ein proportioneller Nachlaß von beiden Anschauungen, als ein Feilschen über die wirtschaftlichen Güter und das Nationaleinkommen vorstellen. Denn es handelt sich um den sozialen Frieden und darum, die feindlichen Leidenschaften, die schädlichen Bestrebungen zu vermindern. Da man also die Faktoren der allgemeinen gesellschaftlichen Wohlfahrt kräftigen will, muß von der Sozialpolitik auch ein sozial-psychischer und ethischer Gehalt gefordert werden. Die Erhaltung der bisherigen Resultate der menschlichen Kultur und das Ringen um ihre Steigerung erfordert aber auch solche gesellschaftliche Kräfte, die einzig durch die Aufklärung, das Zusammenführen und die Organisation der entsprechenden Menschen ausgelöst werden können.

Budapest, im Oktober 1928.

Erster Abschnitt.

Einleitung.

Wir wollen uns in dieser Arbeit mit jenen wichtigsten Fragen befassen, die im brennenden Mittelpunkt der modernen Sozialpolitik und der sozialen Frage stehen. Unsere diesbezügliche allgemeine Auffassung haben wir in einer anderen Schrift schon in ausführlicherer Weise dargelegt und begnügen uns hier damit, deren leitenden Gesichtspunkte als Einleitung im folgenden vor auszuschicken:

1. Das höchste Interesse der Gesellschaft liegt in der größtmöglichen Wohlfahrt der Menschheit innerhalb des Staates, der Nation, der Gesellschaft. Diese Wohlfahrt wird durch das bei je mehr Mitgliedern der Gesellschaft vorwaltende Gefühl der Zufriedenheit gekennzeichnet, welches sich im Laufe der Entwicklung durch das Zusammentreffen der entsprechenden Befriedigung ihrer physiologischen und geistigen Bedürfnisse kenntlich macht.

2. Vorbedingungen hierzu sind : a) eine wohlwollende Weltanschauung (gesellschafterhaltende ethische Kultur), b) entsprechende Bedürfnisbefriedigung und c) eine stramme nationale und gesellschafterhaltende Organisation.

3. Die Erfordernisse der entsprechenden Bedürfnisbefriedigung können in dem Sinne bestimmt werden, daß einem jeden möglichst viele und möglichst gediegene Güter zur Bedürfnisbefriedigung sowohl in absoluter Menge als auch, was die verhältnismäßige Verteilung anbetrifft, in physiologischer wie auch in kultureller Beziehung mit je größerer Sicherheit und Stetigkeit Generationen hindurch zur Verfügung stehen sollen. Aus den Gesichtspunkten des Friedens und der Zufriedenheit der Gesellschaft ist die wohlwollende Gesinnung der Massen von ausschlaggebender Bedeutung, da es kein irdisches Paradies gibt, das man nicht als elend hinstellen könnte.

4. Die einzige Sicherheit der entsprechenden Bedürfnisbefriedigung durch längere Zeiträume hindurch bildet die je ergiebigere technische, sowie wirtschaftliche und kulturelle Gütererzeugung.

5. Je ergiebiger diese Erzeugung, je größer ihre Menge und je besser ihre Qualität ist, desto mehr kann aus ihr durchschnittlich einem jeden zuteil werden.

6. Auch beim gleichmäßigsten Verteilungsschlüssel muß die auf einen jeden entfallende Güter- und Genußmenge fortlaufend sich vermindern, falls der Erfolg der Produktion (und der Arbeit) abnimmt und demzufolge die absolute Menge der Produktion sich verringert. Eine sich in diesem Zustande befindliche Gesellschaft wird unvermeidlich durch die fortlaufende und durch eine genügende Reproduktion nicht ausgeglichene Aufzehrung der von den Vorfahren erzeugten, gesammelten und aufgesparten Vorräte (Sach- und Geistesgüter) und demzufolge durch eine notwendigerweise zunehmende materielle sowie geistige Verarmung und Dekadenz gekennzeichnet.

7. Demgegenüber erhöht die folgerechte und lange Zeit hindurch bestehende und sich steigernde Effikazität der (materiellen und geistigen) Erzeugung den materiellen und geistigen Gütervorrat der betreffenden Gesellschaft, in welchem Falle aus demselben durchschnittlich einem jeden immer mehr und mehr zuteil werden kann. Dies gilt vor allem bezüglich der Güter des Massenverbrauchs, also jener, die zur Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisgattungen bestimmt sind. Die großzügige Erzeugung solcher Güter kann sich aber nur auf deren ausgedehnten Verbrauch gründen. Wir sorgen also dann am besten für das Wohlergehen der großen Massen, wenn wir von den Massenverbrauchsgütern bedeutende Mengen für ihre Abnutzer und Verbraucher, also für die Angehörigen der großen Masse, erzeugen.

8. Da aber der unter 6 gekennzeichnete Zustand die folgerechte Verringerung der Wohlfahrt bedeutet, der unter 7 beschriebene dagegen in die Richtung ihrer konsequenten Erhöhung verweist, ist es zweifellos — welcher Schlüssel oder welches System immer zur gleichmäßigen Beteiligung an den Gütern der Gesellschaft in Anwendung gebracht werden möge —, daß unter den sub 6 erwähnten Umständen von den materiellen und geistigen Gütern früher oder später auf je ein Mitglied der Gesellschaft weniger entfallen wird, als im Falle des Obwaltens der unter 7 dargestellten Verhältnisse, wie ungleich auch der Verteilungsschlüssel in diesem letzteren Falle sein möge. Bei einer sinkenden Gestaltung des Produktions- und Arbeitserfolges nähert sich nämlich die Gesellschaft in immer rascherem Tempo jenem Wirtschaftszustand, bei dem der überwiegenden Mehrzahl der Menschen trotz des gleichmäßigsten Verteilungsschlüssels weniger zukommt, als sie im Falle einer ungleichmäßigeren Einkommenverteilung, die jedoch mit einem gleichbleibenden oder sich erhöhenden Erfolg der Produktion einhergeht, teilhaftig werden würde. Von diesem Zeitpunkt an aber (von welchem an auf je ein Mitglied der Gesellschaft bei gleichmäßiger Verteilung weniger entfällt als bei der ungleichmäßigeren, sich jedoch auf eine erfolgreichere Produktion stützenden Verteilung) muß sich die Lage überaus rasch zum Nachteil der gleichmachenden, die effiziente Erzeugung jedoch nicht sichern könnenden Gesellschaft verschlechtern.

Das höchste Interesse von Individuum und Gesellschaft besteht also nicht in der Aufstellung des gleichmäßigsten Verteilungsschlüssels, sondern in der Sicherung der je erfolgreicher (materiellen und geistigen) Erzeugung. Sollte sich aber die Gleichmachung des Verteilungsschlüssels als Hindernis der erfolgreichen Gestaltung der Produktion erweisen, so ist erstere im Interesse der letzteren zu opfern und nicht umgekehrt. Der wichtigste Gesichtspunkt der Sozialpolitik besteht also nicht in der Aufzehrung und Aufteilung des zu einem gegebenen Zeitpunkt vorhandenen gesellschaftlichen Gütervorrats, sondern in der Sicherung einer je entwicklungsfähigeren und dauernderen Form der Wohlfahrt. Die Menschen können einer großen Quote von Sach- und Geistesgütern nur dann teilhaftig werden, falls der Erfolg von Arbeit und Produktion sich fortschreitend vergrößert.

9. Andererseits sind aber auch Garantien notwendig gegenüber den das öffentliche Interesse verletzenden Mißbräuchen der utilitaristischen Minderheiten. Da vom Gesichtspunkte der Politik aus die Rasse und die Nation von größerer Bedeutung für die Gesellschaft sind als der einzelne, sind die Ergebnisse der effizienten Arbeit von Nation und Rasse der Nation und der nationalen Rasse zu sichern.

10. Der Erfolg der Produktion kann am besten durch die je systematischere und folgerichtiger Auslösung und Verwendung der im Menschen schlummernden physischen und geistigen Energien gesichert werden. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn es gelingt, die dem Menschen innewohnenden psychologischen Triebkräfte, vor allem den Willen und die Berufsliebe, in der Weise auszulösen, daß die Menschenpsyche die erfolgreichste Arbeit ausführen wolle, sich der Notwendigkeit der Arbeit nicht widersetze und seine Arbeit nicht nur durch Zwang genötigt verrichte.

11. Die stärkste Garantie für Arbeitswillen und Berufsliebe wird durch jene soziale Einrichtung der Gesellschaft geboten, bei welcher der einzelne die größeren Früchte seiner größeren individuellen Anstrengungen auch persönlich genießen kann. Im Gegensatz hierzu steht jene gesellschaftliche Ordnung, in welcher der Erfolg von individuellen Anstrengungen nur den kollektiven (materiellen und geistigen) Gütervorrat um eine Kleinigkeit vermehrt, die Genußquote des einzelnen jedoch infolge seiner persönlichen größeren Anstrengungen oder seines größeren Arbeitserfolges sich nicht merklich erhöht. Den ersteren Zustand können wir als jenen bezeichnen, bei welchem eine unmittelbare individuelle Aussicht auf eine bessere Vergeltung des Erfolges in der Mehrerzeugung besteht, während bei letzterem eine solche unmittelbare individuelle Aussicht nicht besteht.

12. Durch das System der starren wirtschaftlichen Gleichmacherei wird die individuelle Entlohnung verhältnismäßig um so geringer, je hervor-

ragender und erfolgreicher die gebotene Leistung der Mittelmäßigkeit gegenüber ist. Am rationellsten verfährt also jener, der im Rahmen der erzwingbaren Arbeitsleistung, die als Vorbedingung der Beteiligung am gleichmäßigen Verteilungsschlüssel angefordert wird, nur das Mindestmaß an Anstrengung auf sich nimmt. Es handelt sich daher hier (in bezug auf technisches und geistiges Schaffen) um einen Gesellschaftszustand der Ineffizienz.

13. Das System des Privateigentums birgt demnach die Tendenz in sich, die Genußmenge eines jeden um so größer werden zu lassen, je größer der von ihm ausgewiesene Produktionserfolg ist, während das auf Gleichmachung des Einkommens fußende kommunistische System dahinzielt, diese Genuß- bzw. Anteilsquote verhältnismäßig um so kleiner zu machen, je größer der individuelle Erzeugungserfolg, und um so größer, je geringer die Leistung ist.

Obzwar diese Tendenz des Privateigentumsystems sich praktisch nicht in absoluter Weise, sondern nur verhältnismäßig als eine gewisse Reihe von Möglichkeiten durchsetzt, kann ihre Existenz doch nicht geleugnet werden und es gehört zu den Aufgaben der sozialen Politik, stets bestrebt zu sein, diese überaus wichtige und konstruktiv wirkende Tendenz zu schützen und ihr Zur-Geltung-Kommen zu fördern.

Von Belang ist ferner der Umstand, daß bei Vorhandensein von Privateigentum die Möglichkeiten der Arbeitsentlohnung viel elastischer sind als im Falle der Gleichmacherei. Das System der Gleichmacherei kann höchstens ein Erfolgsminimum erzwingen und zu diesem Zwecke Strafsanktionen anwenden, falls es aber denen, die einen Mehrerfolg erzielt haben, eine größere Genußquote als Belohnung zukommen lassen wollte, müßte es die Grundlagen des Systems der Gleichmacherei bereits verlassen und sich wieder der Lohnangleichung an den Arbeitserfolg zuwenden. Dieses zur Sicherung des entsprechenden Produktionserfolges wirkungsvollste Verfahren könnte es jedoch nur ausnahmsweise und in minimalem Ausmaße anwenden, da, falls es die effizientere Arbeit und den bedeutenderen Arbeitserfolg ganz allgemein mit einer bedeutend größeren Quote entlohnen wollte, wieder nur ein Zustand der ungleichmäßigen Einkommen und Gewinne entstehen würde. Folglich lohnt es sich in der gleichmachenden Gesellschaftsordnung nicht, persönliche Anstrengungen zu machen; man tut besser, eben nur die minimale Grenzarbeit zu verrichten. Dieses System entbehrt daher den wichtigsten erfolgssichernden Faktor der Erzeugungs- und Arbeitseffizienz: die Wahrscheinlichkeit und das Sich-lohnen einer gesteigerten individuellen Energie- und Fleißentfaltung und kann daher nur die dekadente Gesellschaft der Aufzehrer und Abnützer sein.

14. Aufgabe der Sozialpolitik ist es nunmehr, dahin zu streben, daß durch die Rechtsinstitutionen der Gesellschaft die Verwirklichung der erwähnten Tendenz (des mit der steigenden Größe des Produktionserfolges

ansteigenden Anteilserfolges) innerhalb des Staates für möglichst viele Menschen gesichert werde, da in diesem Fall: a) die gesellschaftliche Produktion in ihrer absoluten Menge am größten und erfolgreichsten, b) die Produktion der meisten Individuen am effizientesten und c) die Anteilsquote der meisten Personen am größten sein wird. Dies bildet also das Ziel der Sozialpolitik.

Die zur Erreichung dieses Zieles dienenden Mittel sind die folgenden: a) die gesellschaftliche Vorbedingung einer jeden erfolgreichen Produktion und Kulturarbeit: die das Vaterland begründende, den Lebensspielraum (das Vaterland, die Heimat) sichernde, verteidigende, Frieden, Sicherheit und Zukunft gewährleistende Arbeit (Anstrengung und entsprechendes Opfer); b) die Bewahrung des Privateigentums und gewisser Vermögensrechte, wie auch im allgemeinen die Bewahrung jener Institutionen, Sitten und Gewohnheiten, die den individuellen Ehrgeiz, die persönliche Energie und die Berufsliebe fördern, sowie die Sicherung des ethischen Niveaus der entsprechenden Geistesströmungen; c) die Abwehr gegen Ausbeutung und Ausnutzung (Parasitismus) zumindest in dem Maße (da sie nun einmal vollkommen nicht vernichtet und vermieden werden können), daß die größere und erfolgreichere Arbeit immer schon unmittelbar eine größere Belohnungs- und Genußquote bedeute; d) die — unter c) — erwähnte Vorbedingung ist im erwähnten Ausmaße nach zwei Richtungen hin zu sichern: die bessere Belohnung der erfolgreicheren Arbeit ist innerhalb je billigerer Grenzen einerseits den ausbeuterischen Bestrebungen gegenüber, ob sie nun kapitalistischen Monopolen oder anderen parasitären Richtungen entstammen, andererseits aber solchen gegenüber zu sichern, die sich vor der Arbeit drücken wollen, bzw. die Effikazität der Arbeit zu mindern bestrebt sind (durch Sabotage, Gewerkschaftsterror, Streikzwang, Klassenkampf usw.); e) grundlegender Ausgangspunkt hat demzufolge in der Sozialpolitik (aber auch in der Politik der Einkommenverteilung) nicht das Arbeitslohnminimum, sondern das Leistungsminimum (Pflichtmaßminimum) zu sein; f) im Interesse der Einführung einer gleichmäßigen Arbeitsentlohnung soll daher das individuelle Leistungsminimum nie vermindert werden dürfen, da dies auch den Erfolg der gesellschaftlichen Produktion und sowohl den physischen, als auch den kulturellen Gütervorrat und ebenso die auf ein jedes Individuum entfallende Quote vermindern würde. Folglich wäre dies ein in sozialem Sinne destruktiv (verderblich) wirkendes Verfahren. Nur jene Erhöhungen der Arbeitsentlohnungen sollen im allgemeinen möglich sein, bei denen die beanspruchte individuelle Durchschnittsleistung sich nicht verringert. Dem Individuum soll aber andererseits das Recht zustehen, eine Mehrleistung zu vollbringen (Freiheit der Arbeit) und die sozialpolitische Fürsorge soll sich in dieser Hinsicht darauf richten, daß ihm der billige (gerechte) Lohn seiner Mehrleistung (höherer Arbeitslohn usw.) auch zukomme, ferner, daß die sozialhygienischen Gesichtspunkte (physisches

Existenzminimum) nicht beeinträchtigt werden; g) zu den Mitteln der Sicherung der Effikazität und des Erfolges der Arbeit und der Arbeitsliebe gehören der Schutz der einzelnen, der Kräfte, Stoffe, Vorräte, das Haushalten mit denselben, der Kampf gegen die Raubwirtschaft, der Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung, der Schutz der Frauen und Kinder usw. die Verhinderung der Erschöpfung der Arbeitskraft und der Gesundheit und jenes Bestreben, wonach dem Minimum an Leistung auch ein menschenwürdiges Existenzminimum entsprechen solle; h) da nun aber das menschliche und folglich auch das gesellschaftliche Dasein auf grundlegenden physiologischen Funktionen beruht, müssen diese physiologischen Funktionen in einer erfolgreichen Weise wirksam werden, damit auf ihnen eine blühende und fortschreitende, nicht aber eine dekadente Gesellschaft aufgebaut werden könne. In jeder, ihre großen Interessen erkennenden Gesellschaft oder Nation bzw. für einen jeden solchen Staat hat der entsprechende Rassenschutz den Gegenstand einer selbstbewußten Fürsorge zu bilden. Dieses Erfordernis hängt aber auch mit der modernen Frauenfrage eng zusammen, da auch die moderne Frau ihren physiologischen und gesellschaftlichen Beruf erfolgreich zu vertreten hat. Die gesellschaftliche Evolution der Frau darf also nicht eine Richtung einschlagen, die sie an der Erfüllung ihrer wichtigsten physiologischen und mit dem Gemeininteresse übereinstimmenden ethischen Aufgabe: der effizienten Rassen- und Familienerhaltung, hindern würde. Die Sozialpolitik hat jene ethischen, sozialwirtschaftlichen und Machtfaktoren, welche zur Sicherung der durch diese Fragen berührten großen Interessen geeignet sind, zu erkennen und die Öffentlichkeit über dieselben aufzuklären; i) ein vom Kulturstandpunkt des öffentlichen Interesses wohlverstandener und auch dem Interesse der überwiegenden Mehrheit unserer Mitmenschen entsprechender, d. h. im sozialen Sinne erfolgbedeutender Fortschritt kann ausschließlich durch eine solche Gesellschaftspolitik erzielt und gesichert werden, die sich der im vorstehenden dargestellten Richtung nicht entgegensetzt; die Kulturgesellschaft kann nur durch eine solche — positive Leistungen aufweisende — Richtung vor sozialem Verfall und einem neuen Barbarentum bewahrt werden. Daher steht es wahrlich in unserem Interesse, unsere Kräfte zwecks Erweckung und Ausgestaltung dieser konstruktiven Bestrebungen (die mit der Sicherung von Kultur und Zivilisation gleichbedeutend sind) anzustrengen und zu organisieren, um den erfolgreichen Verteidigungskampf gegenüber dem uns aufgezwungenen revolutionären Klassenkampf auszufechten und durchzuhalten.

Zweiter Abschnitt.

Die Arbeiterfrage und die Zielsetzung der Sozialpolitik.

Die moderne Arbeiterfrage ist hauptsächlich dadurch gekennzeichnet, daß vorher noch niemals eine Gesellschaft bestand, die eine so beträchtliche Quote ausschließlich von geldmäßigem Arbeitslohn lebender Lohnarbeiter enthalten hätte, wie es gegenwärtig der Fall ist. Die breiten Volksschichten der modernen Staaten, hie und da sogar der überwiegende Teil der Bevölkerung, besteht aus Lohnarbeitern, die ausschließlich von dem Ertrag ihrer Arbeit, hauptsächlich von industriellem Arbeitslohn leben.

Die Ausgestaltung der modernen Lohnarbeiterklasse ist durch das Zusammenwirken der Bevölkerungsverhältnisse und volkswirtschaftlichen Umstände, hauptsächlich aber unter dem Druck der wirtschaftstechnischen Änderungen erfolgt. Zuerst vollzog sich diese Gestaltung in England, dann in den übrigen größeren Staaten Europas, später auch in anderen Teilen der Alten und Neuen Welt und auch jetzt dauert dieser Prozeß noch weiter fort. Die wohlbekannte englische Entwicklung bildet hiefür das Schulbeispiel und ist wohl am besten zur Beobachtung geeignet. Dort wurde die Dorfbevölkerung der Provinz zu allererst aus ihrem landwirtschaftlichen Beschäftigungskreis verdrängt. Diese Verdrängung ist auf mehrfache Gründe zurückzuführen. Einerseits hatte sich die Bevölkerung so stark vermehrt, daß die Landwirtschaft mit dieser Entwicklung nicht Schritt zu halten vermochte und nicht mehr alle Existenzen mit Arbeitsgelegenheiten versorgen konnte. Überdies wurde die Zahl der Arbeitsgelegenheiten auf dem flachen Lande in verstärktem Maße auch dadurch verringert, daß die Neureichen fast alle Landbesitze zusammenkauften und die bebauten Flächen zu Jagdgebieten und Wildparken umgestalteten. Andererseits drückten die aus den transatlantischen Gebieten importierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Ertragsfähigkeit des Ackerbaues im Insellande immer tiefer herab, wogegen die im letzten Drittel des XVIII. Jahrhunderts erstaunlich emporgekommene großindustrielle Technik mit Hilfe des gleichzeitig ebenso mächtig zunehmenden Kapitalismus auf ihren Fabrikanlagen eine derartige Menge von industriellen Lohnarbeitsgelegenheiten zu schaffen vermochte, daß daneben die von der Landwirtschaft gebotenen immer mehr verkümmerten. So wurde denn die Arbeiterbevölkerung der Provinz allmählig durch die Industrie- und Verkehrszentren der Städte aufgesaugt. Der bäuerliche Feldarbeiter des Dorfes verwandelte sich zum städtischen Fabriks- oder Hafentagelöhner und später, durch seelische Umgestaltung, zum modernen Industriearbeiter.

Die ersten Entwicklungsepochen der modernen Lohnarbeiterklasse Englands bietet zu Ende des XVIII. und am Beginne des XIX. Jahr-

hunderts ein traumig-lehrreiches Bild. Überarbeitung, Anstellung unentwickelter, schwacher Kinder und Frauen zu mühseliger, gesundheitsschädlicher Arbeit, Vernachlässigung der moralischen, hygienischen und aller sonstigen Gesichtspunkte allgemeinen Interesses, kurzum die rücksichtslose Ausnützung von Kraft und Gesundheit des Arbeiters gehörte zu den häufigen, ja allgemeinen Erscheinungen. Da begann sich die Gesellschaft immer weiterer Kreise für das Schicksal der Lohnarbeiter zu interessieren, deren Klasse mangels jeglicher Machtorganisation vorerst noch eine rein passive Masse bildete, und so leistete ihr die erwachende Humanität der englischen Gesellschaft die erste wirklich planmäßige, großzügige Hilfe. Durch das Erwachen der Teilnahmsgefühle weiterer Kreise wurde das Parlament zum Eingreifen veranlaßt, und so entstanden die ersten Arbeiterschutzgesetze. Anfangs war hauptsächlich der Kinder- und Frauenschutz Gegenstand der öffentlichen Fürsorge. Der Stand der geschützten Arbeiter wurde festgesetzt; nach den Bestimmungen des ersten englischen Fabrikgesetzes vom Jahre 1802 erstreckte sich deren längste Arbeitszeit auf zwölf Stunden. In der Praxis aber vermochte sich dieses Gesetz nur schwer durchzusetzen. 1815 findet eine große Fabrikenenquête statt; das Gesetz vom Jahre 1819 gestattet in den Wollfabriken nur noch die Beschäftigung von Arbeitern, die ihr neuntes Lebensjahr überschritten haben, die Arbeitszeit der Neun- bis Zwölfjährigen wird, mit anderthalbstündiger Mittagspause, auf zwölf Stunden maximalisiert. Bald nachher beginnt der Kampf um die zehnstündige Arbeitszeit usw. usw.

Diesen gesetzlichen Verfügungen schließt sich in England und später auch in anderen Ländern eine ununterbrochene Reihe von Arbeiterschutzgesetzen und anderen sozialpolitischen Reformen an.

So wurde der Arbeiterschutz in immer mehr Ländern zum Gegenstand der gesetzlichen Fürsorge. Die Arbeitermassen aber begnügen sich bei zunehmendem Selbstbewußtsein nicht länger mit der Tatsache allein, daß sie als passive Subjekte der Arbeiterschutzfürsorge zur Geltung kommen, sie kümmern sich mehr und mehr um den Schutz ihrer Interessen und schaffen sich zu diesem Zwecke eigene Organisationen, die sich immer wirksamer betätigen. In England kommt die Arbeiterorganisation solcher Richtung als Trades Unionismus in Fluß, um sich von dort aus im Laufe des Jahrhunderts auch in anderen Ländern zu verbreiten. Gleichfalls von England aus nimmt das Versicherungswesen gegen Krankheit, Unfall, später gegen Invalidität und Arbeitslosigkeit seinen Anfang. Vorerst auf privatem Wege, dann mit Hilfe der Trades Unions lassen sich die Arbeiter in stets zunehmenden Massen versichern. In den verschiedenen Versicherungskategorien werden natürlicherweise verschiedene Ergebnisse erzielt. Mehr und mehr gestaltet sich die Verstaatlichung der Arbeiterversicherung zu einer sozialpolitischen Forderung. Gegen Ende des Jahrhunderts schafft das Deutsche Reich Großes, indem es die obligatorische staatliche Arbeiterversicherung ins Leben ruft und den Verhältnissen

angemessen mustergültig ausbaut. Auch in den übrigen Staaten Europas wird der Ausbau der obligatorischen staatlichen Arbeiterversicherung in Angriff genommen, doch vergeht eine ziemliche Reihe von Jahren, ehe es außerhalb Deutschlands zur Verwirklichung ähnlicher Einrichtungen kommt. Vor Ausbruch des Weltkrieges ist gleichwohl in den hauptsächlichsten Industriestaaten die staatliche Arbeiterversicherung bereits eingeführt, freilich mit Ausnahme der Versicherung gegen die allzu labile Arbeitslosigkeit, die jeweilig nur in relativem Maße durchgeführt werden kann.

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts spielt in die Sozialpolitik der modernen Staaten immer mehr auch die revolutionär-sozialistische Bewegung der Arbeitermassen hinein. In Frankreich treten die großzügigeren Manifestationen des internationalen Umsturzsozialismus in Erscheinung. Dieser baut sich am systematischsten auf deutschem Boden aus, gewinnt aber auch anderswo, selbst England nicht ausgenommen, an Werbekraft und Verbreitung. Als Anreger und Lenker der sozialistischen Bewegung treten Intellektuelle von revolutionärer Neigung hervor, ein Umstand, aus dem sich auch die feindseligen Zielsetzungen des modernen internationalen Sozialismus gegenüber den auf christlich-europäischen Grundlagen aufgebauten nationalen Institutionen und Staaten erklären lassen. Dieser internationale Sozialismus wird nicht allein im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Leben der europäischen Staaten immer mehr zu einem Machtfaktor, gelangt stellenweise zur Herrschaft und zeigt in dieser Eigenschaft auch seine Fehler und Gebrechen. In Rußland aber, dessen Gesellschaft den wenigst industrialisierten Rahmen aufweist, kommt es schließlich zur Errichtung eines Kommunistenstaates. Nach Beendigung des Weltkrieges wird in den Friedensverträgen ein internationales Arbeitsübereinkommen, bzw. eine Arbeitsamt genannte Institution geschaffen, die in ihrer Zusammensetzung und Tätigkeit nicht eben frei von international-sozialistischen Wirkungen ist. In neuester Zeit aber zeigt sich in immer weiteren Kreisen mehrerer Länder, wenn auch vorerst nur in primitiv-schüchterner Form, das Verlangen, dem internationalen Umsturzsozialismus und Kommunismus auch auf dem Gebiete der Arbeiterbewegungen ein wirksames Gegengewicht zu bieten.

Die Sozialpolitik bzw. Wirtschaftspolitik hat, wenn sie die Lage breiter Volksschichten, zumal der Arbeiterklasse, fördern will, vor allem real zu sein. Sie muß sich jeglichen Utopismus entäußern, allen leichtfertigen, weil aus taktischen Gründen leicht gegebenen, doch mit geringer Wahrscheinlichkeit zu verwirklichenden Versprechungen enthalten. Da heißt es frei von jedem leidenschaftlichen Überschwang die Grenze zwischen Erreichbarem und Unmöglichem abstecken. Die Erwägungen solcher Art dürfen nicht bloß insgeheim im engen Kreise der Führer stattfinden; wenn es sich um die Verbesserung des materiellen und geistigen Lebensstandes der Massen handelt, ist mehr denn je volle, puritane Ehrlichkeit am Platze. Eine andere Frage ist es freilich, ob mit solch ehrlichen Mitteln eine Revo-

lution gemacht werden kann. Lenin bekannte sich zu dem Grundsatz, daß eine Revolution nur derjenige machen kann, der seiner Volksmasse vor allem Versprechungen zu bieten imstande ist. Demnach heiligt der revolutionäre Zweck auch die lügenhaften Versprechungen als Mittel. Daß aber die Revolution ein guter und notwendiger Zweck sei, erscheint dem wahren Kommunisten und marxistischen Sozialisten als ein über jedem Zweifel erhabenes Dogma. Mit einer Befangenheit und einer Moral solcher Art läßt sich wohl nicht rechten.

Aber nach unserer Moral und unserem Gewissen muß der sozialpolitischen Aktion eine derartige Richtung gewiesen werden, daß jeder diesfällige Vorschlag nicht allein hinsichtlich der Möglichkeit und Durchführbarkeit, sondern der strengsten und gewissenhaftesten Kritik auch von demjenigen Gesichtspunkte aus standhalte, der mit Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeiten des Eintreffens der sozialen Zustandsverbesserung als unanfechtbar in Erscheinung tritt.

Wer sich die Pflege der Sozialpolitik zur Aufgabe gestellt, darf sich, wenn er auch nur über ein gewisses Maß von nüchternem Urteil, Gesellschafts- und Menschenkenntnis verfügt, nicht in dem Glauben wiegen, daß mit den vorhandenen Mitteln der Sozial- bzw. Wirtschaftspolitik oder vielleicht mit Hilfe irgendeiner sozialphilosophischen Erfindung das irdische Paradies verwirklicht werden könne. Auch darf er sich niemals der naiven Zuversicht hingeben, als ließe sich irgendein idealer Wahrheitsgedanke oder relativer Begriff in menschlichen Institutionen verkörpern. Ein ebensolcher Irrwahn ist es ferner, daß in der Gesellschaft aus einem sehr unvollkommenen sozialen Zustand in einen sehr vollkommenen hinübergesprungen werden könne. Die Gesellschaft besteht ja doch immer nur aus Menschen und jede soziale Entwicklung wird immer nur von Menschen gemacht, bzw. von Menschen vertreten, die sich erst selbst bessern, entwickeln und vervollkommen müssen, ehe von einer besseren, vollkommeneren, an Produktion ergiebigeren und somit in größerer Wohlfahrt lebenden Gesellschaft die Rede sein kann.

Dabei ist immer in Betracht zu ziehen, daß es zur sozialen Entwicklung, zur Besserung der Verhältnisse in der Gesellschaft Zeit bedarf und daß man der Entwicklung ihre Richtung auf längere Zeit durch soziale oder revolutionäre Erfindungen nicht ohne weiteres vorschreiben kann. Zumal die Vermögens- und Einkommenverteilungssysteme, desgleichen die sozialwirtschaftlichen Organisationen und Gebilde sind derart beschaffen, daß sie für die Praxis niemals a priori so unbedingt richtig ausgeklügelt werden können, wie es theoretisch genommen vielleicht den Anschein hat. Am wenigsten ist solches in jenen Fällen möglich, wo es sich nicht allein um die Verbesserung und Vervollkommnung der gegenwärtigen Zustände, sondern schlechterdings um das Ersinnen eines bisher unbekannten Besseren handelt, das in den gegebenen Verhältnissen keine Wurzel besitzt und trotzdem der Verwirklichung zugeführt werden soll. Die Einrich-

tungen der sozialen Einkommenverteilung können im richtigen Sinne nur schrittweise und vor allem nur auf Grund praktischer Erfahrungen verbessert und vervollkommen werden, da sie sich ja den Menschen anbequemen müssen und offenbar den Menschen zuliebe geschaffen sind, nicht aber umgekehrt die Menschen zu dem Zwecke da sind, daß selbstsüchtige oder fanatische Gruppen neuerkünstelte Einrichtungen und Erfindungen an ihnen zu erproben versuchen, wodurch die Versuchsobjekte gegebenenfalls bloß Leiden ausgesetzt und aus ihrer gewohnten Lebenssphäre gewaltsam verdrängt werden.

All die angeführten Gesichtspunkte sind füglich auch dann in Betracht zu ziehen, wenn es sich um die Arbeiterfrage handelt, die durch tausend und abertausend Fäden mit den wirtschaftlichen, kulturellen, ethischen und politischen Problemen der modernen Gesellschaft verwoben ist. In solchem Falle dürfte niemals vergessen werden, daß einmal vernichtete Errungenschaften und Einrichtungen nie wieder verbessert und weiterentwickelt werden können und daß vielen Menschen selbst dann unnützes und ungerechtes Leid zugefügt wird, wenn bestehende Institutionen mangelhafter Art durch solche nicht minder mangelhaften Charakters ersetzt werden. Die größten Missetaten an der Gesellschaft aber begehen jene Schädlinge, die ihre Mitmenschen einem sozialen Systemwechsel aussetzen, nur um die eigenen politischen Schemen und Interessen verwirklichen zu können, an Stelle der alten Verhältnisse aber bloß völlig unzulängliche und verwilderte neue Zustände zu setzen imstande sind. Darum also bietet ganz besonders die Arbeiterfrage ein solches Spielgebiet, wo die leichtfertigen und nicht aufrichtigen, sondern in agitatorischer, revolutionierender Absicht gemachten Versprechungen, Zielsetzungen und Anstiftungen die stärksten Gefahren in sich bergen, einerseits weil sie heillose soziale Erschütterungen hervorrufen, andererseits aber die betörte Menge früher oder später großen Enttäuschungen und Ernüchterungen aussetzen.

Dritter Abschnitt.

Der Arbeiterschutz im allgemeinen.

1. Hinsichtlich der ungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Lage des Arbeiters, insonderheit des Industrie- und Bergwerksarbeiters, pflegen die Sozialpolitiker hauptsächlich auf folgende Umstände hinzuweisen: Er hat kein Heim, lebt sozusagen im Wirtshaus, seine Bildung ist gering, zum Aufstieg in eine höhere Gesellschaftsklasse bietet sich ihm keine Aussicht, Anstellung und Erwerb sind angesichts der Schwankungen von Angebot und Nachfrage unsicher, die moralischen Zustände seiner Um-

gebung ziemlich tief gesunken, seine Weltanschauung erfüllt von Unzufriedenheit, die weiblichen Arbeiter fallen häufig der Prostitution anheim, die Lebensweise ist ungesund, man arbeitet in schlechter Luft, die Individualität wird durch das Fabriks- oder Bergarbeitssystem getötet, der Arbeitslohn genügt häufig nicht einmal zum dürftigsten Lebensunterhalt usw. usw.

Im allgemeinen sind diese Umstände allerdings als solche zu betrachten, daß darin die ungünstigen Seiten der Lage des modernen Arbeiters am meisten zum Ausdruck gelangen, bzw. gelangt sind. Hinsichtlich so mancher dieser Umstände ist jedoch in neuerer Zeit zweifellos schon eine beträchtliche Besserung wahrzunehmen. Der Kulturfortschritt und hauptsächlich dessen Verallgemeinerung hat der Arbeiterschaft in sozialer und auch in wirtschaftlicher Beziehung zum Wohle gereicht, so daß der niedere Bildungsstand heute bereits nicht überall als Kriterium der modernen Arbeiterschaft hingestellt werden kann. Vom kulturellen Gesichtspunkte aus bildet sie überhaupt keine homogene Gesellschaftsschichte. Insbesondere aber ist das Kriterium des Tiefstandes der Bildung unzutreffend bei jenen Nationen, die in der Kultur weiter fortgeschritten sind und diese durch ein gutes Unterrichtssystem zu verallgemeinern verstanden haben. Auch die Wohnungsverhältnisse haben sich in manchen Ländern schon beträchtlich gebessert. Die Möglichkeit des gesellschaftlichen Aufstieges steht in engem Zusammenhang mit der Möglichkeit des entsprechenden Schulunterrichtes, doch bleibt diesfalls auch die persönliche Begabung und der individuelle Fleiß ein unentbehrlicher Faktor. Nur ganz im allgemeinen muß hier bemerkt werden, daß das an den gesellschaftlichen Aufstieg geknüpfte individuelle Interesse sich nicht immer auch mit dem öffentlichen Interesse deckt. Das Individuum hat stets ein Interesse daran, aus seiner eigenen sozialen Lage sich emporzuheben, wogegen es im öffentlichen Interesse gelegen ist, daß in günstigere und höhere Positionen diejenigen gelangen, deren vom Gesichtspunkte der Allgemeinheit gewertete persönliche Eigenschaften dies wünschenswert erscheinen lassen.

Vom Standpunkte der Arbeiterklasse, bzw. einer im öffentlichen Interesse gelegenen Betrachtung der Lage der Arbeiterschaft ist es die universelle Besserung und Verbesserung des Schicksals dieser Gesellschaftsschichten, was die Sozialpolitik in erster Reihe interessiert. In diesem Belang aber waren die Arbeiterschutzgesetze, die staatliche Einmischung und die in der Arbeiterorganisation gelegene Macht — neben dem Fortschritt der Produktion und Technik — im bisherigen Verlauf des XIX. und XX. Jahrhunderts die wichtigsten Förderungsfaktoren.

2. Die Arbeiterschutzpolitik, zuerst in England angebahnt, nahm ihren Ausgang selbstverständlich von den großindustriellen Arbeiterverhältnissen Englands und wandte ihre Aufmerksamkeit erst spät auch den landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnissen zu. Jene physische Verelendung,

die zu Beginn des XIX. Jahrhunderts in so verblüffendem Maße den Hintergrund der sich entwickelnden kapitalistischen Produktion beleuchtete, trat als betrübende Eigentümlichkeit der fabrikmäßigen und insbesondere der montanen Betriebsproduktion in Erscheinung, wobei aber auch die Gesellschaftsschichte der eigentlichen Lohnarbeiter bei den erwähnten Betrieben charakteristisch zur Ausgestaltung kam. Die Arbeit der landwirtschaftlichen Produktion wurde durch die Arbeitskraft der — in England auch übrigens schon verschwundenen — Bauernschaft versehen, während die moderne Industriearbeiterklasse als aus der Bauernschaft verdrängte und nach den Städten gezogene Gesellschaftsschichte sich absonderte. Kein Wunder also, daß sich die moderne Arbeiterfrage auf das landwirtschaftliche Arbeiterproblem nicht erstreckte.

Was die Abweichung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter von jener der eigentlichen industriellen und montanen Arbeiter anbelangt, sind — ganz im allgemeinen — folgende Umstände als charakteristisch anzuführen: a) im großen und ganzen gesündere und naturgemäßere Lebensverhältnisse; b) die Landwirtschaft ist derzeit nicht überall imstande, so hohe Arbeitslöhne zu bezahlen wie die Industrie; c) mit besonders charakteristischer Wirkung können hier die entsprechenden Naturalarbeitslöhne sofern ins Gewicht fallen, als sie dem Arbeiter die notwendigsten und hauptsächlich die zur Ernährung dienenden Lebensmittel hinlänglich sicherstellen, weshalb ihre Aufrechterhaltung aus sozialpolitischem Gesichtspunkte sehr wünschenswert ist. Schon der Umstand, daß der Arbeiter die Lebensmittel in natura und aus erster Hand, das ist unberührt von der Verteuerung des Zwischenhandels und den Schwankungen der Marktkonjunktur erhält, bedeutet einen wichtigen produktionspolitischen Vorteil.

Weiters kann auch der Umstand nicht außer acht gelassen werden, daß zahlreiche ~~amerikanische~~ Ackerbaubetriebe mit ihrer im europäischen Sinne nicht modernen Geldwirtschaft einem großen Teile der Bevölkerung zahlreicher Staaten durch die Naturalarbeitslöhne Existenzmöglichkeiten bieten, wozu sie völlig außerstande sein würden, falls sie ausschließlich auf die geldmäßigen Arbeitslöhne im modernen kapitalistischen Sinne angewiesen wären. Bei der Beurteilung der landwirtschaftlichen Naturalarbeitslöhne haben wir daher auch vom Gesichtspunkte der Sozialpolitik nicht allein die konsumpolitischen Beziehungen dieser Naturalarbeitslöhne, sondern auch den Umstand in Betracht zu ziehen, daß sie für die Aufrechterhaltung der nicht rein kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe (einschließlich der extensiven mit schlechter Konjunktur) heutzutage häufig eine *conditio sine qua non* bilden. Dieser Umstand aber bedeutet von streng sozialpolitischer Seite her betrachtet nicht weniger, als daß die Arbeits- und Existenzgelegenheiten der Bevölkerung solcher landwirtschaftlicher Betriebe zum großen Teil auf der Möglichkeit der Naturalarbeitslöhne beruhen.

Bei der Beurteilung der weltwirtschaftlichen Bedeutung der Natural-löhne ist es darum notwendig, diese soeben erwähnten, klar auf der Hand liegenden Umstände in Betracht zu ziehen, da ja die Welt nicht allein aus der Gesellschaft der im kapitalistischen Sinne geldwirtschaftlich günstig situierten Staaten, sondern auch aus solchen besteht, bei denen die Aufrechterhaltung gewisser Wirtschaftsbetriebe nur unter Beibehaltung gewisser Vorgänge der Naturaleinkommenverteilung ermöglicht ist. Diese Erscheinung tritt schon bei vielen landwirtschaftlichen Betrieben Mitteleuropas in den Vordergrund und wird weiter gegen Osten immer häufiger.

3. Wir fassen den modernen Staat als eine nicht bloß zur Selbsterhaltung, sondern nach Möglichkeit auch zum Fortschritt eingerichtete Kulturgemeinschaft auf, deren Interesse auch in wirtschaftlicher und physischer Beziehung nur in der je universaleren Wohlfahrt ihrer Bevölkerung gelegen sein kann. Die Zielsetzung der Sozialpolitik des modernen Staates kann auf dem Gebiete der Arbeiterfrage, wie im allgemeinen hinsichtlich der Probleme des Wohlergehens der arbeitenden Individuen und Massen nur in der Richtung dieses, der möglichst allgemeinen Wohlfahrt zustrebenden Fortschrittes von gedeihlichem Erfolge sein.

Die Mittel zu diesem modernen sozialpolitischen Ziele lassen sich auf vielerlei Art erdenken; weist ja schon der Begriff der Wohlfahrt zu Forderungen und Bedingungen auf verschiedenen Gebieten des wirtschaftlichen, physischen und seelischen Lebens. Nun aber hat die Sozialpolitik des XIX. Jahrhunderts der Arbeiterbevölkerung gegenüber unter den bestimmenden Begriffen des Arbeitsschutzes und der Arbeiterversicherung hauptsächlich jene konkreten Fürsorgeaufgaben und -institutionen gruppiert, die in erster Reihe berufen sind, von den Einzelgeschicken der Arbeitermasse möglichst viele Schläge, Unheilsfälle und Schiffbrüche oder deren traurige Folgen abzuwenden.

Sowohl der Arbeiterschutz als auch die Arbeiterversicherung bedeutet für die moderne Sozialpolitik eine staatliche Aufgabe. Darunter wollen wir nicht verstehen, daß alle Einzelheiten der vielseitigen Aufgaben des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung vom Staate oder seinen Organen versehen werden sollen; wir meinen bloß, daß es dem modernen Staate zukommt, die Zielsetzungen dieser sozialpolitischen Möglichkeiten und deren verwirklichenden Arbeitsgang in seine richtunggebende und fördernde Obsorge zu nehmen und sie mit den Sicherstellungen der tatsächlichen Durchführbarkeit zu versehen. Sache des Staates also ist es nicht allein, die vielseitige Tätigkeit des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung zu lenken, er hat auch bestrebt zu sein und dafür Sorge zu tragen, daß diese Tätigkeit, d. i. die im Rahmen des betreffenden Staates vor sich gehende Schutz- und Versicherungsarbeit praktisch erfolgreich und effizient sei. Angesichts der Verschiedenheit der Verhältnisse kommen den einzelnen Staaten naturgemäß verschiedene Tätigkeiten zu. So bedarf es beispielsweise dort, wo der Tätigkeitskreis des Arbeiterschutzes

und der Arbeiterversicherung aus der Gesamtheit und Initiative der Gesellschaft mit Inhalt versehen werden kann, eines weit geringeren Maßes von Anregung als in einem Staate, wo auf diesem Gebiete die Passivität der Gesellschaft vorherrschend ist.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung stehen miteinander in ergänzendem Zusammenhang. Der Arbeiterschutz trachtet, das Leben und die Gesundheit des Arbeiters auf allen Linien mit vorbeugender Wirkung (präventiv) zu behüten. Die Arbeiterversicherung aber stellt für den eingetretenen Unfall, Todesfall, Krankheits-, Invaliditätsfall, für Alterssiechtum usw. die Existenz des Arbeiters oder seiner Angehörigen sicher.

In richtiger sozialpolitischer Reihenfolge hat der Arbeiterschutz als Vorbedingung der Versicherung platzzugreifen. Je vollkommener der Arbeiterschutz ist, desto leichter und erfolgreicher kann die Arbeiterversicherung verwirklicht werden. Der Arbeiterschutz ist zufolge seiner präventiven Natur meistens von allgemeinerer Wirkung als die Versicherung. Bei richtig verwirklichtem Arbeiterschutz müssen die Fälle der Inanspruchnahme der Versicherung (mit Ausnahme der Altersversicherung) stark abnehmen. Demgegenüber läßt die Versicherung ihre helfende Wirkung durch individuelle Fälle verspüren, weshalb zu ihrer Verwirklichung häufig auch der Beitrag der interessierten Einzelperson in Anspruch genommen wird, während der Arbeiterschutz vom Arbeiter in der Regel kein Opfer erfordert.

Ihrem Wesen nach besteht die Wirkung des Arbeiterschutzes darin, daß die Gesellschaft zu einem vom Gesichtspunkte des Schutzzweckes betrachteten Verhalten im öffentlichen Interesse gezwungen wird. So zwingen beispielsweise die verwirklichten Vorschriften und Maßregeln der Arbeiterschutzpolitik die Unternehmungen zur Schaffung und Aufrechterhaltung von Einrichtungen für Hygiene, Unfallsvorkehrungen usw., den Arbeiter dagegen zur Einhaltung der auch in seinem eigenen Interesse gelegenen Vorsicht, ihn wie jeden anderen zur Befolgung gewisser Sicherheitsvorkehrungen und eines entsprechenden sonstigen Verhaltens.

Unter den heutigen verwickelten Produktions- und Arbeitsverhältnissen äußern sich die technischen und rechtlichen Fälle des Arbeiterschutzes und des Schutzes der Arbeitenden überhaupt in so vielerlei Gestalten, daß ihre gründlichere Spezifizierung und Systemisierung nur im Rahmen besonderer diesfälliger Facherörterungen erfolgen kann, daher können wir uns theoretisch nur auf eine umrißweise Schilderung des Standpunktes beschränken, den wir dem Probleme gegenüber einnehmen.

Infolge der Allgemeinheit des Gebietes und der Gelegenheiten des Arbeiterschutzes kann auch dessen Ausübung und Verwirklichung nicht auf einen einzigen Faktor beschränkt werden. Ihn auszuüben und an seiner Verwirklichung sich zu beteiligen wäre eigentlich die gesamte Gesellschaft verpflichtet. Die hauptsächlichsten Äußerungsformen der Ausübung

des Arbeiterschutzes sind gleichwohl die Festlegungen der einschlägigen Grundsätze, Gesichtspunkte, Tätigkeiten in staatlichen, kommunalen, mit einem Worte obrigkeitlichen Rechtssatzungen. Das also ist die Funktion der Öffentlichkeit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, das durch sie geschaffen und vollzogen wird. Der zweite und vielleicht technisch wichtigste Faktor der praktischen Verwirklichung des Arbeiterschutzes ist der Stand der Arbeitgeber und Unternehmer, gleichviel, ob die Verwirklichung der Schutzmaßnahmen und Einrichtungen durch sie freiwillig oder im Rahmen eines rechtlichen Zwanges erfolgt. Den weiteren, sagen wir automatischen Faktor bilden die Arbeiter selbst, und zwar insofern, als die praktische Verwirklichung des Arbeiterschutzes in erster Reihe an die Erlernung und zielbewußte Befolgung der gehörigen Schutzvorkehrungen, die Erwerbung der Anforderungen und Vorschriften des hygienischen Empfindens zu erreichen ist, während sie ohne ihr entsprechendes freiwilliges Verhalten illusorisch bleibt. Mit Gewalt, gegen sein eigenes Hinzutun kann keines Menschen Gesundheit, leibliches oder seelisches Wohlergehen geschützt werden.

Namhafte Faktoren des Arbeiterschutzes sowohl im anregenden als auch im verwirklichenden (ausführenden) Sinne können weiters die Gewerkschaften der betreffenden Arbeiter sein. Ihre diesfällige Rolle äußert sich in der Betonung der Wünsche, die den Arbeiterschutz betreffen, in der Aufklärungs- und Disziplinierungsarbeit im Kreise der Mitglieder und in der Förderung dieser Arbeit mit wirtschaftlichen Mitteln in gleichem Maße.

Unter dem eigentlichen Arbeiterschutz ist hauptsächlich der rechtlich begründete Schutz zu verstehen, der sich praktisch als ein Zweig der Verwaltung äußert. Zahlreiche Tätigkeiten von sozialpolitischem Interesse werden auf diese Weise dem Verwaltungs-, hie und da auch dem Strafrechte zugewiesen.

Die Frage des Arbeiterschutzes, richtiger gesagt des Schutzes der arbeitenden Gesellschaft bildet ein dermaßen universelles gesellschaftliches Problem von allgemeinem Interesse, daß die Überwachung und Lenkung seines Zur-Geltung-Kommens in universeller Richtung eine staatliche, nationale und sozialpolitische Aufgabe ersten Ranges bildet. Von der Verwirklichung der ganzen Aufgabe muß sich also vom Staate angefangen sozusagen bis fast allen Mitgliedern der Gesellschaft „jeder“ seinen Teil herausnehmen und kann demnach diesen Aufgaben- und Funktionskreis niemand für sich enteignen. Am allerwenigsten aber mit einer politischen Tendenz oder aus einem selbstsüchtigen Gesichtspunkte, wodurch das öffentliche Interesse benachteiligt oder verletzt wird. Aufgabe der verschiedenen Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ist daher, sich dessen Verwirklichung nach allgemeiner Richtung und im allgemeinen Zusammenhang einzufügen und in dieser Hinsicht ein organischer Teil der Verwirklichung des allgemeinen Interesses zu werden.

Der Arbeiterschutz durch die Gewerkschaften der Arbeiter erscheint wohl im Grunde genommen als mit ihrer Hilfe verwirklichte Selbsthilfe, die durch den Klassenkampf zeitweilig entstellt wurde; das aber schließt nicht aus, sondern macht es nur um so notwendiger, daß die objektive Sozialpolitik desto lauter und deutlicher verkünde, die Gewerkschaften mögen sich an dem universell gemeinnützigen Problem des Arbeiterschutzes ihren Anteil nicht als befangene Organe des Klassenkampfes herausnehmen, sondern vielmehr als Institutionen der nationalen Gemeinschaft, die sich Ziele von allgemeinem Interesse setzen. Wirklich bleibend wirksame Ergebnisse können sie schon wegen des universellen Zusammenhanges des Arbeiter- und Arbeitslohnproblems mit dem wirtschaftlichen und politischen Leben der Nation nur auf die angedeutete Weise erreichen. Je größer der Tiefstand der Arbeiterklasse in ethischer, kultureller, geistiger und organisatorischer Hinsicht, desto mehr erweist sich die staatliche Bevormundung ihrer Lebensumstände notwendig. Doch auch bei Zuständen, welche immer fortgeschrittenen Grades ist die Schutzfürsorge des Staates ein unentbehrliches Erfordernis des öffentlichen Interesses. Die Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Lebens, der fortwährende Wechsel seiner Lebensverhältnisse und die Vervielfältigung seiner Formen läßt die Verwirklichung des behördlichen Schutzes der Arbeitenden auf immer neuen Gebieten und in immer neuen Richtungen als unabweislich erscheinen. Vom Gesichtspunkte des gesellschaftlichen Friedens aus aber erweist sich der vom Staate ausgehende und verwirklichte Schutzzustand in den meisten Fällen ethisch und praktisch günstiger als der durch die Selbsthilfe einzelner sozialer Schichten erzwungene.

Nach der Reihenfolge der geschichtlichen Entwicklung betrachtet, bildeten die Obsorge für das Leben, die Gesundheit der Arbeit usw. die ersten Aufgaben des Arbeiterschutzes. Dann folgten die teils mit, teils ohne Erfolg gemachten Lösungsvorschläge und -versuche der Arbeiterschutzprobleme. Zu den großen sozialen Aufgaben der Zukunft gehört die Übereinstimmung der Organisation und des Interessenschutzes der Arbeiter sowie ihrer Selbsthilfe mit den allgemeinen Gesichtspunkten des öffentlichen Interesses, die Regelung der erwähnten Wirksamkeit des selbsttätigen Arbeiterschutzes vom Standpunkte des Rechtes, ihre entsprechende Ausdehnung, Einschränkung oder die wieder im öffentlichen Interesse vorzunehmende Umgestaltung ihrer Formen und ihres Wesens.

Dabei aber ist wieder in Betracht zu ziehen, daß der Klassenkampf eine Art Bürgerkrieg und dessen Ausdehnung auf das wirtschaftliche Gebiet ist. Wem also der soziale Friede aufrichtig und von einer gewissen Kulturhöhe aus erwünscht ist, kann sich nicht damit zufrieden geben, daß die Arbeiterselbsthilfe zum Schaden des universellen öffentlichen Interesses auf Grund des Klassenkampfes organisiert und als einziges Mittel und Rahmen der Verwirklichung des Arbeiterinteresses der Klassenkampf hingestellt werde.

Es zeugt für die Schwäche von Staat und Gesellschaft, wenn sie die Organisation und Fortsetzung des Klassenkampfes dulden, in ihre eigenen Institutionen aufnehmen und dort weiter fördern. Darum heißt das Ziel jeder vernünftigen Sozialpolitik: Zurück zum öffentlichen Interesse, zurück auch auf dem Gebiete der Arbeiterfrage zur Herrschaft der aus universelleren Kulturgesichtspunkten geschaffenen und von ihnen abgeleiteten nationalen Sozialinteressen! Es zeugt für die beruherfüllende und seinen Aufgaben gewachsene Kraft des Staates, wenn er — wie beispielsweise Italien mit seinem Korporationsgesetz vom Jahre 1926 — auch die Fragen der Arbeiterorganisationen und des Interessenschutzes der Arbeiter in das Stadium der streng juristischen Regelung und der Stellung unter wirksame Rechtsnormen zu bringen weiß und imstande ist. Das Gegenteil hievon bilden die (bewußt oder bei Innervation des Unterbewußtseins) von marxistischer Evolutionsideologie beeinflussten, nimmer-satten sozialpolitischen Strömungen und die mit dem Klassenkampf sich abfindenden Flickversuche auf dem Gebiete der Arbeitrechtsbildung.

4. Die Grundlagen des staatlichen Arbeiterschutzes wurden auf humanitäre Anregung in England verwirklicht, wo sich die moderne Lohnarbeiterklasse zuerst entwickelte. Vor allem bildete der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit den Gegenstand der legislativen Fürsorge. Auf das Textilgewerbe sowie auf die Bergwerksbetriebe bezogen sich die ersten gesetzlichen Arbeiterschutzmaßnahmen, die dann auf andere Fabriksbetriebe, später auf die Werkstätten und das Kleingewerbe ausgedehnt wurden. 1802 wird die Nachtbeschäftigung der Kinder verboten, die untere Altersgrenze der Betriebsangestellten geregelt, die Arbeitszeit auf zwölf Stunden festgesetzt. Viel später (1850 bzw. 1842) gelangt die Einschränkung der Nachtarbeitszeit und der unterirdischen Arbeit bei Frauen an die Reihe. An den gesetzlichen Schutz der physischen Kraft und Gesundheit schließen sich jene Verfügungen an, die das Verbot der Bezahlung industrieller Arbeiter durch Warenartikel (sogenanntes Trucksystem) festsetzen. Die Arbeiter waren nämlich auf solche Weise durch die Unternehmer häufig verkürzt worden. An Stelle der Barbezahlung des Arbeitslohnes wurden ihnen Industriewaren, zumeist eigener Fabrikation aufgezwungen, was zur Folge hatte, daß die Arbeiter nur indirekt und durch großen Warenwucher geschädigt zu ihrem Lohn gelangten.

Die erwähnten Anfänge des Arbeiterschutzes verbreiteten sich von England aus auf die übrigen Staaten. Im Laufe des XIX. Jahrhunderts hat die Industrialisierung der einzelnen Staaten — bald in rascherem, bald in langsamerem Tempo — auch die gesetzlichen Institutionen des Arbeiterschutzes zur Folge. Nach der Einschränkung der Kinder-, Frauen- und Nachtarbeit setzt die Bewegung zur Abkürzung der Arbeitszeit ein.

Durch die Feststellung der obligaten Arbeitspausen, Regelung der Überstunden, durch die zwangsmäßige Anpassung der Arbeitsordnung an die Erfordernisse des Arbeitsschutzes, durch eine den verschiedenen

technischen Eigentümlichkeiten, insbesondere des Fabriks- und Bergwerksbetriebes und der gesundheitsschädlichen Wirkung der dort verarbeiteten Stoffe entsprechende Spezialisierung des Betriebsschutzes erfuhr das Gebiet des modernen Arbeiterschutzes eine überaus große Ausdehnung. Daran schließen sich die Verfügungen hinsichtlich der gesetzlichen Feststellung der Heimarbeit, des Lehrlings- und Dienstbotenwesens, des Minimums bzw. der Höhe des Arbeitslohnes usw. Das Problem des Arbeiterschutzes erweiterte sich auf solche Art zu einem mächtigen Fachgebiet, auf dem wir nicht nur großer Mannigfaltigkeit der Normen und Lebensverhältnisse, sondern auch einem Auftreten der sozialen Probleme in neuen Formen und nach neuen Verhältnissen begegnen.

Parallel mit dem gesetzlichen Arbeiterschutz bildet sich in immer stärkerem Maße auch die nach Verbesserung des Massenschicksals strebende Organisation der verschiedenen Arbeiterschichten aus. Der englische Liberalismus indes, wie er in der sogenannten Manchesterriehtung zum Ausdruck kommt, nimmt unter Berufung auf den Grundsatz der individuellen Freiheit gegen die Einmengung der Gewerkschaften in das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter Stellung. Einen ähnlichen Standpunkt nahm hinsichtlich Deutschlands auch Bismarck ein, der angesichts der Gewerkschaftsbewegung um die gleichlaufenden Interessen der starken Monarchie und einer starken Unternehmerklasse besorgt war, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeitsversicherung aber zu monumentalen staatlichen Leistungen bereit war. Die Arbeiterklasse und andererseits die Entwicklung der kapitalistischen Fabriksproduktion gestalteten aber die Organisation der Arbeiter und ihre Organisierung zum *fait-accompli*; hierauf war sodann auch der moderne Staat bestrebt, sie als tatsächlich schon bestehende, in vieler Hinsicht notwendige Selbsthilfegebilde auch rechtlich seinem System einzuverleiben.

Damit also zieht in die moderne Gesellschaft das epochemachend wichtige Problem der Rechtstellung und rechtlichen Natur des Arbeitergewerkschaftswesens ein. Dieses Problem besteht bis zum heutigen Tag, ist ständig aktuell und befindet sich in wogender Entwicklung, ohne eine zufriedenstellende Lösung zu finden.

Vom Gesichtspunkte des Arbeiterschutzes aus wollen wir hier die Gewerkschaften betreffend nur ganz im allgemeinen darauf hinweisen, daß die Entwicklung und Funktionierung der Gewerkschaften im denkbar engsten Zusammenhang mit der Entwicklung und dem Schicksal des Arbeiterschutzes steht, bzw. damit in unmittelbare Verbindung geraten ist. Obwohl der gesetzliche Arbeiterschutz zu Beginn vornehmlich von sozial-humanitären Anregungen ausging und im übrigen den Gegenstand der staatlichen und sozialen Fürsorge bilden mußte, sind dennoch die Gewerkschaften — insbesondere später — zu jenen natürlichen Organen geworden, von denen die Bestrebungen zum Arbeiterschutz ihren Ausgang nahmen. Der Arbeiterschutz und seine zeitgemäße Entwicklung, die

Wahrnehmung und das Zum-Ausdruck-Bringen der diesfälligen Gesichtspunkte und Wünsche ist also im Rahmen der gewerkschaftlichen Fürsorgetätigkeit als Aufgabe ersten Ranges aufzufassen und zu bewerten. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß der Staat die Initiative auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ausschließlich den Gewerkschaften überlassen solle, vielmehr tritt angesichts des hervorragenden öffentlichen Interesses, das der Sache innewohnt, an den Staat die Aufgabe heran, den Gewerkschaften die berufsmäßige Verpflichtung aufzuerlegen, daß sie sich mit den Angelegenheiten der eigentlichen Arbeiterwohlfahrt, als dem speziellen und natürlichen Tätigkeitskreis der Gewerkschaften befassen, während andererseits auch der Staat selbst in den Fragen des Arbeiterschutzes richtunggebend und anregend aufzutreten hat.

Schon im XIX. Jahrhundert tauchten immer häufiger Versuche auf, die Durchführung des Arbeiterschutzes und die konkreten Verfügungen auf diesem Gebiete als internationale Aufgabe zu behandeln. Auch der internationale Sozialismus, der sich die Förderung der eigenen Interessen vor Augen hält, nahm sich die Verallgemeinerung dieser Bestrebungen schon damals in erster Reihe zur Richtschnur. Die internationale Verwirklichung und allen modernen Kulturstaaten gemeinsame Grundlegung des gesetzlichen Arbeiterschutzes bzw. der staatlichen Sozialpolitik ist gleichwohl eine der Haupterscheinungen des jüngsten Zeitalters, als dessen charakteristische Institution die Internationale Vereinigung für Gesetzlichen Arbeiterschutz, ferner das in die Friedensschlüsse der Nachkriegszeit inartikulierte Internationale Arbeitsamt als Fundamentalinstitutionen¹⁾ des Völkerbundes zutage treten.

Vierter Abschnitt.

Der gesetzliche Schutz der Kinder- und Frauenarbeit und der internationale Arbeiterschutz.

1. Der erste gesetzliche Eingriff in die modernen Arbeitsverhältnisse ist, wie schon eingangs dieser Erörterungen angedeutet, auf dem Gebiete der Kinder- und Frauenarbeit erfolgt. Mitfühlende Menschenfreunde lenkten das Augenmerk der öffentlichen Meinung auf die degenerierende Wirkungen der Menschengenutzung, und als Erfolg des Drängens der öffentlichen Meinung ist auch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Gesetzgebung in Aktion trat.

Vor allem war es das traurige Los der dem Familienkreise entrissenen, zur Bergwerksarbeit verhaltenen Kinder, das das Mitgefühl der gebildeten Gesellschaftskreise Englands in Rührung versetzte. Die in den Industrie-

zentren wahrnehmbaren physischen Unterschiede zwischen den Kindern der Wohlhabenden und der armen Arbeiterklasse kehrten deutlicher als alle theoretischen Erwägungen die Folgen des Mangels an gehöriger Ruhe und Nahrung sowie die Wirkung der langwährenden anstrengenden Beschäftigung hervor. Mit einem Male war es allen, die sich mit der Frage beschäftigten, klar geworden, daß im unentwickelten Alter die stetige Anstrengung der physischen Kräfte und die übermäßige Inanspruchnahme der Aufmerksamkeit folgerichtig zu einer Verkümmernng führt, die später auch durch das Platzgreifen günstigerer Verhältnisse nicht mehr wettzumachen ist. Um so gewisser stellt sich die degenerierende Wirkung der frühzeitigen anstrengenden Arbeit ein, wenn diese dem Betreffenden später in erhöhtem Maße zuteil wird. Hand in Hand mit der physischen Verkümmernng geht mehr oder minder auch die sittliche Abstumpfung, da ja ein Kind, das die Jahre seiner physischen Unreife in anstrengender Arbeit verlebt hat, weder die Zeit noch die Fähigkeit aufzubringen imstande ist, sich, sei es in der Schule, sei es in der Familie, durch Erziehung geistig zu bilden. Anstatt dessen greift der erschöpfte Organismus gierig nach den Rauschgiften, so daß die verkümmerten Jünglinge in der Regel auch dem Alkoholismus zum Opfer fallen. So richteten denn frühe Überanstrengung und Alkoholismus in den Kreisen der jungen Arbeiterklasse des beginnenden Industriekapitalismus am Ende des XVIII. und zu Beginn des XIX. Jahrhunderts im regem Wettbewerb ihre Verheerungen an.

Anregend wäre da festzustellen, welcher der beiden Unheilsfaktoren von üblerer Wirkung war. Dazu mangelt es indes an den nötigen statistischen Daten, weil der Kampf gegen den Alkoholismus um diese Zeit noch nicht feste Wurzeln zu fassen vermochte. Eine üble Folge des frühen Einspannens der Kinder zur Arbeit war auch der Konflikt mit der Schulpflicht. Bei der landwirtschaftlichen Beschäftigung, die sich zumeist auf die wärmeren Monate konzentriert, bietet sich während der Wintertime schlechtterdings noch die Möglichkeit zum Schulbesuch. Die stete Industriebeschäftigung schließt die Jugend hievon mehr oder minder vollständig aus. Überdies reißt unter den der Schule entwöhnten Kindern und den Eltern, die sie aus materiellen Gründen zur Arbeit anhalten, gar leicht der Hang zum absichtlichen Versäumen des Unterrichts ein. Dieser Umstand ist gleichfalls ein wichtiges Problem der Sozialpolitik bzw. des öffentlichen Unterrichtswesens — ein Problem, auf dessen unter gehöriger Berücksichtigung der Verhältnisse bewerkstelligte Lösung ein Hauptgewicht in jeder staatlichen Kulturarbeit gelegt werden muß. Dabei sind große nationale Kulturinteressen bei tunlichster Schonung der Erwerbsinteressen des armen Arbeiterstandes zu verwirklichen, was auf alle Fälle derart zu geschehen hat, daß den Rücksichten auf die physische, geistige und sittliche Entwicklung der jungen Generation die richtungsgebende Rolle zuteil werde.



Für das öffentliche Interesse keinesfalls von geringerer Wichtigkeit ist auch der Schutz der Frauenarbeit. Die Frau ist ihren höchsten Beruf, die Mutterschaft, nur dann zu erfüllen imstande, wenn sie dazu über die entsprechende physische Kraft und Entwicklung verfügt. Ein gehöriges Maß von Zeit und Widerstandsfähigkeit ist zum Nähren und Erziehen der Kinder unerlässlich. Zur Verhinderung der eigenen Degenerierung ist es somit Pflicht der Gesellschaft, zumindest für die Sicherung eines gewissen Minimalmaßes dieser Erfordernisse zu sorgen. Intensiverer Schonung und erhöhten Schutzes ist die Frau zur Zeit der Schwangerschaft und der Niederkunft bedürftig.

Eine vorzeitige anstrengende Kräfteanspannung durch Erwerbsarbeit schadet nicht allein der Entwicklung des Kindes, sondern verletzt auch das hohe nationale und soziale Interesse des physischen und oft gleichzeitig des ethischen Werdeganges der Frau. Was England zu Beginn des XIX. Jahrhunderts auf dem Gebiete des Schutzes der Kinder- und Frauenarbeit in Fluß brachte, war daher gleichzeitig auch ein physisch verkörperter Interessenschutz der eben erst in Bildung begriffenen modernen Gesellschaft.

2. Dem gesetzlichen Schutze der Frauenarbeit ging der gesetzliche Schutz der Kinderarbeit voran. Die erste einschlägige legislative Verfügung in England war das Verbot der nächtlichen Kinderarbeit. Die Schweiz folgte 1810, Preußen 1839 dem englischen Beispiel. Die meisten europäischen Staaten aber trafen ihre einschlägigen Verfügungen ähnlicher Art erst in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Gleichzeitig gelangte auch die Festsetzung der täglichen Höchstzahl an Kinderarbeitsstunden auf die Tagesordnung. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde diese Arbeitszeit meistens mit zwölf Stunden festgesetzt. In Preußen aber betrug sie schon 1805 nur noch zehn Stunden. Die untere Altersgrenze der in Fabriks- und Bergwerksbetrieben beschäftigten Kinder normierte England im Jahre 1819, Preußen 1839 mit neun, andererseits Frankreich 1813 mit zehn, Österreich 1842 mit zwölf Jahren. Diese Verfügungen bedeuteten einen vielsagenden Anfang, waren jedoch hinsichtlich der physischen und kulturellen Interessen des Kindes noch keineswegs als befriedigend zu betrachten. Die Forderungen betreffs der Schutzerhöhung bezweckten einerseits das Hinausschieben der Altersgrenze und andererseits die Herabsetzung der Arbeitsstundenzahl. Diese Forderungen gelangten stufenweise in das Stadium der Verwirklichung, indem die verschiedenen Staaten allmählich die tägliche Stundenzahl der Kinderarbeit in den Industrie- und Bergwerksbetrieben herabsetzten und andererseits die Altersgrenze der verwendbaren Kinder erhöhten. So setzte England im Jahre 1841 die Arbeitszeit der neun- bis dreizehnjährigen Kinder auf acht Stunden, Schweden aber zur selben Zeit jene der zwölf- bis vierzehnjährigen schon auf fünfeinhalb Stunden, jene der vierzehn- bis sechzehnjährigen auf acht Stunden fest. In der ersten Hälfte

des XIX. Jahrhunderts wurde auch für die Einführung der obligatorischen Sonntagsruhe des Kindes gesorgt. (In Preußen 1839, in Frankreich 1841.) Weiters stellten mehrere Staaten schon um diese Zeit den Schulbesuch der Lehrlinge sicher.

Später wandte sich die Schutzfürsorge von den Kindern auch den Jugendlichen zu und wurden hinsichtlich des Schutzes der sechzehn- bis achtzehnjährigen Arbeiter ähnliche, wenn auch minder ausgedehnte Beschränkungen wie bei den Kindern festgesetzt. Auch hier greift die Normierung der Arbeitsstunden Platz, wiewohl sie bei den Gesetzgebungen der Siebziger- und Achtzigerjahre (mit Ausnahme Schwedens) zumeist noch zwölf Stunden beträgt.

Am Ende des XIX. Jahrhunderts, als auch schon die erwachsenen Arbeiter immer kürzere Arbeitstage und immer wirksamere Erleichterungen sich zu erkämpfen imstande waren, weist der gesetzliche Schutz der Kinder und jugendlichen Arbeiter nach immer neuen Richtungen immer neue Ergebnisse auf. So wird die Ausschließung der Kinderarbeiter aus den gefährlichen und besonders ungesunden Betrieben und Beschäftigungen zur allgemeinen Forderung. In den verschiedenen Staaten werden diese gefährlichen Betriebe durch zahlreiche Gesetze und auf Gesetzen beruhende Verordnungen festgesetzt, desgleichen auch in den nicht als gefährlich erklärten Betrieben die für die Gesundheit der Kinder und im Verhältnis zu ihrer Kraft nachteiligen und anstrengenden Beschäftigungen bestimmt. 1903 tritt in Deutschland das Kinderschutzgesetz in Kraft, das für sämtliche Betriebe einen Schutz für Kinder einführt und diesen Schutz auch auf die eigenen Kinder erstreckt.

Der 1900 in Paris konstituierte Internationale Verein für Gesetzlichen Arbeiterschutz, welcher Verein in Basel ein internationales Arbeiterschutzamt errichtete, war auch die Frage des Arbeiterschutzes für Kinder bzw. Jugendschutzes mit großer Rührigkeit vorwärtszubringen bestrebt. Einesteils bemühte er sich, zu erreichen, daß jene Staaten, in denen der Schutz der Kinderarbeit noch nicht verwirklicht war, in dieser Hinsicht gesetzliche Verfügungen treffen, andererseits aber, daß die Altersgrenze der Kinderarbeit erhöht werde. Die Washingtoner Konferenz vom Jahre 1919 nahm für die von zahlreichen Staaten schon früher festgesetzte vierzehnjährige Altersgrenze Stellung und verbot ferner bis zum achtzehnten Lebensjahr (in manchen Staaten bis zum sechzehnten) die Nachtarbeit. Die Gesetzgebungen mehrerer Staaten trafen diesbezüglich auch entsprechende Verfügungen. Die 1921er Genfer Konferenz für internationales Arbeitswesen wünschte die vierzehnjährige Altersgrenze auch auf die Landwirtschaft auszudehnen — ein Wunsch, der gänzlich verfehlt ist und für die Außerachtlassung der Lebensumstände und Interessen der betreffenden Produktion und Bevölkerung spricht, wiewohl durch den einschlägigen Antrag hauptsächlich das Verbot der Beschäftigung während der Schulzeit bezweckt war. (Als hätte sich die Reife- und Einbringungs-

zeit der landwirtschaftlichen Produkte nach der Zeit des Schulunterrichtes zu richten.) Wie verfehlt der Antrag war, zeigt die Tatsache, daß außer Estland kein einziger Staat sich auf diesen Standpunkt setzte. Abgesehen davon, daß zwischen nördlichen und südlichen Staaten hinsichtlich des kindlichen Entwicklungsalters Unterschiede bestehen, geht bei der im allgemeinen als gesund zu bezeichnenden landwirtschaftlichen Lebensweise eine gewisse Art von leichteren Beschäftigungen der Kinder keineswegs mit Gefahren für deren Gesundheit einher. Andererseits wieder kann angesichts der familiären Natur zumal der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe die Arbeit der Familienmitglieder in Landwirtschaft treibenden Familien nicht so leicht entbehrt werden, wie etwa der Fabriksunternehmer die Arbeit der Arbeiterkinder zu entbehren in der Lage ist. Die wirtschaftliche Existenz, die Aufrechterhaltung des Betriebes einer Kleingrundbesitzersfamilie ist zumeist rein davon abhängig, ob die Familienmitglieder ihre Arbeitskraft dem Besitztum widmen oder nicht. Der Kleingrundbesitzer und die kleinbäuerliche Bevölkerung überhaupt ist auch dann auf die Bebauung des Bodens angewiesen, wenn dies vom geldwirtschaftlichen Standpunkte aus und bei der Beschäftigung von Lohnarbeitern nicht mehr einträglich ist. Aus all diesen Gründen muß man sich hüten, die für die Industrie passenden Normen und darunter die Arbeiterschutzmaßnahmen einfach auf die Landwirtschaft übertragen zu wollen. Die Interessen der Landwirtschaft und hauptsächlich die Interessen des Kinderunterrichtes müssen mit den üblichen landwirtschaftlichen Arbeiten und mit deren Jahreszeit in Einklang gebracht werden. Ganz selbstverständlich ist, wie überall, auch hier die schädliche Ausnutzung des kindlichen Organismus zu verhindern. Die zweckdienliche Aufgabe besteht indes nicht im allgemeinen Verbot der Kinderarbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben und insbesondere in den Kleinwirtschaften, sondern darin, daß allfällig vorkommende, besonders schädliche Beschäftigungsarten verhindert werden.

Parallel mit dem Schutz der Frauen- und Kinderarbeit entwickelte sich in England und später auch in anderen Ländern die Institution der öffentlichen Gewerbeaufsicht und des Betriebsschutzes. Zweck der Gewerbeaufsicht ist die Vollzugsüberwachung und wirksamere Sicherung der Arbeiterschutzgesetze, während der Betriebsschutz auf die Verminderung der mit den einzelnen Arbeitsbetrieben verbundenen Gefahren und Gesundheitsschäden abzielt. Eine vielgerühmte sozialpolitische Einführung ist die Institution der englischen Fabriksinspektoren, die, wenn auch in mehr oder minder veränderter Gestalt, und mit jeweilig veränderter Wirksamkeit auch in anderen Ländern Verbreitung fand. In England wurden die betreffenden Amtsstellen bereits durch die Fabriksgesetze vom Jahre 1833 geschaffen. Durch sie verwirklichte sich die amtliche Organisierung der Gewerbeaufsicht. Naturgemäß kommt hiebei als Haupt Gesichtspunkt der praktischen Bewährung die persönliche Zu-

verlässigkeit und individuelle Eignung der betreffenden Inspektoren in Betracht.

3. Der Schutz des weiblichen Organismus und der weiblichen Arbeit ergibt sich, wie bereits weiter oben ausgeführt wurde, nicht allein aus den Gesichtspunkten des allgemeinen Arbeitsschutzes, sondern steht auch mit dem weiblichen Berufe der Stammes- und Familienerhaltung im Zusammenhang. Die Verkümmernng des weiblichen Organismus sowie die Fernhaltung der Frau von ihrer Familie muß sich demnach physisch und gesellschaftlich rächen. Der klaren Erkenntnis dieser Umstände ist der besondere, im Vergleich zu den Beziehungen des allgemeinen Arbeitsschutzes erhöhte, strengere Schutz der Frauenarbeit zu verdanken. So wurde beispielsweise auf Grund der Berner Vereinbarungen (1917, 1919) die Nachtarbeit der Frauen und ihre Verwendung in den Weißphosphorbetrieben verboten. In England begann der gesetzliche Frauenschutz mit dem Verbot der unterirdischen Bergwerksarbeit für Frauen (1842), diesem folgte das Verbot der weiblichen Nachtarbeit (1850), und kam auch darin deutlich zum Ausdruck, daß die Festsetzung der maximalen Stundenzahl der Frauenarbeit den Bestimmungen des allgemeinen Arbeitsstundenmaximums voranging. Dem englischen Beispiel folgten die übrigen Staaten in recht langsamem Tempo, gleichwie auch die Verwirklichung des speziellen sogenannten Mutterschutzes — der in Anbetracht des physiologischen Berufes der Frau von größter Wichtigkeit ist — erst spät, d. i. im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts an die Reihe kam. So machte beispielsweise Deutschland vorerst in der Novelle des 1878er Betriebsgesetzes einen bahnbrechenden Versuch mit der dreiwöchigen Schonung der Wöchnerinnen; diese Bestimmungen wurden bereits in dem Arbeiterschutzgesetz vom Jahre 1891 bedeutend ausgebaut. Besonderes Gewicht ist hier darauf zu legen, daß der Frau um die Zeit der Niederkunft, besonders aber nach der Geburt jede anstrengende Betätigung, besonders aber Nachtarbeit verboten werde, daß sie auch während der Arbeit genügend Zeit zur eigenen Ernährung und zur Nahrung des Kindes habe und daß während dieser Schonfrist die auf Unterstützung angewiesenen Frauen einer entsprechenden Beihilfe teilhaftig werden. Von besonderer Wichtigkeit hinsichtlich des gesetzlichen Frauenschutzes sind die Beschlüsse des Berner Übereinkommens vom Jahre 1906, dessen Grundsätze im Arbeitsrecht mehrerer Staaten, darunter in der einschlägigen deutschen Gesetznovelle des Jahres 1908 inartikulierte wurden.

Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß der gesetzliche Frauenschutz ein allgemeines nationales und soziales Problem bildet, dessen Interessengesichtspunkt weit über den Bereich der Arbeiterfrage hinausreicht, indem jede Wöchnerin, die ein lebensfähiges, gesundes Kind zur Welt bringt, als Fördererin der nationalen Rassenhaltung ins Gewicht fällt. Durch das Washingtoner Übereinkommen wurde die Schutzfrist der Wöchnerinnen mit zwölf Wochen festgesetzt, wovon die ersten sechs

Wochen vor der Geburt, die restlichen sechs nach der Niederkunft zu zählen sind. Die sechswöchige Schutzfrist vor der Geburt kommt jedoch insofern nur bedingungsweise in Betracht, als die betreffende Frau nur auf eigenen Wunsch von der Arbeit zu befreien ist. In dem erwähnten Übereinkommen ist ferner auch der Grundsatz festgelegt, daß den stillenden Müttern die Ernährung und Pflege ihrer Kinder auch während der Arbeit zu gestatten ist, während der gesetzlich bestimmten Niederkunftspause aber die Wöchnerin entsprechend unterstützt, bzw. für diesen Fall versichert werden muß.

4. Die internationale Grundlegung des Arbeiterschutzes wurde nach dreifacher Richtung ins Werk gesetzt. Vorerst trachtete man den Gedanken auf gesellschaftlichem Wege zu verwirklichen. So gelang es Owen, dem großen Wortführer des Arbeiterschutzes, zu Beginn des vorigen Jahrhunderts schon eine große Gruppe der englischen Fabriksbesitzer für die Sache zu gewinnen. Durch die internationale Organisierung des revolutionären Sozialismus und Errichtung der Arbeiterinternationale rückte sodann das Programm der Grundlegung des Arbeiterschutzes in die Reihe der von den organisierten Arbeitern ausgehenden, internationalen Forderungen empor.

Die Anregung dritter Art erfolgte von Seiten amtlicher Organe. Der Schweizer Bundesrat wandte sich in dieser Frage schon 1880 initiativ an die übrigen Mächte. Bald darauf war es Deutschlands junger Kaiser Wilhelm II., der den Gedanken aufgriff. Das Ergebnis seiner Anregung war die — übrigens recht erfolglos verlaufene — Berliner Internationale Arbeiterschutzkonferenz vom Jahre 1890. Nachdem sich Wilhelm II. von Bismarcks vorsichtiger Sozialistenpolitik losgesagt, zeigte er sich kaum recht imstande, die Folgen einer größeren Bewegungsfreiheit, die den auf dem Boden des Klassenkampfes vorgehenden Umsturzsozialisten nunmehr teilhaftig geworden, richtig einzuschätzen und warf die vom großen Kanzler für notwendig erachteten beschränkenden Vorrichtungen leichtfertigerweise beiseite. Die schon von Bismarck in Angriff genommene gesetzliche Fundierung des Arbeiterschutzes war unter allen Umständen ein richtiger, humaner und notwendiger sozialpolitischer Vorgang, als um so naiver erwiesen sich aber die grundlegenden Voraussetzungen der nach Bismarcks Rücktritt befolgten Politik gegen den eigentlichen Sozialismus. Auf der Berliner Konferenz gelangten außer dem Frauen- und Kinderschutz auch andere Fragen des Arbeiterschutzes programmäßig zur Diskussion. Auf diese Weise erhielt der Arbeiterschutz gewissermaßen von Amts wegen ein internationales Programm. 1900 konstituierte sich in Paris der Internationale Verein für Gesetzlichen Arbeiterschutz und als dessen Organ bald darauf das Internationale Arbeiterschutzamt in Basel. Die ähnlichen Vereinigungen der einzelnen Staaten sind gleich den beteiligten Privat- und Amtspersonen Mitglieder dieses internationalen Vereines.

Fünfter Abschnitt.

Die Arbeitszeit.

1. Der Kampf um die Festsetzung der Arbeitszeit ist kennzeichnend für die Gestaltung des modernen Arbeiterwesens. Vor allem ließen sozialhygienische und ärztliche Gesichtspunkte die Herabsetzung der unbeschränkten Arbeitszeit der Kinder in den Industrie- und Bergwerksbetrieben wünschenswert erscheinen. Die schädlichen Wirkungen der physischen Ausbeutung zeigen sich indes — sowohl individuell, als vom Interesse der Öffentlichkeit aus betrachtet — auch bei der übermäßig langen Arbeitszeit der männlichen Arbeiter reifen Alters. Demnach sind jene Bestrebungen, die gegenüber einer solch allzu starken Inanspruchnahme der erwachsenen Arbeiter bei gewissen Hauptzweigen der Industrie- und Bergwerksbetriebe eine Maximierung der Stundenzahl bezweckten, auch in sozialpolitischer Hinsicht als berechtigt anzuerkennen.

So fand der Kampf um die Abkürzung des Arbeitstages zuerst aus Gründen des Arbeiterschutzes und der Sozialhygiene auch außerhalb der Arbeiterklasse weitgehende, als objektiv zu bezeichnende Unterstützung. Das Ergebnis der Bewegung war in den meisten Staaten eine teils gesetzliche, teils gesellschaftliche (durch Übereinkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, bzw. deren Organisationen, oft auch durch Tarifverträge hinsichtlich des Arbeitslohnes erfolgte) Regelung des Arbeitstages, d. i. der täglichen, bzw. wöchentlichen Arbeitszeit.

Durch gesetzgeberische Initiative erfolgte die Festsetzung der maximalen Arbeitszeit zuerst in der Schweiz, dann in Frankreich, und zwar hier unter der Wirkung der Revolution vom Jahre 1848. Im Kanton Glarus betrug damals das Stundenmaximum 13 bis 15, wogegen in Frankreich die Arbeitszeit mit 10 bis 11 Stunden bestimmt, diese Zusage aber nach der Revolution zurückgezogen wurde.

In den nächsten Jahrzehnten verfügten sodann die westeuropäischen Großindustriestaaten und später auch die Gesetzgebungen anderer Länder über die Höchstzahl der Arbeitsstunden, gleichzeitig aber betätigt sich in dieser Hinsicht auch die Initiative der privatwirtschaftlichen Praxis. Ende der Achtzigerjahre wird von immer mehr Seiten die Forderung nach achtstündiger Arbeitszeit laut, um schließlich als Weltbewegung der organisierten Arbeiterschaft in Erscheinung zu treten. Zuerst setzt die großzügige Propaganda der französischen Arbeiterschaft für den achtstündigen Arbeitstag ein und alsbald beginnt sie sich zu verallgemeinern.

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts weisen die Gesetze der einzelnen Staaten im Vergleiche zu den Maximierungen der früheren Jahrzehnte schon beträchtlich herabgesetzte Stundenzahlen auf, wobei hauptsächlich die Bergwerksbetriebe berücksichtigt werden, hinsichtlich deren die Gesichtspunkte der Billigkeit zweifellos am stärksten ins Gewicht fallen.

So wird 1901 in Österreich der Arbeitstag für die Kohlenbergwerke mit 9, für andere Montanbetriebe mit 10 Stunden gesetzlich festgesetzt.

In Frankreich wurde für die unterirdisch arbeitenden Kohlenbergleute der achtstündige Arbeitstag durch das Übereinkommen vom Jahre 1905 stufenweise eingeführt. Das gleiche geschah 1911 für die Goldarbeiter der englischen Dominion in Südafrika. Somit ist kurz vor Beginn des Weltkrieges der achtstündige Arbeitstag in einigen Staaten wohl verwirklicht worden, jedoch nicht im allgemeinen, sondern bloß für die besonders schwere Bergwerksarbeit.

Während des Krieges drängten die Arbeiterkongresse, begünstigt durch die damalige Nachfragekonjunktur, auf allgemeine Verwirklichung des Achtsturentages. Nach dem Kriege, noch am Ende des Jahres 1918, wurde in Österreich, Deutschland und Estland, welche Länder sich im revolutionären Stadium befanden, der Achtsturentag alsbald gesetzlich ausgesprochen. Andere Staaten hinwieder, so Norwegen und Südafrika, führten acht Stunden nahekommende Begrenzungen der Arbeitszeit ein. Die im Jahre 1919 versammelte Washingtoner Internationale Arbeitskonferenz stellte sich schon auf die Basis des allgemeinen Achtsturentages. Für Industrie und Bergbau wurde die achtstündige Arbeitszeit ausgesprochen, um aber die Starrheit dieser Bestimmung zu mildern, legte man das Hauptgewicht auf das 48stündige Wochenmaximum. Die Tschechoslowakei und außerdem noch einige minder wichtige Industriestaaten (Bulgarien, Indien, Rumänien, Griechenland) nahmen das Washingtoner Übereinkommen, bis zum Jahre 1930 verpflichtend, an. Inzwischen hatte sich in England der Achtsturentag, bzw. die 48stündige Wochenarbeit praktisch bereits verwirklicht.

Die Gewerkschaften aber ließen sich's mit solchen Ergebnissen keineswegs genügen; hie und da tauchte die Forderung nach weiterer Herabsetzung der Arbeitszeit auf, und tatsächlich gelang es in England den Bergleuten, eine siebeneinhalb-, in Deutschland eine siebenstündige Arbeitszeit zu erkämpfen. Indes machte sich auch hier alsbald der Rückschlag bemerkbar. Die immer weiter herabgesetzte Arbeitszeit hatte allenthalben fühlbar mindere Produktionsergebnisse zur Folge, wozu allerdings auch andere Faktoren, so die Bestrebungen nach Herabsetzung der Arbeitsleistung das Ihrige beitrugen. Unter solchen Umständen machte sich in Unternehmerkreisen allgemein der Wunsch bemerkbar, die Zahl der täglichen Arbeitsstunden zwecks Sicherstellung größerer Produktivität und besserer Konkurrenzfähigkeit nach Tunlichkeit wieder zu erhöhen. Dieser Tendenz wurde in mehreren Staaten praktisch Rechnung getragen. So kam es teils zur Einführung des ständigen Überstunden-systems, teils zur Aufhebung der Gesetze vom Achtsturentag (Polen) oder zu deren entsprechenden Rückbildung (Holland). Durch die auf Verlängerung des achtstündigen bzw. noch kürzeren Arbeitstages gerichtete Bewegung aber wird auch in Industriekreisen anderer Staaten die Frage

auf der Tagesordnung gehalten, obwohl das Internationale Arbeitsamt seine Schutzpolitik zugunsten des Achtsturentages fortsetzt.

Die sich an die Festsetzung des Arbeitstages knüpfenden gegensätzlichen Interessen führten zu starken sozialen und Klassenkämpfen, die Verteuerung der Produktion hinwieder zu Industriekrisen, die in manchen Staaten, so besonders in England, hochgradige Arbeitslosigkeit verursachten. Als die Einstellung der zur Unterstützung der Arbeitslosigkeit und der Bergwerksbetriebe bewilligten staatlichen Subventionen in Aussicht gestellt und demzufolge von den Unternehmungen die Lohnherabsetzung und Erhöhung der Arbeitszeit angekündigt wurde, kam es 1926 in England zum allgemeinen Streik, der aber dank des tatkräftigen Einschreitens der Bürgerschaft nicht zur offenen Revolution führte. Nach dem Niederbruch des allgemeinen Streiks hörte aber die Krise der Bergwerksindustrie nicht auf, vielmehr bildet sie in Verbindung mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit ein schweres Sorgenproblem. Angesichts des drohenden Elends eilte die Arbeiterschaft der in den Existenzgrundlagen gefährdeten nationalen Produktion zeitweilig durch freiwillige Verlängerung des Arbeitstages zu Hilfe, wodurch indes die zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehenden Gegensätze noch lange keine Lösung fanden.

2. Wer die Sache vollkommen objektiv auffaßt, muß zur Einsicht gelangen, daß die Festsetzung der Arbeitszeit nicht überall mit gleicher Wirkung erfolgen kann und das Bestreben nach einheitlicher Regelung der Arbeitszeit weder auf die ganze Welt ausgedehnt werden, noch den verschiedenen Vorbedingungen sich einheitlich anpassen kann. Die Naturschätze, Bedingungen und Hindernisse der Produktion, die öffentlichen Lasten usw. sind in dem einen Lande bald größer, bald kleiner als in dem anderen. Ein Staat mit ungünstigeren Erzeugungsverhältnissen kann ohne Gefährdung seiner Konkurrenzfähigkeit die Arbeitszeit nicht in solchem Maße herabsetzen, wie es andere imstande sind. Häufig zwingen sogar die ungünstigeren Umstände zur Wiedererhöhung der Arbeitszeit oder sie lösen zumindest dieses Bestreben aus. Amerika, das unter den günstigsten Produktionsverhältnissen und -vorbedingungen arbeitet, kann seine Arbeitszeit leichter herabsetzen, als die weit ungünstiger gestellten Staaten Europas. Große Naturschätze, große Kapitalstärke, günstige Lage, starker Verkehr ergibt ganz andere Möglichkeiten hinsichtlich der Arbeitszeit als das Gegenteil solcher Voraussetzungen. In der Nachkriegszeit tauchte daher teils infolge der kräftig einsetzenden Kritik der von der Washingtoner Konferenz angenommenen Grundsätze, teils aber infolge der verschlechterten Erzeugungskonjunktur nicht allein in den produktiven Kreisen, sondern auch unter den gewissermaßen als objektiv zu bezeichnenden Sozialpolitikern der europäischen Länder die Überzeugung auf, daß man die Herabsetzung der Arbeitszeit übereilt habe. Anfangs 1928 trat auf der Sitzung des Internationalen Arbeitsamtes der Vertreter Englands mit Berufung auf die ungünstigen englischen Er-

fahrungen mit dem Antrage hervor, es möge auf die Tagesordnung der nächstjährigen Internationalen Arbeitskonferenz die Revision des Washingtoner Übereinkommens gestellt werden.

Gegenüber einer solchen Revisionstendenz ist die heftige und entschlossene Opposition der Gegner begreiflich. Dieser Umstand dient nur zur Bekräftigung des in der Sozialpolitik als Leitmotiv hervortretenden Standpunktes, daß ohne langfristige Sicherung des produktiven Ertrages jegliche, sei es soziale, sei es sozialistische, Aufteilungspolitik unergiebig sei. Die politische Weltmachtkonjunktur der Arbeiterkreise und -parteien (wie sie unmittelbar nach dem Weltkrieg in den Ententestaaten und in den neutralen Ländern zutage trat) mag es ermöglichen, eine einheitlich herabgesetzte Arbeitszeit von den meisten Gesetzgebungen durch Machtspruch annehmen und gesetzlich einführen zu lassen, die Frage jedoch, ob auf den Arbeitstag mit herabgesetzter Arbeitszeit nirgend auch eine Verringerung (nicht aber im Gegenteil eine Erhöhung) des Realarbeitslohnes fallen wird, kann in erster Reihe nur mit Hilfe des jeweiligen Zustandes der Produktion und ihrer Leistungskraft gelöst werden. Auf längere Zeit könnte daher gegenüber der kürzeren Arbeitszeit der sich erhöhende Realarbeitslohn nur dann durch Machtspruch sanktioniert werden, wenn der betreffende Machtfaktor auch in den ungünstiger gestellten Ländern den entsprechenden Blütezustand und das daraus resultierende Produktionsergebnis für den jeweiligen Zeitraum im vorhinein zu sichern imstande wäre. Aus diesem Grunde sind letzten Endes Kultur und Fortschritt als weitaus stärkste sozialpolitische Koeffizienten in Rechnung zu stellen.

Auf gesellschaftlichem Wege angeregt und später gesetzlich verfügt, erfolgten die Einschränkungen der Arbeitszeit vorerst zugunsten der geschützten Arbeiterkategorien: Kinder und Frauen. Als bald jedoch zeigte sich das Bestreben nach einer allgemeinen, auch auf die männlichen Arbeiter ausgedehnten Beschränkung der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber setzten der obligatorischen, bzw. gesetzlichen Herabsetzung der Arbeitszeit, weil sie darin eine beträchtliche Schädigung ihrer Interessen und ihrer Konkurrenzfähigkeit erblickten, zähen Widerstand entgegen. Auch die liberale wirtschaftliche Richtung nahm gegen die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit, und zwar mit der Begründung Stellung, daß solche Verfügungen Eingriffe in die Freiheit des Vertragsrechtes bedeuten. Mit der Zeit jedoch, insbesondere aber infolge Entwicklung der Arbeiterorganisationen und ihrer Zunahme an Macht, gelangte die allgemeine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit in immer mehr Staaten zum Siege. Schon vor der gesetzlichen Maximierung gab es vereinzelte Fälle von Abkürzung der Arbeitszeit. Dies geschah durch freien Entschluß der Unternehmer, die sich hiebei anfangs hauptsächlich von reiner Menschenliebe leiten ließen. So sind noch vom Beginn des vorigen Jahrhunderts her die Versuche Owens bekannt und berühmt, der jedoch über die elf- und zehneinhalb-

stündige Arbeitszeit nicht hinausging. Ebenso bemerkenswert sind auch die Versuche der englischen und amerikanischen Arsenale auf Herabsetzung der Arbeitszeit, welchem Beispiele noch zahlreiche andere Betriebe, insbesondere solche folgten, deren Technik größere Sorgfalt erheischt. Diese Versuche und freiwilligen Anregungen galten sodann den gutgläubigen Doktrinären der Sozialpolitik als fortwährend angeführte Schulbeispiele, wobei sie von den an der Herabsetzung der Arbeitszeit interessierten nichtdoktrinären Agitatoren und sozialistischen Publizisten weidlich unterstützt wurden, so daß es alsbald schier als Gemeinplatz galt und trotz aller logischen Ungereimtheit von immer weiteren Kreisen kritiklos hingenommen ward, daß bei Herabsetzung der Arbeitszeit während eines kürzeren Arbeitstages nicht nur verhältnismäßig, sondern auch in absoluter Hinsicht ein größeres Produktionsergebnis zu erreichen sei und auch erreicht werde, als während einer längeren Arbeitszeit usw. In solcher Form aber ist dieser Satz unwahr, da er nicht wahr sein kann.

Abgesehen von den verschiedensten vorteilhaften Folgen, die man der technischen Entwicklung zugute schreiben kann, ist es möglich und auch wahrscheinlich, daß die Herabsetzung der übermäßig langen, den Organismus außerordentlich anstrengenden täglichen Arbeitsstundenzahl schon an sich günstig auf die Erhaltung der Arbeitskraft und Gesundheit des Arbeiters wirkt, so daß bis zu einem gewissen Grade diese Erhöhung der Arbeitsfähigkeit, das Aufhören der Erschöpfung, kurzum die individuell günstige Wirkung der beschränkten Arbeitszeit die Kürzung des Arbeitstages reichlich aufwiegt. Doch nur bis zu einer gewissen Grenze, und auch da nur unter der Bedingung, daß der auf die Ergiebigkeit und Produktivität der Arbeit gerichtete Wille des Arbeiters nicht nachläßt oder nachgerade noch verstärkt wird. Sobald jedoch die Herabsetzung der Arbeitszeit diese relativen Grenzen überschreitet und Arbeitstage von immer kleinerer Arbeitsstundenzahl festgesetzt werden, muß angesichts der Tatsachen und konkreten Ergebnisse die naive Auffassung, als ob bei kürzeren Arbeitstagen im allgemeinen größere absolute Ergebnisse aufzuweisen wären als bei längeren, in das Reich der Phantasien und Märchen verwiesen werden. Insbesondere wurde diese naive Auffassung durch die im Laufe der Arbeiterbewegungen parallel mit den Bestrebungen nach Herabsetzung der Arbeitszeit laufende, häufig zutage tretende Tendenz zunichte gemacht, die auch bei identischen Einheiten der Arbeitszeit ein sich stets verringerndes Arbeitsergebnis anstrebt, um auch dadurch den Preis der Arbeit stufenweise zu erhöhen. Diese auf das Arbeitsergebnis gerichtete Verringerungstendenz hat ihre Ursache nicht allein in dem individuellen und sporadischen Nachlassen des Arbeitswillens, sondern nur allzu häufig und folgerichtig auch in der sozialistischen Arbeitslohn-, bzw. Klassenkampfpolitik, wie sie in den letzten Jahren bei so vielen Betrieben zutage tritt und das durchschnittliche quantitative Ergebnis der innerhalb gewisser Zeiteinheiten geleisteten Arbeit dermaßen ver-

ringerte, daß weitere Herabsetzungen der Arbeitszeit — *caeteris paribus* — nur zu neuerer, noch gesteigerter Verringerung des Arbeitsergebnisses führen können. Aus diesen Gründen dürfen wir — falls wir die an die Ergiebigkeit der Arbeit sich knüpfenden großen sozialen Interessen ernstnehmen wollen — auch das Problem der Arbeitszeit nicht länger durch die Brille des sozialpolitischen Doktrinarismus betrachten. Die Herabsetzung der Arbeitszeit galt bis zu einem gewissen Grade als sozialhygienische, im Interesse des physischen Wohles, der kulturellen und moralischen Bedürfnisse der Bevölkerung gelegene soziale und nationale Pflicht, darüber hinaus jedoch ist die Beschützung und Sicherung der nötigen Arbeitszeitmenge Pflicht aller Beteiligten im Interesse der nationalen und sozialen produktiven Ergiebigkeit. Heutzutage ist die Beurteilung des Problems der Arbeitszeit nur vom letzterwähnten Gesichtspunkte aus — unter Betonung des öffentlichen Interesses — als ernst und reell anzusprechen.

3. Es ist keine leichte Sache, ja im allgemeinen erscheint es schier unmöglich, festzustellen, aus wie vielen Tages- und Wochenstunden jene Arbeitszeit bestehen solle, bei der ein Arbeiter vom gesundheitlichen Standpunkte und hinsichtlich der Kulturinteressen weder körperlich, noch an seiner Individualität Schaden nimmt, unter welches Maß jedoch die Stundenzahl des Arbeitstages ohne Gefährdung des Arbeitsergebnisses nicht mehr herabgesetzt werden kann. Mit arithmetischer Genauigkeit läßt sich für die Arbeitszeit keine derartige Grenze bestimmen, innerhalb deren die körperliche Schonung des Arbeiters mit den sozialen, bzw. Kulturbedürfnissen des Arbeiters ein- für allemal und für einen beliebigen Zustand der technischen Einrichtung in Einklang gebracht werden könnte mit jenen über alles hochstehenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, die sich an die gehörige Ergiebigkeit der Arbeit knüpfen. Die natürliche oder gar die natürlichste und beste Arbeitszeit läßt sich ebenso wenig auf mathematischem Wege errechnen, wie die mittlere Durchschnittszahl oder beste Resultante jener Gegensätze, die sich hinsichtlich der Arbeitszeit an die individuellen und öffentlichen Interessen knüpfen. Jeder auf ein absolutes Ergebnis gerichtete Versuch ist und bleibt da ein eitles, erkünsteltes Beginnen.

Individuell ist der menschliche Organismus fallweise derart verschieden, daß auch der Maßstab der anstrengenden Arbeitsmenge schon von diesem Standpunkte aus als für die einzelnen Menschen verschieden anerkannt werden muß. Erfahrungsgemäß und praktischerweise aber können wir uns schon weit brauchbarere Begriffe nach der Richtung machen, wieviel in den einzelnen verschiedenen Arbeitsfächern die ohne übermäßige Ermüdung und Erschöpfung zu ertragende Arbeitszeit beträgt. Dabei hat man sich natürlich vor allem im reinen zu sein mit einem prosaischen Umstand, dessen Nichterkennen zu eitlen und gefährlichen Illusionen führt. Das ist der Umstand, daß die Arbeit im allgemeinen und in den meisten Fällen keine Unterhaltung oder Zerstreuung, sondern eine er-

müdende, in vielen Fächern unvermeidlich schweißtreibende Kraftanstrengung ist. Doch müssen wir uns — wenn wir anders nicht abermals im Traumlande der leichtfertigen und dekadenten Illusionen leben wollen — auch darüber im klaren sein, daß die menschliche Gesellschaft nur dann auf dem Wege des Kulturfortschrittes, auf der bereits erreichten Kulturstufe und auf dem derzeitigen Kulturniveau verbleiben, die prosaische Existenz und den gewohnten Lebensstand der überwiegend großen Mehrheit der Menschheit sicherstellen und ihr die notwendigen Brotverdienstgelegenheiten zur Verfügung zu stellen imstande ist, wenn sie hiezu jene erforderlichen Mengen von Arbeit, Energie und Mühewaltung aufzubringen vermag, die auch von jedem einzelnen Menschen ein recht beschwerliches Maß von Müheopfern, von ständiger, nicht nach Belieben verkürzbarer Tages-, Wochen- und Jahresarbeit und Kraftentfaltung gebietend voraussetzt. Dieses Quantum von Arbeitentfaltung, Energieanlage und Mühewaltung, das zur Erhaltung des Niveaus der gesellschaftlichen Bedarfsdeckung, insbesondere aber der Befriedigung des Massenbedarfes und des kulturellen Fortschrittes notwendig ist, muß die Menschheit ständig als Opfer darbringen. Dieses Opfer aber ist zu jeder Zeit und in jedem Zeitalter so groß, daß die überwiegende Mehrheit der arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft beständig, folgerecht und unter beträchtlicher Mühewaltung zu arbeiten genötigt ist. Vom Gesichtspunkte der höchsten gesellschaftlichen Interessen liegt das Wesen der Sache nicht darin, ob X oder Y arbeitet oder nicht, sondern in der imperativen Voraussetzung, daß die überwiegende Mehrheit der arbeitsfähigen Gesellschaftsmitglieder genügend lange Zeit hindurch arbeite, um auf diese Weise ein den Bedürfnissen und Ansprüchen der Gesellschaft angemessenes Arbeitsergebnis hervorzubringen.

Daß aber die im physischen und kulturellen Sinne erforderlichen Arbeitsmengen und Kraftentfaltungen der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, ist um so unvermeidlicher notwendig, als nur diese — man kann sagen riesigen — Arbeitsmengen den großen Mengen und der großen Mehrheit der modernen Menschheit jene physische und kulturelle Wohlfahrt zu sichern und zu erkämpfen imstande sind, an die sie sich bereits gewöhnt haben und von deren Durchschnittsmenge etwas abzulassen sie um so weniger geneigt sind, als die Verringerung dieser Bedürfnismenge schon gleichbedeutend mit Dekadenz und Elend wäre. Zur Sicherstellung der modernen gesellschaftlichen und Massenwohlfahrt und des entsprechenden Lebensstandards bedarf es also von seiten des überwiegenden Teiles der Gesellschaft einer entsprechenden Menge von ergiebiger Arbeitentfaltung. Um es kurz zu sagen: die große Mehrzahl der Menschheit muß hinreichend viel arbeiten, um eine genügende Menge verschiedenster Güter für die großen Massen, d. i. in erster Reihe für sich selbst zu erzeugen, weil ja die großen Massen nur dann ihren Massenbedürfnissen entsprechend genug verbrauchen können, wenn sie dieses Genug auch zu erzeugen imstande sind.

Unter solchen Umständen kann und darf auch die Arbeitszeit nicht unzureichend sein, weil es sich dabei um die über alles wichtigen höheren Interessen der Ergiebigkeit der Produktion handelt. Man kann daher auch die Arbeitszeit nicht ungestraft immer tiefer und tiefer herabsetzen. Der Schutz des menschlichen Organismus und der hygienischen Interessen muß somit auf allen Stufen des produktionstechnischen Fortschrittes ein gedeihliches Kompromiß mit jenen Interessen finden, die sich an die Ergiebigkeit der Arbeit knüpfen. Die nüchterne Einsicht muß zu guter Letzt auch in dem Kampfe um die Festsetzung der Arbeitszeit platzgreifen, weil sonst in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht nur eine Verarmung der Menschheit die Folge sein kann. Die Gesellschaft also muß einsehen lernen, daß in der Ausnützung des Arbeiters und in der Herabsetzung der Arbeitszeit gleichermaßen nicht bis zum äußersten gegangen werden kann. Das sozialpolitische Ideal und objektive Ziel kann demnach nur die hinreichende Arbeit unter billigen Arbeitsbedingungen sein, was auch den Wunsch und die Forderung nach billiger, jedoch genügender Arbeitszeit in sich schließt.

4. In den Kämpfen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens nun trat und tritt auch heute noch die Frage der Arbeitszeit nicht als Problem hervor, bei dem die soeben erwähnten Gesichtspunkte objektiverweise zur Erwägung gezogen werden, sondern vielmehr in erster Reihe als eine zwischen den gesellschaftlichen Schichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszutragende Machtfrage. So sieht und sah denn auch die Arbeiterschaft in der fortwährenden Verkürzung des Arbeitstages ein Machtmittel, bzw. ein Mittel der Einkommenverteilung, womit sie ihre eigenen — natürlich einseitig aufgefaßten — Interessen zu verwirklichen vermeinte und vermeint, nämlich die Erhöhung des Arbeitslohnes, d. i. des eigenen Einkommens durch Verteuerung der von ihr selbst gebotenen Arbeitsleistung. Das einseitige, man kann sagen impulsiv aufgefaßte Interesse des Arbeiters wäre somit die je kürzere Arbeitszeit, weil diese in seinen Augen scheinbar und unmittelbar auch den größeren Arbeitslohn bedeutet. Das gleicherweise einseitige Interesse des Arbeitgebers wäre demgegenüber die je längere Arbeitszeit ohne entsprechende Lohnerhöhung.

Angesichts der verbesserten Machtlage der Arbeiter kann sich der Arbeitgeber gegen die auf Arbeitszeitverkürzung gerichteten Bewegungen in der Regel nur schwer verteidigen und überwälzt daher die daraus entstehende Verteuerung gewöhnlich im Preise der Erzeugnisse auf den Verbraucher. Ist die hieraus entstehende Teuerung beträchtlich, so wird dadurch auch die Lohnerhöhung des Arbeiters in bedeutendem Maße illusorisch, weil ja der Arbeiter gleichzeitig Verbraucher ist. Wenn also die Zunahme des Arbeitslohnes, bzw. die Verkürzung der Arbeitszeit den Konsum verteuert, so bedeutet dies früher oder später bis zu einem gewissen Grade auch die Unfruchtbarkeit der Arbeitsloohnerhöhung.

Das Problem der Arbeitszeit hat somit neben der sozialhygienischen auch eine produktions- und konsumpolitische Seite. Das Optimum des öffentlichen Interesses kann durch die Wissenschaft nur so festgestellt werden, daß sie sich über das Optimum der Privat- und Klasseninteressen erhebt. Dieses Optimum des öffentlichen Interesses aber kann lediglich dadurch zustande kommen, daß man die Gesichtspunkte des Menschenschutzes mit den Interessen des Produktionsergebnisses in Einklang bringt. Dieser Einklang hinwieder ist undenkbar, ohne jene großen sozialen Interessen in Betracht zu ziehen, die zum Begriffe des Leistungsminimums führen. Ein ausreichendes Produktionsergebnis kann nämlich nur dann verwirklicht werden, wenn jeder Mensch auch ein durchschnittlich ausreichendes Leistungsminimum auf dem Gebiete der Produktion aufweist.¹⁾ Das Leistungsminimum also muß auch in der realen Sozialpolitik zum Ausgangspunkte werden, da nur auf Grund des hinreichenden durchschnittlichen Leistungsminimums eine derartige Produktion zustandekommt, die eine Bedeckung der sozialen Teilungswünsche: die von Jahr zu Jahr verfügbare, zur Verteilung bestimmte, hinreichende absolute Gütermenge — zumal in Massenbedarfsartikeln — zu sichern imstande ist. Nicht allein die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft, auch sonst jedermann interessiert sich am stärksten und in erster Reihe für die Güter des Massenbedarfs, d. i. für jene Güter, die hauptsächlich zur Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse dienen. Nur wenn von diesen (Nahrung, Kleidung, Wohnung, sowie die wichtigsten wirtschaftlichen und kulturellen Wünsche befriedigende Einrichtungen, als Straße, Schulen, Eisenbahnen usw.) hinlänglich viel vorhanden ist, kann davon allen Mitgliedern der Bevölkerung genug, d. i. hinlängliche Nutznießung zugeteilt werden. Jene auf die Verringerung der Arbeitsleistung und darunter auf die Verkürzung der Arbeitszeit abzielenden Bestrebungen, die ohne Rücksicht auf die Schädigung des öffentlichen Interesses das Erpressen einer immer weiteren Verkürzung des Arbeitstages sozusagen als Selbstzweck der Arbeiterbewegungen erscheinen lassen, sind füglich als Bestrebungen solcher Art zu betrachten, daß durch sie die absolute Menge der eben erwähnten Massenbedarfsgüter und ihres Gebrauches, bzw. deren auf einen Menschen fallende soziale Quote in folgerechter Weise herabgesetzt wird, weil sie auch das Minimum der auf einen Menschen entfallenden sozialen Durchschnittsleistung folgerichtig immer unzureichender und ständig verringernd gestalten.

Die Zunahme der Arbeitslohnquote und die Herabsetzung der Arbeitszeit kann demzufolge bei der großen Mehrheit der Gesellschaft nur dann ein auch in Wirklichkeit größeres und zur Befriedigung zahlreicherer Bedürfnisse hinreichendes Einkommen hervorbringen, wenn dem gegen-

¹⁾ Siehe Karl v. Balás: Die Grundlage der Sozialpolitik. Jena. Fischer, 1926. Abschnitt XIV.

über auch die von dem einzelnen arbeitenden Menschen gebotene Durchschnittsleistung sich nicht verringert. Andernfalls ist auch die Herabsetzung der Arbeitszeit nichts weiter, als eine Lebensverteuerung von seiten der Arbeiterklasse, die in erster Reihe das große Lager der Verbraucher und mit ihnen zugleich letzten Endes auch die Arbeiterklasse selbst ärmer macht.

Es bedarf entwickelten sozialpolitischen Empfindens und großer Objektivität, um angesichts des Aufeinanderprallens der minderwertigen Nebeninteressen das Optimum der Arbeitszeit und der Arbeitsleistung zu finden und beizubehalten, bzw. ein dem Optimum entsprechendes Kompromiß zu ermitteln.

Sechster Abschnitt.

Der Arbeitslohn.

1. Der Arbeitslohn ist das dem Arbeiter zufallende Einkommen.¹⁾ Er wird demjenigen zuteil, der eine bestimmte Arbeit gegen Entlohnung (Bezahlung), als ihm zufallendes Einkommen, übernimmt. Die unmittelbare Ursache des Zuteilwerdens eines solchen Einkommens ist also ein obligatorischer Rechtstitel zwischen dem Arbeiter als Berechtigtem und dem Arbeitgeber als Verpflichtetem. Inhalt der Verpflichtung des Anspruchsberechtigten ist die übernommene Arbeit oder Funktion. Sie kann in der Praxis des gesellschaftlichen Lebens von größter Mannigfaltigkeit sein. In den meisten Fällen ist die für Lohn übernommene Arbeit eine positive, der Menge und Beschaffenheit nach streng kontrollierbare und kontrollierte Leistung, Kraftentfaltung. In gewissen Fällen jedoch sind Menge, Beschaffenheit und Wesen der für Lohn oder Bezahlung übernommenen Arbeitsverrichtung minder leicht zu überwachen. Das ist bei den höher gearteten, sogenannten geistigen, zumeist bei den amtsmäßigen Arbeiten der Fall. Mitunter jedoch wird Bezahlung auch in solchen Fällen zuteil, wo die Bekleidung des hiefür die Rechtsgrundlage bietenden Amtes oder der betreffenden Würde keinerlei Arbeit, d. i. körperliche oder geistige Kraftentfaltung, sondern bloß eine nominelle Betätigung verlangt usw. usw.

Demnach ist der Arbeitslohn das Einkommen derjenigen, die gegen Entlohnung Arbeit oder ein Amt übernehmen; er ist also nicht der „Gegenwert“ der Arbeit. Auch nicht der Arbeit Preis, sondern der dem Arbeiter bezahlte Lohn. Nicht der Arbeit wird der Arbeitslohn zuteil — ist ja doch die Arbeit eine Kraftentfaltung, Bewegung, die nicht Subjekt der Einkommenverteilung sein kann —, sondern dem Arbeiter (Beamten usw.).

¹⁾ „Arbeiter“ ist hier im weitesten Sinne verstanden.

Kein Bestimmungsgrund des Arbeitslohnes ist es ferner, daß dieser das durch die Arbeit zustande gebrachte Einkommen oder ein Teil desselben sei. Diese technische, produktionsmäßige Seite der Entstehung des Einkommens unterscheidet sich von dessen anderer, die Verteilung des Einkommens betreffenden Seite. Der Arbeitslohn erscheint als Einkommen auf seiten der Einkommenverteilung. Gleichwie es kein Einkommen, richtiger keinen Ertrag gibt, den die Arbeit aus sich selbst, ohne anderen Erzeugungsfaktor zustande bringen könnte, so gibt es auch keinen Ertrag, der ohne Arbeit zustande kommen könnte. Mit Hilfe der Arbeit und aus der Summe der mit Inanspruchnahme der übrigen Erzeugungsfaktoren zustande gebrachten Güter kommt ein gewisser Teil auf dem Wege der Einkommenverteilung dem Arbeiter zu. Das ist sein Einkommen, das ist der Arbeitslohn, richtiger Arbeiterlohn.

Wenn wir nun den Arbeitslohn in seinen gesellschaftlichen Beziehungen ins Auge fassen, so können wir ihn nicht allein vom Gesichtspunkte des Arbeiters oder des Arbeitgebers, sondern auch von dem der Öffentlichkeit, der Gesellschaft, der Nation aus als selbstverständlich betrachten.

Für den Arbeiter bedeutet der Arbeitslohn zumeist dessen ganzes Einkommen, dagegen bildet er nur einen Teil des Ertrags der unternehmungsmäßigen Produktion, sowie auch des Unternehmereinkommens. Und zwar jenen Teil, der auf seiten des Arbeiters Einkommen, auf Seite des Unternehmers Ausgabe, Opfer bedeutet.

Da indes ein Teil des Produktionsergebnisses infolge der Einkommenverteilung zu Arbeitslohn sich gestaltet, wird dem Arbeiter eine bestimmte Quote des Wertergebnisses der Produktion zuteil. Welche Quote des Produktionsergebnisses dem Arbeiter als Einkommenanteil zufällt, bildet eine Frage der Einkommenverteilung, die auf eine einzelne Ursache oder ein einzelnes Gesetz nicht zurückgeführt werden kann. Aus dem komplizierten ursächlichen Zusammenhang der wirtschaftlichen Konjunkturen, der Rechtsordnung, der Kultur- und Machtverhältnisse gestaltet sich hier das positive Ergebnis: das in Form des Arbeitslohnes tatsächlich erreichte Einkommen heraus. Vom wissenschaftlichen Gesichtspunkte aus betrachtet erscheint es daher als durchaus eitler oder übertrieben doktrinärer, oft aber als rein spekulativer Versuch, wenn man das „Gesetz“ der natürlichen Größe des Arbeitslohnes oder die Größe des natürlichen Arbeitslohnes in einem einzigen Satze oder in einer einzigen Formel ausdrücken zu können vermeinte.

2. Der Begriff des Arbeitslohnes ist keineswegs einheitlich. Er umfaßt eine große Gruppe zahlreicher Einkommen, und die Mannigfaltigkeit der darunter verstandenen Kategorien ist parallel mit der Entwicklung und Spezialisierung des Wirtschaftslebens in stetem Wachsen begriffen. Unter der Benennung „Arbeitslohn“ verstehen wir eine zusammenfassende Hauptgruppe der gesellschaftlich ausgebildeten Arten des Einkommens. Daraus folgt natürlicherweise, daß dieser Begriff sich nicht bloß auf den

Lohn, d. h. auf eine im gewöhnlichen Sinne zu verstehende Bezahlung beschränkt, sondern jedes Einkommen und jede Bezahlung in sich faßt, die jemandem für eine Arbeit höherer oder niederer Art zuteil wird. Unbeschadet dieser notwendig erscheinenden Ausdehnung des Begriffes des Arbeitslohnes haben wir nichtsdestoweniger in engerem Sinne vor allem den Lohn der mit industrieller oder landwirtschaftlicher, hauptsächlich sogenannter physischer Arbeit beschäftigten Arbeiter zu verstehen.²⁾

Die Hauptart des Arbeitslohnes ist somit der Lohn jener körperlichen Arbeit, die das einzige Einkommen der von ihrer Arbeit lebenden größten Massen bildet. Darunter verstehen wir hauptsächlich den Lohn der physischen Kraftentfaltung des Menschen. Sobald jedoch gegenüber der rein manuellen Arbeit auch der Geschicklichkeit, der Schulung, Vorbildung usw. beim Versehen gewisser Dienste und Ämter eine größere Rolle zukommt, so gestaltet sich in demselben Maße, als die Bedeutung des Intellekts, der speziellen Geistes- und Nervenfunktion in den Vordergrund tritt, nicht allein die Beschaffenheit der Arbeit, sondern auch der Arbeitslohn selbst um so mannigfaltiger. Der sogenannte geistige, intellektuelle Arbeitslohn, den die Gesellschaft sozusagen zur Selbstunterscheidung als Bezahlung bezeichnet, weist größere Mannigfaltigkeit auf, als der Arbeitslohn des Arbeiters im gewöhnlichen Sinne.

Außerdem aber besteht auch hinsichtlich der Grundlage der Einkommenverteilung, d. i. betreffs der gesellschaftlichen Rechtstitel, auf Grund deren der Arbeitslohn oder die Bezahlung flüssig gemacht wird, wieder ein Unterschied zwischen dem typischen Arbeitslohn und der mehr oder minder intellektuellen „Bezahlung“. Während nämlich beim Arbeitslohn im engeren Sinne eine (nach Zeit, Stückzahl usw.) genauer bestimmbare Arbeitsleistung zumeist die Grundlage der Lohneinheiten bildet, läßt sich diese Grundlage bei den mehr geistigen bezahlten Beschäftigungen und Ämtern weniger genau feststellen. So können wir mit Recht behaupten, daß unter gleichen Bedingungen den Einheiten des gewöhnlichen Arbeitslohnes (Wochen-, Tages- oder Stücklohn) die dafür zu verrichtenden Leistungseinheiten weit besser entsprechen und mit ihnen in

²⁾ Soll unter Arbeitslohn wirklich ein Zweig der gesellschaftlichen Einkommenverteilung verstanden sein, dann muß sich die Nationalökonomie endlich lossagen von jenen Definitionen, wonach der Arbeitslohn die Belohnung, der Preis, Gegenwert der Arbeit usw. sei. Der Arbeitslohn ist einfach des Arbeiters Einkommen, bei dessen Erwerbung er als Rechtstitel des Zufallens seine Arbeit in den Arbeitsvertrag einstellt. Als Tatsache ist also einfach nur soviel zu betrachten, daß der Arbeiter auf Grund seiner Arbeit zu einem gewissen Einkommen gelangt. Wirtschaftstheoretisch ist das die objektive Begriffsbestimmung des Arbeitslohnes. Die Frage der Belohnung und des Preises mengt dem Begriffe schon den Gesichtspunkt des auf die Arbeit gemünzten Werturteils bei, wodurch die Definition des Arbeitslohnes überflüssigerweise einen sozialpolitischen Beigeschmack erhält.

viel engerem Verhältnis stehen, als dies beispielsweise bei den amtlichen oder vertraulichen Bezahlungen der Fall ist. Bei diesen ist es nämlich seltener bestimmt und kann der Beschaffenheit der Beschäftigung entsprechend auch seltener bestimmt werden, welche Arbeitsmenge gegen eine bestimmte Bezahlung oder während einer bestimmten Zeit geleistet werden muß. Die vertrauliche Natur der Beschäftigungen tritt also bei den höhergearteten, sogenannten intellektuellen Beschäftigungen zumeist stärker hervor.

3. Im heutigen Rechtssystem fußt die Bestimmung des Arbeiterlohnes in den meisten Staaten auf Verträgen. Der Lohnvertrag zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist also in den konkreten Fällen die unmittelbare Rechtsgrundlage des Arbeiterlohnes, der das Einkommen des Arbeiters bildet. So einfach aber in den meisten konkreten Fällen die Festsetzung des Arbeiterlohnes sein mag, sind die Ursachen, die zur modernen Ausbildung der Arbeitslohnverhältnisse geführt haben, um so verwickelter, geschichtlich und in sozialer Hinsicht auf um so zahlreichere Prämissen zurückzuführen. Die Frage, wie hoch in einem bestimmten Falle der Arbeitslohn festgesetzt werden soll, findet ihre Lösung im Rahmen einer gesellschaftlich ausgebildeten Wirtschaftslage. Eine gesellschaftlich ausgebildete wirtschaftliche Lage ist diejenige, bei der die vorliegenden Umstände sowohl auf seiten des Arbeiters, als auch des Arbeitgebers den Abschluß des Arbeitslohnvertrages hinsichtlich der Höhe des Lohnes zwangsmäßig beeinflussen.

Der Arbeiterlohnvertrag selbst ist zwar das Ergebnis freien Übereinkommens, doch ist diese Freiheit von zwingenden Umständen und Konjunkturen umgrenzt. So ist es wohl letzten Endes der Vertragsparteien Wille, was die konkrete Äußerung dieser Art von Einkommenszuteilung bewirkt; doch werden die Möglichkeiten, in deren Gestalt dieser Vertrag praktisch zustande kommen kann, nichtsdestoweniger durch wirtschaftsgeschichtliche, wirtschaftskulturelle, politische usw. Prämissen auf ein engeres Feld gedrängt, so daß die Arbeitslohnverträge eines jeden Zeitalters nur mit Zugrundelegung gewisser Vorbedingungen abgeschlossen werden können. Praktisch äußert sich dies von seiten des Arbeitgebers darin, daß er nur unter gewissen Bedingungen einen Arbeiter, von seiten des Arbeiters aber darin, daß er Arbeit ebenfalls nur unter gewissen Bedingungen bekommen kann.

Der Arbeitslohnvertrag hat also — wenn wir ihn vom gesellschaftlichen Gesichtspunkte aus und von den einzelnen konkreten Fällen abgesehen als rechtlichen Vermittler der Einkommenverteilung betrachten — gesellschaftliche und individuelle Vorbedingungen. Die gesellschaftlichen sind überwiegend solche Zwangsbedingungen, denen sich die Abschließer des konkreten Lohnarbeitervertrages in den meisten Fällen stillschweigend fügen. Dem freien Willen werden nur jene Bedingungen anheimgestellt, die durch die gesellschaftlich entwickelten Verhältnisse offengelassen wurden.

Unter den gesellschaftlich ausgebildeten Vorbedingungen der Arbeiterlohnverträge verstehen wir Faktoren der weitesten Beziehungen. Hieher zählen wir das geschichtlich ausgebildete Milieu, den Grad der national-ökonomischen Entwicklung, die kulturellen Verhältnisse der Bevölkerung, ihre Ansprüche, die Art ihrer Bedürfnisbefriedigung, wie auch die mit den Arbeiterverhältnissen sich näher befassenden Normen der Rechtsordnung, die Kollektivverträge usw.

Der Arbeiter sieht die Resultante dieser weitgezogenen Vorbedingungen, verwickelten Ursachen und Wirkungen auf sich selbst bezogen in dem jeweiligen Betrage seines eigenen Arbeiterlohnes.

4. Mit der Entwicklung der Geldwirtschaft und insbesondere der Großindustrie ist der Arbeitslohn zu einer der wichtigsten Arten der gesellschaftlich zur Verteilung gelangenden Einkommen geworden. Heute ist schon vielleicht beim größten Teil der erwerbenden Bevölkerung der Arbeiterlohn die Hauptquelle des Einkommens — Arbeitslohn im weitesten Sinne verstanden. Individuell ist, wie wir gesehen haben, der Arbeitslohnvertrag die Grundlage der unter diesem Titel vor sich gehenden Einkommenszuteilung und wird von Arbeiter und Arbeitgeber, als freien Vertragsparteien, untereinander abgeschlossen. Jener Zwang und Druck, der die Rechts- und Machtverhältnisse des Altertums und des Ständewesens beherrscht hatte, lastet nicht mehr auf dem Arbeiter, der als gleichberechtigte Vertragspartei mit dem Arbeitgeber den Arbeitslohnvertrag abschließt. Hat er keinen solchen Vertrag geschlossen oder sich nirgend zur Arbeit verdingt, so ist er zur Arbeit auch nicht verpflichtet. Er hat das Recht zu arbeiten oder nicht zu arbeiten. Das dem Arbeiter auf Grund seiner Arbeit gebührende Einkommen steht ihm also rechtlich als freier Vertragspartei zu. Die Sklaven und die zahlreichen Spielarten von Angehörigen der geknechteten Klassen, die Hörigen, wurden durch ihre Vorgesetzten gezwungen, sich nach Arbeit umzusehen. Dies geschah schlechterdings auf Grund der Tatsache, daß sie als Mitglieder einer unfreien Gesellschaftsklasse zur Welt gekommen waren. Der moderne Arbeiter wird als freier Mann geboren, er gehört keiner ständischen Gesellschaft an und Pflichten hinsichtlich der Arbeit erwachsen ihm erst dann, wenn er einen Arbeitslohnvertrag abgeschlossen, d. i. sich zu einer Arbeit verpflichtet hat, und auch dann nur für die Zeit dieser Verpflichtung.

Man glaube aber nicht, daß der rechtlich freie Arbeiter zum Arbeiten nicht gezwungen sei. Auch er steht unter einem Zwang; nur handelt es sich da um keinen rechtlichen, sondern um einen „wirtschaftlichen“ Zwang. Er verdingt sich zwar als rechtlich freie und gleiche Vertragspartei zur Arbeit und schließt einen entsprechenden Vertrag, zu dessen Nichtabschluß er gleichfalls berechtigt ist, seine wirtschaftliche Lage jedoch zwingt ihn in den meisten Fällen zum Abschließen des Arbeitslohnvertrages, da er nur auf Grund eines abgeschlossenen Lohnvertrages eines Einkommens teilhaftig werden kann. Und er sieht sich gezwungen,

diesen Vertrag nach jenen Möglichkeiten abzuschließen, die ihm in der gegebenen wirtschaftlichen Lage offenstehen. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter verdingt sich demnach unter der Wirkung eines wirtschaftlichen Zwanges zur Arbeit und ein wirtschaftlicher Zwang weist ihm den wichtigsten Inhalt dieses Vertrages zu.

Es waren Ursachen der Wirtschaftstechnik und der Bevölkerung, die zu dieser Entwicklung geführt haben. In den modernen Staaten sind nämlich beträchtliche Schichten der Bevölkerung vermögenslos, oder mit anderen Worten: aus dem Besitze eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung fehlen die Erzeugungsfaktoren. Aus diesem Grunde verdingt man sich für Lohn zur Arbeit, um von den Besitzern der Erzeugungsfaktoren Einkommen zu beziehen. Die Hörigen der alten Zeit hatten die Erzeugungsfaktoren tatsächlich in ihrem Besitz. Wer aber infolge der Bevölkerungszunahme, bzw. Umgestaltung des Wirtschaftslebens aus diesem Bauernzustand, der ihm gegen Ablieferung einer bestimmten Quote des Wachstums Grund- und Bodenbesitz sicherte, verdrängt wurde, der war gezwungen, sich als landwirtschaftlicher Knecht, im schlimmeren Falle als Tagelöhner oder später als Industriearbeiter zu verdingen.

Die Zahl der darauf angewiesenen Existenzen hatte sich im Laufe der Zeit vielfach vermehrt und es entstand aus ihnen die moderne Arbeiterklasse, deren einziges Einkommen der Arbeitslohn ist. Selbstverständlich gibt diese Darstellung die Entwicklung der heutigen Arbeiterklasse nur in großen Durchschnittszügen wieder, die lediglich das Entstehen der typischsten Arbeiterkategorien versinnlichen.

5. In der modernen Gesellschaft hat also einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung auf solche Art die aus der gleichzeitigen Entwicklung der Wirtschafts- und Bevölkerungsverhältnisse hervorgegangene Zwangslage zu Lohnarbeitern, mit anderen Worten zu Mitgliedern einer Gesellschaftsschicht gemacht, der als Art ihres Einkommens der Arbeitslohn zuteil wird. Dieser wirtschaftliche Zwang nötigt das Individuum mit schier unwiderstehlicher Gewalt, die sich anbietende Arbeitsgelegenheit zu ergreifen, da es in den meisten Fällen nur durch die Benützung der sich anbietenden Arbeitsgelegenheiten zum Teilhaber an der Einkommenverteilung werden kann. Diese den Mitgliedern der Arbeiterklasse gegenüberstehende starke Zwangslage ist zweifellos eine der ständigsten und mächtigsten Konjunkturen des heutigen Wirtschaftslebens. Diese ist eine so mächtige, unbedingt in Rechnung zu ziehende Konjunktur, daß sie nach der abergläubischen Gedankenwelt des Altertums schier dem Fatum vergleichbar wäre. Und tatsächlich ist der abergläubische Begriff des Fatums in moderner Gestalt wiedererweckt worden durch diejenigen, die in der Gedankenwelt des Sozialismus an seine Stelle den geschichtlichen Materialismus setzten, demzufolge das gesellschaftliche Leben von heute lediglich durch immanente, innewohnende Ursachen gelenkt werde. Das immanente sozialwirtschaftliche Gesetz ist nichts weiter als



eine moderne Gestalt des abergläubischen Fatumbegriffes. Ein Wiedererstehen jenes gewissen Glaubens an ein modernes gesellschaftliches Fatum, das eigentlich aus einer Art Verkörperung der im modernen Wirtschaftsleben hervortretenden mächtigen Zwangskonjunkturen entsteht. Die Folgen dieser mächtigen Konjunkturen galten in der Gedankenwelt des Altertums als Wille der Götter, in der Ausdrucksweise des geschichtlichen Materialismus treten sie als „immanente wirtschaftliche Gesetze“ in Erscheinung. Beide Auffassungen sind gleichermaßen naiv. Wie wir heute den altertümlichen Glauben an das Fatum belächeln und in den Bereich des Aberglaubens verweisen, so blüht auch dem Glauben an die immanenten sozialwirtschaftlichen Gesetze das nicht minder entschiedene Los der Vernichtung. Ist doch dieser Glaube nichts anderes als in einer Gesellschaft von Menschen — und nichts als Menschen — die Errichtung eines außerhalb der Menschen oder über ihnen stehenden höheren Machtfaktors. Nur um einen Schritt weitergegangen, könnte man — unter Nachahmung der poetischen Einbildungskraft des klassischen Altertums — das immanente Gesetz in Gestalt einer neuen Gottheit personifizieren. Mathematisch gesprochen liegt hier der Fall einer richtigen Gleichung vor, die wir nicht zu lösen imstande sind und in der wir deshalb einen nicht vorhandenen Koeffizienten suchen bzw. voraussetzen. Dabei ist jedoch diese als Folge eines immanenten Gesetzes hingestellte mächtige sozialwirtschaftliche Konjunktur, die als ein gewisse Klassen und deren Mitglieder belastender wirtschaftlicher Zwang in Erscheinung tritt, alles eher denn die Äußerung eines außerhalb der Menschen und über ihrem Willen stehenden, dem Wesen der Dinge innewohnenden Gesetzes. Infolge des Anwachsens der Bevölkerung, ihrer Verdrängung aus der Naturalwirtschaft, aus dem Kleinbesitz, und noch zahlreicher anderer Ursachen hat sich in den modernen Fabrikstädten eine aus Massen von Industriearbeitern bestehende Gesellschaftsklasse zusammengedrängt, deren Mitglieder infolge ihrer Vermögenslosigkeit unter dem Zwange stehen, für einen unter den gegebenen Umständen erreichbaren Lohn eine Arbeit zu übernehmen. Das ist die objektive Tatsache, aus der indes noch lange nicht die Folgerung gezogen werden kann, daß die Entstehung einer in wirtschaftlicher Zwangslage befindlichen Arbeiterklasse als Folge eines sozialwirtschaftlichen Gesetzes anzusprechen sei, das etwa der Ordnung der Dinge innewohne. Beim Untersuchen dieses Problems ist es leicht, den Gedankengang durch einen kleinen (sei es aus Überzeugung oder aus Spekulation verabfolgten) Stoß derart zu lenken, daß unsere Schlußfolgerungen auf ein unrichtiges Geleis der Logik geraten und dort weiterlaufen. Wir stehen (vielmehr standen bei der auf das Wirtschaftliche bezogenen Theorie des geschichtlichen Materialismus) vor einer vollendeten Tatsache, d. i. vor der in wirtschaftlicher Zwangslage befindlichen, vielfachen Entbehrungen ausgesetzten, in mancher Hinsicht degenerierenden Arbeiterklasse. Es ist die einstige englische Arbeiterklasse, um die es viel schlechter als um die

heutige bestellt ist und die auch wir als Grundtypus angenommen haben. Beim Betrachten der Verhältnisse dieser, in aufgelegt ungünstiger Lage befindlichen, industriellen Arbeiterklasse tauchte die Frage auf, weshalb wohl diese Kategorie der Bevölkerung hinsichtlich der Einkommenverteilung in eine solche Lage geraten sei. In Beantwortung dieser Frage können wir an der Hand der Geschichte Englands feststellen, wie die Bevölkerung aus den Dörfern nach den Städten gedrängt wurde, sich dort übermäßig vermehrte; dazu nehmen wir die als Ersatz der Menschenhand hervortretenden Erfindungen der Maschinenteknik, die ungünstigen Bildungs- und Erziehungsverhältnisse der Arbeiterschaft, nebst zahlreichen anderen Tatsachen, die wir aus den verfügbaren Kenntnissen geschöpft haben. Nun aber kann die gestellte Frage auch auf andere Art beantwortet werden, und zwar derart, daß wir dem Wesen nach denselben Weg der Entgegnung befolgen und dennoch etwas ganz anderes antworten. Wir begnügen uns nämlich nicht mit der Aufzählung der soeben erwähnten Faktoren, die auf die Entwicklung der Einkommenverhältnisse der damaligen englischen Arbeiterklasse zusammenwirkten, sondern wir gehen weiter und sagen: All diese mitspielenden Ursachen haben sich darum so gestaltet, weil sie sich zufolge der dem kapitalistischen Wirtschaftsleben innewohnenden Gesetzlichkeit nur so gestalten konnten.

Von den zwei Antworten auf die Frage ist die erstere richtig, die letztere unrichtig. Eine wirkliche Beantwortung der Frage, weshalb in der ersten Hälfte und um die Mitte des XIX. Jahrhunderts die vorstehend erörterten Arbeitslohn- und Arbeiterverhältnisse zur Herrschaft gelangten, ist nur dann möglich, wenn wir objektiverweise all jene Tatsachen aufzählen, die als Prämissen der Entwicklung angeführt werden können. Eine unrichtige Beantwortung der Frage ergibt sich, wenn wir aus jenen Tatsachen, bzw. aus deren spekulativer Ursachengruppierung ein sogenanntes „Gesetz“ ableiten und die Frage mit der Hinstellung dieses Gesetzes als Entstehungsursache beantworten. Als wirkliche Antwort kann nur die Aufzählung der positiven Prämissen gelten; das „Gesetz“ ist da eine bloße Fiktion, eine doktrinäre Erfindung, nicht aber eine ursächliche Tatsache. Die Aufstellung des „immanenten Gesetzes“ und im vorliegenden Falle dessen Hinstellung als Antwort ist jene falsche Weiche, durch die eine spekulative oder irrtümliche Klügelei unseren Gedankengang auf das unrichtige Geleise der Logik geraten ließ.

Wenn wir die immer fernerliegenden Prämissen nachträglich, auf die Vergangenheit zurückgehend, aus einer immer größeren Perspektive betrachten, so können wir nicht bloß bei der logischen Verbindung von Ursachen und Wirkungen mit größter Willkür vorgehen, sondern auch sehr leicht uns auf den Standpunkt stellen, daß ein gewisses Ergebnis — im gegenwärtigen Falle die Ausgestaltung des Arbeiterlohnes — so eintreffen mußte und nur so eintreffen konnte, wie es eben geschehen ist. Die mitspielenden Prämissen stehen nämlich als positive Tatsachen vor uns,

wogegen sich die minderen Einzelheiten, aus denen sich die Prämissen zusammensetzten (und die zumeist als Vorursachen der wichtigeren Ursachen anzusprechen sind), vor unseren Augen sich verwischen.

Sobald die Arbeiter in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts den Weg der Organisation betraten, waren sie imstande, für sich eine viel bessere Lage und weit günstigere Einkommenverhältnisse zu erzielen. Mit Hilfe der gesellschaftlichen Organisation gelang es den einzelnen Klassen, gegen zahlreiche soziale und ökonomische Zwangslagen und Hindernisse den Kampf zu bestehen, die den Nichtorganisierten als eine nicht zu bewältigende höhere Gewalt erschienen waren.

Auch auf dem Gebiete der Arbeitslohnfrage gab es so manche, den Arbeitslohn drückende Zwangslagen, die ein Jahrhundert oder auch nur einige Jahrzehnte vorher als vis major-artige, mit der Macht eines Naturgesetzes wirkende Faktoren und für das Schicksal der Arbeiterklasse als ewige, naturnotwendige Wesensmerkmale betrachtet wurden, so daß auf Grund dessen die Aufstellung des Ricardo-Lassalleschen eisernen Lohngesetzes und der Marxschen Verelendungstheorie begründet schien. Bald indes trat als Ergebnis der wirksameren Organisation der selbstbewußtere Interessenschutz, ein oft zum Angriff übergehender Kampf um die Erhöhung der auf die Arbeiter entfallenden Einkommenquote dazwischen. Jene Zwangslage, die infolge des Angebots der Arbeiterhände als eine mit der Macht eines Naturgesetzes ausgestattete Tendenz nach fortwährender Herabdrückung des Arbeiterlohneinkommens oder als starres Festhalten am kargsten Existenzminimum erschien, machte infolge der bezeichneten Taten allmählich eine Wandlung durch, die dann keineswegs mehr als die höhere Gewalt eines Naturgesetzes betrachtet werden konnte.

Was aber ist die Ursache, daß die ständig fallende, bzw. das Maß des kärglichsten Existenzminimums nie überschreitende Tendenz der Arbeitslöhne zu einer gewissen Zeit derart natürlich erschienen und logisch denkende Menschen ziemlich lange wie an ein unabänderlich strenges Wirtschaftsgesetz daran glauben konnten? Diese Ursache ist nur in der Annahme zu finden, daß die fortwährend zunehmende Vermehrung der Zahl der Arbeiterhände und demgegenüber infolge der Entwicklung der Maschinenteknik der Ersatz von immer mehr Arbeiterhänden durch die Maschine, kurzum als Folge des im Arbeitsangebot immer stärker zur Geltung gelangenden Wettbewerbes der Arbeitgeber — der Unternehmer — mehr und mehr zum Herrn des Arbeitsmarktes wird und so die Höhe des Arbeitslohnes immer mehr bestimmen kann, wobei nur eine natürliche Mindestgrenze: das zur kargsten Stammeserhaltung nötige Existenzminimum berücksichtigt wird.

Indes aber organisierten sich die Arbeiter, agitierten für die Organisation und vermochten es demzufolge allmählich zu verhindern, daß der Arbeitgeber als alleiniger Beherrscher des Arbeitsmarktes ins Gewicht

falle. Ja, über kurz oder lang wendet sich der Spieß: die organisierte Arbeiterschaft wird zur Herrin der Situation, — ein Ergebnis, durch das dem sogenannten ehernen Lohngesetz in seiner Wirkung auf die Arbeiterschaft bereits der Giftzahn genommen ist. Sobald der Arbeitgeber nicht länger den Arbeitsmarkt beherrscht, sobald die Arbeiterschaft nicht länger mit immer billigeren Arbeitsanträgen sich selbst einen Wettbewerb stellt, sondern — selbst um den Preis von Opfern — dort zusammenhält, wo sie ihre wichtigen Interessen in Frage kommen sieht, dann tritt sie bei der Verteilung des Einkommens schon als Beteiligter ganz anderer Art auf. Ist die kräftig organisierte Arbeiterschaft erst einmal in der Lage, ihre Arbeit teuer zu verkaufen, dann hängt die Höhe ihres Arbeitslohnes schlechterdings nur noch von der Frage ab, wieviel die Unternehmer unter den gegebenen Umständen an Arbeitslohn zu zahlen imstande sind.

6. Unter den Formen des Arbeitslohnes engeren Sinnes sind von größter Bedeutung der Zeitlohn und der Stücklohn, beide je nachdem, als die Zählung der Lohnzahlungseinheiten auf Grund der in Arbeit verbrachten Zeit (Taglohn, Wochenlohn) oder aber nach der vorgewiesenen Arbeitsleistung (Stückzahl) erfolgt. Der theoretische Unterschied zwischen Zeitlohn und Stücklohn besagt nicht viel, um so wichtiger aber ist hier der sozialpolitische Unterschied. Da es im Kampfe um den Arbeitslohn im Interesse des Unternehmers liegt, daß er möglichst viel Arbeit für möglichst wenig Lohn erhalte, während das Interesse des Arbeiters nach dem Gegenteile weist, ist im allgemeinen für den Arbeiter, als Einkommenssubjekt, natürlicherweise die Lohnzahlung nach der Zeit, nicht aber nach der Arbeitsleistung günstiger. Die sozialistische Theorie nimmt daher grundsätzlich für den Zeitlohn und gegen den Stücklohn Stellung.

Unter Akkordarbeit versteht man die Arbeit, wo eine gewisse Arbeitergruppe für einen bestimmten Lohn (den die Arbeiter dann unter sich verteilen) eine gewisse Arbeitsleistung übernimmt. Die Benennung Gedingearbeit ist vornehmlich in der Landwirtschaft gebräuchlich, und zwar im Gegensatz zum Taglohn, so daß die Arbeitsleistung als Grundlage der Lohnzahlung gilt, gleichviel ob ein Arbeiter oder deren mehrere die Arbeit übernehmen. Die Gedingearbeit ist also eine gruppenweise Akkordarbeit, wenn mehrere Arbeiter gegen eine auf Grund der vollbrachten Arbeitsleistung zu berechnende Entlohnung solidarisch die Arbeit übernehmen.

Außer den erwähnten gibt es noch zahlreiche andere Formen des Arbeitslohnes, worunter die in Kreisen der Großindustrie hie und da gebräuchlichen, anderswo eher versuchsweise eingeführten Spezialarten von Lohnzahlung bzw. Arbeitsbelohnung Erwähnung verdienen. Solche sind das Arbeiterdividendensystem (*profit sharing, participation aux bénéfices*), wobei die Arbeiter über ihren Grundlohn hinaus auch einer bestimmten Quote des Unternehmensgewinnes teilhaftig werden, ferner das System der Arbeiteraktien, das darin besteht, daß die Ar-

beiter außer dem Arbeitslohn Aktienquoten erhalten. Außerdem gibt es in Geld und in natura ausbezahlte Arbeitslöhne. Die in natura ausbezahlten Arbeitslöhne spielen zumal in der Landwirtschaft eine größere Rolle, wo sie, wenn die Auszahlung in Nahrungsmitteln oder sonstigen erstrangigen Verbrauchsartikeln erfolgt, in sozialer Hinsicht oft von günstiger Wirkung sind. Ganz anders zu beurteilen ist aber, wie bereits weiter oben erwähnt, der in Industrieartikeln ausbezahlte Arbeiterlohn (Trucksystem). Dieses System führte offenkundig zur Verkürzung der Arbeiter und wurde deshalb von zahlreichen Gesetzgebungen verboten.

7. Das Trucksystem weist verschiedene Spielarten auf und angesichts deren Bedenklichkeit war es Aufgabe der dagegen erbrachten Gesetze, nebst den eigentlichen Warenlohnbedingungen auch eine Reihe anderer einschlägigen Verfahren, die auf Lohnverkürzungen hinausliefen, teils zu verbieten, teils scharf zu überwachen. Dabei ist jedoch die Eigenversorgung der Arbeiter mit wichtigeren Bedarfsartikeln vom Trucksystem zu unterscheiden. Die meisten Truckgesetze nehmen darauf auch gebührend Rücksicht, ja einige sorgen auch dafür, daß der Unternehmer seinen Arbeitern die Anschaffung solcher Artikel besonders dann erleichtere, wenn beispielsweise die Arbeiter auf weit außer der Stadt gelegenen Kolonien wohnen, wenn es gilt, sie vor dem Warenwucher zu schützen usw. Das Wesen des Trucksystems besteht nämlich darin, daß der Arbeiter zur Übernahme von solchen Waren genötigt wird, die für ihn mehr oder minder überflüssig sind, oder daß er zum teuren Ankauf von Waren überhaupt genötigt wird. Die im Interesse des Arbeiters vor sich gehende Versorgung des Arbeiters mit wohlfeilen Bedarfsartikeln ist also von gerade entgegengesetzter Wirkung. Am richtigsten ist es, wenn in den Truckgesetzen jene Bedarfsartikel, deren Verkauf durch den Unternehmer für die Arbeiter erwünscht ist, möglichst genau aufgezählt sind. Selbstverständlich ist dabei für die entsprechende Überwachung durch die Behörde Sorge zu tragen. Demselben Zweck entsprechen indes noch viel besser die gehörig ausgebauten und geleiteten Verbrauchsgenossenschaften.

Das erste Truckgesetz kam (1831) in England zustande. Im Laufe des XIX. Jahrhunderts folgten andere Staaten mit ähnlichen Gesetzen.

Die Zeiträume und Termine der Lohnauszahlung, die Fälle der berechtigten und unrechtmäßigen Lohnabzüge und Geldbußen sind weitere Umstände, auf die der moderne Arbeiterschutz seine Aufmerksamkeit mit aller den Verhältnissen entsprechenden Genauigkeit zu erstrecken hat. In dieser Hinsicht ist zu verhindern, daß auch der ausbedungene Lohn unter den angeführten Rechtstiteln nicht gekürzt werden könne. Hieher gehören auch die Bestimmungen über die Vorschüsse und damit zusammenhängenden Lohnabzüge, ferner das Kreditwesen. Als sozialer Grundsatz gilt in diesem Belang, daß sich der Unternehmer durch den Schaden und die Geldbußen der Arbeiter nicht bereichern dürfe, weshalb auch das Ausmaß und die Art der Ersatzleistung in Fällen von Schäden, die durch

die Arbeiter angerichtet wurden, unter die Kontrolle obrigkeitlicher Normen zu stellen ist. Einschlägige Verfügungen sind beispielsweise auch, daß nur die Selbstkostenbeträge des angerichteten wirklichen Schadens, des erlittenen Materialverlustes, der Werkzeugbeschädigung usw. abgezogen werden dürfen. Notwendig erscheint ferner die Festsetzung jener Höchstquote, die — nach Maßgabe des jeweiligen Lohnes — für den Fall in Abzug gebracht werden kann, wenn den Arbeiter ansonst keine Absichtlichkeit oder fahrlässige Versäumnis hinsichtlich des Schadens belastet. Dergleichen ist die betragsmäßige Beschränkung der Strafgebühren und ihre Verwendung zu öffentlichen, gemeinnützigen Zwecken erforderlich.

8. Ein wichtiges sozialpolitisches Problem knüpft sich an die Frage des Zeitlohnes und Stücklohnes. Im allgemeinen ist das Bestreben der Arbeiterkreise auf das Zurechtbringen des Zeitlohnes gegenüber dem Stücklohn, insbesondere aber der Akkordarbeit gerichtet.

Der Hauptnachteil des Zeitlohnsystems liegt für den Unternehmer darin, daß es dabei keine oder doch kaum eine Garantie für die Erzielung des erwünschten Arbeitsergebnisses gibt. Es läßt sich schwer erzwingen, daß der Arbeiter während einer bestimmten Arbeitszeit die verlangte Arbeitsleistung auch wirklich zustande bringe. Aus diesem Grund entscheidet sich der Unternehmer gezwungenerweise lieber für ein Lohnsystem, bei dem er seine Arbeiter nach ihrer Arbeitsleistung bezahlt.

Von seiten des Arbeiters bzw. der modernen Arbeiterpolitik wird eben deshalb anstatt des Akkordlohnes der Zeitlohn gefordert, weil es — abgesehen von der häufig anstrengenderen Natur der Akkordarbeit — dem Arbeiter einerseits daran gelegen ist, eine größere Mühewaltung nach Möglichkeit zu vermeiden und andererseits sich in dem auf Grund der Zeiteinheit bedungenen Arbeitslohn eine je geringere Arbeitsleistung bezahlen zu lassen. Dieses Bestreben tritt in den Kämpfen um den Arbeitslohn immer selbstbewußter und sehr häufig auf eine, die Ergiebigkeit der Arbeit immer mehr verhindernde Weise zutage.

Oft schreiben beispielsweise die verschiedenen Gewerkschaften geradezu vor, welche Arbeitshöchstleistung während einer bestimmten Zeit für einen bestimmten Grundlohn geliefert werden darf, und mit der folgerichtigen Verringerung dieser Arbeitsleistung sucht man die Sache der Lohnerhöhung usw. zu fördern. (So wird z. B. die Zahl der während einer Zeiteinheit zu legenden Ziegel folgerichtig herabgesetzt usw.) Beim System des Zeitlohnes kann ferner auch die Sabotage um so leichter und um so weniger überwachbar betrieben werden. Aus all dem ist ersichtlich, daß gleichzeitig mit der Sache des Zeitlohnes und der Akkordarbeit auch solche Fragen auftauchen können, angesichts deren die Wahrnehmung des öffentlichen objektiven Interesses für den Sozialpolitiker geboten erscheinen.

Was vor allem die auf die Herabsetzung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen anbelangt, ist schon im allgemeinen ein scharfer und in Anbetracht des höchsten Interesses der Gesellschaft lebenswichtiger

Unterschied zu machen zwischen jener Herabsetzung der Arbeitszeit, der die Erhöhung des Produktionsergebnisses möglich und begründet erscheinen läßt,³⁾ und jener Arbeitszeitverkürzung, deren Zweck bzw. Begleiterscheinung darin besteht, daß durch Verringerung des während einer Zeiteinheit von je einem Arbeiter aufzuweisenden Arbeitsergebnisses der Preis der Arbeit verteuert, bzw. die Rate des Arbeitslohnes erhöht werde. (Siehe die Politik der sozialistischen Gewerkschaften.) Während die erstere Art eine günstige Erscheinung ist, weil sie in der Erhöhung der Produktivität, d. i. in der Vervielfältigung und Verbilligung der erzeugten Güter hervortritt, erfolgt die letztere Art auf Kosten der Ergiebigkeit der Produktion und stellt somit eine verteuernde, vom Gesichtspunkte der sozialen Gesamtheit ungünstige Erscheinung dar.

Das öffentliche Interesse, und zwar auch das vom sozialpolitischen Standpunkte höchste allgemeine Gesellschaftsinteresse ist das Interesse der Arbeitsergiebigkeit. Bereichert kann die Gesellschaft nur durch die Vervielfältigung der stofflichen und geistigen Güter, durch eine ergiebige Produktion werden. Will daher jemand, insonderheit aber eine recht breite, ja die breitesten Bevölkerungsschichten in sich schließende Gesellschaftsklasse die eigene Wohlfahrt und deren unmittelbare Grundlage: das Arbeitslohneinkommen auf Kosten der Arbeitsergiebigkeit erhöhen, so treibt man dabei letzten Endes eine sozialpolitisch irrationelle Sache, wenn man eine größere Güter- bzw. Einkommenmenge von einem derartigen sozialen Gütervorrat abspaltet, der durch Verringerung und Sabotierung des Arbeitsergebnisses beständig kleiner gemacht wird. Infolgedessen kann das Ergebnis der sabotierenden, das Arbeitsergebnis verringernden Arbeitslohnpolitik nur eine kreislaufende Verteuern der verschiedenen Güter sein; dies verhindert denn auch, daß sich der wirkliche, in seiner Kaufkraft zutage tretende Arbeitslohn erhöhen könne. Eine wirkliche, ständige, längere Zeiträume hindurch wirksame, also aus objektiv sozialpolitischem Gesichtspunkte reale, in der ständigen Hebung der Kaufkraft sich äußernde Arbeitsloohnerhöhung läßt sich nur durch folgerechte Steigerung der Produktionsergiebigkeit verwirklichen. Die Niveauhaltung des realen Arbeitslohnes aber durch die Wahrung der Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Erzeugung. Deshalb verstößt gegen die Lebensinteressen der großen Massen jene revolutionäre Arbeitslohnpolitik, die mit Schädigung und Außerachtlassung des Produktionsergebnisses — sei es in gutem oder in bösem Glauben — die Wohlfahrt der Arbeitermassen zu fördern versucht oder verspricht.

³⁾ Z. B. die Herabsetzung der Arbeitszeit bei den Fordschen Betrieben, wo in Anbetracht des Fortschrittes der Produktionstechnik die Ergiebigkeit der Arbeit dermaßen wächst, daß die Verringerung der Arbeitszeit nicht nur keine Herabsetzung des Arbeitsergebnisses bedeutet, sondern im Gegenteil: das auf einen Arbeiter entfallende Arbeitsergebnis trotz der kürzeren Arbeitszeit sich beständig erhöht.

Das Zeitlohnsystem läßt sich demzufolge den erwähnten öffentlichen Interessen entsprechend nur dann ungestraft verallgemeinern, wenn auch die Arbeitsmoral der Arbeitergesellschaft eine entsprechende ist. Wenn auch beim Zeitlohnsystem der Wille zur Hervorbringung eines möglichst großen Arbeitsergebnisses vorhanden ist und wenn dieser auf das Arbeitsergebnis gerichtete Wille nicht durch die entgegengesetzte sabotierende Arbeitslohnpolitik der verschiedenen Parteien, Gewerkschaften, Agitationsorgane gelähmt wird. Entgegengesetzten Falles oder überhaupt dann, wenn beim Zeitlohnsystem die Ergiebigkeit des Arbeitsergebnisses nicht gesichert werden kann, bildet ein Lohnsystem, das die Menge der Arbeitsleistung zur unmittelbaren Grundlage nimmt (also Akkordlohn, Stücklohn usw.), ein notwendiges Übel oder ein notwendig Gutes, auf das man in einer nach Arbeitsergiebigkeit strebenden, also in jeder nur einigermaßen gesund denkenden Gesellschaft immer zurückkommen wird.

Die Akkordarbeit wird somit dann notwendig, wenn die Arbeitsleistung noch oder schon unzuverlässig ist. Überflüssig ist sie, wenn der Wille zur Arbeitsergiebigkeit beim Arbeiter vorhanden und zur Geltung gelangt. Sobald also die Arbeiter oder ihre Führer gegen die Akkordarbeit kämpfen, gehen sie nur dann im öffentlichen Interesse vor, wenn sie gleichzeitig auch die Arbeitsmoral der Pflichterfüllung verbreiten und festigen. Denn die Akkordarbeit bekämpfen, ohne das Arbeitsergebnis durch Förderung und Bewahrung der Pflichterfüllung zu sichern, ist gleichbedeutend mit der Sabotierung des Arbeitsergebnisses. Darum kann dort, wo keine Garantie für die Ergiebigkeit der Arbeit vorhanden ist, nur eine Lohnzahlung, bei der die Arbeitsleistung unmittelbar als Grundlage genommen wird, als richtiges System betrachtet werden.

Bei der Beurteilung dieses Systems bzw. der Akkordarbeit müssen wir, wenn wir objektiv vorgehen und uns das öffentliche Interesse vor Augen halten, ferner einen Unterschied machen zwischen der Akkordarbeit selbst und den Mißbräuchen, die damit getrieben werden können. Die Aufgabe der Sozialpolitik kann somit in diesem Falle derart bezeichnet werden, daß gegenüber den bei der Akkordarbeit möglichen Mißbräuchen im öffentlichen Interesse die gehörigen Garantien gefunden werden müssen, ohne etwa durch ein Verbot der Akkordarbeit die gegen das öffentliche Interesse verstoßende Sabotage und Schädigung des Arbeitsergebnisses systemisieren zu müssen.

Zweifelloso ermöglicht die Akkordarbeit zahlreiche Mißbräuche. Daraus folgt aber nur, daß wir diese Mißbräuche unter Wahrung der Vorteile des Systems zu verhindern bestrebt sein müssen. Vor allem muß verhindert werden, daß bei der Festsetzung des Akkordarbeiterlohnes die Erzwingung solcher Durchschnittsleistungen als Grundlage genommen werde, die einer Ausbeutung der Gesundheit und des Organismus der Arbeiter gleichkommen. Es darf nur eine solche Arbeit gefordert werden, die mit entsprechender Ruhe verrichtet werden kann, nicht aber als nervenanspan-

nende Übereilung erzwungen wird. Darum ist auch die Einführung der sogenannten Taylor-Arbeit nur dort zu empfehlen, wo die Arbeiterschaft hiezu durch gehörige Übung körperlich und seelisch vorbereitet ist.

In den Rahmen des Interessenschutzes der Arbeiter gehört natürlicherweise auch die Abwehr des unberechtigten, sogenannten Akkorddruckes. Der Schutz der entsprechenden Akkordlohneinheiten (Lohneinheiten auf Grund der Leistung) ist in diesem Falle eine ebensolche Interessenaufgabe wie der Schutz der Zeitlohneinheiten.

Über Mißbräuche und Ausbeutung wird übrigens am meisten bei jener Art von Akkordarbeit geklagt, wo der Unternehmer mit dem Führer einer bestimmten Arbeitergruppe den Lohn der Leistung vereinbart und dieser Führer (Akkordmeister) dann auf Kosten der Arbeiter hievon soviel wie möglich beiseite schaffen will. In diesem Falle tritt also zwischen Unternehmer und Arbeiter ein Zwischenunternehmer. Aufgabe der Sozialpolitik ist auch hier die Verwirklichung des entsprechenden Schutzes, wie im allgemeinen die Verhinderung dessen, daß das System der gruppenweisen Akkordarbeit zum Tummelplatz gewissenloser Antreiber erniedrigt werde.

9. Der Arbeitslohn kommt dem Lohnberechtigten auf Grund des zwischen Unternehmer und Arbeiter zustande gekommenen Lohnvertrages zu. Der Inhalt dieser vertragsmäßigen Berechtigung aber, d. i. die Höhe des Arbeitslohnes selbst pflegt die Resultante verschiedener Konjunkturen zu sein. Unter diesen Konjunkturen bildet die Machtlage des Arbeiters, als Vertragspartei, ferner seine wirtschaftliche Lage im Augenblick des Vertragsschlusses hinsichtlich dessen Bedingungen einen beträchtlichen Faktor. Ganz anders sich demzufolge die Lage des isolierten, alleinstehenden Arbeiters, als die des organisierten gestaltet. Während der isolierte Arbeiter genötigt ist, die Bedingungen seiner Arbeit allein zu verhandeln und das Lohnangebot des an Macht zunehmenden Kapitalismus einfach anzunehmen, läßt sich der organisierte Arbeiter seine Lohnbedingungen durch die einschlägigen Vereine, Gewerkschaften erkämpfen. (Eine Ausnahme machen freilich immer jene Fälle, wo es sich um die besondere Bezahlung für eine individuelle, spezielle, seltene, nicht gewöhnliche Arbeit handelt.) Die Arbeiterorganisationen schließen mit dem Unternehmer oder den Unternehmervereinigungen häufig sogenannte Tarifverträge, die keine konkreten Arbeitslohnverträge sind, sondern Vereinbarungen über den wesentlichen Inhalt der Arbeitsverträge, insonderheit über die Höhe des Arbeitslohnes, in welchen Vereinbarungen jene Rahmen bezeichnet sind, innerhalb deren sich die den konkreten Arbeitslohn betreffenden Übereinkommen bewegen können.

Ähnlicher Natur sind auch die sogenannten Lohnskalen, die zumal in dem unmittelbar nach dem Kriege folgenden revolutionären Zeitraum der großen Preisschwankungen und Wirtschaftskrisen häufig wurden. Ein Hauptzweck der Lohnskalen ist die möglichste Stabilisierung der im Arbeitslohn enthaltenen Kaufkraft, d. i. des sogenannten Realarbeits-



lohnes innerhalb der häufigen Wellenschläge der Kaufkraft des Geldes. Da wurde auch mit Vorliebe zu dem sogenannten Indexsystem gegriffen, wonach im Falle der Änderung, und zwar steigenden Änderung, des Teuerungsindexes auch der Betrag des Arbeitslohnes sich automatisch änderte.

Im Falle hochgradiger Schwankungen der Kaufkraft des Geldes kann der Betrag des Arbeitslohnes zweifellos nicht unverändert bleiben. Gleichwohl wäre es eine gefährliche Illusion, sich in dem Glauben zu wiegen, daß die ungünstigen Folgen der Preisschwankung bzw. Verteuerung durch irgendein Lohnskalaübereinkommen oder ein äußeres Machtmittel leichtin abzuwenden seien. Die häufigen, hochfluktuierenden Änderungen des Geldwertes bedeuten gleichzeitig auch eine Produktions- und Unternehmerkrise. Und da der Arbeitslohn als Einkommen bloß eine Quote der sämtlichen Preiseinnahmen des Unternehmers, d. i. des Bruttounternehmergewinnes bildet, hängen die Möglichkeiten der Arbeitslohngestaltung eng zusammen mit der Gestaltung des Unternehmereinkommens. Ständig und auf längere Zeit kann der Arbeitslohn auf Kosten bloß des Unternehmergewinnes nicht erhöht werden. Es ist wieder nur die Zunahme der Arbeitsergiebigkeit, was die folgerechte Zunahme der Arbeitslöhne, und zwar der sogenannten Reallöhne, d. i. der aus den Arbeitslöhnen anzuschaffenden Gütermengen herbeiführen kann. In ungünstigen, krisenhaften Zeitabschnitten, wenn eine Verschlimmerung der Erzeugungskonjunkturen, Materialmangel usw. eintritt, ist die nach Indexen, Lohnskalen vorgenommene Erhöhung des Arbeitslohnes noch durchaus nicht gleichbedeutend damit, daß die Arbeiterklasse vor den Folgen der Teuerung bewahrt werden kann. In Zeiten, da die Teuerung von dem Mangel an Bedarfsgütern herrührt, kann dieser Umstand durch bloße Erhöhung des Geldbetrages der Arbeitslöhne nicht aufgewogen werden. Überdies zählt es zu den Nachteilen des Indexsystems, daß es nicht möglich ist, vollkommen zutreffende Indexe anzufertigen und daß jede Interessengruppe ihren Index den eigenen Interessen entsprechend anpaßt. Indexzahlen, die in den Kämpfen des Wirtschaftslebens eine Rolle spielen und zur Grundlegung von Forderungen dienen, sind daher keine objektiven Zusammenstellungen, sondern schlechterdings Kampf- und Interessenindexe. Während der Wirtschaftskrisen nach dem Weltkriege wurden mit den Indexen, zumal in Österreich, reiche, doch keineswegs günstige Erfahrungen gemacht.

Unter den modernen Arbeitslohnproblemen tritt vielfach auch der Gedanke in den Vordergrund, daß die Arbeiter einen gewissen Anteil vom Unternehmergewinn erhalten sollen. Dieses System erscheint berufen, die Solidarität im Willen zur Ergiebigkeit der Arbeiter und des Arbeitgebers zu fördern, und das zu einer Zeit, da, wie unter den modernen Verhältnissen, die Interessen der beiden Parteien durch so viele Umstände einander gegenübergestellt werden. Die Beteiligung selbst

kann verschiedenartig erfolgen. Entweder durch fallweise oder regelmäßige bloße Belohnungen, Prämienzusprüche, dann aber auch durch Aufteilung einer bestimmten Quote des Unternehmergewinnes unter den Arbeitern. Es gab sogar ein Beispiel dafür, daß die Gewinnbeteiligung von Staats wegen als sozialistische Errungenschaft obligatorisch angeordnet wurde. Hieher reiht sich in gewissem Sinne auch die Verteilung der Aktien bzw. Aktienquoten als Belohnung unter den Arbeitern.

Diese Art der Arbeiterbeteiligung (profit sharing) kann oft gute Dienste leisten und ist dann zur Erhöhung der Arbeitslust, des Fleißes und der Solidarität geeignet. Hüten wir uns jedoch, darin ein derartiges Wundermittel zu erblicken, daß die Schwierigkeiten des Arbeitslohnproblems mit einem Schlag zu lösen oder zu mindern imstande wäre. Unter günstigen Konjunkturen ist der Unternehmer leichter zu freigiebigen, anspornenden Belohnungen geneigt und dann ist auch die Verwirklichung der Gewinnbeteiligung leichter zu verwirklichen. Sobald sich jedoch die Konjunkturen verschlechtern, sind die Arbeiter nicht ohne weiteres imstande, sich in das Ausbleiben dieser Prämien oder Dividenden zu fügen, die sie als Arbeitslohnelemente einmal schon bei der Festsetzung ihres Lebensstandards in Rechnung gezogen haben. Eine schwache Seite dieses Systems ist auch die Frage der Anteilfestsetzung, wenn die Arbeiter dazu das Recht erhalten haben. Oft halten sie es für angebracht, die Festsetzung von Gewinnquoten zu fordern, die den Interessen des Unternehmens zuwiderlaufen usw. Das Ausbleiben des Gewinnanteiles unter ungünstigen Konjunkturen ist individuell von gleicher Wirkung wie eine Lohnherabsetzung. Da wird denn auch die Erscheinung verständlich, daß sich die Arbeiterkreise bei günstigen Konjunkturen für das System des profit sharing begeistern, wogegen sie unter ungünstigen, in Rückbildung begriffenen Verhältnissen für die Stabilisierung der alten Löhne sich einsetzen.

Die von Staats wegen obligatorische Beteiligung am Gewinn ist bereits eine Verfügung stark sozialistischen Charakters. In ihrer Wirkung kann sie als eine unmittelbare Erhöhung des Arbeitslohnes betrachtet werden. Von bleibendem Erfolg hinsichtlich der Hebung des Lebensstandards der Arbeiter könnte die Verallgemeinerung dieses Systems nur dann sein, wenn sie nicht mit Produktionsverteuerung verbunden wäre, da ja jeder Arbeitslohn gleichzeitig auch zu den Erzeugungskosten zählt. Eine Herabsetzung der reinen Unternehmergewinnrate zugunsten des Arbeitslohnes würde nur dann nicht auch gleichzeitig eine Verteuerung der Produktion bedeuten, wenn die Überlassung einer bestimmten Quote zugunsten des Arbeitslohnes nur von jenem Teile des Gewinnes erfolgen würde, der nicht zu Produktionszwecken als Produktionsersparnis kapitalisiert wird. Geschieht der Abzug auf Kosten der Produktionsersparnisse, bzw. der Investitionen, so muß dies früher oder später unbedingt zur Verteuerung der Erzeugungskosten führen. Eine anhaltende und allgemeine

Erhöhung der Realarbeitslöhne (d. i. der Kaufkraft der Arbeitslohnbeträge) aber kann nur durch die infolge Vervielfältigung der Arbeitserzeugnisse sich einstellenden Verbilligung derselben, d. i. durch Zunahme der Ergiebigkeit der Produktion Platz greifen. Nur im Falle einer allgemeinen Steigerung der Produktionsergiebigkeit kann nämlich die Menge der Bedarfsgüter in höherem Maße zunehmen, als sich die Erzeugungskosten infolge der über das Maß der reinen Unternehmerquote hinausreichenden Arbeitslohnrate erhöhen.

Zieht man nämlich die Produktionskosten von der Summe der aus dem Verkauf der erzeugten Güter stammenden Preiseinnahmen, d. i. von dem monetären (zahlungsmachtmäßigen) Gegenwert der nationalen oder sozialen Erzeugnisse, als vom Gesamteinkommen der Produzenten ab, so verbleibt jener Teil des nationalen oder sozialen Einkommens, der Unternehmerreingewinn genannt wird. Dieser wird jedoch von den Unternehmern in ihrem Haushalt und persönlichen Lebensstandard nicht voll und ganz verbraucht, sondern zum Teil als weitere Erzeugungsinvestition des Unternehmers verwendet, und zwar in um so größerem Maße, als es sich um ein je größeres Unternehmereinkommen, und um einen Kapitalismus von je größerer Macht handelt. Während der Kleinhandwerksmeister als Unternehmer aus dem überwiegenden Teil seines Reingewinnes für den Verbrauch seiner Familie, für deren Lebensmittel und sonstigen Bedarf zu sorgen hat, können Unternehmer wie Ford, Rockefeller usw. den weitaus größten Teil ihres Reingewinnes zu weiteren Erzeugungsinvestitionen des Unternehmens verwenden, wodurch sie zu weiteren Vermehrern jener stofflichen, ja auch geistigen Güter werden, die den großen Massen zur Benützung, zum Verbrauch, bzw. in irgendwelcher Gestalt zum Genuß dienen. Und so läßt der entwickelte Großkapitalismus trotz all seiner Nachteile, trotz aller Ungleichheit des Eigentums und der Einkommenverteilung, eben infolge der Tatsache, daß er den stofflichen und geistigen Gütervorrat der Gesellschaft bedeutend vermehrt, d. i. weil er viel erzeugt und eine Güterfülle hervorbringt, relativ und verhältnismäßig auch der großen Masse viel zukommen. Dem steht jenes Stadium der sozialen Zustände und Einrichtungen gegenüber, das im allgemeinen die wirtschaftlich ungünstiger gestellten oder unentwickelten Länder aufzuweisen haben und bei dem infolge geringerer Ergiebigkeit der Produktion weniger stoffliche und geistige Gebrauchsgüter der Gesellschaft und in ihr vor allem den großen Massen zur Verfügung stehen. Wird also jener Teil des reinen Unternehmergewinnes, der zur Förderung und Steigerung der Produktion verwendet werden soll, dieser Bestimmung entzogen, so verringern wir die Ergiebigkeit der Produktion und damit auch den sich erneuernden Gütervorrat der Gesellschaft. Die Ergiebigkeit der Produktion wird aber auch dann vermindert, wenn wir den erzeugenden Unternehmern die Lust und Tatkraft benehmen durch das Vorwegnehmen jenes Teiles des Unternehmergewinnes, der zur Deckung des Lebens-

unterhaltes ihrer Familie verwendet wird und als wohlstandverheißendes Einkommenelement beim Entfalten der Produktions- und Unternehmerenergien gleichfalls eine erstrangige Rolle spielt. Nun aber sind gerade die durch die individuellen Interessen des Unternehmers ausgelösten Energien derart beschaffen, daß sie durch die kommunistische Gesellschaftsordnung nicht gehörig ersetzt werden können, wie wir dies im grundlegenden Teil unserer Sozialpolitik ausführlicher erörtert haben.⁴⁾ Darum kann die Voraussetzung, daß bloß durch die folgerechte Entziehung des Unternehmergewinnes die Arbeitslöhne und die in ihnen enthaltene Kaufkraft für längere Zeit wesentlich erhöht werden könne, lediglich als eitler Wahn bezeichnet werden. Eine solche wesentliche Erhöhung kann nur durch die Aufrechterhaltung und fortschreitende Ergiebigkeit der Produktion, d. i. durch Vermehrung der erzeugten Güter erzielt werden. Selbst angesichts und trotz der eigentumsrechtlichen und einkommensverteilungsmäßigen Ungleichheiten der herrschenden Privateigentumsordnung fällt dem Individuum, dem Arbeiter immer mehr und mehr von den Gütern des Massenverbrauches und öffentlichen Gebrauchs usw. zu, wenn sich diese Güter anhaltend vermehren. Die Intensität des Eigentumsrechtes verringert sich nämlich auch sonst mit der Größe seines Inhaltsumfanges, d. i. je größer das Vermögen, das Einkommen ist, um so mehr Verbraucher leben davon. Das aber gilt insbesondere auch für die modernen kapitalistischen Vermögen der Großproduktionsunternehmen.⁵⁾

Aus alldem folgt indes durchaus nicht, daß jeder, von wie immer gearteter Ausnützung des Arbeiters herrührender Unternehmergewinn gleichzeitig als günstige soziale Erscheinung betrachtet werden müsse und somit die Selbstsucht und Ausbeutung auf das Piedestal des öffentlichen Interesses erhoben werden müsse. Diese Auffassung wäre nicht nur eine sozialpolitische Monstruosität, sondern auch vom Gesichtspunkte der Produktionspolitik aus deshalb von ungünstiger Wirkung, weil ja gerade in den großen Massen der Gesellschaft, d. i. in der Arbeiterklasse, bzw. in deren Einkommenverhältnissen die Energie der Bedarfs- und Anspruchserhaltung und -entwicklung vorhanden sein muß. Dies ist jene Energie, die einesteils den nützlichen Arbeitswillen auslöst, andernfalls aber vom Standpunkte des Massenverbrauchs Vorbedingung und notwendigerweise Kehrseite der Massenproduktion ist. Dabei muß indes auch vom sozialpolitischen Gesichtspunkte aus festgestellt werden, daß infolge der Entfaltung der modernen Produktionsordnung, in mancher Hinsicht aber gemäß der seelischen Beschaffenheit des Menschen auch der Unternehmergewinn notwendigerweise seine Bestimmung hinsichtlich der Förderung der gesellschaftlichen Wohlfahrt hat. Das also haben wir auch in der Sozialpolitik zur Kenntnis zu nehmen, ohne dabei der Aufgabe

⁴⁾ Karl v. Balás: Die Grundlagen der Sozialpolitik, Jena, Fischer, 1926.

⁵⁾ Hierüber siehe das obzitierte Werk.

des Abbaues der sozialpolitischen Übelstände vergessen zu dürfen. Können doch gute und schlechte Seiten der gesellschaftlichen Einrichtungen und Entwicklungen immer nur relativer Art sein.

Indem wir nun das Gesagte auf die Frage der Gewinnbeteiligung anwenden, halten wir die Beteiligung der verschiedenen Arbeiterkategorien an dem reinen Unternehmensgewinn für ein geeignetes Mittel zur belohnungsmäßigen Ergänzung, Vergrößerung des Arbeitslohnes, zur Steigerung des Fleißes und der Arbeitslust zumal in solchen Betrieben, in denen der individuellen Geschicklichkeit und Hingabe eine besondere Rolle zufällt. Gleichwohl heißt es auch hier, sich vor allzu großen Hoffnungen zu hüten. Die Gewinnbeteiligung an sich ist zu einer allgemeinen, radikalen Lösung des Arbeitslohnproblems noch lange nicht geeignet. Denn, abgesehen von einzelnen bloßen Ausnahmefällen, ist die Rate des reinen Gewinnanteiles nie und nirgend dermaßen hinreichend, daß sie, auf die große Menge der Arbeiter verteilt, für diese die Bedeutung einer wesentlichen Veränderung ihrer Wirtschaftslage haben könnte. In gewissen Zeitabschnitten und bei gewissen Konjunkturen ist häufig in überwiegendem Maße mit einem Sinken, Ausbleiben, bzw. mit Defiziten des Unternehmensgewinnes zu rechnen. In solchen Fällen wird sich die Arbeiterschaft dagegen verwahren, daß sie als Mitunternehmerin auch am Verluste beteiligt sei, und wahrscheinlich wird sie auch alsbald mit der Forderung hervortreten, daß sie an dem — jetzt gar nicht mehr vorhandenen — Reingewinn nunmehr in anderer Gestalt, z. B. durch Erhöhung des Arbeitslohnes beteiligt werde. Zu sehr unangenehmen Verwicklungen kann es auch führen, wenn die Arbeiterschaft, gestützt auf das Recht der Gewinnbeteiligung, Einmischung in die Leitung des Betriebes und Anlage der Reserven fordert, was gleichbedeutend mit einseitig ungünstigem Einfluß, Druck und Terror auf die Leitung des Unternehmens ist. Kurzum, das System der Gewinnbeteiligung ist im Endergebnis als relativ gut zu betrachten, muß jedoch immer nach den konkreten Umständen beurteilt werden und weist auch viele nachteilige Seiten auf.

Eine besondere Form der Gewinnbeteiligung ist es, wenn der Unternehmer den Arbeitern über den Arbeitslohn hinaus Aktien oder deren bestimmte Quoten als Belohnung, bzw. Tantieme zukommen läßt. Der Grundgedanke ist hiebei, daß die Solidarität zwischen Unternehmer und Arbeiter auf natürlichste Weise dann zum Ausdruck kommt, wenn auch die Arbeiter allmählich an dem Unternehmen, bei dem sie beschäftigt sind, als Aktionäre beteiligt werden. Die Demokratisierung des Aktienkapitals ist zwar ohne Zweifel ein wünschenswertes Ziel, in der Regel jedoch sind die als Anteil abfallenden Aktienquoten viel zu geringfügig, als daß sie mit stärkerer sozialpolitischer Wirkung ins Gewicht fallen würden.

Für die Frage der Gewinnbeteiligung haben nebst dem sozialpolitischen Schrifttum auch einzelne Unternehmer und sogar einzelne Gesetzgebungen reges Interesse gezeigt. Hauptsächlich bei öffentlichen Betrieben wurde

dieses System tatsächlich eingeführt. Die praktischen Erfahrungen blieben jedoch ziemlich weit hinter den daran geknüpften Hoffnungen zurück. In den meisten Fällen wurde von einer Fortsetzung des Systems der Gewinnbeteiligung binnen kurz oder lang Abstand genommen, weil sich dabei als großer Mangel wiederum der Umstand herausgestellt hatte, daß der Gewinnanteil zumeist bloß in Zeiten der günstigen Konjunktur von aneifernder Wirkung ist und den Charakter der Belohnung an sich trägt. Sobald nämlich ein Unternehmer mit Verlust zu arbeiten beginnt, hören die Aktienquoten auf, als Gewinnanteil in Betracht zu kommen.

Von der Gewinnbeteiligung unterscheiden sich sehr genau und scharf jene Fälle, in denen die Arbeiter und die kleinen Leute überhaupt Aktien verschiedener Unternehmungen käuflich an sich bringen. Diese Erscheinung bedeutet tatsächlich eine Demokratisierung des Unternehmerkapitals, und aus diesem Grunde ist auch schon häufig darüber gesprochen und geschrieben worden. Sozialpolitisch hätte dieser Vorgang für die eigentliche Arbeiterklasse nur dann größere Bedeutung, wenn die Arbeiterschaft größere Mengen solcher Aktien an sich zu bringen imstande wäre, was freilich wieder nur zur Zeit günstiger Arbeitslohnkonjunkturen möglich erscheint.

Als sozialpolitischer Gedanke ist auch die obrigkeitliche Feststellung der Höhe des Arbeitslohnes aufgetaucht. Im Anschluß an den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit wurde zuerst von obrigkeitlicher Seite dafür Sorge getragen, daß die Arbeitskraft der geschützten Kategorien auch hinsichtlich der Arbeitslohnmenge nicht zu beliebig niedrigem Preis ausgenützt werden könne. Danach wurde vielfach auch die gesetzgeberische Verallgemeinerung der behördlichen Lohnfestsetzung in Aussicht genommen. Von einigen wurde diese Maßnahme „materieller Lohnschutz“ genannt. Der besagte Gedanke wäre berufen, in größter Allgemeinheit den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß die Höhe des Arbeitslohnes oder zumindest dessen Mindestbetrag auf Grund gesetzlicher Rechtsnormen vom Staate, von der Obrigkeit aus festgesetzt werden soll.

Mit der Verwirklichung der staatlichen Lohnämter wurde zuerst im Musterland der sozialpolitischen gesetzgeberischen Versuche, in Australien, eine Probe gemacht. Dies geschah 1896 im Staate Victoria. Der Wirkungskreis dieser Ämter wurde alsbald von den geschützten Gruppen auf die ganze Arbeiterschaft ausgedehnt. Das Beispiel fand in den übrigen Staaten Australiens Nachahmung. Die Reformversuche der sozialistischen parlamentarischen Mehrheiten in Australien wurden natürlicherweise je nach Möglichkeit der Durchführung verwirklicht.

Hinsichtlich des staatlich, bzw. behördlich festgesetzten Pflichtminimums der Arbeitslohnbeträge muß wiederum in Betracht gezogen werden, daß eine für längere Zeit gültige allgemeine Erhöhung des Reallohnes (d. i. der Menge, bzw. Kaufkraft der für den Arbeitslohn erhältlichen Gebrauchsgüter) nur auf Grund des Erhaltens und Steigerns der

Produktionsergiebigkeit mit Sicherheit möglich ist. Solange sich's um das Einheimischen gewisser — hauptsächlich isolierter — Wuchergewinne handelt, ist es leicht, die Erhöhung der Lohnrate durchzusetzen, doch immer schwieriger gestaltet sich die Sache, sobald nur noch ein geringer Prozentsatz von Unternehmergewinn vorhanden ist. In solchen Fällen läßt sich die Lohnrate lediglich bei gleichzeitiger Preisverteuerung erhöhen, was im Endergebnis bloß eine nominelle Erhöhung, d. i. vom Gesichtspunkte des Reallohnes aus einen Rückfall bedeutet. Von reeller, zuverlässiger Wirkung ist die Erhöhung der Lohnrate nur dann, wenn sie mit einer Erhöhung der Produktionsergiebigkeit, d. i. mit relativer Vermehrung der Güter, also mit deren Verbilligung Hand in Hand geht.

Auch den staatlich festgesetzten Mindestlöhnen winkt in diesem Falle schon von Natur aus kein besseres Los, als das welches immer anderer Arbeitslöhne. Daß die Arbeiterschaft durch diese Mindestlöhne anhaltend zu höheren Löhnen gelange, hätte zur notwendigen Voraussetzung die Sicherstellung des Umstandes, daß zur Bezahlung der folgerecht höheren Löhne die entsprechende Deckung vorhanden sei. Um dieses Wovon? Woher? dreht sich letzten Endes das Wesen der staatlichen Lohnfestsetzung sozialistischen Charakters. Bei steigenden Erzeugungskonjunkturen ist es leicht, die staatlich festgesetzten Mindestlöhne zu bezahlen, aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls auch zu erhöhen. Unter stockenden, niedergehenden, stagnierenden Verhältnissen wird man bald vor der Gewißheit der Zahlungsunfähigkeit stehen. In diesem Falle hätte nun von Amts wegen die Herabsetzung des Mindestlohnes zu erfolgen. Das aber ist der Punkt, von dem aus der Gedanke der amtlichen Lohnfestsetzung seine Volkstümlichkeit zu verlieren beginnt.

Auch in Australien vermochte sich das Wirtschaftsleben diesen Notwendigkeiten nicht zu entziehen. Und weil auch die sozialistischen Gesetzgebungen außerstande waren, die entsprechenden Konjunkturen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit zu schaffen, waren die Arbeiter häufig gezwungen, sich zur Zeit der ungünstigen Konjunkturen mit Löhnen unter dem amtlichen Minimum zu bescheiden. Es war ein Erfordernis des praktischen Lebens zu solchen Zeitpunkten, wo das Erzwingen höherer Löhne höchstens den Zusammenbruch oder die Einstellung der betreffenden Unternehmungen nach sich gezogen hätte.

Anders geartet ist die Errichtung der Lohnämter zu solchen kritischen Zeiten, da die Errichtung dieser Amtsstellen nicht zu dem Zwecke erfolgt, um möglichst hohe Löhne zu erzwingen, d. i. den Unternehmergewinn zugunsten des Arbeitslohnes möglichst ausgiebig einzuschränken. Vielmehr ist es dann die Aufgabe der Lohnämter, unter Berücksichtigung der Verhältnisse beider Parteien nach Möglichkeit jeder von ihnen zwangsweise solche Lohnsätze vorzuschreiben, bei denen die Aufrechterhaltung und Fortsetzung des betreffenden Produktionsbetriebes sichergestellt erscheint. Als Einführungen solcher Tendenz können beispielsweise die zur Zeit

der großen englischen Streiks im Jahre 1912 errichteten Bergwerkslohnämter angeführt werden. In solchen Fällen handelt es sich um den Schutz allgemeinerer Interessen, gleichzeitig aber auch um staatliche Einrichtungen, die in Kreisen der Arbeiterschaft vielleicht weniger populär sind. Die Gewerkschaftsbewegung, insbesondere aber deren sozialistische Hauptrichtung betrachtet die Festsetzung der Arbeitslohnhöhe selbstredend als ihr ureigenes Wirkungsgebiet, auf dem je nach den dort zu verzeichnenden Erfolgen oder Schläppen auch die Entscheidung über Macht und Einfluß der Führung fällt. Deshalb sind die europäischen und amerikanischen Gewerkschaften schon aus Machtgründen eifrig bestrebt, auf die Frage der Arbeitslohnbestimmung Einfluß zu bekommen, und sie überlassen da den entscheidenden Einfluß nicht gern dem Staate, bzw. den von ihnen nicht völlig beherrschten staatlichen Organen.

Im allgemeinen richtet sich die Haltung des Sozialismus gegenüber den Lohnämtern danach, ob er in diesen seine eigenen Organe erkennt oder nicht.

Auf Grund des Gesagten können wir unsere Meinung über die amtliche Lohnfestsetzung dahin zusammenfassen, daß sie zum Schutze des öffentlichen Interesses und der Billigkeit gegebenenfalls zwar nützliche Dienste leisten kann (so z. B. bei der Festsetzung der Löhne solcher Arbeiterkategorien, die ihre Interessen selbst zu schützen nicht gehörig imstande sind, hie und da auch bei Fixierung der Lohnumstände der landwirtschaftlichen Arbeiter), zur Institution des Klassenhasses aber erhoben, jedoch ihre massenbeglückende Wirkung gegenüber den sozialen Anforderungen der Arbeitsergiebigkeit notgedrungen versagen muß.

Was nun die sogenannte Heimarbeit anbelangt, darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Begriff der Heimarbeit, insbesondere vom sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus, nichts weniger als einheitlich ist. Ganz anderer Art ist beispielsweise die fabriksunternehmungsmäßig betriebene Handwerksindustrie (Manufaktur), wobei der Unternehmer zu Hause arbeitende Lohnarbeiter beschäftigt, diesen also weder die Räume, noch die Einrichtung der Fabrik zur Verfügung stellt, und wieder ganz anders das eigentliche Heimgewerbe, dessen Ausübende nicht so sehr Lohnarbeiter, als vielmehr gleichgestellte Kontrahenten sind. Sie verdingen sich entweder als selbständige Kleinunternehmer, oder als Angehörige anderer Berufszweige, sei es zur eigenhändigen, sei es zu solcher gewerblicher Beschäftigung, die sie daheim, im Kreise ihrer Familie oder Kleinwirtschaft verrichten. Im Vergleich zu ihrer Hauptbeschäftigung ist diese Art von Heimarbeit oft nur von akzessorischer Bedeutung, nur zur Ergänzung, Betriebsverbilligung der ersteren berufen (z. B. im Rahmen landwirtschaftlicher Beschäftigungen zahlreiche Aushilfsarbeiten gewerblicher Natur); dennoch kommt sie vom Standpunkte des Erwerbes, der Existenz- und Produktionsverbilligung als wichtiger und beträchtlicher Faktor in Betracht.

Die Überwachung der fabriksmäßig betriebenen Handwerksindustrie — also jenes Teiles der daheim verrichteten Arbeit, den der Unternehmer durch zu Hause beschäftigte Lohnarbeiter ausführen läßt — ist sozialpolitisch unzweifelhaft eine wichtige Aufgabe. Es ist allgemein zur Genüge bekannt, welch grobe Unzukömmlichkeiten und traurige Zustände auf diesem Gebiete hinsichtlich der Hygiene und des Arbeiterschutzes geherrscht haben und wie die Ungerechtigkeiten der Arbeitslöhne vielleicht gerade auf diesem Gebiete die größte Ausbeutung ermöglichten. Eine im öffentlichen Interesse einsetzende sozialpolitische Fürsorge auf diesem Gebiete kann daher nur unsere Zustimmung finden. So z. B. wenn einzelne Arten von Heimarbeit aus Gesundheitsrücksichten verboten werden und im allgemeinen die Einhaltung der entsprechenden hygienischen Vorschriften gefordert wird; wenn man die Heimarbeiter und ihre auftraggebenden Unternehmer überwacht; wenn die Behörden von den Arbeitern, ihren Löhnen, Arbeitsumständen usw. genaue Ausweise verlangen. Die Überwachung der Lohnverhältnisse ist allerdings eine heiklere Sache, erfordert jedoch das öffentliche Interesse und die Gerechtigkeit diese Art von Arbeiterschutz, so kann sich dem die Obrigkeit nicht verschließen. Die Art des Schutzes im allgemeinen vorherzubestimmen, ist indes schon wegen der stark divergierenden, ihren Umständen nach sehr verschiedenen Beschaffenheit der Heimarbeit durchaus keine leichte Sache. Diese Arbeitskategorie ist nämlich zumeist ein Beschäftigungszweig solcher Arbeiter, die den Arbeitsgelegenheiten gegenüber weniger wählerisch sein können und daher von den Konjunkturen noch mehr abhängig sind, als die eigentlichen Fabriksarbeiter. Die Vorschriften hinsichtlich der Mindestlöhne sind daher nicht ohne weiteres als Mittel zur Erzielung eines gerechten Lohnniveaus zu empfehlen. Sie bieten zweifellos Schutz gegen unmenschlich niedrige Arbeitslöhne, allein die Durchführbarkeit eines entsprechend hohen Lohnminimums für Heimarbeit hängt immer auch von den Konjunkturen des betreffenden Industriezweiges ab.⁶⁾

Wir haben schon eingangs dieses Punktes darauf hingewiesen, daß hinsichtlich der Beschaffenheit und volkswirtschaftlichen Bedeutung die eigentliche Hausindustrie mit der zu Hause verrichteten unternehmungsmäßigen Lohnarbeit nicht unter die gleichen Gesichtspunkte zu bringen ist. Insbesondere gilt dies vom sozialpolitischen Gesichtspunkte aus. Die Heimindustrie als aushilfsweiser Existenzzweig kann zumal aus sozialpolitischem Interesse deshalb von außerordentlicher Wichtigkeit sein, weil sie mit der Erhaltung der „Kleinen Leute“, der selbständigen Kleinexistenzen und ihrer Bewahrung vor dem Untergang zusammenhängt Gerade unter den ungünstigen Konjunkturen der Beschäftigung zahl-

⁶⁾ Unter den auf die Regelung der Heimarbeit abzielenden gesetzlichen Verfügungen sind als am meisten bezeichnend das englische Beispiel vom Jahre 1909, das deutsche von 1911 und 1923, das norwegische von 1918 und insbesondere das österreichische von demselben Jahre erwähnenswert.

reicher „Kleiner Leute“ wird die Hausindustrie zur Ergänzlerin der allfälligen Einkommenmängel des Hauptbeschäftigungszweiges und so der Familie zum Rettungsseil ihrer Existenz. Im Zeitalter des kapitalistischen Wettbewerbes wird die Aufrechterhaltung zahlreicher Kleinbetriebe und so die Existenz der von ihnen lebenden Familien nur dadurch ermöglicht, daß der betreffende Betrieb gewisse industrielle Aushilfsdienste daheim kann verrichten lassen. So z. B. findet der Kleingrundbesitzer in den meisten Fällen nur dann sein Fortkommen, wenn er die Schnitzarbeiten, gewisse Baureparaturen, Werkzeugherstellungen, die Anfertigung bestimmter Kleidungsartikel usw. auf häuslichem Wege selbst besorgt. Müßten derlei Arbeiten von organisierten Arbeitern nach den Lohnтарifen ihrer Gewerkschaften ausgeführt werden, so wäre die Bauernschaft heute schon längst von der Bildfläche verschwunden.

Die Hausindustrien und häuslichen Beschäftigungen solcher Art bilden überaus wichtige Faktoren der Haushaltsökonomie und der wohlfeilen Lebensbedingungen. Der kleine Mann vermag sich seine und seiner Familie Existenz nur mit Hilfe dieser Heimarbeit im Kreise des betreffenden Kleinbetriebes sicherzustellen. Derartige Hausindustrien, bzw. Heimbeschäftigungen jenen politischen Arbeitslohnbestrebungen auszuliefern, die auch den letzten Rettungshort der wohlfeilen Erzeugung, des wohlfeilen Lebensstandes und damit gleichzeitig auch die Selbständigkeit der kleinen Leute hinopfern wollen, bedeutet überdies eine Erzwingung der teuren Produktion. Die im Kreise der Haushaltung verrichteten Aushilfsarbeiten, darunter die Hausindustrien und Heimarbeiten ähnlicher Art, dürfen daher schon grundsätzlich nicht den ihnen feindseligen Bestrebungen der industriellen Gewerkschaften geopfert und ausgeliefert werden. Es ist ihnen im Gegenteil jedmöglicher Schutz angedeihen zu lassen, weil sie die Produktion des Kleinen Mannes ergiebiger, seine Existenz wohlfeiler und demzufolge auch die Produktion und Güterersparnis der ganzen Gesellschaft erfolgreicher gestalten. Ein Aufzwingen der teureren Aushilfsarbeiten wäre gleichbedeutend mit dem Aufhören zahlreicher Kategorien der Hausindustrien und Heimbeschäftigungen, mit der Verschlechterung oder Vernichtung zahlreicher Kleinwirtschaften samt der Existenz der an ihnen hängenden Familien. Kurzum, sozialpolitisch sind die Arbeitsverhältnisse der eigentlichen Hausindustrie und der aushilfsweisen Haushaltsbeschäftigungen nach den universellen gesellschaftlichen Interessengesichtspunkten unter Berücksichtigung der Produktionsergiebigkeit und des Erfolges im Lebenskampf, nicht aber einzig und allein nach den einseitigen Rücksichten der gewerkschaftlichen Lohnarbeitspolitik zu beurteilen. Selbstverständlich bleiben die allgemeinen Anforderungen des Physikums, des Gesundheitsschutzes, der Hygiene und des Arbeitsschutzes überhaupt auch auf diesem Gebiete als sozialpolitische Postulate bestehen.

10. Das Problem der Arbeitslohngestaltung ist natürlicherweise das nächstliegende sozialpolitische Problem der von ihrer Arbeit lebenden

Gesellschaftsschichten. Die Möglichkeiten der Verbesserung des Arbeitslohnes bilden, sofern es sich nicht bloß um die nominelle, geldmäßige Verbesserung, sondern auch um eine solche der Kaufkraft und durch sie der Bedürfnisbefriedigung handelt, das Rückgrat der auf das Arbeiterwesen bezüglichen sozialpolitischen Fragen, was besonders dann zutrifft, wenn — wie in der modernen Gesellschaft — so große oder überwiegende Teile derselben bloß von ihrer Arbeit und größtenteils nur vom eigentlichen Arbeitslohne leben.

Für die Beurteilung, die dieses Problem von seiten der Arbeiter oder vielmehr der kämpfenden Arbeiterinteressenten findet, ist der Umstand überaus bezeichnend, daß sich die modernste Argumentation der Gewerkschaften hinsichtlich der praktischen Möglichkeiten der Arbeitslohnverbesserung in hellem Widerspruch mit jenen sozialistischen, vornehmlich marxistischen Dogmen befindet, aus deren Gedankenwelt übrigens die sozialistischen Strömungen die Rechtfertigung ihrer auf den Umsturz der kapitalistischen Ordnung gerichteten Bestrebungen schöpfen. Während sie die Notwendigkeit eines Umsturzes des individuell-kapitalistischen Produktionssystems nebst der natürlichen Entwicklungsgeschichte hauptsächlich damit begründet, daß bei einer solchen Ordnung die Existenzbedingungen des Arbeiters sich nicht wesentlich verbessern können, weshalb seine Kämpfe um die Verbesserung seines Lebensstandes letzten Endes fruchtlose Anstrengungen sind, ist andererseits die Auffassung der modernen Gewerkschaften über die Möglichkeiten einer Erhöhung der Arbeitslohnquote und der günstigen volkswirtschaftlichen Folgen einer solchen Erhöhung hinsichtlich der Möglichkeit einer Hebung der Arbeiterwohlfahrt geradezu paradoxerweise optimistisch. Von diesem — gleichviel ob auf richtigen oder aus taktischen Gründen hervorgekehrten — Standpunkte aus betrachtet kann die Wirkung des Anwachsens der Arbeitslohnquote auch für die Produktion im allgemeinen nur günstig sein, und zwar — mag solches auch auf Kosten der Arbeitsleistung erfolgen — wenn nicht zufolge unmittelbaren, so doch mittelbaren Umständen. Schier mit Hinwegsetzung über mathematische Notwendigkeiten sind die Vertreter dieser Auffassung die unangenehmen Fragen des Wovon, der sozialen Güterbedeckung, eben in der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsordnung auszumalen bestrebt.

Vor dem Weltkrieg verhielt sich der Marxismus, wie wir wissen, hinsichtlich der von den Gewerkschaften erreichbaren Möglichkeiten überaus skeptisch, und erst der Revisionismus begann diese Bewegung in gehörigem Maße zu bewerten. An ihren Erfahrungen festhaltend, verlegten sich die Gewerkschaften hauptsächlich auf die Taktik der Lohnerrhöhung von Fall zu Fall und die Befolgung einer Streikpolitik, die unter günstigen Chancen den Lohnkampf aufnimmt, war sozusagen ihr einziger Grundsatz. Einen tieferen Blick in die Probleme der Lohnschwankungen taten einige deutsche christlichsoziale Organisationsführer und sie betrach-



teten auch die Probleme der gewerkschaftlichen Möglichkeiten mit kritischem Auge.⁷⁾

Faßt man jedoch die Arbeitslohnforderungen der Gewerkschaften und die begründenden Argumente dieser Forderungen näher ins Auge, so wird man leicht gewahr, daß sie das Produktionsergebnis als gesellschaftlich reale Bedeckung des Arbeitslohnanteiles nirgend nach Gebühr berücksichtigen. Während also die Gewerkschaften in ihrer Auffassung hinsichtlich der Möglichkeiten der Arbeitslohngestaltungen das befriedigende Positivum der unbedingten Mehrforderung, der höheren Quote aufzuweisen haben, sehen wir auf der Seite des Wovon?, d. i. der Bedeckung, zumeist nur solche Voraussetzungen, die sich bloß in einem sehr geringen Prozentsatz der möglichen Entwicklung verwirklichen können und daher als übertrieben optimistisch anzusehen sind.

Diese Beschaffenheit der um die Arbeitslohnforderungen ausgefochtenen Kämpfe tritt insbesondere nach dem Krieg in Erscheinung, als die Produktion, besonders aber die industrielle Produktion schwere Krisen aufzuweisen hat. Die zu solcher Zeit bezahlten Löhne werden als unzulänglich betrachtet, was einseitig mit Gesichtspunkten des Lebensbedarfes und der Ethik begründet wird. Unzulänglich seien die Arbeitslöhne, weil vor dem Krieg (z. B. in Deutschland) eine weit größere Menge von Lebensbedürfnissen aus den damaligen Löhnen gedeckt werden konnte. Unzulänglich ferner auch darum, weil beispielsweise eine der Arbeitergruppen desselben Faches, die vorher relativ schlechter bezahlt war, sich eine höhere Bezahlung zu erkämpfen imstande war, als eine andere Gruppe. Gelernte Arbeiter fordern höhere Löhne, weil ihr gegenwärtiger Verdienst das Niveau der Ungelernten erreicht hat, bzw. kleiner als dieses geworden ist. Größere Löhne werden gefordert, weil in einzelnen Staaten des Auslandes die Arbeiter mehr verdienen. All dies ist menschlich begreiflich, — bei der Beantwortung der kapitalistischen Produktionsfrage des Wovon? aber eine kaum berücksichtigenswerte Klügelei, weil sie mit der Lage der Wahrheit, der Nationalökonomie und des Marktes nicht rechnet.⁸⁾ Demgegenüber betonen die Arbeitgeber in ihren Argumenten oft übertriebenerweise die kritische Lage ihrer Industriezweige, den Rückgang des Exports, das Fehlen und den Verlust der Märkte, die drückenden Steuern, die Lasten der Kriegsentschädigung, den Kapitalmangel, die ungünstigen Wettbewerbsverhältnisse usw.

Im Deutschland der Nachkriegszeit sahen sich die Arbeiterorganisationen durch den ideellen Kampf um den Arbeitslohn, insbesondere aber

⁷⁾ Siehe H. Herkner: Die Lohntheorien der deutschen Arbeiter- und Arbeitgeberverbände. — Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart. III. Band, Wien, 1928. J. Springer. S. 85 bis 97.

⁸⁾ Siehe Mühlenfeld: Zur ökonomischen Theorie der Gewerkschaften. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 52, S. 426, 1924. — Vgl. Herkners c. W., S. 87.

durch den Umstand, daß die Arbeitgeber gegenüber den Forderungen der Arbeiterorganisationen aus der realen Wirklichkeit konkreter Verhältnisse geschöpfte Gegenargumente ausspielten, insbesondere aber die sogenannten freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften dazu gezwungen, ihre ständigen Bestrebungen um Erhöhung der Arbeitslohnquote den Arbeitgebern gegenüber und vor der öffentlichen Meinung mit moderieren, den geänderten Verhältnissen besser angepaßten Argumenten zu unterstützen, indem die einschlägige, schablonenhaft sozialistische Beweisführung angesichts der Wirklichkeit der geänderten Verhältnisse von ihrer überzeugenden Kraft gleichfalls schon viel eingebüßt hatte.

Eine dieser — von gewerkschaftlicher Seite her wohlbekannte — Auffassung, bzw. Beweisführung besteht darin, daß das Element der Arbeitslöhne als Produktionsspesen eine kleinere Quote der Nachkriegspreise ausmacht.⁹⁾ Das näherliegende Ziel ist demzufolge die Wiederherstellung der Arbeitslohnquote vor dem Kriege, das weitere Ziel aber die Erreichung einer angemessenen Arbeitslohnquote. Diese Auffassung lebt noch im Gedankengang des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, das derart formuliert wird, daß den Arbeitern der volle Ertrag ihrer Arbeit abzüglich jener Kosten gebühren solle, die zur Erhaltung der Produktionsmittel, ihrer Reparatur und Vermehrung volkswirtschaftlich notwendig sind. Diese Quote kann zahlenmäßig darum nicht genau bestimmt werden, weil mit dem technischen Fortschritt auch die Größe des Arbeitsertrages wächst. Die Arbeiterschaft strebt eine Produktionsordnung ohne Zinsen und Unternehmergewinn an; diese Einkommensarten werden den Arbeitslohn nicht länger verringern. Solange aber die Arbeiterschaft dieses Ziel nicht erreicht, kann ihr Streben nach nichts anderem gerichtet sein, als in der gegebenen Lage eine je höhere Arbeitslohnquote zu erkämpfen, die Quote des Kapitals und des Unternehmers aber möglichst tief herabzudrücken. Man macht also kein Geheimnis daraus, daß die Arbeiterschaft in der kapitalistischen Ordnung nichts anderes tun kann, als die ständige Erhöhung ihrer Löhne fordern. Die Erreichung der 100prozentigen Quote ist Aufgabe der künftigen Gesellschaftsordnung. Nach dieser Auffassung ist also das objektive Maß des Arbeitslohnes die im Preis des Arbeitslohnes enthaltene Quote.¹⁰⁾

Die modernen Arbeiterbestrebungen glauben somit in der Erhöhung der im Preis enthaltenen Arbeitslohnquote schon in der jetzigen Produktionsordnung ihr zu verfolgendes und erreichbares Ziel zu entdecken. Ein großer Irrtum ist es aber, ganz im allgemeinen zu glauben und zu verkünden, daß die Quote des Arbeitslohnes im Rahmen des modernen technischen Fortschrittes überall erhöht werden könne, noch irrtümlicher

⁹⁾ Siehe F. Tarnow: Das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Gewerkschaftszeitung 1924, Nr. 35, S. 315 bis 317 und andere Werke der neuesten gewerkschaftlichen Literatur. Vgl. Herkner e. d.

¹⁰⁾ Vgl. Herkner e. d.

aber ist die allgemein gehaltene Annahme, daß die Erhöhung der Arbeitslohnquote im Verhältnis zur Produktivität der modernen Technik von jedem beliebigen Produktionszweig ertragen werden könne.

Die Steigerung der im Preise des hergestellten Gutes enthaltenen Arbeitslohnquote kann daher nicht als rationeller Grundsatz der Arbeitslohnpolitik hingestellt werden, wie dies die Gewerkschaften häufig zu tun pflegen. Besagter Grundsatz wäre im besten Falle für solche primitive Produktionsverhältnisse zutreffend und innerhalb gewisser Grenzen zu verwirklichen, unter denen die Arbeiter — wie einst in früheren Zeiten — jeweilig zum Verkauf unmittelbar geeignete Güter verfertigten. Keinesfalls aber trifft dieser Grundsatz für das Zeitalter der modernen Maschinenteknik zu, in dem sich nicht einmal das auf einen Arbeiter, oder selbst bloß auf eine Arbeiterkategorie entfallende Leistungsmaß mit völliger Genauigkeit feststellen läßt. Je mehr sich der mit der größten Arbeitsökonomie zu Werke gehende kapitalistische Großbetrieb entwickelt, um so mehr muß sich in der Summe der Produktionskosten die Quote des Arbeitslohnes im Verhältnis zu den übrigen Bestandteilen der Produktionskosten notwendigerweise verringern.^{11) 12)}

¹¹⁾ Siehe Herkner e. d.

¹²⁾ Herkner veröffentlicht diesbezüglich praktische Berechnungen, aus denen die Oberflächlichkeit und mathematische Unrichtigkeit des Grundsatzes vom ständigen Anwachsen der Arbeitslohnquote angesichts der sich entwickelnden Produktionstechnik deutlich ersichtlich wird. So stellte sich z. B. in einem handwerklichen Schuhmacherbetrieb, in dem der Meister mit zwei Gehilfen bei täglich 15 Stunden Arbeitszeit 16 Paar Schuhe anfertigte, die er zum Preis von 7 Mark 50 Pfennig verkaufte, die wöchentliche Preiseinnahme auf 120 Mark, wovon auf den Arbeitslohn 47 Mark, d. i. 39 v. H. des Verkaufspreises entfällt. In einer Schuhfabrik mit 100 Arbeitern dagegen, wo bei einer täglichen Arbeitszeit von 11 bis 12 Stunden der Produktionsertrag 2500 Paar Schuhe war und der Preis eines Paares 5 Mark betrug, stellte sich die Preiseinnahme auf 12.500 Mark, der ausbezahlte Arbeitslohn auf 2200 Mark wöchentlich, die Arbeitslohnquote somit auf 17,6 v. H. Die auf je einen Arbeiter entfallende wöchentliche Arbeitslohnquote betrug in der Fabrik trotz der kleineren Quote 22 Mark, im Handwerksbetrieb aber bloß 15 Mark. In der Fabrik entfielen nämlich auf einen Arbeiter durchschnittlich $2\frac{2}{5}$ Stunden Arbeitszeit zur Anfertigung eines Paares Schuhe, im Handwerksbetrieb dagegen 14 bis 15 Stunden. Nehmen wir nun an, das Fabriksunternehmen hätte in dem beispielsweise erwähnten Falle dieselbe preismäßige Arbeitslohnquote bezahlen müssen, die der Handwerksmeister seinen Angestellten zu bezahlen hatte, nämlich 39 v. H. In diesem Falle hätte sich die Summe der Wochenarbeitslöhne auf 4875 Mark, die gesamten Erzeugungskosten auf 14.685 Mark erhöht, d. i. die wöchentlichen Produktionskosten hätten die wöchentliche Preiseinnahme um 2145 Mark überschritten, was selbstverständlich sehr bald den Zusammenbruch des Fabriksunternehmens nach sich gezogen haben würde. Nun aber ist der für die Schuhfabrikation hier angeführte Fall eine typische Erscheinung des Entwicklungsganges der modernen Produktionsart, woraus sich die Tatsache ergibt, daß, je mehr sich der nach größter Arbeitsökonomie strebende kapitalistische Großbetrieb entwickelt, die Quote des Arbeitslohnes im Verhältnis zu den übrigen Elementen der Erzeugungskosten sich

Bei einer Erzeugungstechnik von solcher Entwicklung kann sich das Lohneinkommen des Arbeiters auch im Fall einer gewissen Herabsetzung der Arbeitszeit erhöhen, trotzdem im Verhältnis zum Preise der einzelnen erzeugten Stücke die darauf entfallende Arbeitslohnquote sich verringert.

Das auf Erhöhung der Arbeitslohnquote gerichtete Schlagwort vermag somit der objektiven Kritik nicht standzuhalten und ist nicht bloß ganz unvereinbar mit dem im Privateigentum verankerten Entwicklungsgang der kapitalistischen Maschinenteknik, sondern auch unter Voraussetzung solcher in fortschrittlicher Entwicklung begriffenen Produktionsbetriebe, die gegebenenfalls Gegenstand des Kollektiveigentums bilden. Auch hier müßten die mit den Fortschritten der Technik, Aufstellung und Inbetriebnahme neuer Maschinen usw. einhergehenden Produktionsopfer gegenüber den konkreten Arbeitslohnausgaben der einzelnen Betriebe gleichfalls als Erzeugungskosten in Rechnung gestellt werden. Die in den einzelnen Fabriksbetrieben investierten Errungenschaften der fortschreitenden Maschinenbetriebe und die aus ihnen hervorgehenden mehr produktiven Arbeitsleistungen müßten im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der ohne sie produzierenden Arbeiterhände auch hier als Erzeugungs- und Rechenungskoeffizienten, nicht aber etwa als kostenlose Naturgeschenke betrachtet werden. (Selbst wenn wir dabei die Wirtschaft ohne Geldverkehr ins Auge fassen, dürfen die verhältnismäßigen Investitionsopfer nicht außer acht gelassen werden.) Die fortwährende und folgerechte Steigerung der zu den Preisen oder überhaupt zu den Werten der Erzeugnisse gemessenen Arbeitslohnquote ist demzufolge bei Betrieben, die mit den fortschreitenden Mitteln und Einrichtungen der Maschinenteknik arbeiten, ein Ding der mathematischen Unmöglichkeit und ihre Verwirklichung wäre nur im rückschreitenden, dekadenten Zustand der Produktionstechnik (d. i. bei stufenweiser Rückkehr zur handarbeitlichen Produktion) — innerhalb gewisser Schranken — denkbar.

Ein weiteres Schlagwort, das in Arbeiter-, Gewerkschafts-, bzw. Sozialistenkreisen gangbar ist, fordert zur Stärkung des inländischen Marktes der Verbrauchsgüter die verallgemeinerte Arbeitslohnerhöhung.¹³⁾ Da wir dieser Argumentation in jedem Lande häufig und ohne gehörige Kritik begegnen, müssen wir uns hier auch damit befassen.

um so mehr verringert. Man könnte dagegen einwenden, daß sich die Quote des Realarbeitslohnes auch durch entsprechende Verbilligung der Verbrauchsgüter steigern läßt. Wollten wir in dem angeführten Beispiel die Arbeitslohnquote von 17.6 auf 39 v. H. erhöhen, so müßte die betreffende Fabrik ein Paar Schuhe für 2.25 Mark verkaufen, wobei die wöchentliche Preiseinnahme auf 5641 Mark herabsinken würde. Da indes die Rohstoffe allein 9375 Mark kosten, stellt sich ein solcher Vorgang im Fabriksbetriebe ebenfalls als unmöglich heraus. (Siehe Herkner e. d., S. 89 bis 90 und E. Francke: Die Schuhmacherei in Bayern. Stuttgart, 1923. S. 131 bis 142.

¹³⁾ Vgl. Herkner e. d.

Eine der gebräuchlichsten Begründungen der Arbeitslohnerhöhung lautet, diese sei das wirksamste Mittel zur Steigerung der Verbrauchsfähigkeit des inländischen Marktes und so zur Überbrückung der Schwierigkeiten von Produktionskrisen.¹⁴⁾ Wenn die allgemeine Erhöhung des Arbeitslohneinkommens aus der Steigerung der von den Arbeitern gebotenen Produktionsleistungen entstammen würde, so müßte die Richtigkeit dieser Auffassung auch vom wissenschaftlichen Gesichtspunkte aus festgestellt werden können. In Wirklichkeit jedoch ist es den Gewerkschaften bloß um eine erhöhte Entlohnung der unveränderten, gegebenenfalls auch verringerten Erzeugungsleistung zu tun. Unter solchen Umständen erhöht sich zwar für den Augenblick die Kaufkraft der Arbeiterschaft, was in Massenverbrauchsgütern eine größere Nachfrage zur Folge hat, andererseits aber zieht die erhöhte Kaufkraft der Arbeiterschichten eine Schwächung der Kaufkraft anderer Gesellschaftsschichten nach sich, woraus wieder eine Verringerung der Nachfrage an Produktionsgütern und Kapitalien entsteht.¹⁵⁾

Praktisch genommen liegt bei der Beurteilung der günstigen wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslohnerhöhung das Hauptgewicht auf der Frage, ob sie eine Steigerung der Produktion zur Folge haben werde. Wenn ja, dann ist Aussicht vorhanden, daß die allgemeine nominelle Lohnerhöhung auch eine allgemeine Steigerung des Standes der Reallöhne zur Folge haben werde. Eine solche günstige Gestaltung ist nach Herkner z. B. in dem Falle denkbar, wenn die Gewerkschaften unter günstigen wirtschaftlichen Konjunkturen, bei Vermeidung von allgemeinen großen Lohnbewegungen, die geldmäßigen (nominellen) Arbeitslöhne der einzelnen Arbeiterkategorien mit richtiger Taktik stufenweise erhöhen. Die Lohnerhöhung wird in diesem Falle eine Steigerung der Nachfrage an Verbrauchsgütern zur Folge haben. Im Falle einer solchen, zugunsten der verschiedenen Arbeiterkategorien stufenweise und nicht auf einmal platzgreifenden Lohnaufbesserung besteht die Möglichkeit, daß diese keine Verteuerung der gesuchten Massengüter nach sich zieht (die Folgen also in dem Anwachsen der Kaufkraft des Arbeitseinkommens sich äußern). Das Eintreffen der Teuerung kann durch mehrere einschlägige Umstände abgewendet werden. So beispielsweise dadurch, daß die Produzenten beträchtliche, bisher nicht absetzbare Gütervorräte haben, oder daß die Steigerung der Nachfrage eine bessere Betriebsausnützung der vorhandenen Arbeitskräfte, bzw. ihre vollzählige Beschäftigung, die Einstellung der verringerten Arbeitszeit und die Wiedereinführung der vollzeitigen Beschäftigung ermöglicht. All diese und ähnliche Umstände können zur Ausdehnung der Produktion führen, ohne dabei gleichzeitig auch eine Preiserhöhung zur Folge zu haben. Dazu kann noch die Wirkung

¹⁴⁾ E. d. S. 91.

¹⁵⁾ E. d.

des ausländischen Wettbewerbes treten, die das Steigen der Preise verhindert. Ja, es kann sich sogar ereignen, daß infolge der stärkeren Nachfrage die sich ergebende Möglichkeit einer besseren Ausnützung der Arbeitskräfte durch Verringerung der Kosten sogar eine Verbilligung der Massengüter nach sich zieht. Eine weitere günstige Folge kann sich darin äußern, daß die Nachfrage an Massenbedarfsgütern, bzw. der in ihrer Produktion einsetzende Aufschwung auch zu einer erhöhten Nachfrage nach Produktions- und sogenannten Kapitalgütern führt usw. usw. Leichter ist eine derartige Entwicklung in solchen kapitalarmen Ländern denkbar, wo eine gewisse Produktionsbeschränkung der sogenannten Kapitalgüter zugunsten der Mehrerzeugung von Massenbedarfsgütern sogar von wohltätiger, krisenverhindernder Wirkung begleitet sein kann; deshalb besteht auch Hoffnung, daß die Arbeitsloohnerhöhung zum gesteigerten Aufschwung der Produktionstechnik führt; ferner, wo die Arbeiterschaft Spareinlagen hat, die zu Produktionsanlagen verwendet werden können usw. usw.¹⁶⁾

Inmitten krisenhaft schwieriger Zustände jedoch, bei stagnierender Volkswirtschaft, wobei wenig Betriebskapital vorhanden, der Zinsfuß hoch, die Steuerlast groß ist, ein großer Teil der Betriebspesen und auch die neuen Mehrausgaben jedenfalls durch Anleihen gedeckt werden müssen, ist schon die bloße Finanzierung des Arbeitslohnes allein mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden. Und da halten wir vorerst bei einer nominellen (geldbetragsmäßigen) Erhöhung des Arbeitslohnes, von der es zweifelhaft ist, ob sie sich in eine Reallohnverbesserung verwandeln kann. Was geschieht nun aber, wenn sich auch die Verbrauchsverhältnisse, die Aufnahmefähigkeit des Marktes noch verschlechtern und die erzeugten Waren ansammeln? In einem solchen Falle erfolgt eine weitere Anspannung des Kredits, dann fortgesetzte Betriebsreduktion, wiederholte Arbeiterentlassung usw. Es folgt die „Rationalisierung“ der Betriebe, wobei man sich infolge der Arbeitsloohnerhöhungen durch die Zahlverringerung der Arbeiterhände und ihre bessere Ausnützung schützt, was vom Standpunkte der Betriebslehre aus richtig sein mag, in einem Lande jedoch, wo das Arbeitsangebot im Verhältnisse zur Nachfrage gering ist, eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen muß. Unter derart ungünstigen volkswirtschaftlichen Umständen kann also die Arbeitsloohnerhöhung auf die Produktion und die Wirtschaftslage überhaupt keine so wunderbar günstige Wirkung haben, wie es die Beweisführung der modernen Gewerkschaften im allgemeinen mit Vorliebe zu behaupten pflegt.¹⁷⁾

In der Beweisführung der Gewerkschaftsleitungen begegnen wir häufig und allgemein auch der — von uns einigermaßen schon angedeu-

¹⁶⁾ Herkner e. d. S. 91 bis 92.

¹⁷⁾ Herkner e. d.

teten — Berufung darauf, daß die Produktion der einzelnen Länder nur durch den Druck der Lohnsteigerung zur stufenweisen Verwirklichung der behufs Beibehaltung der zwischenstaatlichen Konkurrenzfähigkeit notwendigen Betriebsrationalisierung und Ergiebigkeitssteigerung genötigt werden können. Ergänzt wird dieser Gedankengang durch die Berufung auf amerikanische Beispiele, aus denen hervorgehen soll, daß die wirtschaftliche Blüte Amerikas eine Folge der dortigen hohen Arbeitslöhne sei usw. Dabei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß nicht eines jeden Landes Volkswirtschaft die gleiche soziale Leistungsfähigkeit aufzuweisen hat. Amerika mit seinen mächtigen natürlichen Kraftquellen, seiner stärksten Kapitalkraft, seinen für riesenhafte uniformierte Bedürfnisse eingerichteten Verbrauchsmärkten und seinem — an europäischen Verhältnissen gemessen — den Entwicklungsdimensionen gegenüber relativ geringen Arbeitsangebot kann unmöglich in eine Reihe gestellt werden mit der Volkswirtschaft Europas und insbesondere mit der Mitteleuropas, die bei starkem Arbeiterangebot und großer Arbeitslosigkeit weit schwierigere Produktions-, Konsum- und Wettbewerbsverhältnisse, dabei in jeder Hinsicht eine viel ärmere und geringere Leistungsfähigkeit aufzuweisen hat.

Weiters darf nicht außer acht gelassen werden, daß durch die „Betriebsrationalisierung“ in erster Reihe auch vielen Arbeitern die Arbeitsgelegenheit entzogen wird. Jener optimistische Gedankengang, wonach infolge der Rationalisierung des Betriebes die Arbeitslöhne der Angestellten sich erhöhen und die Preise verringern, so daß dann die in den rationalisierten Betrieben freigewordenen Arbeiterhände bei neuen ergiebigen Arbeitsgelegenheiten beschäftigt werden können, setzt sich, wie wir weiter oben gezeigt haben, nur bei einer günstig gestellten, fortschrittlichen Volkswirtschaft in Wirklichkeit um. Unter stagnierenden, schwierigen Produktions- und Wettbewerbsverhältnissen ist aber zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit — besonders in Ländern mit starkem Arbeitsangebot — sich dauernd gestaltet.

Allein, wie immer sich die Verhältnisse gestalten mögen, und wie sehr die Betriebsrationalisierung sich volkswirtschaftlich auch bewährt haben mag, die Massen der infolge dieser Bestrebung brotlos Gebliebenen dürfen nicht einfach der Fürsorge einer Arbeitslosenunterstützung und einer Hilfe durch inproduktive Notstandsarbeiten überlassen werden. Richtig kann nur jene Sozialpolitik sein, bei der auch diese Kategorien in die Wege der erfolgreichen, rationellen Suche nach Arbeitsgelegenheiten gelenkt werden.¹⁸⁾ Andernfalls geraten wir auf die traurigen Irrpfade der wirtschaftlichen Zerrüttung und Inflation.

Zu erwähnen ist hier noch, daß sich durch das vom Völkerbund errichtete Internationale Arbeitsamt die Gewerkschaftspolitik auch das

¹⁸⁾ Herkner e. d., S. 93 bis 94.

Ziel einer zwischenstaatlichen Ausglei chung der Arbeitslöhne gesetzt hat. Nur ist diese Zielsetzung von seiten der Gewerkschaften leider nicht unter sorgfältiger Beobachtung der Frage des Woher?, d. i. der die vorhandenen Bedürfnisse erfüllenden Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder erfolgt, sondern einfach als Forderung gegenüber den Arbeitgebern erfolgt. Und zwar nicht einmal in der Art, daß man z. B. die arithmetische Mitte oder den Durchschnitt der Arbeitslöhne irgendwelcher hervorragenden Produktions- oder Industriestaaten verwirklichen zu können vermeint, sondern vielmehr mit jener Rücksichtslosigkeit, daß das Arbeitslohniveau der Staaten mit den höchsten Arbeitslöhnen auch von allen übrigen Staaten angenommen und bezahlt werden muß. Infolgedessen kümmern sich beispielsweise die deutschen Gewerkschaften wenig um die belgischen, italienischen oder österreichischen Arbeitslöhne, destomehr aber führen sie den Stand der englischen und noch häufiger der amerikanischen Arbeitslöhne im Munde. Bei diesem Vorgehen wird nicht in Betracht gezogen, daß der hohe amerikanische Arbeitslohn — wie vorhin schon erwähnt wurde — die Folge des Reichtums an Naturschätzen und an Kapital, nicht minder aber des nicht allzu reichlichen Arbeitsangebotes ist. In Amerika ist auch der auf einen Arbeiter entfallende Arbeitsertrag weit größer als in den dichter bevölkerten, an Kapital und Güterquellen reicher, an Bodenbeschaffenheit dagegen minderwertigen Ländern Europas.¹⁹⁾ Diese wohl nicht allzu gewissenhafte Art der internationalen Ansprucherweckung — die hauptsächlich wegen der den sozialistischen Strömungen gegenüber fühlbaren inneren Schwäche der heutigen parlamentarischen Staaten nicht zu zähmen ist — hat manch gefährliche Illusionen und Bestrebungen im Gefolge. Der hieraus entstehende Massendruck vermag die europäischen Staaten zu völlig inproduktiven sozialpolitischen Sisypusanstrengungen finanzieller Art zu nötigen, ohne daß sie die allgemeine wirtschaftliche Wohlfahrt zu heben imstande wären. Die Wohlfahrt der großen Arbeitermassen läßt sich nämlich weder durch die Protektion des Völkerbundes, noch aber mit Hilfe zwischenstaatlicher sozialistischer imperativer Verfügungen fördern, sondern einzig und allein nur durch Vermehrung des gesellschaftlichen Vorrates an Bedarfsgütern. Die Vermehrung der Massengüter ist gleichbedeutend mit der Massenwohlfahrt selbst. Diese aber läßt sich nur durch ergiebige Produktion erreichen.

Dieser ungeschminkten Wirklichkeit wird die Sozialpolitik und die Gesellschaft in gleichem Maße und so auch die Arbeitergesellschaft ins Auge sehen müssen. Indem wir all das feststellen, wollen wir uns durchaus nicht etwa auf den bequemen *laissez-faire*-Standpunkt des wirtschaftlichen Liberalismus stellen. Im Gegenteil. Die individualistisch-liberale Wirtschaftsauffassung hielt jede großzügigere sozialpolitische Fürsorge

¹⁹⁾ Siehe Herkner e. d., S. 90 bis 91.

schlechterdings überflüssig oder sie bekundete zumindest wenig Empfinden in dieser Richtung, indem sie auf unerbittliche Gesetze und auf die immanente Harmonie des wirtschaftlichen Lebens hinwies, gegen die jede Kraftanstrengung vergeblich sei. Die Lohnpolitik der Arbeiterinteressengemeinschaften hinwieder stellt sich ausschließlich auf den Standpunkt des Vorwärtstommens durch Aufteilung und nimmt das stete Vorhandensein der entsprechenden Anspruchsberechtigung sozusagen als selbstverständlich an. Während also der vorige Standpunkt auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge den Negativismus bedeutet, vertritt der letztere in den Fragen der realen Grundlagen und der Bedeckung sozialer Fürsorge und so auch hinsichtlich deren eigentlicher Sanktionen das verneinende Prinzip. Die richtige, bleibenden Erfolgen zustrebende Sozialpolitik hat demgegenüber auf beiden Seiten nach der positiven Aktivität, Lenkungs- und Bearbeitung des *vouloir-faire* und *savoir-faire* zu trachten. Angesichts des liberalen *laissez-faire* und der andere Gesichtspunkte außer acht lassenden sozialistischen Auffassung ist diese Richtung um so dringlicher geboten, je großzügiger und stärker verwickelt das Wirtschaftsleben ist und je mehr Güterdeckung die Lebensansprüche der großen Massen beanspruchen.

11. Wie schon aus dem bisherigen ersichtlich, ist der Arbeitslohn, wenn wir uns die wirklichen Zusammenhänge des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens und das Schicksal der großen Massen hinsichtlich ihrer längere Zeit hindurch beobachteten Lebensweise vor Augen halten, sozialpolitisch durchaus im realen, niemals aber im nominellen Sinne des Wortes aufzufassen.

Während nämlich der nominelle, geldbetragsmäßige Arbeitslohn ein ziffermäßig elastisches Ding von oft luftartig unsicherer Ausdehnung ist, bedeutet der Reallohn, d. i. die Menge der aus dem Arbeitslohneinkommen zu erwerbenden Bedarfsgüter nichts anderes, als je ein Stück des gesellschaftlichen, nationalen Produktionsertrages. Damit man aber dem überwiegend großen Teil der Gesellschaft möglichst große Gütermengen zukommen lassen könne, muß für die Gesellschaft eine möglichst große Gütermenge erzeugt werden. Für diese Produktion aber müssen Millionen der arbeitenden Gesellschaft sorgen. Das ist die unerbittliche Wahrheit. Gleichviel, ob nun die Verteilung der irdischen Güter gerecht oder ungerecht, verhältnismäßig oder unverhältnismäßig ist, müssen jene Güter, deren Verteilung wir anstreben, insbesondere aber jene Bedarfsgüter, auf die die überwiegende Mehrheit der Menschen Anspruch erhebt, in erster Reihe vorhanden sein. Und wenn die überwiegende Mehrheit der Menschen auf einen größeren Anteil, d. i. auf mehr Arbeitseinkommen Anspruch erhebt, so muß von diesen Gütern um so eher ein Mehr, nicht aber ein Weniger erzeugt werden. Eine anhaltende Quotenvermehrung der Einkommen jener Massen, die der Gesellschaft Mehrheit ausmachen, ist somit nur durch die Steigerung des auf je einen Menschen entfallenden Produktionsertrages oder — von der anderen Seite betrachtet — durch die Steigerung der Arbeitsleistung erreichbar. Die entgegen-

gesetzte Auffassung ist eine gefährliche Illusion, eine Vortäuschung des Unmöglichen als reale Möglichkeit.

Durch Verringerung der Arbeitsleistung kann somit nur eine zeitweilige und sporadische Verbesserung der Lage erpreßt werden, indem die Verallgemeinerung der Arbeitsleistung, als Mittel des Klassen- und Lohnkampfes, das Ergebnis der sozialen Produktion und in erster Reihe der für den Massenbedarf bestimmten Gütererzeugung, d. i. jene Deckung verringert, die in jedweder Gesellschaft für die Befriedigung des Massenverbrauches zur Verfügung steht. Die wahre Massenwohlfahrt kann nur in einer ausgiebigen Fülle von Gütern, und zwar hauptsächlich Massenbedarfsgütern bestehen. Der Sozialpolitik erwächst demnach die wichtige Aufgabe, danach zu streben, daß an diesen Massenbedarfsgütern in der Gesellschaft eine möglichst große Fülle verfügbar sei. Dazu aber gibt es nur ein Mittel und eine Vorbedingung, nämlich die in ihrer Ergiebigkeit gesicherte soziale Produktion. Sobald sich jedoch die zur Produktion berufenen großen Massen in ihren Organisationen großzügig und planmäßig auf Lohnerhöhung durch Verringerung der Arbeitsleistung einrichten, muß sich als unvermeidliche Folge die stets zunehmende Unergiebigkeit der Produktion zeigen. Eine solche klassenkampfmäßige Arbeitslohnpolitik muß auf diese Art und Weise in ihrem Endergebnis zu einer Sisypusarbeit führen, da es sich ja um eine fruchtlose Kampfesart handelt, die zwar von Fall zu Fall die geldmäßige Höhe des Arbeitslohnes empor-schraubt, infolge Reduktion der Arbeitsleistung aber von seiten der Verbraucher die Möglichkeiten einer realen, d. i. in Bedarfsgütern und Kaufkraft ausgedrückten Arbeitsloohnerhöhung vorweg vereitelt. Jeder Arbeitslohn und jede Arbeitsloohnerhöhung ist ein Element und ein Faktor der Produktionsspesen und des Preises der Güter. Durch jede Lohnerhöhung sieht sich der erzeugende Unternehmer und auch der Vermittler — teils aus berechtigter Selbstwehr, teils fallweise aus Gewinnsucht — zur Preiserhöhung genötigt. Eine durch Verringerung der Arbeitsleistung erzielte Lohnerhöhung muß daher ganz spezieller- und notwendigerweise zur Verschärfung und Verallgemeinerung jenes im modernen Preis- und Lohnproblem sich äußernden *circulus vitiosus* beitragen, wonach die allgemeine Lebensverteuerung die Arbeitsloohnerhöhung nach sich zieht, die Zunahme der Produktionskosten, und darunter vornehmlich des Arbeitslohnes, hinwieder die Teuerung veranlaßt. Dieser in sich selbst zurücklaufende Prozeß von Ursache und Wirkung zeigt uns die durch Verringerung der Arbeitsleistung erzielte Erhöhung des Arbeitslohnes als jene Erscheinung, die immer und überall als zerstörender, hemmender, sabotierender Faktor jedes folgerechten allgemeinen Aufschwunges der sozialen Wohlfahrt, ja, man kann sagen, als allgemein verbreiteter Keim zur Tötung der Ergiebigkeit hervortritt. Die allgemeine Tendenz der Arbeitsloohnerhöhung durch Verringerung der Arbeitsleistung führt nämlich notwendigerweise zum Hinschwinden der Deckungsbasis für die sozialen Ansprüche.

Im Zeitalter der technischen Entwicklung erhöht sich zweifellos die Ergiebigkeit der Arbeit und auf dieser Grundlage besteht Hoffnung und Möglichkeit, daß sich auch die Arbeitslöhne erhöhen. Ein Ergebnis, mit dem füglich auch ohne Schädigung der Arbeitsleistung und der Produktionsergiebigkeit gerechnet werden kann. Ja, wir können es nicht oft genug wiederholen: Ein Reallohn, der ein stets größeres Maß von Bedürfnisbefriedigung ermöglicht, also eine Zunahme der Massenwohlfahrt ist für die Arbeiter nur auf solcher Basis erreichbar, daß der Vorrat an gesellschaftlichen Massenbedarfsgütern und infolge dessen auch das Verhältnis der auf je einen Arbeiter entfallenden Gütermengen beständig wächst. Dieses Ziel ist nur durch ergiebige Produktion erreichbar; die Verringerung der Arbeitsleistung dagegen verringert, sabotiert auch die Wiedererzeugung der Massenbedarfsproduktion und der massenbedarf-befriedigenden Gütermengen, was gleichbedeutend ist mit Teuerung, da es die Verringerung des realen bedarfbefriedigenden Inhalts der Arbeitslohneinheiten bedeutet. Demgegenüber erhöht die zur ergiebigen Produktion führende, die Arbeitsleistung nicht verringernde oder sie steigernde Kraftentfaltung das Verhältnis der auf die Gesellschaft, die Arbeiterschaft, bzw. auf je einen Arbeiter entfallenden Menge von Bedarfsgütern und ermöglicht einzig auf diese Weise die Verbilligungstendenz, d. i. die Zunahme der realen bedarfbefriedigenden Fähigkeit der Arbeitslohneinheiten.

Die Lage hinsichtlich der durch Verringerung der Arbeitsleistung oder durch deren Erhöhung erreichbaren Verbesserung des Arbeitslohnes läßt sich demnach im folgenden zusammenfassen: Die Verringerung der Arbeitsleistung führt zur Abnahme des Verhältnisses der bedarfbefriedigenden Massengüterdeckung und so ist auch die damit erreichte Lohnerhöhung unergiebig, da sich die bedarfbefriedigende Kapazität der Erhöhung des Arbeitslohnes verringert. Eine Zunahme der Massenwohlfahrt oder der Arbeiterwohlfahrt ist also auf diesem Wege nicht erreichbar, bzw. sie gleicht sich durch die unbedingt auftretende Teuerung aus.

Die in Verbindung mit höheren Arbeitsleistungen erreichte Lohnerhöhung dagegen ergibt sich unter Verhältnissen, wo der Satz der auf die Gesellschaft, die Arbeiterschaft und so auf je einen Arbeiter entfallenden Bedarfsgütermenge folgerecht wächst, die reale bedarfbefriedigende Kapazität der Lohneinheiten zunimmt und demzufolge auch die in günstiger Bedarfbefriedigung sich kundgebende Massenwohlfahrt größer wird. Daraus ist ersichtlich, daß der Fortschritt hinsichtlich der Massenwohlfahrt, d. i. die Näherung der Sozialpolitik an ihr höchstes Ziel a) nur durch eine die Ergiebigkeit der Arbeit erhöhende Produktivität erreichbar ist und b) daß die durch Verringerung der Arbeitsleistung erreichte Lohnerhöhung eine der zunehmenden Tendenz der Arbeiterwohlfahrt entgegengesetzte Wirkung äußert.

Natürlicherweise kann der im vorstehenden dargelegte, unserer Ansicht nach fundamentale Grundsatz in seinen sozialpolitischen Äußerungen

verschiedene Gestalten und Intensitäten aufweisen, und zwar je nach dem Verhältnis, in dem die zahlenmäßige Zunahme der den Inhalt der Lohnsummen ausmachenden Geldeinheiten zur Zunahme oder Verringerung der Arbeitsleistung, bzw. der auf die Lohneinheiten entfallenden Leistungseinheiten steht. In welch unübersichtlich vielseitiger, millionenfacher Mannigfaltigkeit diese Gestaltung des gegenseitigen Verhältnisses von Arbeitslohn und Arbeitsleistung in der Gesellschaft auch vorkommt und sich ineinander verflacht, bleibt es doch unzweifelhaft, daß diese millionenfachen konkreten Faktoren zu der Resultante einheitlichen Einkommenverteilungs-, Verbilligungs- oder noch mehr zu Verteuerungserscheinungen und Tendenzen führen. In den Kreis der einzelnen typischen Fälle gehören natürlich Millionen konkreter Erscheinungen und Prozesse als Bestandteile, die Tendenz der Ausgestaltung aber kann nur wenigartig sein und die Mannigfaltigkeit der einzelnen Fälle kommt nur in dem größeren oder geringeren Grade von Eigentümlichkeit der hauptsächlichsten Typen zum Ausdruck.

Für die Beurteilung der Lage sind natürlicherweise nicht einzelne Lohnerhöhungs- oder Verringerungsfälle und das Maß der ihnen gegenüberstehenden Arbeitsleistung, sondern der Umstand richtunggebend, welche Lohnentwicklung und welche Leistungsentwicklung in gewissen Zeitabschnitten einander gegenüber gestanden. Dadurch wird nämlich die bezeichnende Tendenz des betreffenden Zeitabschnittes in der Hinsicht bestimmt, ob sich das Verhältnis der für die Gesellschaft, bzw. deren Mitglieder erzeugten Güterdeckung erweitert oder verengt.

Nur die in Erweiterung begriffene soziale Güterdeckung vermag die materielle Wohlfahrt der betreffenden Gesellschaft, bzw. den auf deren je ein Mitglied entfallenden Durchschnitt zu erhöhen. Also nur die zunehmende soziale Güterdeckung kann dazu Aussicht bieten, daß die Bedürfnisse und Ansprüche des überwiegenden Teiles der Gesellschaft, d. i. der die Sozialpolitik in erster Reihe interessierenden großen Massen aus dieser Güterdeckung einer wachsenden Quote teilhaftig werden. Nur das kann die sichere Grundbedingung des Fortschrittes in der Richtung der zunehmenden Wohlfahrt sein. Dagegen können ohne folgerechte Zunahme des Verhältnisses der gesellschaftlichen Güterdeckung, d. i. der Produktivität, die Verbesserungen der bloß verteilungsmäßigen Quote der Vermögens- und Einkommensverteilung schon aus dem Grunde lediglich eine zeitweilige, alsbald schwindende Lageverbesserung hervorrufen, weil für die großen Massen den Löwenteil der modernen Produktion in der Regel die Erzeugung der Massengütermengen von rascher Verbrauchsdauer ausmacht.

Aus all dem folgt, daß zur Ausbalanzierung, bzw. Überschreitung des betragsmäßigen Zuwachses der Arbeitslöhne die zunehmende Produktivität der Arbeit berufen ist, wenn man will, daß die Wirkung der geldmäßigen Erhöhung des Arbeitslohnes durch die Verteuerung nicht

vernichtet werde. Da indes nicht allein die Lohnerhöhung als Faktor der Güterverteuerung in Betracht kommt, sondern auch das Anwachsen der Raten des Unternehmergewinnes, der Zinsen, Steuern usw., so ist es nur eine notwendige Folge solcher Umstände, daß die größere gesellschaftliche Wohlfahrt, bzw. eine Wohlfahrtzunahme bei den größten Massen der Gesellschaftsklassen nur dann stattfinden kann, wenn das Anwachsen der gesellschaftlichen Güterdeckung, mit anderen Worten die Zunahme der Arbeitsergiebigkeit außerhalb der Lohnerhöhung andere Verteuerungsfaktoren auszugleichen und an Wirkung zu übertreffen imstande ist.

Aus dieser gegebenen Lage ergibt sich auch, daß der einzig immanente, alle Zeiten hindurch wirksame Faktor der Verbesserung sozialer Verhältnisse der entsprechende Fortschritt der produktiven — d. h. durch die Waffen der modernen Technik verstärkten produktiven — Arbeit ist. Dagegen ist die Erhöhung des Arbeitslohnes bloß ein Faktor solcher Art, der unter der Wirkung, bzw. innerhalb des Deckungsrahmens der produktiven Arbeit zur Geltung gelangt, d. i. im Endergebnis sozusagen bloß ein sekundärer Faktor, der im augenblicklichen Rahmen der Produktionsergiebigkeit quotenbestimmend zur Geltung gelangt. Von ebenso solch sekundärer zeitweiliger Wirkung ist auch die Verringerung der Raten und Quoten aller übrigen Einkommenszweige (Gewinn, Zinsen, Rente usw.) gegenüber der Lohnquote. Die Ursache des riesigen Unterschiedes, der zwischen der Steinzeit und dem Zeitalter der modernen Technik hinsichtlich der Zahl und Befriedigungsarten der durchschnittlichen Massenbedürfnisse besteht, ist also in erster Reihe die unvergleichliche Überlegenheit der modernen Zeit bezüglich der Arbeitsergiebigkeit, nicht aber die Erhöhung der modernen Lohnquote, d. i. der Erhöhung der gegenüber den übrigen Einkommenszweigen erzielten größeren Quote des Arbeitslohnes im Vergleiche der Einkommenverteilung der Steinzeit. Wenn sich die Menschheit bloß auf der Bahn des Fortschrittes der Einkommenverteilung, nicht aber der Arbeitsergiebigkeit bewegt hätte, so müßten wir uns auch heute noch mit den Methoden und Mitteln der steinzeitlichen Befriedigung des Massenbedarfs zufriedengeben. Damals aber standen wir dem Zustande der kommunistischen Gleichheit wahrscheinlich ungleich näher als in dem Zeitalter der modernen Maschinenteknik und des modernen Kapitalismus.

Siebenter Abschnitt.

Die Arbeiterversicherung bzw. Sozialversicherung.

1. Der in planmäßiger Kraftentfaltung tätige Mensch trachtet aus seinen Lebensverhältnissen die Möglichkeiten des Zufalls und der Ungewißheit auszuschalten und dafür das Gefühl der Sicherheit und stabilen Grundlage seiner Lebensordnung herzustellen. Daher stammt der Grund-

gedanke der Versicherung: den Unsicherheiten der Zukunft durch Schaffung von Garantien einer ruhigen Lebensweise zu begegnen um der Möglichkeit allfälliger Mißhelligkeiten oder Bedrängnisse gewappnet die Stirne bieten zu können.

Die Existenzmittel und der ganze Lebenslauf jener Schichten der modernen Gesellschaft, die kein beträchtlicheres Vermögen ihr eigen nennen, und darunter vornehmlich die Laufbahn des Lohnarbeiterstandes ist derart beschaffen, daß seinerseits dieses Bestreben nach Sicherstellung vielleicht im höchsten Maße begründet erscheint.

Unter den patriarchalischen Lebensverhältnissen des Mittelalters und seiner Naturalwirtschaft zeigte diese Frage keinen so brennenden Charakter wie heutzutage. Der Grund und Boden, auf dem sich die Landbevölkerung, zumeist familienweise, schlecht und recht angesiedelt hatte, bot in der angedeuteten Richtung mehr oder minder die nötige Sicherheit. Für den Lebensunterhalt der kranken oder arbeitsunfähigen Mitglieder sorgten in der Regel die leistungsfähigen übrigen Teile der Bauernfamilie, gegebenenfalls der Dienstgeber, Grundherr usw. Die Unterstützung dürftiger Handwerker oblag der betreffenden Zunft, und so blieb, wenn es sich um die Hilfeleistung für Erwerbslose handelte, zur damaligen Zeit nur ein schier unbedeutender Bruchteil der Gesellschaft ohne jegliche Subsistenzmittel.

In der neuzeitlichen Arbeitergesellschaft sind die Verhältnisse auf diesem Gebiete von Grund aus anders geartet. Vom ursprünglichen Rahmen des lebenspendenden Landbaues völlig losgetrennt, lebt ein großer, oft überwiegender Teil der Bevölkerung massenweise in den dichtbewohnten Industriezentren der Städte. Diesen Schichten der Gesellschaft steht in Krankheitsfällen, bei Unfällen oder sonstigem Mißgeschick weder die Bauernfamilie, noch die Zunft oder der Grundherr schirmend zur Seite, weshalb sie in solchen Fällen auf den Beistand besonderer, ihren eigenartigen Verhältnissen angepaßter Schutzeinrichtungen angewiesen sind.

Die Möglichkeit der Unsicherheit, denen die modernen Lohnarbeiter auf ihrer Laufbahn ausgesetzt sind, haben die Beteiligten notgedrungen zu dem großangelegten Ausbau der Arbeiterversicherung veranlaßt. Und zwar erwies sich der Ausbau einer vollständig eigentümlichen, den kapitalistischen und maschinentechnischen Verhältnissen des Produktions- und Bevölkerungsprozesses angepaßten Arbeiter-, ja sozialen Versicherungseinrichtung als notwendig, die den Rahmen und Begriff der mittelalterlichen Armenhilfe und -wohlthätigkeit im Verhältnis zu den modernen Aufgaben und Proportionen weit überflügelt hat. Diese Aufgabe wuchs gar bald auch über den Rahmen der eigentlichen Arbeiterklasse hinaus und so handelt es sich heute bereits um eine allgemeine soziale Versicherung all jener, deren Beschäftigungserwerb ein gewisses Maß nicht erreicht, die nicht von Amts wegen versorgt sind usw.

Das Interessenbewußtsein der Arbeiterversicherung hat sich an

gesichts der Gestaltungen des modernen Arbeiterwesens, sowohl im Lager der Arbeiter, als auch unter den Arbeitgebern, nicht minder aber auch in den Kreisen all jener, die das Interesse der Öffentlichkeit zu erwägen imstande sind, mit immer unwiderstehlicherer Macht durchgesetzt und verbreitet. Auf diese Weise ist der Ausbau der Arbeiterversicherung eine wichtige Aufgabe, ebenso des Sozialpolitikers und Kulturmenschen, als auch der Arbeiterklasse selbst und des beteiligten „Kleinen Mannes“ überhaupt geworden. Die in immer weiterem Sinne verstandene Arbeiterversicherung ist vom Standpunkte der Erhaltung und Sicherstellung des gesellschaftlichen Friedens, aber in gewissem Maße auch mit Rücksicht auf den Klassenkampf zu einer Forderung allgemeinen Charakters geworden. Der allseits zweckentsprechende, vom öffentlichen Interesse bestimmte Ausbau der sozialen Arbeiterversicherung ist heute bereits ein allseits anerkannter mächtiger Faktor der modernen sozialen Wohlfahrt und ein Ausdruck der Solidarität in der nationalen Gesellschaft all jenen gegenüber, die mit ihrer Arbeit zur Erhaltung dieser Gesellschaft beitragen.

2. Die Arbeiterversicherung oder, falls sie sich auf noch mehr Schichten der Gesellschaft erstreckt, die Sozialversicherung, teilt sich in eine freiwillige, wenn sie dem Einsehen der Arbeiter usw. überlassen bleibt, und in eine pflichtmäßige, obligate. Die Notwendigkeit der Versicherung entstammt der die materielle Lage des Arbeiters sehr oft kennzeichnenden Unsicherheit. Vom Standpunkte des Arbeitsschutzes aus hat sich die Anerkennung der sozialpolitischen Wichtigkeit der Versicherungspflicht, bzw. der sozialen Versicherung immer allgemeiner verbreitet. Erfahrungsgemäß ist nur auf solche Weise zu erreichen, daß der größte Teil der Arbeiter versichert sei, was hinwieder auch die Grundlage der Versicherung zu günstigeren Bedingungen bildet.

Die obligatorische Versicherung scheint ferner auch aus dem Grunde notwendig, weil bei solchen Erwerbsverhältnissen, die zur Deckung vielartiger Bedürfnisse nicht hinreichen, die Sorge für die Zukunft in der Regel nur zwangsweise unter die unbedingt zu befriedigenden Bedürfnisse eingereiht werden kann.

Zu Anfang wurde die Arbeiterversicherung nicht einmal von den Sozialisten günstig aufgenommen. In Sozialistenkreisen wurde unter anderem befürchtet, der Arbeiter werde infolge der neuen Einrichtung zufriedener sein, was die Macht des Sozialismus schwächen könne. Andererseits wurden von derselben Seite die Vorteile der Versicherung geringgeschätzt. Vom Standpunkt einiger Kategorien hinwieder betrachtete man die einzuzahlenden Gebühren als eine viel zu hohe Last.

Heutzutage hat sich die Stimmung des Sozialismus längst zugunsten der Versicherung geändert, ja gerade von sozialistischer Seite trachtet man die Forderungen auf diesem Gebiete, zumal für den Fall der Arbeitslosigkeit, in der Weise zu erweitern, daß es die heutige Gesellschaft schier in Hunderte von Schichten zersplittert.

Je allgemeiner die Versicherung und auf je weitere Schichten sie sich erstreckt, desto geringer und daher verhältnismäßig desto erträglicher sind auch die damit verbundenen Gebühren. Die gebührenmäßig festgesetzten Lasten der Versicherung können a) von den Versicherten selbst, d. i. von den Arbeitern bzw. Angestellten, b) von den Arbeitgebern, c) vom Staate, d) von diesen Kategorien gemeinsam oder von je zweien geteilt zu tragen sein. Zumeist belasten die Versicherungsgebühren die Arbeitgeber und die Angestellten zu entsprechend bemessenen Teilen und der Staat leistet dazu ergänzend einen gewissen Beitrag.

Die Arbeiter suchen die Versicherungsgebühr auf den Arbeitgeber, diese hinwieder auf den Verbraucher zu überwälzen. Mit der Zeit pflegt dies mehr oder minder auch zu gelingen, doch nicht immer und nicht mit gleicher Sicherheit, so daß auch der entgegengesetzte Fall nicht ausgeschlossen ist. Der Arbeitgeber sieht sich dann zur Tragung der ganzen Versicherungslast (mit Ausnahme des staatlichen Beitrages) gezwungen. Möglich ist auch — wiewohl sich ein solcher Fall in der Praxis nur äußerst selten ereignet —, daß die Arbeiter außer stande sind, die Last der Versicherungsgebühren auf den Arbeitgeber zu überwälzen und darum auch dessen Zahlpflicht auf sich nehmen müssen. Zu Zeiten steigender Lohn tendenz ist dieser Fall am ehesten ausgeschlossen. Praktisch keinesfalls zu rechtfertigen wäre aber, die Einzahlung bzw. Verschiebung der auf die Arbeiter entfallenden Gebühren den Arbeitern zu überlassen, denn diese kommen — abgesehen von einer etwaigen Absichtlichkeit — leicht in die Lage, die Gebührraten nicht einzahlen zu können.

Als Hauptzweige der Arbeiter- bzw. sozialen Versicherung haben sich ausgestaltet: a) die Unfall-, b) die Kranken-, c) die Alters- und Invaliden-, d) die Arbeitslosenversicherung. Von diesen Kategorien ist der Begriff der Versicherung gegen Arbeitsmangel und das Maß der Möglichkeit seiner Verwirklichung überaus labil. Eine der Grundbedingungen dieser Versicherungsart ist nämlich die Feststellung des Umstandes, ob der Arbeiter Arbeit zu erhalten außer stande ist. Eine ebenso schwere wie schwer zu bestimmende Sache! Der moderne Arbeiter pflegt nämlich nicht jede beliebige Arbeit — zumal nicht aus freien Stücken — anzunehmen. Die Verwirklichung einer solchen Versicherungsart aber, die den großen Arbeitermassen eine ihren jeweiligen Ansprüchen entsprechende Arbeitsgelegenheit zusichern könnte, erweist sich als bare Unmöglichkeit. Pflegt sich doch die Arbeitslosigkeit gerade wegen Mangel an Arbeitsgelegenheiten in den einzelnen Fächern zu ergeben.

Die Versicherung gegen Arbeitsmangel ist anfänglich am häufigsten bei den Arbeiterorganisationen zu beobachten. Sie äußert sich hauptsächlich in Gestalt der Gewerkschaftsunterstützung für den Fall des Streiks oder des Arbeitsmangels, und zwar erfolgt sie dann mehr im Interesse der Lohnbewegung als mit den Allüren einer großzügigeren sozialen Einrichtung. Vermöge seines Machteinflusses erzwingt sich der Sozialismus

später hie und da die obligate staatliche Versicherung gegen Arbeitsmangel. Das sozialistische Streben ist in diesem Falle darauf gerichtet, die Last der Versicherung auf den Arbeitgeber und auf den Staat zu überwälzen, dagegen hinsichtlich der Bestimmung der Versicherungsbeiträge und der Hilfsberechtigten, sowie der Umstände der Hilfgelderauszahlung die Verfügungsmacht den eigenen Gewerkschaften und überhaupt sozialistischen Faktoren in die Hände zu legen.

Sozialpolitisch sehr gefährlich ist jene Richtung, die auf die Forderung einer solchen obligatorischen Versicherung gegen Arbeitsmangel hinausläuft, deren Last und Bürgschaft der Staat zu tragen hätte, und wobei überhaupt das Recht der staatlichen Erhaltung für den Fall von Arbeitslosigkeit kodifiziert würde, ohne daß man deren Rahmen und Schranken dem öffentlichen Interesse entsprechend festgelegt und mit Sanktionen versehen könnte und wollte. Die Tendenz einer solchen Gestaltung der sozialen Versicherung trägt bereits stark den Charakter der revolutionären Entwicklung an sich, indem sie ausspricht, daß der Staat oder die Gesellschaft zur Erhaltung breiter Volksschichten verpflichtet ist, ohne demgegenüber Garantien einerseits gegen absichtliche Arbeitsscheu und andererseits gegen die Gefahr einer Umsturbbewegung der auf öffentliche Kosten erhaltenen Arbeitslosen bieten zu wollen und bieten zu können.

Unter den verschiedenen Zweigen der Arbeiterversicherung ist es demnach das Problem der Versicherung gegen Arbeitsmangel, das am meisten mit ethischen und politischen Fäden durchwebt ist.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit kann nur insolang als eine Forderung im öffentlichen Interesse betrachtet werden, als es sich um eine Arbeitslosigkeit ohne Schuld des Arbeiters selbst und seiner Organisationen handelt, doch ist es wohl bemerkt auch in diesem Falle bloß in stark beschränktem Maße und nur auf beschränkte Zeitdauer ein lösbares Problem. Eine umfangreichere Gruppe der Bevölkerung kann für den Fall ihrer Arbeitslosigkeit nur insolang von den übrigen Gruppen erhalten werden, als es sich um einen ausnahmsweisen und verhältnismäßig kurzfristigen Zustand handelt. Der Zustand hingegen, daß breite Schichten der Bevölkerung lange Zeiträume hindurch von Arbeitslosenunterstützung leben wollen und bei sich anbietenden Arbeitsgelegenheiten wählerisch die Erhaltung auf öffentliche Kosten fordern, ist ein zum Zusammenbruch der Produktion führender Proletariatsterror, der ein trauriges Kennzeichen der sozialen Revolution zu sein pflegt. Dieser Zustand bedeutet ein Aufbrauchen der vorhandenen Vorräte ohne Wiedererzeugung und leitet die allgemeine Zerrüttung ein.

3. Hinsichtlich des Entwicklungsganges der Arbeiterversicherung schien anfänglich die freiwillige Versicherung und die zu solchem Zwecke erfolgte Vereinigung als das Natürlichste. So entwickelte sich die Sache zur Zeit des wirtschaftlichen Liberalismus und auch schon früher in England. Auf breiterer Grundlage traten die englischen Beerdigungs-

und Krankenkassen zwar nicht in zwangsmäßiger Form, jedoch erstmals auf dem Gebiete der Arbeiter-, bzw. sozialen Versicherung in Erscheinung. Schon im XVII. und XVIII. Jahrhundert wirkten zahlreiche Selbsthilfsvereine (clubs, boxes, friendly societies). Ihre ursprünglichen Gründer waren französische eingewanderte Protestanten (1685), die mit solchen Gründungen begannen. Hinsichtlich deren Unterstützung entfalteten auch die Freimaurerorden zu jener Zeit eine rege Tätigkeit, und so kam es, daß viele dieser Kassen nach dem Muster der Freimaurerlogen organisiert wurden. Seit 1840 vereinigten sich viele solche Kassen zu Bezirks-, Grafschafts- usw. Kassen. Ihre Leistungsfähigkeit jedoch blieb zumeist hinter den Erwartungen zurück. Auch kamen zahlreiche Mißbräuche vor. Zur Reformierung der Krankenunterstützungs- und Beerdigungskassen wurden auch mehrfache Enqueten veranstaltet und gesetzliche Verfügungen getroffen. Lange Zeit war es ein charakteristisches Merkmal der englischen Krankenunterstützungen, daß sie auf Grundlage der freien Vereinigung fußten. Später unterwarfen sie sich freiwillig der staatlichen Überwachung. Die gesetzlichen Zwangsbestimmungen dienten hauptsächlich der Verhinderung von Mißbräuchen.

Neben den besonderen Vereinskassen solcher Art finden sich in England Hilfskassen der Gewerkschaften (Trades Unions), Kassen der Bergwerks- und Hochofenarbeiter, der Lokomotivführer usw. Die Tätigkeit der letzteren erstreckte sich nur auf die betreffenden Facharbeiter, wogegen die ersteren wen immer unter ihre Mitglieder aufnahmen. Hauptorgane des englischen Arbeiter-, bzw. sozialen Versicherungswesens waren vor der Einführung der staatlichen Versicherungspflicht im allgemeinen die folgenden: a) die schon erwähnten Krankenunterstützungs- und Beerdigungskassen, b) die sogenannten Volksversicherungsbanken, die über Millionen von Versicherten (Ende des XIX. Jahrhunderts 5 bis 6 Millionen Mitglieder) verfügten, c) die großen allgemeinen Hilfskassen, d) die sogenannten Orden mit ihren an die Freimaurerei gemahnenden Einrichtungen. Die letzteren (c und d) hatten eine Mitgliederzahl von 3 bis 4 Millionen (1899) und waren vermögensrechtlich auf das stärkste fundiert. Unter ihren Mitgliedern befanden sich nicht allein Arbeiter, sondern auch kleine Kaufleute, Handwerker, besser bezahlte Dienstboten, ja sogar Politiker. Ihr Geist war religiös-human, ihre Zeremonien und Würden glichen vielfach jenen der Freimaurer. Ihnen folgten als Hauptorgane der englischen Versicherungsanstalten e) die Gewerkschaftshilfskassen, f) die Hilfskassen der Bergarbeiter, g) jene der Eisenbahner usw.

Vor der Einführung der obligatorischen staatlichen Versicherung (1911) hatte das englische Arbeiter-, bzw. soziale Versicherungswesen bereits eine Vergangenheit von etwa hundertfünfzig Jahren. Ihr meistverbreiteter Typ war die Beerdigungsversicherung, zu Ende des XIX. Jahrhunderts mit 20 bis 25 Millionen Mitgliedern. Ungefähr sechs Millionen Arbeiter höherer Kategorie, Beamte, Angehörige des Mittelstandes nahmen die

Versicherung gegen Krankheit, bzw. Unfall in Anspruch, die sich indes mit heutigen Augen betrachtet durchaus nicht befriedigend betätigte. Ein großer Teil der Vereine war schlecht verwaltet und litt schwer unter Mißbräuchen. Das Bewußtsein dieser Mängel, sowie die mehr und mehr um sich greifende Bekanntheit mit der weit besser entsprechenden Organisation des deutschen Versicherungswesens veranlaßte auch immer weitere Kreise Englands zur Forderung der obligatorischen staatlichen Versicherung. Die neuesten modernen Arbeiterversicherungsgesetze sind im allgemeinen mit immer volleren Rechten als soziale Versicherung anzusprechen, weil sie den Kreis ihrer Fürsorge von den Mitgliedern der eigentlichen Lohnarbeiterklasse auf immer weitere gesellschaftliche Kategorien ausdehnen.

4. Das Problem der obligatorischen Arbeiterversicherung wurde staatlicherseits zuerst von Deutschland in den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts gelöst. (1883 die Kranken-, 1885 die Unfall-, 1899 die Alters- und Invalidenversicherung, 1911 die Vereinheitlichung der sozialen Versicherung, inbegriffen die Versicherung der verlassenen Familienmitglieder und die besondere Angestelltenversicherung.) Österreich folgte auf dem Gebiete der Krankenversicherung 1888, Ungarn 1891 dem deutschen Beispiel. Die Zwangsversicherung gegen Unfälle wurde noch rascher verstaatlicht. Ende des XIX. und anfangs des XX. Jahrhunderts führten nach deutschem Muster Österreich, Italien, Holland, Belgien, Norwegen, Spanien, die Schweiz und Ungarn (Gesetzartikel XIX:1907) die obligatorische Unfallversicherung ein.

Die Lösung der Alters- und Invaliditätsversicherung ist vom finanziellen Gesichtspunkte aus ein beträchtlich schwereres Problem, als die Kranken- und Unfallversicherung. Während die Krankheitsdauer im Verhältnis zum durchschnittlichen Lebensalter der meisten Menschen relativ kurz ist, die Unfälle aber nur nach einem gewissen Wahrscheinlichkeitsprozentsatz eintreffen pflegen, erfolgt die Arbeitsunfähigkeit infolge Alterns nach einer gewissen Lebensdauer mit unabweislicher Gewißheit. Die Alters- und Invaliditätsversicherung trägt somit den Charakter eines Ruhegehaltes und jeder Arbeiter, ja mehr oder minder auch jeder auf seine Arbeit angewiesene „Kleine Mann“ gelangt früher oder später in diese Interessenkategorie. Hier handelt es sich also um eine viel größere Zahl von Menschen, um eine viel länger währende Fürsorge und daher auch um viel größere Summen, die durch soziale Hilfe aufgebracht werden müssen. Darum ist es einerseits überaus schwer, eine den Ruhegehaltsbedarf befriedigende Alters- und Invaliditätsversicherung zu schaffen, andererseits aber legt die entsprechende Leistungen bietende Altersversicherung dem Staate, bzw. der Gesellschaft beträchtliche Lasten auf.

Die obligatorische staatliche Alters- und Invaliditätsversicherung wurde außer in Deutschland auch schon in mehreren anderen Staaten verwirklicht, doch ist ihr Umfang, noch mehr aber ihre praktische Leistungs-

kraft sehr verschieden. Während sie sich nämlich in manchen Ländern auf weite Schichten der Bevölkerung erstreckt, kommt sie anderswo bloß einem gewissen Kreis der gewerblichen oder kommerziellen Handelsangestellten zugute. Auf weite Kreise erstreckt sich die deutsche, englische, schwedische, dänische, italienische (vom 30. Dezember 1923), die spanische, österreichische und die ungarische Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung vom Jahre 1928, desgleichen die noch auf die 1920 eingereichte Vorlage sich stützende französische soziale Versicherung der Regierung Poincaré. Die italienische Sozialversicherung (1923) umfaßt auch die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, erstreckt sich ferner auf die besondere obligatorische Versicherung für den Fall der Mutterschaft und gegen Tuberkulose (1927). Hierbei ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß die beträchtliche Unterstützungsquoten bietende, weit ausgreifende Altersversorgung mit so hohen Lasten verbunden ist, daß ihnen nicht jeder Staat finanziell zu entsprechen imstande ist. Eine blühende Industrie ist dieser Last noch am besten gewachsen und andererseits ist auch das industrielle Arbeitsfach dasjenige, wo sich die Altersversicherung als brennendstes sozialpolitisches Bedürfnis erweist.

Die Lösung der sozialen oder Arbeiterversicherung gegen Krankheit bietet finanziell eine leichtere Aufgabe als die Alters- und Invaliditätsversicherung, doch befindet sich das Wie und der praktische Erfolg ihrer Verwirklichung in überaus starker Abhängigkeit von der hygienischen Kultur des betreffenden Landes. Das Leistungsmaß der Krankenunterstützung kann nämlich sehr verschieden sein. Wenn es sich daher um die obligatorische Krankenversicherung der verschiedenen Länder handelt, können wir, je nachdem, was und wieviel je ein Land seinen Versicherten bietet, zu grundverschiedenen Ergebnissen gelangen. Schon die eigentliche ärztliche Hilfe kann je nach dem, wie das Gesundheitswesen, das Ärztekörpers usw. des betreffenden Landes beschaffen ist, wie oft, mit welchem Grad von Gewissenhaftigkeit, mit welchem Verständnis und wie lange die Behandlung des Versicherten geschieht, sehr verschieden sein. Selbst im Falle identischer einschlägiger Rechtsnormen und genau gleich organisierter Organisationen kann sich ferner das Maß der menschlichen Solidarität, das den Versicherten zuteil wird, grundverschieden gestalten. Mit der Entwicklung der Krankenversicherung ergänzt sich die ärztliche Hilfe durch die Ausföhrung von Krankengeldern, Schwangerschaftsaushilfe, Spital- oder Sanatoriumbehandlung, Beerdigungsbeiträge usw. Dabei ist es nur wünschenswert, daß die anfänglich auf karge ärztliche Verordnungen und auf bescheidene, kurzfristige Tagesgelder beschränkte Krankenunterstützung eine den Anforderungen der modernen Hygiene entsprechende, möglichst weitgehende Entwicklung gewinne, daß möglichst viele Krankenhäuser, Erholungsanlagen, Sanatorien und andere Heilmittel den Anstalten zur Verfügung stehen und daß gleichzeitig in deren Wirkungskreise möglichst viel Liebe und menschliche Solidarität



zur Geltung gelange. All das aber ist nicht allein eine Frage der Heiltechnik und der wirtschaftlichen Wohlfahrt, sondern ebenso auch eine Frage der sittlichen Kultur.

Die Unfallversicherung ist nicht nur ärztliche Hilfe und Behandlung, sondern auch Entschädigung für Erwerbsnachteile zu bieten berufen, die infolge des Unfalles eingetreten sind. Bei der Invalidenversicherung ergibt sich die Entschädigungsquote je nach dem Grade der Arbeitsunfähigkeit, die infolge der Invalidität eingetreten ist. Die Altersversicherung endlich besteht in der Sicherstellung eines Ruhegehaltes. Diese letzteren Versicherungszweige können gleichfalls Leistungen verschiedenen Umfanges bieten. Ein großer Unterschied kann beispielsweise zwischen einer unter dem Titel Unfall oder Invalidität gebotenen almosenartigen Leistung und einer als ernste Sicherstellung des Lebensunterhalts in Betracht kommenden Unterstützung bestehen. Noch mehr gilt dies natürlich für das Problem der Altersversorgung. Das Ideal wäre hier, daß die von ihrer Arbeit Lebenden einer solchen Unterstützung teilhaftig würden, die ihrem zur Zeit des Vollbesitzes ihrer Kraft erreichten Erwerb gleichkommt oder ihm zumindest nahe kommt. Die Erreichung dieses sozialen Ideals ist jedoch durch die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft, durch ihren wirtschaftlichen Zustand und ihre Konjunkturen begrenzt. Die Sozialpolitik hat daher auch mit diesen letzteren Umständen zu rechnen, auch auf andere soziale Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen und diese gleichzeitig und gemeinsam zu befriedigen.

5. Bei der Arbeiter-, bzw. sozialen Versicherung ist es nicht gleichgültig, welche Faktoren die Versicherung handhaben. Der Begriff der Versicherung hat das Voraussehen des Schadens, bzw. des einzutreffenden Übels und hauptsächlich die Verteilung der wirtschaftlichen Folgen zur Voraussetzung. Je planmäßiger die Voraussicht und je größer und stärker die bei Verteilung des Mißgeschickes in Betracht kommende Gemeinschaft ist, um so zuverlässiger ist die Versicherung fundiert. Dem Wesen nach ist dies auch bei der sozialen Versicherung der Fall. Auf den Grundsätzen der Gemeinschaft waren und sind auch die ersten, ursprünglichen Organe der Versicherung aufgebaut (Zunft-, Bruderladen-, Gewerkschaftsversicherung). Später werden bei größerer Ausnützung der Planmäßigkeit und Berechnung Unternehmungen auf geschäftlicher Grundlage zu Organen der sozialen, bzw. Arbeiterversicherung. (So z. B. in England.) Eine derartige Ausgestaltung der Versicherungsorgane ist vorerst bei der Krankenversicherung ersichtlich. Bald nehmen daran auch Gemeinde und Staat Anteil. Teilweise dadurch, daß sie die Organisationen und Unternehmungen des Versicherungswesens unterstützen, gegebenenfalls auch derweise, daß sie selbst gewisse Arten von Versicherungsanstalten errichten, die möglichst wohlfeile Versicherungen zu bieten imstande sind, ohne indes die Arbeiterversicherung vorläufig monopolistisch einzurichten (z. B. Belgien, Frankreich, Italien). Ein Förderungsmittel der Arbeiter-

versicherung ist ferner auch der durch staatliche Verfügungen, Rechtsnormen auf die Unternehmungen ausgeübte Zwang, die Versicherung zu unterstützen. Sobald dann der Staat die Lenkung der Krankenunterstützung in die Hand nimmt und sie obligatorisch macht, sind die Organe der Versicherung der Gruppierung der versicherten Bevölkerung sich anzuschließen gezwungen. So errichtet der Staat kommunale und Bezirksversicherungskassen, oder schreibt die Errichtung solcher nach Gewerkschaften, Unternehmungen usw. vor. In den Großindustrielländern erweist sich die Gruppierung der Versicherten nach Gewerkschaften und Unternehmungen als natürlicher und zweckmäßiger.

Die Alters- und Invaliditätsversicherung in ihrer modernen obligatorischen Gestalt tritt als Zweig der staatlichen Versicherung in Erscheinung. Da hier als Versicherungsbürge der Staat hervortritt, entwickeln sich die betreffenden Organe mehr oder minder zu Zentralorganen der staatlichen Verwaltung. (Staats-, Landeskassen, Ortsverbandkassen und so weiter.) Als rationellste Grundlage der Unfallversicherung empfiehlt sich die Versicherung nach Arbeitsfächern, bzw. Gefahrsklassen, indem die Beschäftigung bei den verschiedenen Unternehmungen mit verschiedenen sogenannten Gefahrsprozenten verbunden ist. Die zerstreuten kleineren Betriebe können sich natürlich auch hier auf territorieller Grundlage, gemeinde-, bezirks-, distriktsweise zu gemeinsamen Versicherungsorganen vereinigen.

Bei der Arbeitslosenversicherung sind, soweit diese durch die Arbeiterorganisationen oder in deren Rahmen, also als Selbsthilfe der Arbeiterschaft, bzw. als ihre staatliche Unterstützung erfolgt, die Organe der verschiedenen Gewerkschaften auch als Versicherungsorgane tätig. Die freiwillige Arbeitslosen-, bzw. Altersversicherung ohne Inanspruchnahme der Organisationen ist ihrem Wesen nach eine sogenannte Lebensversicherung.

Wo die Arbeitslosenversicherung als staatliche Zwangsversicherung organisiert ist, kann sie von der Arbeitsvermittlung nicht getrennt werden, d. i. das Organ der Arbeiterversicherung muß sich rationellerweise auch als Organ für Arbeitsvermittlung betätigen. Praktisch bedeutet dies hinwieder auch die Betrauung der Arbeitsvermittlungsämter mit den Tätigkeiten der Arbeitslosenversicherung. Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ohne diese Verbindung mit der Arbeitsvermittlung bedeutet schon an und für sich die Beiseitesetzung der realen produktiven Grundlage, die in dem Gedanken der Versorgung mit Arbeit, bzw. der Nötigung zur Arbeit vorhanden und schon deshalb eine Quelle gefährlicher Folgen ist.

6. Die Einrichtungen der Arbeiter-, bzw. sozialen Versicherung gehören angesichts der großen Massen von Versicherten nicht allein zufolge des Wesens der durch sie vertretenen sozialen Fürsorge zu den großzügigsten Institutionen des modernen Zeitalters, sondern auch im Hinblick auf die von ihnen beanspruchten, verwalteten und verwendeten Geld- und Kapital-

mengen. Auf daß sie als mit großen Opfern zustandegebrachte und erhaltene Institutionen der sozialen Fürsorge ihren Beruf erfüllen können, müssen an sie strenge ethische Anforderungen gestellt werden. Erst wenn diese strengen ethischen Anforderungen zur Geltung gelangen, ist Bürgschaft dafür vorhanden, daß die Tätigkeit dieser Einrichtung in ihrer Gänze dem großen Ziel der sozialen Elendlinderung objektiverweise dienen wird, nicht aber anderen, persönlichen Nebenrücksichten. (Solche sind beispielsweise die Unterstützung des Klassenkampfes und seiner Führer, deren Versorgung mit Einkommen, die bequeme Unterbringung anderer Personen und die Belohnung ihrer Verbindungen mit gutdotierten Anstellungen.) Die Tätigkeit der Arbeiter-, bzw. sozialen Versicherung kann nur dann den richtigen Erfolg aufweisen, wenn von ihren Organen die dort einlaufenden und zur Linderung des sozialen Elends bestimmten Gebühren mit der weitgehendsten Sparsamkeit verwaltet werden. Vom Gesichtspunkte der sozialen Ethik aus fallen diese Gebühren nicht unter dieselbe Beurteilung wie etwa die aus einem gewinnsüchtigen Unternehmen stammenden Geldbeträge, ja nicht einmal wie aus Gewinsteinkünften herrührende Steuerbeträge, die vielleicht zu allerhand Zwecken verwendet zu werden pflegen. Diese Beiträge fließen aus dreierlei Quellen in die Kassen der betreffenden Anstalt: 1. stammen sie aus den mit harter Arbeit erworbenen kärglichen Einkünften armer, oft sogar unter elenden Verhältnissen lebender „Kleiner Leute“, 2. häufig aus den schwer genug zustandegekommenen Kostenüberschüssen überwiegend produktiver oder immerhin zur Produktion berufener Unternehmungen, die nicht selten mit schlechten Konjunkturen und ungünstigen Wettbewerbsverhältnissen zu kämpfen haben, und 3. als staatliche Beiträge aus den von der überwiegenden Mehrheit der überlasteten Staatsbürger mühsam zusammengebrachten Steuergroschen. Es handelt sich also um Geldbeträge bitterernsten Ursprungs und ebenso ernster Bestimmung. Mit diesen Beträgen muß auf puritanste Weise hausgehalten werden. Dieser Puritanismus hat notwendigerweise in den Verwaltungskosten, in der Auswahl der Angestellten und auch in deren Besoldung zum Ausdruck zu gelangen. Damit will nicht gesagt sein, daß bei der Arbeiterversicherung die amtliche Arbeit nicht bezahlt werden soll, wohl aber darf diese Bezahlung nur für berufsmäßig verrichtete Arbeit erfolgen und aus einer Abgabe für soziale Zwecke keine Sinekurposten auf Grund einflußreicher Verbindungen oder politische Verdiensthonorare bieten. Die amtlichen Auslagen und Personalspesen sollen möglichst wenig Geld kosten, damit eine um so größere Quote dem eigentlichen Zwecke zugewendet werden könne, nicht aber umgekehrt. Anständige, doch nicht verschwenderische Bezahlung, keine hohen Tantiemen oder Gelegenheitshonorare, gesunde, zweckentsprechende, doch nicht luxuriöse Räumlichkeiten, rasche und guteingerichtete Verkehrsgelegenheiten, nicht aber Prunkautos mögen dem edlen Zwecke am besten frommen. Die Zahl der Angestellten sei nicht zu spärlich bemessen,

doch auch nicht übermäßig groß, besonders in den besser besoldeten führenden Stellen mögen sich nicht überzählig Leute breitmachen, die auf dem Gebiete der sozialen Elendlinderung das Gegenteil der berufsmäßigen, arbeitsfreudigen Selbstlosigkeit darstellen, weil in diesem Fall ein unerlaubt großer Teil der Einkünfte von der Administration verschlungen wird. Die wohlorganisierte staatliche Verwaltung kann auch in diesem Belang weit verlässlichere Garantien bieten, als wenn die Gewerkschaften, als Beteiligte der Politik und der sozialen Kämpfe, das Personal bestimmen, um hiedurch häufig andere als um die Volkswohlfahrt erworbene Verdienste zu belohnen. Natürlicherweise muß auch im Falle der staatlich organisierten Verwaltung und behördlichen Ernennung der Funktionäre ein mit den Zielen der Institution im Einklang stehender Geist der Sparsamkeit und Bescheidenheit der Ansprüche zur Geltung gelangen. (Bei der 1927—1928 in Ungarn erfolgten Errichtung der staatlichen Organe des sozialen Versicherungswesens scheinen beispielsweise allzu viele „hohe“ Stellen kreiert worden zu sein. Die neue verstaatlichte Administration stellt vom Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses und der sozialen Stabilität unstreitig einen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit dar. Vordem waren verhältnismäßig sehr viele gutdotierte Stellen der Arbeiter-versicherungseinrichtungen mit sozialistischen Agitatoren besetzt. Nun aber fragt es sich, ob bei der Kreierung der neuen staatlichen Beamtenstellen in allen Fällen die zweckdienliche Bescheidenheit und Sparsamkeit eingehalten worden ist.)

Die notwendigerweise stattfindende Ansammlung großer Kapitalbeträge legt den maßgebenden Kreisen schier ganz natürlicherweise die Errichtung bedeutungsvoller hygienischer Institutionen und Hilfsanstalten nahe. Und hier wird die Frage der entsprechenden Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in erster Reihe auch zur Frage der Ergiebigkeit. Im letzteren Falle können nämlich aus den angesammelten Kapitalien der Sozialversicherungsanstalten großangelegte gesundheitsfördernde Institutionen (Sanatorien, Spitäler, Asyle, Wohnungen, Bäder, Alters- und Waisenheime, Erholungsstätten, klimatische Kurorte, Spezialanlagen für Kranke und Invaliden) errichtet werden, wogegen bei nicht gehörig sacheifriger und sparsamer, nicht zu kapitalisierenden und die vorhandenen Mittel nicht fruchtbringend auszunutzen verstehender Verwaltung ein unerlaubt großer Teil der Zuwendungsoffer von den Administrationskosten und anderen laufenden Spesen aufgezehrt wird; dadurch wird aber die soziale Leistungsfähigkeit und Ergiebigkeit der ganzen großen Institution in Frage gestellt. Kurzum, auch die für die moderne Sozialversicherung gebrachten großen Opfer tragen nicht in jedem Boden gleichwertige Früchte, und schließlich kann behauptet werden, daß gerade hier jenes Gebiet der Wohlfahrtsverwaltung zu suchen ist, wo nur durch eine mit puritaner Sachliebe verbundene planmäßige Sparsamkeit und Schaffensfähigkeit zweckfördernde Ergebnisse erzielt werden können.

7. Was die Frage der Arbeitslosenversicherung des näheren anbelangt, ist diese Gattung von Versicherung scharf zu unterscheiden von allen übrigen Arten der Arbeiterversicherung, und muß die Sache sehr stark nach objektiven Gesichtspunkten des öffentlichen Interesses beurteilt werden. Bei der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung handelt es sich um das öffentliche Interesse und den Zweck, daß möglicherweise jedermann gegen alle Möglichkeiten der Krankheit, des Unfalls, des Alters und der Invalidität versichert sei. Eine ähnlich weitgehende Verallgemeinerung der Ansprüche hinsichtlich der Versicherung gegen alle Fälle von Arbeitslosigkeit, was gleichbedeutend mit ausnahmslosen Erhaltungsansprüchen ist, erscheint leichtbegreiflicherweise als reine Unmöglichkeit, da sie dem Wesen nach nichts weniger bedeuten würde, als die allgemeine Berechtigung auf Versorgung ohne Arbeit, wie dies in Zeiten sozialer Wirren die breiten Schichten der Proletariermassen hie und da als Forderung auszustecken pflegen. Auf längere Zeit können die Lasten der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit von welcher immer Gesellschaft nur in dem Falle institutiv und zwangsmäßig ertragen werden, wenn die Arbeitslosigkeit, gegen die die Versicherung erfolgt und das Versicherungsrecht verliehen wird, möglichst als Ausnahmserscheinung in Betracht kommt, d. i. vom Arbeiter oder seinen politischen Organisationen nicht absichtlich hervorgerufen worden ist. Vernünftigerweise kann die Berechtigung auf Arbeitslosenversicherung (d. i. auf Erhaltung oder Unterstützung durch den Staat, durch die Öffentlichkeit) beispielsweise dann nicht erteilt werden, wenn die Arbeit infolge einer politischen oder noch mehr einer revolutionären Bewegung von der Arbeiterschaft selbst oder durch die Leitung einer solchen Bewegung eingestellt wird. Bei einer so weitgehenden Versicherungsberechtigung derartiger Beschaffenheit könnte der heutigen Gesellschaftsordnung und Produktionsorganisation wann immer ein Ende bereitet werden. (Falls z. B. die auf Grund des Klassenkampfes vorgehende sozialistische Führerschaft verschiedene, sei es aus politischen oder anderen Gründen vom Zaun gebrochene großzügige Arbeitseinstellungen ausspricht und planmäßig durchführt, der Staat, bzw. die Steuerträger aber auf unbestimmte Zeit zur Unterstützung der Streikenden verpflichtet wären.) Das würde schlechtweg einem Aufzehren der vorhandenen Vorräte gleichkommen, eine der Begleiterscheinungen aber wäre die tiefste Entwertung und Inflation des Geldes. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist darum an strenge Bedingungen zu knüpfen und mit Garantien zu versehen, die dem durch die Sache zunächst berührten öffentlichen Interesse förderlich sind, nicht aber diesem geradenwegs zuwiderlaufen.

Der Staat kann grundsätzlich nur für Arbeitslosigkeit, die sich infolge Krankheit, Unfall, Alter oder Invalidität einstellt, rationellerweise eine allgemeine Unterstützungsberechtigung anerkennen, keinesfalls aber kann der Staat diese Berechtigung im öffentlichen Interesse und vernunft-

gemäß dann feststellen, wenn die Arbeitslosigkeit infolge Teilnahme an irgendeiner politischen oder Klassenbewegung entsteht.

Sehr heikel ist die Frage, ob es hinsichtlich solcher Fälle von Arbeitslosigkeit, wo der Arbeiter ohne sein eigenes Verschulden zu keiner Arbeit gelangen kann, richtig und zweckentsprechend sei, das Recht der Arbeitslosenunterstützung im allgemeinen gesetzlich festzulegen. An sich allein ist es schon ein unrichtiges Vorgehen, wenn der Staat solche ungewisse Verpflichtungen auf sich nimmt, von deren Umfang und Höchstmaß sich niemand im vorhinein einen deutlichen Begriff zu machen imstande ist. Noch unrichtiger ist die Übernahme solcher Verpflichtungen, von denen vorauszusehen ist, daß sie gerade dann unerfüllbare Dimensionen annehmen werden, wenn die Erfüllung aktuell und allgemein geworden, d. i. wenn die öffentliche Stimmung die Erfüllung als am meisten berechtigt anerkennen wird. Eine solche Verpflichtung seitens des Staates ist die gesetzliche Festlegung des Rechtes auf Arbeit und der „Schadloshaltung“ für den Fall von Arbeitslosigkeit. Der Staat kann einer solchen Verpflichtung um so weniger entsprechen, je allgemeiner die Arbeitslosigkeit, je schlechter die wirtschaftliche Lage ist, wenn also auch die Einkünfte des Staates am spärlichsten einfließen und am schwersten einzutreiben sind. Die staatlichen Einnahmen bilden einen zugunsten des öffentlichen Interesses ausgeschiedenen Teil, und zwar einen immer größer werdenden Teil der gesellschaftlichen Einkünfte. Ihre Deckung bildet die Produktion der im Rahmen des Staates lebenden Gesellschaft. Der Staat kann nur solche Verpflichtungen auf sich nehmen, deren Deckung er — wenn auch um den Preis großer Anstrengungen der Gesellschaft — herbeizuschaffen imstande ist. Bei der gesetzlichen Anerkennung des unbedingten und allgemeinen Rechtes auf Arbeitslosenunterstützung aber tritt der Fall ein, daß man im voraus wissen kann, deren Deckung werde gerade dann nicht zur Verfügung stehen, wenn sich die Notwendigkeit der Erfüllung im vollsten Ausmaß geltend macht. Das Eingehen einer solchen Verpflichtung ist nicht allein eben wegen der Verallgemeinerung und wegen der brennenden Aktualität der eintretenden Nichterfüllbarkeit eine verfehlte (und nur aus der politischen, bzw. klassenkampfmäßigen Zwangslage erklärbare) Sache, sie ist auch vom grundsätzlichen Standpunkte aus unrichtig, da sie ja nichts weniger bedeutet, als die Pflicht des Staates, einen beträchtlichen, vielleicht sogar den überwiegenden Teil seiner Bevölkerung gegen die wirtschaftlichen Folgen der ungünstigen Konjunkturen zu schützen und schadlos zu halten. Er hat die Pflicht, etwas zu tun, wozu er eben dann außerstande ist, wenn sich die Verpflichtung hiezu am allgemeinsten und deren Einlösung am dringlichsten gestaltet. Die arbeitslose Masse wird nämlich gerade dann am ungeduldigsten vom Staate die Einhaltung dieser Verpflichtung verlangen, wenn er ihr zu entsprechen wegen Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage am wenigsten imstande sein wird; andererseits aber wird die Masse, je weniger der Staat die „Schad-

loshaltung“ gegen Arbeitslosigkeit zu verwirklichen imstande ist, mit um so stärkerem Terror die Erfüllung der Entschädigungspflicht fordern. Eine sehr gefährliche Politik, eine Politik von explosiver Wirkung und zumeist auch eine unter dem Drucke einer explosiven Tendenz zustandegewordene Politik ist es, die sich nicht als leitenden Grundsatz vor Augen hält, daß der Staat insbesondere und in erster Reihe für den Fall großer wirtschaftlicher Krisen, gesellschaftlicher Heimsuchungen den großen Massen gegenüber keine unerfüllbaren Verpflichtungen übernehmen darf. Es ist dies derselbe Vorgang, wie wenn der Geschäftsmann gerade dann die schwersten Zahlungsverpflichtungen auf sich nimmt, wenn er sicher weiß, daß er ihnen nachzukommen außerstande sein wird. Das allgemeine Recht auf Arbeitslosenunterstützung ist gerade im Falle der äußersten Not am aktuellsten. Ebenso ist es unvernünftig, wenn man die größten Massen der Gesellschaft dazu erzieht, im Falle der äußersten Not den Staat zu bestürmen, anstatt gerade dann zu den äußersten Kraftanstrengungen sich emporzuraffen.

Mit ganz anderen Augen wird diese Frage natürlicherweise von denjenigen betrachtet, die derartige Fälle der äußersten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Not als günstige Konstellationen im Klassenkampfe auffassen und sich dabei in den Gedankengang verspinnen, zu solchen Zeiten sei die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung am leichtesten umzustürzen. Sie bekümmern sich dann auch nicht um die Tatsache, daß der gewalttätige Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung gleichzeitig vollständig oder zum überwiegenden Teil den Zusammenbruch auch der Produktionsordnung bedeutet, ohne daß an ihre Stelle eine andere, den Massen gegenüber leistungsfähigere Produktionsordnung gesetzt werden könnte.

Das richtige und reale Vorgehen demgegenüber äußert sich darin, daß Staat, Gemeinde, kurzum die gesetzlichen Organe der Öffentlichkeit beim Auftreten von Arbeitslosigkeit, die ohne Verschulden der Arbeiter und ohne ihr Hinzutun veranlaßt wurde, bestrebt seien, die Lage nach bestem Wissen und Können zu mildern und die Bedürftigen zu unterstützen, nicht aber auf allgemeiner grundsätzlicher Basis das Recht solcher, breiten Schichten entgegenkommenden Massenforderungen gesetzlich anzuerkennen, von denen es sich im vorhinein nicht wissen läßt, ob sie befriedigt werden können und deren Befriedigung um so schwieriger ist, je ausgedehnter die Kreise sind, auf deren Forderungen diese Berechtigungen aktuell werden.

Im Falle längerwährender Arbeitslosigkeit allgemeineren Charakters ist übrigens die Erfüllung oder Nichterfüllung der Forderung nach Erhaltung der Erwerbslosen nicht mehr eine Frage des Rechtes, sondern eine Frage der Größe jener Vorräte, die sich die Gesellschaft an Gütern des Massenbedarfs anzusammeln imstande gewesen. Diese Vorräte sind die Deckung, aus der die Arbeitslosenunterstützung bestritten werden muß.

Ein nicht leichtsinniger Staat kann nur bis zur Höhe dieser Deckung eine Verpflichtung übernehmen, und auch das nur hinsichtlich derjenigen, in denen zumindest ernsthaft Neigung und Arbeitswille vorhanden ist, jene gemeinnützigen Güter wieder zu erzeugen, die den Inhalt dieser Deckung ausmachen. Ein Aufzehren der sozialen Vorräte kann vernünftigerweise nur im äußersten Notfall gestattet werden. Im Falle nicht erzeugter und daher nicht angesammelter Vorräte bedeutet das zur Beteiligung aus solchen Vorräten erteilte Recht eine unerfüllbare Forderung, ja es bedeutet soziale Anarchie oder Revolution, die nur durch Brachialgewalt hintangehalten werden kann. Ein Nachgeben gegenüber unerfüllbaren Massenforderungen kann also zur Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung oder zum Bürgerkriege führen.

Dieser Art von Arbeitslosenunterstützung gegenüber gibt es eine im Falle ernster Not gebotene positive Hilfe. Sie verleiht dem arbeitsfähigen Menschen keinesfalls das Recht, sich ohne Arbeit erhalten zu lassen, sondern bietet ohne eigenes Verschulden erwerblos gewordenen Arbeitern von Fall zu Fall Unterstützung. Dies geschieht in erster Reihe durch die Schaffung nützlicher Arbeitsgelegenheiten (z. B. produktiver öffentlicher Arbeiten u. dgl.), jedoch immer unter Berücksichtigung der materiellen Kraft von Staat und Gesellschaft. Diese Art von Unterstützung trägt stets gute Früchte und ist überdies weit besser zur Linderung der Arbeitslosigkeit geeignet, als die allgemeine sozialistisch geartete rechtliche Zusage einer Arbeitslosenhilfe, — eine Rechtschaffung, die sich in der Praxis zum Anspruch auf Lebensunterhalt ohne Arbeit herauswächst. Mit einer durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten produktiv gestalteten fallweisen Hilfe kann der Arbeiterschaft ebensoviel, ja weit mehr geboten werden, weil mit einer, die wirtschaftliche Deckung vor Augen haltenden Sozialpolitik auch die produktive Hilfe bestimmt auf längere Zeit hinaus und sicherer ausgeübt werden kann, sobald es sich ernsthaft notwendig erweist. Der Gesellschaft in ihrer Gänze aber wird durch solche Akte sozialer Voraussicht auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unbedingt ein größerer und zuverlässigerer Dienst geleistet, als durch die allgemeine Berechtigung auf Schadloshaltung gegen Arbeitslosigkeit, da ja hiedurch eben zur Zeit der großen Wirtschaftskrisen die verderblichen Massenansprüche auf Lebensunterhalt ohne Arbeit erweckt werden, — also gerade dann, wenn diesen zu entsprechen, das Wirtschaftsleben am wenigsten in der Lage ist. Gleichviel ob leichtfertigerweise oder mit destruktiver Absicht in die Massen geschleudert, kann diese verallgemeinerte Berechtigung nur zu revolutionären Zuständen und zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen. Eine Voraussage, die sich mit um so größerer Sicherheit angesichts von Arbeitermassen bewahrheiten muß, die im Geiste des Klassenkampfes erzogen sind und demgemäß auf die Interessen der Produktionsergiebigkeit und auf die Folgen gewisser sozialer Forderungen keinerlei Rücksicht nehmen.

Eine voraussetzende Sozialpolitik muß also bestrebt sein, das Elend der ohne eigene Schuld arbeitslos dastehenden arbeitsfähigen Staatsbürger in konkreten Fällen nach Maßgabe der verfügbaren Mittel durch Schaffung möglichst produktiver Arbeitsgelegenheiten und durch Nötigung zur Arbeit zu lindern. Keinesfalls aber darf sie im Gesetzeswege Berechtigungen zuerkennen, die gerade zur Zeit der großen wirtschaftlichen Not illusorisch und gefährlich werden können.

Dieser Grundsatz der im richtigen Sinne erfaßten Sozialpolitik muß immer wieder aufrichtig betont werden. Die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, erscheint um so notwendiger, je mehr Staaten durch eine entgegengesetzte Sozialpolitik in den Fehler der Außerachtlassung dieser Gesichtspunkte verfallen.

8. Eine Frage von grundlegender Wichtigkeit ist auch die Feststellung der Arbeitslosigkeit. Aus dem Umstande nämlich, daß jemand in seinem bestimmten Fache in einem bestimmten Falle keine Arbeit erhalten kann, folgt zumeist noch lange nicht, daß ihm der Weg zu irgendeiner Arbeit anderer Art ebenfalls verschlossen wäre. Weil also jemand zu einem gewissen Zeitpunkt seine Kräfte nicht ebenderselben Arbeit zu widmen imstande ist, die er bis dahin immer oder meistens verrichtet hat, muß nicht unbedingt der Fall eintreten, daß der betreffende deshalb überhaupt keine Arbeit übernimmt und einfach von Arbeitslosenunterstützung leben will. Infolge der Spezialisierung der modernen Produktion kann es sehr häufig vorkommen, daß in einem bestimmten Fache Arbeitsmangel eintritt, wobei jedoch ein mehr oder minder beträchtlicher Teil der Arbeitssucher des betreffenden Spezialfaches immerhin bei einem anderen Arbeitszweig sein Unterkommen finden kann.

Als absoluter Arbeitsmangel ist anzusehen, wenn der von einer Arbeitsgelegenheit verdrängte Arbeiter nirgend, also auch in keinem anderen Gewerk eine Arbeitsgelegenheit findet. Dagegen nennen wir relativen Arbeitsmangel, wenn ein Arbeiter in seinem speziellen Arbeitsfach keine Arbeitsgelegenheit finden kann, ohne daß ihm jedoch die Möglichkeit benommen wäre, sich in einem anderen Arbeitszweig erwerbsmäßig zu betätigen.

Wenn wir nun die relativ Arbeitslosen eines Landes summieren, wird diese Zahl immer größer sein, als die Zahl der im absoluten Sinne fehlenden Arbeitsgelegenheiten. Je mehr sich jemand daran klammert, daß er ausschließlich in seinem speziellen Fache Arbeit erhalte, desto leichter wird der Betreffende im Verhältnis zu den Arbeitsgelegenheiten des betreffenden Faches arbeitslos. Je mehr bei der Feststellung des Arbeitsmangels auf das Fehlen von Arbeitsgelegenheit in einem speziellen oder speziellsten Gewerk zur Grundlage genommen wird, eine desto größere Zahl von Arbeitslosen kann in dem betreffenden Lande, in der betreffenden Stadt oder in dem betreffenden Gewerk usw. statistisch ausgewiesen werden. Demzufolge können, je mehr die Berechtigung zur Arbeitslosen-

unterstützung auf den Fall des in den Spezialgewerken wahrnehmbaren Arbeitsmangels zugeschnitten wird, desto mehr derart Berechtigte auf Grund der mit solcher Tendenz zusammengestellten statistischen Ausweise zusammengeschrieben, bzw. unterstützt werden. Da ferner die modernen Produktions-, Arbeits- und Industriezweige sehr viele und sich immer vermehrende spezielle Fächer, Abarten, Unterarten usw. zählen, werden auch die Wahrscheinlichkeiten eines solchen relativen Arbeitsmangels, bzw. einer solchen relativen Arbeitslosigkeit immer zahlreicher, so daß die Summierung der in den verschiedenen Arbeitszweigen zusammengeschriebenen Arbeitslosen immer eine größere Zahl als jene der absoluten Zahl des Mangels von Arbeitsgelegenheiten ergeben wird.

Demgegenüber erheischt das öffentliche Interesse, daß womöglich die produktive Kraft keines einzigen arbeitsfähigen Menschen unausgenützt bleibe und womöglich niemand von einer unter dem Titel der Arbeitslosigkeit erhaltenen Unterstützung zu einer Zeit lebe, da sich im Rahmen der betreffenden Gesellschaft noch Arbeitsgelegenheiten bieten. Bei einer idealen Arbeitsvermittlung wäre nur Arbeitslosigkeit und Arbeitsmangel im absoluten Sinne festzustellen und diese wäre zufolge der oben erwähnten Umstände immer kleiner als die Summe der relativ Arbeitslosen. Die im öffentlichen Interesse wirkende Arbeitsvermittlung müßte also danach streben, daß die Arbeitslosigkeit wem immer gegenüber, womöglich nur im Falle des absolut obwaltenden Arbeitsmangels festgestellt werde. Die Umstände der Feststellung wären durch die in gewissem Maße zu berücksichtigenden Gesichtspunkte der physischen Kraft, körperlichen Eignung, des Alters, Geschlechtes, Bildungsgrades usw. gegeben. Kurzum, es kommt bei der Feststellung des Zustandes der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Individuum im öffentlichen Interesse die Billigkeit zur Geltung.

Nunmehr sei aber mit Nachdruck auch darauf hingewiesen, daß der Gesichtspunkt des Umstandes, der für die Feststellungsmöglichkeit des Obwaltens der Arbeitslosigkeit entscheidend ist, gleichzeitig auch als wichtiger Prallpunkt der sozialen Interessen in Frage kommt. Es ist nämlich nicht gleichgültig, wer in irgendeinem Staate, als konkretem sozialpolitischen, administrativen Rahmen, für arbeitslos erklärt werden kann, darf, bzw. schon erklärt zu werden pflegt und wer nicht. Je mehr dem Individuum das Recht zusteht, sich im Falle eines in seinem eigenen speziellsten Fache herrschenden Arbeitsmangels schon als arbeitslos und hilfsbedürftig zu betrachten, eine mit um so größeren Zahlen arbeitende Arbeitslosenstatistik kann zusammengestellt und um so mehr Hilfsbedürftige können zusammengeschrieben werden.

So ist z. B. das sozialistische Streben, daß man die infolge von Streiks sich ergebenden Arbeitsgelegenheiten nicht zur Verminderung der Arbeitslosigkeit heranziehen dürfe, bzw. die Anmelder des Arbeitsmangels derartige Arbeitsgelegenheiten nicht als solche anzunehmen bemüht sein sollen, außerordentlich dazu geeignet, daß möglichst viele Arbeitslose

statistisch ausgewiesen, möglichst große Arbeitslosigkeit künstlich hervorgerufen und möglichst viele Leute aus den Arbeitslosenunterstützungen erhalten werden können. Die durch die Führerschaft des Sozialismus hervorgegangenen und vermehrten künstlichen Rechtstitel für die Arbeitslosenhilfe dienen im Verlaufe des Lohnkampfes natürlich auch zur bewußten Mehrung des sozialistischen Lagers.

Aus diesen und anderen ähnlichen Gründen zeigt sich ferner auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung die sozialistische Tendenz, daß jedermann durch den Mangel einer in seinem speziellsten Fache irgendwie feststellbaren Arbeitsgelegenheit das Recht erhalten solle, als arbeitslos evident geführt zu werden, bzw. derartige Renten zu beziehen, und daß über die Feststellung der Arbeitslosigkeit und der Hilfsbedürftigen die Gewerkschaft zu beschließen habe.

Das öffentliche Interesse verlangt demgegenüber, wie schon erwähnt, die Ergiebigkeit der Produktion, diese aber erfordert, daß man die Arbeitskraft arbeitsfähiger Leute nicht brachliegen lasse, sondern nutzbringend beschäftige. Dieses sehr wichtige soziale Interesse erfordert ferner, daß das System der Arbeitslosenhilfe oder -unterstützung auf dem Grundsatz der produktiven, ergiebigen Arbeitsverrichtung aufgebaut werde, und daß nach Möglichkeit nur in Fällen absoluter Arbeitslosigkeit zur Auszahlung von Hilfsgeldern für wirklich Arbeitslose gegriffen werde. Dementsprechend hat nun auch die im öffentlichen Interesse einsetzende Arbeitsvermittlung dahin zu wirken, daß die relative Arbeitslosigkeit möglichst vollständig ausgemerzt werde, die Notwendigkeit des Nachweises von Arbeitsmangel aber sich nur dann ergebe, wenn es sich um einen solchen im absoluten Sinne handelt. Mit anderen Worten: die in den einzelnen Fächern arbeitslosen Leute müssen vorerst in den verwandten Fächern, dann aber in ihren physischen, körperlichen, geistigen usw. Fähigkeiten entsprechenden anderen Produktionszweigen und -beschäftigungen untergebracht werden, bevor es in ihrem Falle zur Feststellung von Arbeitsmangel kommt.

9. Als natürliche Folge des Gesagten ergibt sich die Schlußfolgerung, daß es bei der Überwachung und Feststellung von Arbeitslosigkeit durchaus nicht gleichgültig ist, wer und wessen Organe diejenigen sind, die auf die Feststellung des Eintritts von Arbeitsmangel größeren Einfluß nehmen und deren Feststellung, bzw. unmittelbarer oder mittelbarer Einfluß auf diese Feststellung den betreffenden Individuen das Recht zur Beanspruchung von Arbeitslosenunterstützung eröffnet. Was geschieht nun, wenn die Feststellung des erwähnten Arbeitsmangels in den Einfluß- oder Wirkungskreis solcher Individuen oder Organisationen gehört, die es in ihrem Interesse erachten, bzw. danach streben, daß möglichst häufig möglichst viele Arbeitskräfte als arbeitslos erklärt werden? In diesem Falle ist mit voller Sicherheit zu erwarten, daß diese Interessenorganisationen, die im Lager der Arbeitslosen für sich selbst eine politische Hilstruppe bereithalten wollen — zumal wenn sie für ein solches Vorgehen keine

Verantwortung zu tragen haben —, auch bei der Feststellung der Arbeitslosigkeit nach ihrem eigenen (wirklichen oder vermeintlichen) Interesse vorgehen und aller Wahrscheinlichkeit nach schon im Falle sehr relativer Arbeitslosigkeit den Anspruch auf die Fälligkeit der Versicherungsrente feststellen werden. Ein geradezu gegen die gesellschaftliche Ordnung gerichtetes, zersetzendes Vorgehen aber ist es, die Feststellung des Arbeitsmangels direkt oder indirekt dem Wirkungskreise irgendeiner im Geiste des Klassenkampfes waltenden Organisation zu überlassen oder ihr darauf entscheidenden Einfluß zu gestatten. In noch höherem Grade jedoch schaffen wir eine umsturzfördernde Institution, wenn wir obendrein eine derartige amtliche Anerkennung, bzw. verkappte gesetzliche Anerkennung des Streikrechtes aussprechen, worin der Grundsatz festgelegt ist, daß der über Arbeitsmangel Klagende nicht gehalten sei, solche Arbeitsgelegenheiten anzunehmen, die infolge Streiks oder Aussperrung in Erledigung gelangt sind, und hinsichtlich des Nichtannehmers solcher infolge Streiks erledigten Arbeitsgelegenheiten der Arbeitsmangel und die Hilfsberechtigung trotzdem festgestellt werden muß. Auf solche Weise läßt sich jeder beliebige Streik mittelbar durch den Staat finanzieren und ständig eine beliebige Zahl staatlich unterstützter Arbeitsloser schaffen. Es handelt sich also um nichts anderes, als um das Recht und die Möglichkeit einer auf Kosten des Staates, bzw. der übrigen Klassen der Gesellschaft jederzeit in Aktion zu setzenden Mobilmachung.

Die Feststellung des Eintrittes von Arbeitsmangel und der Berechtigung zur Arbeitslosenunterstützung, sowie der einschlägige Wirkungskreis sind demnach vernünftigerweise solchen Organen zu übertragen, die anstatt irgendeines Sonderinteresses die Gesamtinteressen der Gesellschaft und der Nation wahrzunehmen und zu vertreten haben. In erster Reihe sind dazu Beamte berufen, und zwar solche Beamte, die nach Möglichkeit auch die sittliche und intellektuelle Garantie dafür bieten, daß sie Träger und Vertreter des öffentlichen Interesses sein werden. Unter Beamten sind in diesem Falle hauptsächlich solche Organe zu verstehen, die sich in dieser Eigenschaft als Diener des öffentlichen Interesses der nationalen Gesamtheit, als Angestellte des hochstehenden Staates, nicht aber als Mitglieder einer Interessengruppe oder einer Klasse fühlen und gebärden. Die Feststellung des Arbeitsmangels und des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung, die aus öffentlichen Geldern zu bestreiten ist, bildet eine im öffentlichen Interesse und durch Organe der Öffentlichkeit vorzunehmende Aufgabe des Staates, der Gemeinde usw. Diese Aufgabe aber läßt sich in der Praxis nur so mit Erfolg lösen, wenn sie mit der Arbeitsvermittlung in mehr oder minder enger, jedenfalls aber solcher Verbindung steht, daß sie auf die Arbeitsvermittlung konkreten und praktisch erfolgreichen Einfluß nehmen kann.

Wenn wir uns nun im praktischen Leben umsehen, so begegnen wir hinsichtlich der Organe, die zur Feststellung, bzw. Überwachung des

Arbeitsmangels und der entsprechenden Unterstützung berufen sind, im großen und ganzen folgenden Typen: a) können Staat oder Gemeinde, kurzum die Vertreter der Öffentlichkeit, Aufsicht und Kontrolle unmittelbar ausüben. In diesem Falle sind es also die Organe von Staat, Gemeinde usw., die Bestand und Grad der Arbeitslosigkeit evidenthaltend, feststellen, ausweisen usw. b) kann die ganze diesfällige Tätigkeit einfach den verschiedenen Gewerkschaften überlassen sein. Mit der Arbeitslosenunterstützung haben sich bisher zumeist die Gewerkschaften befaßt. Sie sind es, die die Institution der Arbeitslosenhilfe in ihrem Kreise ohne staatliche Einmischung zur Entwicklung bringen. Dadurch mehrt und verstärkt sich natürlich auch der Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeitermassen und demzufolge haben auch in der Regel nur die Gewerkschaftsmitglieder Anspruch auf Hilfe.¹⁾

¹⁾ Ein Beispiel für die hauptsächlich den Gewerkschaften überlassene, stark sozialistisch geartete Arbeitslosenversicherung bietet, mit ihren einschlägigen Gesetzen vom Jahre 1918 und 1921, die Tschechoslowakei. Dort wird die Arbeitslosigkeit von den Gewerkschaften festgestellt, evidenthaltend, die Hilfgelder werden von ihnen ausgezahlt. Unterstützung erhalten nur Gewerkschaftsmitglieder. Die Unterstützungsdauer beträgt 3 Monate, tritt jedoch nach 6 Wochen neuerlich Arbeitslosigkeit ein, so kann die Unterstützung neuerlich in Anspruch genommen werden. Maßgebend für die Hilfsberechtigung ist der Mangel an Facharbeit, den die Gewerkschaft und nicht das Arbeitsvermittlungsamt feststellt. Der Staat überwacht bloß, und zwar gegebenenfalls auch mit Strafsanktionen, das ganze Verfahren. Zu den Unterstützungen trägt der Staat zwei Drittel, die Gewerkschaft ein Drittel bei. Daß der Streik amtlich zur Kenntnis genommen wird und infolge des Streiks sich ergebende Arbeitsgelegenheiten nicht angenommen werden müssen, ist naturgemäß eine bezeichnende Eigenheit der ganzen Institution.

Im Jahre 1925 arbeitete das ungarische Ministerium für Volkswohlfahrt einen Gesetzentwurf über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit aus. Wie grundverfehlt derselbe unter den gegebenen ungarischen Verhältnissen war, scheint nicht völlig zum Bewußtsein gelangt zu sein. Das Elaborat macht zum großen Teil den Eindruck der Nachahmung, bzw. Wirkung Lloyd Georgeschen englischen, österreichischen Nachkriegs- und tschechischen Beispiels. Es hätte das System der unproduktiven Arbeitslosenentschädigung, bzw. das Recht auf diese gesetzlich anerkannt und den sozialistischen Gewerkschaften schier unberechenbare Möglichkeiten hinsichtlich der Streikmache und der infolge dieser sich ergebenden staatlichen Arbeitslosenunterstützung zu einer Zeit eröffnet, als Italien und England dieselben Fehler schon mit gesetzgeberischen Verbesserungen gutzumachen sich anschickten. Der Entwurf wurde später von der Tagesordnung herabgenommen. Für die Zukunft ist aber die gesetzgeberische Lösung der Frage in Aussicht genommen.

In der Verfassung des Deutschen Reiches vom Jahre 1919 (Art. 163, Abs. 2) ist das Recht auf Arbeit und gleichzeitig die Erhaltung im Falle von Arbeitslosigkeit als Grundgesetz aufgenommen. Diese Doppelbestimmung klingt recht schön, zieht man jedoch die vorweg unberechenbaren Lasten der damit übernommenen staatlichen Verpflichtungen und die bestehenden Schwierigkeiten der Lage in Betracht, so kann man sich unmöglich des Eindrucks erwehren, daß da — der gesetzlichen Anerkennung eines schön klingenden und vom menschlichen Standpunkte herzergreifenden sozialistischen Grund-

satzes zuliebe — ein Sprung ins Dunkle getan wurde. Die Schöpfer der Reichsverfassung haben damit einen Blankowechsel unterfertigt, von dem man nicht im voraus wissen kann, unter welchen Umständen und mit wie hohen Zinsen die auf gesetzliche Ansprüche sich berufenden Massen ihn durch die lastentragende Gesellschaft der Erwerber und Unternehmer wird einlösen lassen und ob diese dazu auch immer imstande sein wird. Mit dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927, das an Stelle der Kriegswohlfahrtspflege, sowie der am 13. November 1918 dekretierten Erwerbslosenfürsorge, ferner der diese abändernden Verordnung vom 15. Oktober 1925 und des Krisenfürsorgegesetzes vom 19. November 1926 eine einheitliche, auf der Verstaatlichung der Arbeitsvermittlung beruhende Arbeitslosenunterstützung einführt, scheint zweifellos unter dem Eindruck der mit dem Problem verbundenen Schwierigkeiten und der Gefährlichkeit der im produktiven Hilfeleistung zustande gekommen zu sein. Dennoch kann nicht behauptet werden, daß die Schöpfer dieses Gesetzes demgegenüber eine praktisch erfolgreich erscheinende Rechtsinstitution ins Leben zu rufen imstande gewesen seien. Eine den sozialistischen Einwirkungen dermaßen unterworfenen und von den sozialistischen Massen derart abhängige Gesetzgebung wie die des heutigen Deutschland konnte zu dieser Aufgabe auch kaum geeignet sein. Diese Aufgabe sollte nämlich unserer Ansicht nach darin bestehen, daß die Bürgschaften einer produktiven Arbeitslosenhilfe durch Kreierung solcher Verfügungsorgane geboten wären, die in ihrer Tätigkeit volle Unabhängigkeit besitzen, um dieses im öffentlichen Interesse anzustrebende Ziel — nämlich die Arbeitslosenhilfe durch Darbietung gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten — allen Einflüssen gegenüber zu verwirklichen die Fähigkeit und den Mut haben. Dazu wäre nur ein seiner Ernennung und seiner Tätigkeit nach unabhängiger Beamtenkörper geeignet. (Seine Unabhängigkeit müßte der wohlbestellten richterlichen Unabhängigkeit ähnlich gestaltet sein.) In diesen Beziehungen des Arbeiterversicherungswesens wäre somit gerade die Verleihung der objektiven Unabhängigkeit vom Einfluß der Weltanschauungen und sozialpolitischen Richtungen im öffentlichen Interesse gelegen. Mit festen Bürgschaften wäre ferner die höchstens nur im äußersten Notfalle in Anspruch zu nehmende im produktive Unterstützung zu umgeben. Sehen wir uns aber die Zusammensetzung der deutschen gemeinsamen Ämter für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an, so werden wir keineswegs in der Zuversicht bestärkt, daß die Organe dieser Ämter im erwähnten Sinne völlig unabhängig und gegen Druck widerstandsfähig wären, wobei sich's noch dazu um zahlreiche solche Fragen handelt, von denen die Richtung der praktischen Tätigkeit der Institution abhängt. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist ein Selbstverwaltungskörper. Die ausführenden Organe der ihm unterstehenden Landesarbeitsämter und Arbeitsämter sind die Verwaltungsausschüsse. Ihre Mitglieder, desgleichen auch der Verwaltungsrat der Reichsanstalt bestehen hinsichtlich der Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung zu gleichen Teilen aus den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bloß die Vorsitzenden dieser Ausschüsse sind amtlich ernannte öffentliche Beamte, bzw. mit Amtscharakter bekleidete Personen. Im übrigen haben für die Besorgung der amtlichen Tätigkeiten Personen, die mit privatrechtlichem Dienstvertrag angestellt sind, zu sorgen. Die Funktionäre, denen die Besorgung des Labyrinths von Amtsangelegenheiten obliegt, sind also keine öffentlichen Beamten, sondern Privatangestellte eines solchen Selbstverwaltungskörpers, dessen entscheidendes Organ hinsichtlich der grundsätzlichen Leitung der paritätische Ausschuß der Arbeitgeber und -nehmer ist. Zweifellos wird in diesen Exekutivausschüssen jene Partei die stärkere sein,

Andererseits aber ist dies auch ein Mittel, die Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaften zu zwingen. Der Staat oder die Gemeinde nun kann den Gewerkschaften fallweise oder systematisch in ihrer diesfälligen Tätigkeit entweder beistehen und ihr Vorgehen überwachen, oder aber Staat, Gemeinde usw. hält sich davon einfach fern und gewährt auch keine Hilfe. c) Weiters können die Versicherungsbeiträge für den Fall von Arbeitslosigkeit auch durch Zwangsabzüge von den Arbeitslöhnen aufgebracht werden. Das ist die zwangsweise Selbstversicherung, auch „Schanzsches System“ genannt. Zum Schlusse besteht noch das mit Arbeitsvermittlung verbundene Versicherungssystem, das sich in der staatlichen Zwangsversicherung äußern kann. Die Washingtoner Internationale Arbeits-

hinter der stärkere Machtkonjunkturen, eine stärkere und strammere Organisation, sowie aggressivere richtunggebende Tendenzen unter dem entsprechenden Massendrucke stehen. Nicht ausgeschlossen ist es, daß in Zeiten wirtschaftlicher Konjunkturen, die den Unternehmern günstig sind, der Wille und die Meinung der Arbeitgeber in diesen Ausschüssen und durch sie in den Arbeitsämtern praktisch stärker zur Geltung kommen wird. Zweifellos steht aber fest, daß eben in den kritischen Zeiten der Massenbewegungen, also dann, wenn es sich darum handelt, wegen der Arbeitslosigkeit großer Massen die Hilfe einsetzen zu lassen, die Aggressivität der im Klassenkampf stehenden Massen und gegebenenfalls auch ihr Terror im Tone des Stärkeren zu Worte kommen und in diesen Ausschüssen und Ämtern auf die Haltung der Arbeitgeber einen Druck ausüben wird. Vergessen wir nämlich nicht, daß sich die großen Massen immer aus den Arbeitnehmern zusammensetzen. Sie können Massendruck und revolutionären Terror ausüben, wogegen die Arbeitgeber nur Einzelpersonen von geringerer Zahl sind. In den Ausschüssen also können die Vertreter der Arbeiter im Namen Tausender und Hunderttausender sprechen, agitieren und terrorisieren, wobei sie wenigen Einzelpersonen gegenüberstehen. Die Fälle der Arbeitslosenunterstützung haben daher in der Praxis nicht öffentliche Beamte mit jener gewissen richterlichen Unabhängigkeit festzustellen, sondern auf die ebenerwähnte Art zusammengestellte und dem erwähnten Druck ausgesetzte Ausschüsse.

Besonders wirksam aber kann dieser Druck zur Zeit großer Streiks und großer Klassenkampfbewegungen sich geltend machen. Im Falle von Arbeitslosigkeit, die infolge Streik und Aussperrung entstanden ist, muß zwar keine Hilfe geleistet werden, doch enthält das Gesetz die Bestimmung, daß, falls die Verweigerung der Hilfe unbillige Härte darstellen würde, die Unterstützung zu bezahlen ist. Bei Klassenkämpfen, die durch starke, große Massenbewegungen verschärft sind, und auf soziale Entscheidungen hinarbeiten, ist es völlig ausgeschlossen, daß die Vertreter der Arbeitgeber die Fähigkeit und den Mut aufbrächten, dem drohenden Massendruck zu widerstehen und die Verweigerung der Arbeitslosenhilfe nicht als ein Vorgehen von unbilliger Härte zu betrachten. Auf diesem Punkte wird somit die Bestimmung des Gesetzes über die Verweigerung der Arbeitslosenhilfe gerade bei den größten und gefährlichsten Streiks illusorisch, wogegen das Gegenteil davon, nämlich die Finanzierung der Streiks und der Streikenden aus öffentlichen Geldern, aller Wahrscheinlichkeit nach zur Tatsache wird. Die Folge aber ist, daß sich eben zur Zeit schwerster Arbeitsstreitigkeiten auch der Gedanke der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge unnütz gestaltet, — jener Gedanke, den das Gesetz als anzustrebendes Ziel vorschreibt, ihn jedoch mit stärkeren Bürgschaften überhaupt nicht sicherstellt.

konferenz vom Jahre 1919 sprach die Notwendigkeit der Versicherungspflicht gegen Arbeitslosigkeit aus. Zu Zwecken der Arbeitsmangelhilfe empfiehlt der Kongreß die produktive Versicherung, planmäßige Schaffung und Einteilung der öffentlichen Arbeiten, sowie den Schutz der inländischen Arbeit gegenüber dem Wettbewerb der Eingewanderten.

Von den Gewerkschaften ausgehend entwickelt sich die systematische Hilfe bei Arbeitsmangel, alsbald jedoch wird hie und da die kommunale oder staatliche Unterstützung verwirklicht. Anfangs war die Gewerkschaftshilfe durchaus vom Geiste der solidarischen Unterstützung durchdrungen, später wird sie zum ergänzenden Faktor der vordringenden gewerkschaftlichen Arbeitslohnpolitik. Die Erwerbung der Staatshilfe, insbesondere aber das System der staatlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung eröffnet dann auch dem Kampfplane des Sozialismus eine immer weitere Perspektive. Es wäre einfältig, sich dieser Erkenntnis zu verschließen. Darum ist bei der Wahl des Systems, bei Schaffung der Garantien und Festsetzung der Beschränkungen der Arbeitslosenversicherung ein großes Maß umsichtiger Kritik für denjenigen geboten, der von dem Willen beseelt ist, daß diese Institution dem bleibenden Wohle der arbeitenden Gesellschaft in dem Sinne dienstbar sei, wie wir dies vom Gesichtspunkte einer praktisch erfolgreichen Sozialpolitik auffassen.

Während und nach dem Weltkrieg trägt die Arbeitslosenfürsorge nicht nur bei den Zentralmächten, sondern auch in den großen Staaten des Westens die Merkmale der außergewöhnlichen Verhältnisse an sich. Die Staaten hatten vielleicht nie vorher eine solche Masse von Arbeitslosen zu unterstützen wie in diesen Zeiten und auch die Lasten dieser Hilfeleistung erreichten niemals eine derartige Höhe. Das Ergebnis aber war die Einsicht, daß die dauernde Beibehaltung der außerordentlichen Kriegshilfe weder als gewichtige Ursache, noch als Folge der Inflation und der wirtschaftlichen Lage weiter aufrechterhalten werden kann. Die volkswirtschaftlichen, bzw. finanziellen Aufrichtungs- und Sanierungsaktionen bezweckten daher nebst der zahlenmäßigen Verminderung jener Arbeitslosen, die an der Kriegs-, bzw. Nachkriegshilfe beteiligt waren, gleichzeitig auch eine gesunde Neubelebung der stockenden Produktion. Die improduktive Arbeitslosenhilfe muß sich, wenn sie sich auf allzu große Massen erstreckt, zufolge ihrer vorräteaufzehrenden und produktionsgüterverheerenden Wirkung früher oder später als aufgelegte Unmöglichkeit erweisen. Die Geschichte der Arbeitslosenhilfe während des Krieges, die Wirkung der aus parlamentspolitischen Ursachen, als Parteikonzession angebahnten Lloyd-Georgeschen Sozialgesetzgebung, verbunden mit der nach dem Krieg auftretenden englischen Wirtschaftskrise und als beträchtliche Verschärfung des langwierigen Zustandes heillosen Unsicherheit, könnten als lebhafte Warnzeichen dafür gelten, daß der sozialpolitische Ausbau der Arbeitsmangelversicherung nicht länger am Gängelbände des revolutionären Sozialismus fortschreiten solle. Die Beispiele

der wirren Kriegs- und Nachkriegszeit haben in so manchem Lande zur Genüge die klar ersichtliche Tendenz gezeigt, wie zielbewußt man das System der sich auf öffentliche Kosten betätigenden Versicherungspflicht gegen Arbeitslosigkeit in dieser Art zum Hauptschutzwalle des Klassenkampfes ausgestalten will. Meines Erachtens spricht schon dieses Lehrbeispiel deutlich genug in der Hinsicht, daß der auf eine ergiebige Produktionspolitik aufzubauenden praktisch erfolgreichen Sozialpolitik lediglich das auf produktiver Hilfe fußende Versicherungssystem gegen Arbeitsmangel förderlich sein kann.

10. Das wirksamste und dauerhafteste Hilfsmittel gegen den Arbeitsmangel ist (wie dies dem Wesen nach seinerzeit schon Friedrich List eingesehen hat) eigentlich in der selbstbewußten Produktionspolitik zu suchen. Diese gestaltet die nationale Produktion intensiver und mehrseitiger und schafft gleichzeitig zahlreiche Arbeitsgelegenheiten, indem sie mehr und mehr Produktionszweige schützt und entwickeln hilft. Überhaupt liegt (wie ich in meinem 1905 in ungarischer Sprache erschienenen Buch: „Die Bevölkerung“ ausführlicher erörtert habe) eine der wichtigsten und — sagen wir — sozialsten Aufgaben der selbstbewußten Wirtschaftspolitik darin, daß sie die auf die Bevölkerung bezogene Aufnahmefähigkeit des ihrer Fürsorge anvertrauten Gebietes ständig vermehre, um dadurch möglichst vielen Menschen unter möglichst günstigen Lebensbedingungen Arbeits- und Erwerbsgelegenheiten zu bieten. Eine solche Wirtschaftspolitik bietet gleichzeitig die wirksamsten sozialpolitischen Möglichkeiten, weil sie auch die größte und beständigste produktive Hilfe gegen Arbeitslosigkeit, Auswanderung usw. dadurch ermöglicht, daß sie nicht allein die Ursachen der Arbeitslosigkeit behebt, sondern zugleich auch die Deckung für die Erhaltung jener Arbeiter herbeischafft, die die durch sie gebotenen Arbeitsgelegenheiten in Anspruch nehmen und so vor Arbeitsmangel bewahrt werden. Als vollwertige Deckung gelten nämlich die im Rahmen der neuen Arbeitsgelegenheiten erzeugten neuen Güter, die gleichzeitig als neue wirtschaftliche Werte in Erscheinung treten. Demgegenüber steht als improduktive Art der Schutzpolitik gegen Arbeitslosigkeit diejenige Politik, welche die selbstbewußte Wahrung und Förderung der Leistungsfähigkeit nationaler Produktionszweige und so — was von sozialer Seite damit gleichbedeutend ist — die Erhaltung gehörig zahlreicher Arbeits- und Existenzgelegenheiten, bzw. die Schaffung neuer solcher Gelegenheiten vernachlässigt und so nebstbei die Berechtigung der Barhilfe gegen Arbeitslosigkeit in großem Ausmaß betont.

Dieses Vorgehen ist, wiewohl es den Anforderungen und der Denkweise der sozialistischen Wirtschaftspolitik am meisten entspricht, nach zwei Richtungen improduktiv: Einesteils sorgt es nicht selbstbewußterweise für die Instandhaltung, bzw. Schaffung von entsprechenden Arbeitsgelegenheiten. (Sie tut es schon aus dem Grunde nicht, weil diese übliche Sozialpolitik starr in einer ausschließlichen Einkommenverteilungs-

ideologie lebt und es ihr an der nötigen praktisch sinnvollen produktionspolitischen Grundlage mangelt.) Ferner sorgt sie auch nicht für den Ersatz der verlorenen oder geschwächten Arbeitsgelegenheiten. Andererseits aber führt sie zu dem Ergebnis, daß in den unter dem Titel Arbeitsmangel Unterstützten unproduktive, ausschließlich verbrauchende Massen auf Kosten der übrigen Gesellschaftsschichten erhalten werden.

Bei einer derartigen Sozialpolitik verringert sich einesteils die Ergiebigkeit der Produktion und ihre Leistungsfähigkeit zuungunsten der Gesellschaft, andererseits aber wächst auch fortwährend das Verhältnis des Verbrauchs zu der verfügbaren Menge und zum Vorrat der Produktion und der erzeugten Güter.

Das Ergebnis einer solchen Politik kann kein anderes sein, als daß die Nationalproduktion bzw. das Nationaleinkommen die Deckung des Massenverbrauchs und seines Güterbedarfs nur in relativ sich immer verringern dem Maße zu bieten imstande ist. Das aber heißt Verteuerung des Verbrauchs und des Lebensunterhalts, was zugleich den Rückgang des wirklichen (d. i. in Bedarfsartikeln ausgedrückten) Arbeitslohnes bedeutet.

Es ist darum ein wichtiges Erfordernis der praktisch erfolgreichen Sozialpolitik, daß die Hilfe, deren die arbeitslosen Massen teilhaftig werden, eine produktive Hilfe sei, d. i. gleichzeitig Arbeitsgelegenheiten biete und in den gebotenen Arbeitsgelegenheiten auch die Deckung der gebotenen Hilfsraten produzieren lasse (die in solchem Falle gleichzeitig Arbeitslöhne sind). Die Produktion der besagten Deckung aber kann entweder unmittelbar oder mittelbar, d. i. infolge des Umstandes zustande kommen, daß sie durch gebotene Notstandsarbeit die Menge der sozialen Gütervorräte und Einrichtungen vermehrt. Die geldmäßige Hilfe für arbeitsfähige Menschen unter dem Titel Arbeitslosigkeit ist somit grundsätzlich abzulehnen. Sie soll vom Staate nur im äußersten Notfall, ausnahmsweise und vorübergehend ausgeübt werden.

Wir wissen, wie stark diese Auffassung im Gegensatz zu jener steht, die da unter dem Titel der Arbeitslosenversicherung das Recht der „Entschädigung“ in all jenen Fällen gesetzlich anerkennt, in denen man jemandem in seinem Spezialfach eine seinen Ansprüchen entsprechende Arbeitsgelegenheit nicht nachweisen kann oder (z. B. im Streikfalle) nicht nachweisen will und zur Beurteilung des Vorhandenseins eines solchen relativen Arbeitsmangels den auf Grund des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsleitungen den bestimmenden Machtkreis oder den entscheidenden Einfluß darauf einräumt und die Tragung aller damit verbundenen Kosten dem Staate bzw. den übrigen Teilen der Gesellschaft aufbürdet.

Während aber die letztere Auffassung — gleichsam als Rache für die Ungerechtigkeit der Ungleichheit des wirtschaftlichen Schicksals — die vermögenslosen Schichten zeitweilig durch die vermögenden will erhalten lassen und sich dabei um die gleichzeitige Lahmlegung der Produktions-

funktionen der modernen Vermögen kaum noch bekümmert, bleibt sich der Gedanke der produktiven Hilfe folgerecht in der Einsicht der Tatsache, daß eine praktisch erfolgreiche Sozialpolitik nur auf ergiebiger Produktion aufzubauen ist. Er läßt darum die Produktionsfunktionen der modernen Vermögen und mit ihnen die Sicherstellung der Produktionsergiebigkeit trotz dem oft aufreizenden Anblick der Ungerechtigkeiten gewisser sozialer Ungleichheiten nicht zum Opfer bringen, da ja ein dauerhafter und folgerechter Fortschritt auf dem Gebiete der Massenwohlfahrt nur durch die Sicherstellung dauernder Produktionsergiebigkeit zu erreichen ist. Die erstere Richtung mag volkstümlicher sein und vorübergehend besser zum Herzen sprechen — die Möglichkeit des Mehr-bieten-Könnens aber sichert auf längere Zeit nur die letztere Richtung. Die Abschleifung oder Milderung der gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten, das Zuteilwerden der verdienten Belohnung und des Ehrentributs an die körperliche und geistige Arbeit muß unbedingt das aufrichtige Bestreben jedes Kulturmenschen sein, eine Volkswohlfahrtspolitik auf Kosten der Produktionsergiebigkeit aber muß früher oder später zu allgemein anwachsender größerer Armut führen. Der Weg zu der neben der Wahrung und Mehrung der Produktionsergiebigkeit folgerecht zunehmenden Massenwohlfahrt ist nur über den folgerichtigen Fortschritt, bzw. über die Verallgemeinerung der technischen, geistigen und arbeitsethischen Kultur zu finden. Die Verallgemeinerung der Kultur und der Wohlfahrt ist zugleich das wirksamste Abschleifmittel der sozialen Ungerechtigkeiten; die Kultur duldet sie nicht, die Wohlfahrt mildert ihre Schmerzlichkeit. Gleichwohl aber muß sich die Spezialpolitik von jener primitiven Auffassung lossagen, als ob die höchste soziale Gerechtigkeit in der Zerstückelung und Verteilung aller Güter in mathematisch gleiche Teile bestehen würde. Es bedeutet einen großen Unterschied, ob von dem großen Gebäude der modernen Gesellschaft und Volkswirtschaft ein jeder einen Ziegel wegnimmt oder ein jeder einen dazu gibt.

11. Die bloße Barhilfe gegen Arbeitslosigkeit ist somit, als eine nicht produktive Hilfe, ein sehr zweischneidiges Mittel und auch die Grundlage vieler Mißbräuche. Es liegt daher nicht im öffentlichen Interesse, sie zu einer allgemeinen Berechtigung emporzuheben. Nur in seltenen Ausnahmefällen sollte zu diesem Notauskunftsmittel gegriffen werden, weil sonst leicht unerträgliche finanzielle Lasten daraus entstehen.

Zum Zwecke der produktiven Hilfe erweisen sich gewisse öffentliche Arbeiten geeignet. Natürlicherweise ist es eine sehr wichtige Sache, zu diesem Zwecke die richtige öffentliche Arbeit zu erwählen. Der Staat oder die Gemeinde soll durch die hilfeschuchende Menge von Arbeitslosen wirklich notwendige und nützliche Arbeiten verrichten lassen. Der Plan solcher öffentlicher Arbeiten, die eine wirklich notwendige und gemeinnützige soziale Gütervermehrung bedeuten oder die Investitionsbestände im öffentlichen Interesse vergrößern, ist mit systematischer Folgerichtig-

keit im vorhinein festzustellen und für den Notfall bereitzuhalten. Bereitzuhalten für mehrfache Möglichkeiten, die sich den verschiedenen Spielarten der Arbeitslosigkeit und der sich notwendig erweisenden öffentlichen Arbeiten anschmiegen. Wird zur Feststellung der als produktive Hilfe in Aussicht genommenen Arbeitspläne erst unter der Wirkung der akuten Übel des Arbeitsmangels in erregter Stimmung geschritten, so ist zu befürchten, daß man durch die Unterstützungsbedürftigen manch überflüssige oder übereilte Arbeit verrichten lassen wird. Die Einwendung, daß bei solchen öffentlichen oder Notstandsarbeiten nicht immer jeder Arbeiter seinen gewohnten Arbeitskreis finden kann, widerlegt nicht die Richtigkeit des Grundsatzes der produktiven Hilfe. Da es sich nämlich um Notstandslagen handelt, kann man unter den Arbeitsgelegenheiten nicht so nach Belieben wählen, wie zur Zeit des Überflusses an solchen. Aus der unvermeidlichen Wellenbewegung des Wirtschaftslebens sowie schon aus der Natur des Arbeitsmangels selbst ergibt sich, daß der konkrete Arbeitsmangel sich unmittelbar immer in konkreten Arbeitszweigen äußert. Es mangelt also stets in einzelnen konkreten Arbeitszweigen an Arbeitsgelegenheiten. Der Staat nun kann sich nicht dazu hergeben, unter dem Titel von Notstandsarbeiten in jedem solch konkreten Arbeitszweig produktive Splitterindustrien (z. B. in Zier- und Galanteriewaren) zu errichten. Sache des Staates ist es bloß, im Bereiche gemeinnützigerweise notwendiger Arbeiten, Einrichtungen, Investitionen usw. Arbeitsgelegenheiten zu bieten und so den Bedürftigen nach Maßgabe ihrer geistigen, gesundheitlichen und physischen Kraft zu Hilfe zu eilen. Eine planmäßig vorbeugende Politik wird übrigens auch hinsichtlich der vorzunehmenden öffentlichen und Notstandsarbeiten für größere Abwechslung zu sorgen wissen.

Vom Gesichtspunkte des Problems der Arbeitslosenversicherung aus kann nicht oft genug betont werden, daß auch die Versicherung gegen Unfall, Krankheit, Alter und Invalidität jeweilig zugleich eine Arbeitslosenhilfe ist, und zwar eine um so stärkere, je vollständiger sie durchgeführt wird. In erster Reihe sind letzterwähnte Arten der Sozialversicherung diejenigen, die auch im allgemeinen als zu verwirklichende und durchführbare Staatsaufgaben in Erscheinung treten und — wiewohl um den Preis beträchtlicher Opfer — unter den modernen Verhältnissen mit planmäßiger Voraussicht auch ständig verwirklicht werden können. Dagegen kann in Fällen allgemeinen, großen Arbeitsmangels, also gerade dann, als sie vom menschlichen Standpunkt aus am meisten berechtigt erscheinen würde, die Arbeitslosenhilfe von keinem Staate bzw. von keiner Gesellschaft lange ertragen werden. Eine ihrer gefährlichsten Formen ist die improduktive Arbeitslosenhilfe durch die Ausgabe ungedeckten Papiergeldes, was infolge der Entwertung des Geldes zu raschem wirtschaftlichen Verfall und zur organischen Auflösung führt. Nach dem Weltkrieg zeigten hiefür besonders die unterlegenen Länder traurige Beispiele. Ein Haupt-



moment der wirtschaftlichen bzw. finanziellen Wiederaufrichtung war demgemäß überall die Abstellung jener improduktiven — oder gegebenenfalls pseudoproduktiven —, durch Inflation bewerkstelligten Arbeitslosenhilfe bzw. deren stufenweise Ausmerzung. Birgt doch diese Art von Hilfeleistung schon vermöge ihrer Grundbeschaffenheit die Quellen des Mißbrauches in sich.

Im allgemeinen kann behauptet werden, daß die Hilfe gegen körperliche oder geistige Arbeitsunfähigkeit, die sich auf der Lebensbahn des Menschen durch Zufall oder durch das Alter einstellt, also die Krankheits-, Unfall-, Alters- und Invaliditätshilfe, eine klassische Aufgabe der Sozialpolitik bildet. Eine allgemeine und improduktive Geldhilfe in Fällen von Arbeitslosigkeit jedoch soll der Staat arbeitsfähigen Menschen gegenüber unter normalen Verhältnissen niemals ins Werk setzen, bzw. ist ein solches Vorgehen nur unter dem Druck der äußersten Notfälle zulässig. Und auch dann sei der Staat bestrebt, dieses Vorgehen möglichst deutlich zu einem bloß zeitweiligen zu gestalten und gehe möglichst bald auf die produktiven Arten der Hilfe über.

Wieder auf ein anderes Blatt gehört die aus besonderen individuellen Fehlern oder Gebrechen stammende Arbeitslosigkeit. Der Kampf gegen die sträfliche oder fahrlässige Arbeitslosigkeit bzw. die Arbeitsscheu fällt in den Aufgabenkreis der Verwaltung, der Kriminal- und Sittenpolizei usw. (Arbeitshäuser, Beschäftigungswerkstätten, Besserungsanstalten, Zwangserziehung usw.). Das eigentliche Armenwesen aber ist — zumindest nach unseren, der modernen Kulturgesellschaftsordnung gegenüber bestehenden Ansprüchen — bereits nur den Schiffbrüchigen der Gesellschaft in Gestalt von Wohltätigkeitsakten und systematischen Almosenspenden sich äußernder Unterstützung zu bieten. Dabei aber kann jeder Menschenfreund und Sozialpolitiker nur wärmstens wünschen, daß sich möglichst selten die Notwendigkeit ergebe, dieses Mittel der Unterstützung in Anwendung bringen zu müssen.

Achter Abschnitt.

Die Gewerkschaften.

1. Unter Gewerkschaft im allgemeinen verstehen wir den Zusammenschluß von Personen, die eine gewisse Interessengemeinschaft der Lebensführung, der Arbeit, des Erwerbes oder Berufes zur Wahrung und Förderung dieser Interessen verbindet. Die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber, der Unternehmer und ihrer Angestellten können gleichermaßen darunter verstanden werden.

Ursprünglich sind für das Entstehen der Gewerkschaftsorganisation in der Regel die Interessen des Lebensunterhalts, der Erwerbssicherung, der Wohlfahrt im Rahmen des betreffenden Lebensberufes, der Erhaltung und Betriebssicherheit des Unternehmens ausschlaggebend. Die Interessen der Gewerkschaften und die Gemeinschaft der in ihnen vereinigten physischen und Rechtspersonen erstrecken sich jedoch gewöhnlich weit über die Interessen jener Gruppe hinaus, durch die sich ihre Mitglieder — etwa wegen der Dringlichkeit des Selbstschutzes — ursprünglich zur Vereinigung veranlaßt sahen. Ihrem sozialen Charakter entsprechend und vermöge des natürlichen Entwicklungsganges dehnt sich ihr Interessenskreis immer mehr aus, bzw. wird dieser von immer weiteren, allgemeineren Gesichtspunkten aus erfaßt. Ihre Interessenvorstellungen ändern sich im Sinne der Entwicklung. Da nun in diese Organisationen beträchtliche Schichten der erzeugenden Gesellschaft einbezogen werden, kann ihrer Tätigkeit auch die soziale Allgemeinheit nicht gleichgültig gegenüberstehen; es knüpfen sich daran vielmehr zahlreiche gesellschaftliche, nationale mit einem Worte öffentliche Interessen höherer Art. So wird es zu einem Problem von hervorragendem öffentlichem Interesse, ob sich die Gewerkschaften lediglich als Gebilde zur Ertrötung möglichst ausgiebiger Erwerbsraten betätigen, ob sie dem Klassenkampf oder der Klassenselbstsucht zuliebe alle übrigen Gesichtspunkte außer acht lassen oder gleichzeitig als Fürsprecher von Interessen der Arbeiterwohlfahrt, des Kulturfortschrittes und der sozialen Entwicklung anzusprechen sind; ob das Seelenleben ihrer Mitglieder von der wohlwollenden Weltanschauung des Arbeitsberufes oder vom Geiste des revolutionären Umsturzes erfüllt ist.

Das Problem der Gewerkschaften muß somit — und zwar gleichermaßen in bezug auf die Organisationen der Arbeiter wie auf die der Unternehmer — vom Gesichtswinkel der Interessen der sozialen Gesamtheit aus ins Auge gefaßt werden. Ihr Schicksal, ihre Aktionen, ihre soziale und politische Energieentfaltung löst in der ganzen modernen Gesellschaft und in allen Schichten derselben bedeutsame Gegenwirkungen aus. Man darf es dementsprechend weder dabei bewenden lassen, daß man sie, als der Selbsthilfe einzelner Gesellschaftsschichten oder Interessengruppen dienende Gebilde, auf den Flügeln des unbeschränkten Wettbewerbes sich selbst überantwortet, noch soll man sich, wenn sie stärker gegen die Rechtsordnung verstoßen, ausschließlich vom Standpunkte der polizeilichen und strafrechtlichen Maßregelung mit ihnen befassen. Der modernen Sozialpolitik eröffnen sich gegenüber diesen, zur Befriedigung der Organisationsbedürfnisse der heutigen Gesellschaft berufenen Gestaltungen weit wichtigere und allgemeinere Aufgaben: Man muß sie der modernen sozialen und nationalen Entwicklung derart einzuverleiben verstehen, daß sie dem sozialen und nationalen Leben mehr Gehalt und größere Sicherheit zu verleihen, es mit möglichst viel Produktionsenergie entfaltendem Arbeitsberuf und, als dessen Frucht, mit möglichst zu-

verlässigen Grundlagen des Wohlergehens zu erfüllen imstande seien.

2. Der Zweck der Vereinigungen, die von den Arbeitern zur Verbesserung ihrer Existenz gegründet wurden, war vor allem, ihre Lage auf dem „Arbeitsmarkte“ angesichts der Arbeitsnachfrage, bzw. den Arbeitgebern gegenüber zu kräftigen. Später strebten sie immer folgerechter danach, sich, wenn auch um den Preis heftiger Kämpfe und großer Opfer, zu wirklichen Herren des Arbeitsmarktes aufzuschwingen und so möglichst starken politischen Einfluß, Macht und Herrschaft zu erlangen. Die Ziele der Arbeiterorganisation lassen sich demnach — ganz im allgemeinen — nach zwei Hauptgruppen: nach Wohlfahrt- und Machtzielen kennzeichnen. In der Praxis des wirklichen Lebens lassen sich diese beiden Zielgruppen, da sie ja in engem Zusammenhange stehen, zwar niemals vollständig voneinander trennen, doch können sie auch nicht völlig einander gleichgestellt werden. Ja, sehr häufig können die Gesichtspunkte und Interessen der Arbeiterwohlfahrt mit den politischen oder Machtinteressen einzelner (die eigentlichen Arbeitermassen zwar in erster Reihe in sich fassenden) Organisationen und Parteien, bzw. mit den sie lenkenden Führergruppen, in gar scharfen Gegensatz geraten.

Der geschichtlichen Reihenfolge nach waren die Ziele der Arbeiterorganisation vorerst durch den Druck der Wohlfahrtsinteressen und der Gesichtspunkte der Existenzverbesserung vorgezeichnet. Die Bestrebungen der Arbeiterschaft nach Verbesserung des Arbeitslohnes und der Arbeitsbedingungen gingen zumeist von den gelernten, intelligenteren Arbeitern aus. Von den ersten modernen Lohnbewegungen bis zu den auf Basis der Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit in Schwung geratenen Aktionen machten die betreffenden Verbindungen hinsichtlich des Ausmaßes ihrer Ansprüche und in bezug auf ihre Gliederung selbstverständlich sehr starke Wandlungen durch.

Da das einzige Einkommen des modernen Arbeiters im allgemeinen der Arbeitslohn bildet, mußte natürlicherweise auch in der Wohlfahrtspolitik der Gewerkschaften das Hauptgewicht auf die Lohnpolitik gelegt werden. Weil aber die Ausübung eines Einflusses auf die übrigen Bedingungen der Arbeitseinträglichkeit unmittelbar nicht in der Macht der Arbeiterschaft stand, war es zunächst die Günstigergestaltung des Arbeitsmarktes, worauf sie vom Wohlfahrtsstandpunkte aus ihr Bestreben richten mußten. Demzufolge mußte sich als Hauptziel herausgestalten, das Arbeitsangebot ihrerseits zu regeln und behufs Erreichung dieses Zweckes danach zu streben, daß in den einzelnen Arbeitszweigen das Arbeitsangebot nach Möglichkeit die Gewerkschaft in der Hand behalte.

Die Mittel, die den Gewerkschaften zur Erreichung dieses Zieles zur Verfügung standen, waren — abgesehen von den individuellen und organisierten Gewalttätigkeiten — die folgenden: a) Agitation, und zwar deren zahlreiche, durch lange Erfahrung entwickelte Methoden, und da in erster

Reihe die Agitation (Überredung, Aufreizung, Interessensuggestion usw.) in der Richtung, daß jeder Arbeiter des verwandten Gewerkes Mitglied der betreffenden Organisation werde. b) Arbeitseinstellung. c) Boykott, d. i. Verrufserklärung gewisser Fabriken, Werkstätten, Waren, Personen. d) Bestrafung ungehorsamer Mitglieder usw. Diese Mittel des gewerkschaftlichen Vorgehens näherten sich dann mehr oder weniger der versteckten oder offenen Gewalttätigkeit, und zwar in dem Maße, als die Arbeiterschaft vom Gedanken des Klassenkampfes erfüllt war. So machten die Mittel der Verleitung zur Arbeitseinstellung durchaus nicht bei den Argumenten halt, sondern nahmen mit systematischer Folgerichtigkeit die Elemente des Zwanges und Terrors in sich auf. So ist z. B. ein sehr bekanntes Mittel des Lohnkampfes die Aufstellung von Wachttruppen (*picketing*), ein Vorgehen, das — wenn man aufrichtig sein will — wohl offen als eine terroristische Methode der Verleitung zur Arbeitseinstellung zu bezeichnen ist.

Eine schwache Seite der letzterwähnten gewerkschaftlichen Kampfmittel ist es, daß sie häufig in Gewalttätigkeit und Terrorismus ausarten. Im Geiste des Klassenkampfes ist es ja auch ihr Zweck, daß sie in dieser Richtung unter günstigen Umständen solche Formen annehmen. Es sind also nicht allein Rücksichten auf die persönliche Freiheit, sondern auch gesellschaftliche Interessen von allgemeiner Wichtigkeit, darunter in erster Reihe die unabweisliche Notwendigkeit der ergiebigen Produktion, die das Zurgeltungskommen der öffentlichen, universellen Gesichtspunkte auf diesem Kampfgebiete des modernen Wirtschaftslebens dringend erforderlich erscheinen lassen.

Sind also die Wohlfahrtsbestrebungen der Gewerkschaften vom Standpunkte der sozialen Gesamtheit als Tätigkeiten zu betrachten, die das öffentliche Interesse mehr oder minder berühren, so müssen diese Tätigkeiten aus demselben Gesichtspunkte einer scharfen Kritik unterzogen werden. Wenn die Gewerkschaften schlechterdings als ständig aktive Organe des Klassenkampfes anzusprechen sind, so gestalten sie sich nicht allein den Interessen der übrigen Gesellschaftsteile und ihren Organen gegenüber zu feindseligen Lagern, sondern drängen auch die durch sie bewerkstelligte Interessenvertretung der „Arbeiterklasse“ lediglich auf jenes Möglichkeitsgebiet, wo mit einem derartigen sozialen Kampf das Auslangen zu finden ist, nämlich auf das Gebiet der Machtverteilung über das jeweilige Nationaleinkommen. Dieses Gebiet aber kann nur dann zu einem realen und bleibenden Wohlfahrtbereich auch für die Arbeiterschaft werden, wenn gleichzeitig die Bedingungen der ergiebigen Produktion sichergestellt sind, weil ja die steigende Einkommenquote der Arbeiterschaft nur durch das dementsprechend aufrechterhaltene oder zunehmend gestaltete Nationaleinkommen garantiert werden kann. Ein Nationaleinkommen aber, das auch den Ansprüchen der Arbeiterschaft die entsprechende Menge von Gütern kann zuteil werden lassen, hat eine

ergiebigste nationale Produktion zur Voraussetzung. Vom Standpunkte des öffentlichen Interesses aus darf somit die Machtpolitik der Gewerkschaften mit den Interessen der ergiebigen Nationalproduktion nicht in Gegensatz geraten. Geschieht dies dennoch, so sind damit auch dem Zurechtfindungskommen der Klassenwohlfahtinteressen früher oder später physische und mathematische Hindernisse aufgerichtet. Selbst wenn man nämlich das öffentliche Interesse in diesem Belang als Bedarfdeckung allein stofflicher Art auslegt, wird die Befriedigung der Bedürfnisse auch in diesem rein stofflichen Sinne ganz ohne Zweifel zur reinsten Unmöglichkeit, falls die Möglichkeiten einer je ergiebigeren Erzeugung gerade der stofflichen Massenbedarfs- und Genußgüter durch eine Haltung der Gewerkschaften hintangehalten wird, die einseitig auf die Steigerung der Teilungsquote und nicht gleichzeitig auf die Zunahme des Produktionsergebnisses gerichtet ist.

Hinsichtlich dieser grundlegenden Frage erwachsen dem zur Geltendmachung des öffentlichen Interesses auf sozialem Gebiete berufenen Staate besonders auf dem Gebiete des Gewerkschaftsproblems kritische und aktive Aufgaben von hoher Wichtigkeit.

Vom kritischen Standpunkte aus ist die Beurteilung der Frage, wann und wie lange die gewerkschaftlichen Bestrebungen als im öffentlichen Interesse gelegen zu betrachten und wann sie es nicht mehr sind, eine wirtschaftspolitisch wichtige Aufgabe. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert tiefe, ernste Problemkenntnis, strenge Sachlichkeit, scharfe Urteilskraft und vor allem starke Synthese im Verstehen und Erwägen der Beschaffenheit und Rangfolge jener verschiedenen Interessen, die in der Gesellschaft einander gegenüberstehen. Von besonderer Wichtigkeit ist es, festzustellen, wann die gewerkschaftlichen Bestrebungen mit dem großen öffentlichen Interesse der ergiebigen sozialen Produktion in Gegensatz geraten. Bei einem derartigen Gegensatz können insbesondere jene Interessen nicht dauernd begründet werden, die zufolge ihrer großen Masse einen immer größer werdenden Quotenanteil des materiellen Ergebnisses der sozialen Produktion in Anspruch nehmen oder in Anspruch nehmen wollen.

Vom Standpunkte des aktiven Handelns sind außer den vorerwähnten Beziehungen der Kritik die Macht- und Kraftverhältnisse des Staates, als der Obrigkeit, die gegenüber den Klassen, Gruppen und verschiedenen Interessenlagern der Gesellschaft das öffentliche Interesse zu vertreten und geltendzumachen hat, in erster Reihe zu berücksichtigen. Und gerade in diesem Belang, d. i. hinsichtlich der Anwendung jener Sanktionen, die die Ermöglichung der sozialpolitischen Initiative, Einmischung und der Wahrung des öffentlichen Interesses sicherstellen, können zwischen Staat und Staat die größten Unterschiede obwalten. Angesichts der heutigen gesellschaftlichen Struktur und angesichts des zunehmenden Klassenkampfes ist ein sozialpolitisch starker Staat (d. i. ein

solcher, der das objektiv erfaßte öffentliche Interesse auch einzelnen großen Gesellschaftsklassen gegenüber zu verteidigen imstande ist) keine allzu häufige Erscheinung. Wenn wir aber die Sozialpolitik vom Gesichtswinkel jener Weltanschauung aus betrachten, wonach es deren universelle Aufgabe ist, das öffentliche Interesse auch über alle — wie immer starke — Klasseninteressen hinweg wahrzunehmen und zu fördern, so bedarf es zur Ausübung einer vom Standpunkte des Dienstes dieses öffentlichen Interesses praktisch erfolgreichen Sozialpolitik auch auf sozialpolitischem Gebiete eines Staates von wohlbegründeter Macht. Ein starker Staat kann auch auf sozialpolitischem Gebiete das öffentliche Interesse schützen, der schwache Staat wird im Klassenkampf früher oder später zum Klassenstaat. Vom Standpunkte des Gewerkschaftsproblems und der Gewerkschaftspolitik ist die Beherzigung dieser Feststellungen besonders zeitgemäß.

3. Hinsichtlich des geschichtlichen Verlaufs und der Entwicklungsrichtung des Gewerkschaftswesens ist folgendes wahrzunehmen: Während sich die englischen Trades-Unions vorwiegend auf „wirtschaftlich“ zu bezeichnender Grundlage betätigten, und auf politischem Gebiete erst in neuerer Zeit ihre eigene, sie speziell kennzeichnende Richtung einschlugen, begann auf dem Kontinent die Arbeitsorganisation eigentlich schon auf sozialistisch-politischer Basis. Bereits der 1863 in Leipzig gegründete Deutsche Arbeiterverein war von solcher Beschaffenheit, obwohl dieser noch mit gesetzlichen und friedlichen Mitteln seine Ziele zu erreichen wäre berufen gewesen. Infolge der durch die 1869er deutsche Gewerbeordnung eingeführten Vereinigungsfreiheit kommt die Entwicklung der industriellen Gewerkschaften Deutschlands ziemlich rasch in Fluß. Als bald jedoch gewinnt in der Arbeiterorganisation die marxistische Richtung Oberhand. Im sogenannten Erfurter Programm stellt sich die 1869 gegründete Sozialdemokratische Partei — als damals spezielle Arbeiterpartei — schon auf den Marxschen Standpunkt. Zu Vereinigungen ebensolcher Richtung gestalten sich, bzw. schon als solche entstehen auch jene, die größte Zahl von Mitgliedern in sich vereinigenden sogenannten Freien Gewerkschaften Deutschlands, die zugleich auch sozialdemokratische Parteiorganisationen sind. Im Vergleich zu diesen entwickelten und befestigten sich die „christlichsozialen“ Arbeiterorganisationen mit ziemlicher Verspätung. Als erste in der Reihenfolge bildete sich der sogenannte Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftstyp aus. Es war eine liberale Schöpfung, ebenfalls mit starkem Parteianstrich. Die Gründer suchten eine Einrichtung nach dem Muster des englischen Trades-Unionismus zu schaffen. Die Arbeiter sollten unter Anerkennung der gesetzlichen, staatlichen Grundeinrichtungen zu Organisationen vereinigt werden. Als Fehler ihres Grundgedankens erscheint, daß man das negative Wesen des Liberalismus zur Vereinigung starker, kämpfender Interessenlager geeignet erachtete, anstatt die positive Wirkungskraft des nationalen Gedankens bei der Gründung der Interessen-

organisationen der Arbeiter stärker zu entwickeln und zu festigen. Endlich tauchten einige Jahre vor dem Weltkrieg die sogenannten Nationalen Arbeitervereine auf, die sich 1910 zu einem nationalen Verband zusammenschlossen. Mit Verwerfung der Mittel des Klassenkampfes suchten sie sich auf den Boden des gesellschaftlichen Friedens und der sozialen Interessensolidarität zu stellen. Dies macht einerseits verständlich, daß sie von seiten der Unternehmer häufig Beihilfe erhielten, andererseits aber sind auch die heftigen Angriffe und Herabsetzungsversuche zu verstehen, denen sie, als sogenannte „gelbe“ Gewerkschaften, von sozialistischer Seite ausgesetzt waren.

Zumeist war es der deutsche sozialdemokratische Gewerkschaftstyp, der den Arbeiterorganisationen des Kontinents seinen Stempel aufdrückte. In einzelnen Ländern ließ natürlich auch die kulturelle und Temperamentsverschiedenheit der Massen und ihrer Führer ihre Wirkung auch auf die Gestaltung der Gewerkschaften verspüren.

Gegenüber den sozialdemokratischen Organisationen bedeuten einerseits jene einen Gegensatz, bzw. einen gewissen Unterschied, die sich auf die Grundlage der heutigen sozialen, staatlichen, sittlichen und nationalen Ordnung, bzw. auf eine oder die andere Ordnungsart stellen und nicht das marxistische Endziel, d. i. den revolutionären Umsturz und die Neueinrichtung der Gesellschaft, auf solcher Basis die Kollektivisierung, bzw. Egalisierung ihrer Produktion und der Einkommenverteilung anstreben. Die „christlichsozialen“ Arbeiterorganisationen stehen in dieser Hinsicht den sozialistischen ziemlich scharf gegenüber. Hieher sind auch die vorwiegend „liberalen“ Gründungen (Hirsch-Duncker), insbesondere aber die sogenannten „gelben“ Organisationen, sowie andere, an der Plattform des sozialen Friedens festhaltende Vereinigungen und gewerkschaftliche Reformversuche zu zählen. Vom Standpunkte der gegen den revolutionären Klassenkampf Schutz suchenden Richtung aber sind als praktisch erfolgreichste Organisationen jene anzusehen, die der revolutionären Richtung gegenüber auch bei den Arbeiterorganisationen den gegenrevolutionären Schutz als Grundsatz des Zusammenschlusses aufstellen. Solche sind beispielsweise die italienischen Fasistengewerkschaften, die deutschen nationalsozialistischen Formationen, einzelne „erwachende“ Arbeitervereine in Ungarn usw.

Den anderen Unterschied gegenüber den Organisationen sozialdemokratischer Art bilden die „kommunistischen“ Vereinigungen engeren Sinnes, die sich im Gedanken der unmittelbaren Erreichung des marxistischen Zieles hauptsächlich während der bolschewistischen Nachkriegswirkungen interessenschutzmäßig zusammenschlossen.

Die unter dem Beistand der revolutionär-sozialistischen Parteien stehenden Gewerkschaften sind in ihrer sozialen und politischen Tätigkeit von seelischen und politischen Strömungen durchdrungen und beherrscht, die sich zwischen den Polen der Sozialdemokratie und des Bolschewismus

bewegen. In manchen Ländern kommt auch der „Anarchismus“ zu Worte. In trüben Zeiten, bei umstürzlerischen Massenstimmungen lösen sich Strömungen in der Richtung unmittelbarer, oft blutig-gewalttätiger Entscheidungen: des Kommunismus, Bolschewismus, der „Proletardiktatur“ und so weiter aus, wodurch dann die überwiegende Mehrheit leicht fortgerissen wird, während ruhigere Zeiten eher Bestrebungen sozialdemokratischer Art, jedoch ebenfalls marxistischen Endzieles, günstig sein mögen.

An Vereinigungstypen besonders charakteristischer Schattierung fehlt es auch bei den revolutionär orientierten Organisationen nicht. (So z. B. die französischen, deutschen usw. revolutionären Syndikalistenorganisationen.)¹⁾ Andererseits wieder gibt es auch solche Gebilde, deren Zweck es ist, die Stoßkraft des sozialistischen Gewerkschaftstums abzustumpfen, ohne daß sie bewußterweise zu einer nationalen oder „gegenrevolutionären“ Tendenz hinneigen würden. (Hieher gehören z. B. die schon erwähnten, sogenannten „gelben“ Organisationen.)

4. Bei den englischen Gewerkschaften waren ursprünglich die Ziele der eigentlichen Arbeitswohlfahrt vorherrschend. In neuerer Zeit ist häufig und verallgemeinernd der Zug nach der „revolutionären“ Richtung wahrzunehmen. Von weltgeschichtlicher Bedeutung ist die Frage, inwiefern den englischen Arbeiterorganisationen der alte Boden unter den Füßen festhält oder erschüttert wird, d. i. bis zu welchem Grade sie auf der Grundlage der nationalen und sozialen Ordnung verbleiben oder sich von ihr lossagen.

Es ist nicht unsere Aufgabe oder Absicht, an dieser Stelle eine Übersicht der Arbeiterorganisation in den einzelnen Ländern nach politischen und Weltanschauungsrichtungen dieser Organisation und der sie beeinflussenden Faktoren zu geben; nur vom Gesichtspunkte unseres Gegenstandes aus wollen wir hier ihre vorherrschenden Charakterzüge kennzeichnen.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften hinsichtlich Schutzes und Förderung der Arbeiterinteressen kann naturgemäß sehr vielseitig sein. Sie kann sich äußern in der Hilfeleistung ihren Mitgliedern gegenüber, in deren

¹⁾ „Sozialismus und Gewerkschaftspolitik, Arbeiterbewegung und soziale Befreiung, das sind die Brennpunkte unserer Zeit. ... Die Arbeiterschaft ist allein durch Führung einer aktiven Gewerkschaftspolitik in der Lage, (der) Verwahrlosung Einhalt zu gebieten. Von der Einkehr der Arbeiterschaft, von der Abkehr vom Revisionismus und Reformismus hängt der Sieg des Sozialismus ab. Rücksichten auf die besitzende Klasse kann die Arbeiterschaft nicht nehmen. ... Sie muß ein Interesse an einer besseren Ordnung der Menschheit haben. Möge diese Schrift dazu beitragen, die großen Massen der Arbeiterschaft aufzurütteln und zurückzuführen auf den Weg des proletarischen Klassenkampfes. ...“

Siehe Fritz Linow: Gewerkschaftsbewegung und Arbeitsrecht. Berlin, 1928. Verlag „Der Syndikalist“. S. 54.

friedlich zu nennenden Interessenfürsorge, in der Förderung ihrer Kultur und ihrer Kenntnisse, sei es durch Unterricht, Selbstbildung oder Darbietung von Kulturmitteln. Besagte Lebensfunktion kann aber auch in einer Gestalt zum Ausdruck kommen, wo die Organisationen ihre Mitglieder entweder in den Kämpfen des fachgewerblichen Arbeitsberufes, oder auf sozialem, ja selbst auf politisch-revolutionärem oder militärischem Gebiete in die Kampflinie stellt. Diese letzterwähnten Lebensfunktionen der Arbeiterorganisationen sind selbstverständlich heiklerer Natur und können daher vom Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses aus nicht schlechtweg mit dem Festhalten an dem Grundsatz des *laissez-faire* erledigt werden.

Was die von den Gewerkschaften gebotenen verschiedenen Hilfeleistungen anbelangt, sind diese, wie aus dem Gesagten ersichtlich, dort, wo sie im objektiven Sinne kulturellen und Wohlfahrtszielen dienen, unbedingt von sozialpolitischem Wert; gefährlich aber können sie dort werden, und grundsätzlich sind sie unter die Kontrolle einer, das öffentliche Interesse vor Augen haltenden Fürsorge dort zu setzen, wo sie als Mittel der revolutionären Agitation, des ausgesprochenen Klassenkampfes und so weiter benützt werden.

An Hilfeleistungen bieten die Gewerkschaften hauptsächlich: Reisehilfe, damit sich der Arbeiter dorthin begeben könne, wo es das Gewerkschaftsinteresse vom Standpunkte der Beeinflussung des Arbeitsmarktes erfordert; Streikhilfe, sogenannte Verfolgungshilfe, Arbeitslosenhilfe, Unfall-, Beerdigungshilfe hauptsächlich dort, wo die Organisationen Versicherungsfunktionen versehen. Die Hilfeleistungen letzterwähnter Art kann die Gewerkschaften aus dem Grunde belasten, weil der Staat die eigentliche Arbeiterversicherung noch nicht vollständig oder überhaupt nicht verwirklicht hat; oder aber kann sie auch mit der staatlichen Arbeiterversicherung parallel erfolgen. Zur kulturellen Hilfeleistung lassen sich die Tätigkeiten auf den verschiedenen Gebieten der fachgemäßen oder allgemeineren Kultur, wie Lehrkurse, Anschauungsunterricht usw., zählen. Mit solchen Kultur- und Fachlehrgängen oder Lerngelegenheiten können indes systematische Gedankensuggestionen agitatorischer, politischer, revolutionärer Art schier untrennbar verknüpft werden, wofür die Vergangenheit und Gegenwart der modernen sozialen Bewegungen genügend Beispiele zeigen. Wegen ihrer hohen sozialen und politischen Wichtigkeit haben die Gedanken- und Tendenzsuggestionen solcher Art für den Sozialpolitiker, der sich mit den Funktionen der Gewerkschaften befaßt, den Gegenstand eines eigenen Problemstudiums zu bilden.

Ein mit der Gewerkschaftsfrage eng zusammenhängendes Problem ist auch die Arbeitsfreiheit und der Gewerkschaftszwang. Von seiten des Arbeiters bildete ursprünglich die Gewerkschaftsfreiheit das Problem. Allmählich aber stellten die Gewerkschaften ihrerseits den Grundsatz des

Gewerkschaftszwanges auf. Die Erklärung hiefür liegt darin, daß sie die Herrschaft des Arbeitsmarktes anstrebten. Je mehr die einzelnen Arbeitskräfte in den Wirkungskreis des organisierten Arbeitsangebotes gehören, desto mehr gelangt auf dem Arbeitsmarkte das Arbeitsangebot über dem Unternehmertum zur Herrschaft. Daher das eifrige Streben nach Einführung des Gewerkschaftszwanges, der häufig auch verwirklicht wurde, und zwar in der Form und mit der Tendenz, daß außer der Gewerkschaft befindliche Arbeiter zu keinem Verdienst gelangen konnten. Nehmen wir dazu noch den Kampf um die gesetzliche Anerkennung der Streikkartelle, die bei Streiks aufgestellten Wachtruppen (*picket*), was in der Praxis gleichbedeutend mit der gesetzlichen Terrorisierung der Arbeitswilligen ist, so muß man zur Einsicht kommen, daß es einem solchen gesellschaftlichen Drucke gegenüber in der Praxis keine „Arbeitsfreiheit“ mehr gibt. Allerdings gehen all diese Bestrebungen ziemlich weit über den rein wirtschaftlichen Interessenschutz hinaus auf das Gebiet der politischen Beeinflussung hinüber und werden so zu Elementen des Klassenkampfes. Vom Standpunkte des öffentlichen Interesses ist also gerade die Absteckung der Grenzen dieser Interessen erforderlich, weil ja Agitationsmittel, in kleinem Maßstabe angewandt, der gewerkschaftlichen Wohlfahrtspolitik förderlich sein können, gesteigert und übertrieben aber den Charakter des Terrorismus, des Klassenkampfes, ja der sozialen Kriegführung annehmen.

Wenn wir den Begriff der sogenannten Menschenrechte nicht bloß als Schlagwort im Munde führen, so müssen wir zugeben, daß die freie Arbeitswahl des Menschen in den Kreis der Menschenrechte, Freiheiten und so weiter gehört. Und so hat denn auch die Berufung auf diese Rechte und Freiheiten in den Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital eine hervorragende Rolle gespielt. Fügen wir gleich hinzu, daß es zumeist von beiden Seiten pharisäischerweise zur wirklichen oder vermeintlichen Verhüllung des jeweiligen Sonderinteresses geschah. Aufgabe der Öffentlichkeit ist es somit, die Freiheit der Arbeit und der Arbeitstätigkeit in der Praxis, den wohlerwogenen, sachlich festgestellten öffentlichen Interessen entsprechend, innerhalb gewisser realer Vernunftsgründe zu umschreiben, ihre Ausmaße, Umstände, Bereichsgrenzen zu bestimmen und dann kräftig und in praktisch erfolgreicher Weise auch zu verteidigen. Zu verteidigen nicht nach der oft phrasenhaften Auslegung der Menschenrechte, sondern vom Standpunkte des gemeinnützigen Schutzes gegen von welcher immer Seite stammenden Terror oder Gewalttätigkeit.

5. So lange die Gewerkschaften noch nicht zur gegenwärtigen oder dieser ähnlichen Machtbedeutung auf dem Arbeitsmarkte gelangt waren, als noch die Arbeitsnachfrage dem Arbeitsangebot gegenüber vorherrschte, wurde die Bedeutung der Arbeiterorganisation von der marxistischen Ideologie des revolutionären Sozialismus ziemlich geringgeschätzt. Man versprach sich dort von den Gewerkschaften keine wesentlichen Ergebnisse.

Später, als man in den Gewerkschaften schon einen Machtfaktor zu erkennen bemüht war, begann das Bestreben, die Gewerkschaften zu Bollwerken des marxistischen Programmes auszubauen. Einige Strömungen revolutionär-sozialistischer Tendenz machten aus den Gewerkschaften geradezu Kriegseinheiten der betreffenden Offensive. (So beispielsweise der „Syndikalismus“, syndikalistischer Sozialismus.) Auf sie hält denn auch der spätere und noch mehr der bolschewistische Marxismus hohe Stücke. Die kommunistischen Verfassungen neuerer und zumal neuester Art, sowie die revolutionären Organisationen im allgemeinen fügen zu ihren eigenen Zwecken die Gewerkschaften als eigene Einheiten ein.

Unter den jetzigen Verhältnissen sind die Gewerkschaften ihrer großen, ja überwiegenden Mehrheit nach einerseits Einrichtungen und Vertretungen der Berufs- und Wohlfahrtsinteressen, andererseits jedoch sind sie auch als sozialistische oder kommunistische Faktoren revolutionärer Tendenz und ebensolchen Endzieles zu erkennen. „Bürgerliche“ und „katheder-sozialistische“ Sozialpolitiker optimistischen Schlages stellen die Evolution des modernen Gewerkschaftswesens so dar, als ob es dabei sachlich und vom öffentlichen Interesse aus lediglich um den Entwicklungsgang der Arbeitswohlfahrteinrichtungen handeln würde. Nach Art der Vogelstraußpolitiker tun sie, als wollten sie nicht einsehen, daß dieser Entwicklungsgang untrennbarer und unvermeidlich auch gleichzeitig eine Entfaltung des Klassenkampfes und sozialen Umsturzes bedeutet. Andere Sozialpolitiker hingegen machen aus diesem Umstand kein Geheimnis, ja sie ziehen die Gewerkschaften in erster Reihe von diesem sozialistischen und revolutionären Standpunkt aus in Betracht.

Die Gewerkschaften vom revolutionären Sozialismus und vom Klassenkampf abzusondern und vor ihnen zu bewahren, ist überaus schwer, ja nicht einmal möglich, da ja derselbe Arbeiter Gewerkschaftsmitglied und auch Mitglied der Sozialistenpartei ist. In der Erkenntnis dieses Umstandes gründet der deutsche Sozialismus seine Gewerkschaften schon in der Gestalt von Parteiorganisationen. Ähnlich verfahren auch die übrigen kontinentalen Nachfolger der deutschen Richtung, wogegen die englischen Trades Unions noch zu einer Zeit früherer Gesinnung entstanden sind.

Nach all dem Gesagten muß die Hoffnung, daß die modernen Arbeiterorganisationen zu überwiegendem Teil an den Kämpfen der Umsturzrevolution nicht teilnehmen oder sich diesen gegenüber als Vereinigungen gleichgültig verhalten werden, bzw. sich in solcher Enthaltensamkeit würden bewahren lassen, als eitle Utopie erscheinen. Eine solche Voraussetzung mag dem Geschmacke eines oberflächlichen, mit der Natur des Problems nicht vertrauten Laienpublikums (das in der Sozialpolitik bequeme Lösungsarten erwartet und es nicht liebt, wenn man von ihm eine Teilnahme an den sozialen Kämpfen mit Opfern verlangt) schmeicheln, sie ist aber gleichwohl entschieden gefährlich, weil sie zur Versäumnung des Schutzes der sozialen Gesamtinteressen führt. Es wird in letzterer Zeit auch die

Entwicklung der Sozialdemokratie im allgemeinen mit zuviel Optimismus betrachtet, besonders von seiten bürgerlicher Kreise, die nicht die Nerven haben, der ungeschminkten Wahrheit ins Auge zu schauen. Dieser Optimismus wäre erst dann berechtigt, wenn sich die Sozialdemokratie von dem Marxismus und der marxistischen Zielsetzung grundsätzlich und vollkommen losmachen und dies auch offiziell anerkennen und verkünden würde.

Angesichts des Umstandes, daß sich das Gewicht und die Bedeutung der Gewerkschaften im Klassenkampfe fortwährend steigert, wird es immer schwieriger und aussichtsloser, daß diese sich zu gleichgültigen und klassenpolitisch farblosen Organen der Arbeiterschaft und ihrer Wohlfahrtsinteressen umgestalten lassen. Sind doch die Arbeiter selbst, noch mehr aber ihre führenden, stimmgebenden Faktoren mehr oder minder nach rechts oder links (bisher eher links) eingestellte Menschen. Es ist darum eine liberale Utopie, sich derartige, vom Standpunkte des Klassenkampfes und der revolutionären Tendenzen gleichgültige Gewerkschaften zu versprechen. Leben wir doch in einer Zeit, da sich einerseits die Klasseninteressen der Massen an die Organisationen knüpfen, während anderseits sozusagen jede solche Organisation und jedes seiner Mitglieder unter der Wirkung der Agitationen steht und das tägliche Brot, das Unterkommen und die Existenz des Arbeiters selbst von diesen zu Einheiten des Klassenkampfes gewordenen Organisationen abhängt.

Eine in gesellschaftserhaltender Richtung erfolgreiche Gewerkschaftspolitik kann daher nur dann befolgt werden, wenn man nicht von der einfältigen oder heuchlerischen Auffassung ausgeht, als seien die modernen Gewerkschaften schlechtweg und ausschließlich nur auf die Arbeiterwohlfahrt gerichtet. Wir vertrösten uns daher auch durchaus nicht mit der ganz unwahrscheinlichen Zuversicht, daß es gelingen könne, die Gewerkschaften einfach und unvermischt in Wohlfahrtseinrichtungen umzuwandeln, ohne dabei mit der bitteren Wirklichkeit zu rechnen. Mit der Wirklichkeit nämlich, daß die Arbeiterorganisationen heutzutage auch Einheiten und Faktoren des Klassenkampfes, und zwar dessen Faktoren von erstrangiger und ausschlaggebender Wichtigkeit sind. Die Erwägung dieser bitteren Wirklichkeit aber macht dem Sozialpolitiker gesellschaftserhaltender Tendenz, der den revolutionären Umsturz zu vermeiden wünscht, nicht die liberale Gleichgültigkeit des *laissez-faire*, wohl aber die aktive Mitwirkung und ehrliche Teilnahme an der kämpfenden Kraftentfaltung zur Abwehr des revolutionären Klassenkampfes zur unabweislichen Pflicht.

Die Aufgabe besteht also nicht darin, daß man Unmögliches, völlig Unwahrscheinliches erwarte und erhoffe. Das Ziel, dem es zuzustreben gilt, ist nicht die Herabdrückung der Gewerkschaften zu bloßen Wohltätigkeitsorganen, sondern ihre Gestaltung bzw. Umgestaltung zu gesellschaftserhaltenden Organen nationaler Richtung oder die Eroberung der-

selben durch Mitglieder solcher Weltanschauung. Dieses Ziel aber bedeutet Arbeit, Kampf, Kraftentfaltung. Kein bequemes Abfinden mit den bestehenden Verhältnissen, kein Schwimmen mit dem Strom, sondern stirnbietende, agitierende, suggerierende, die Minderheiten zu Mehrheiten wandelnde Energien. Nicht bürokratische Gemächlichkeit in der Sozialpolitik, sondern Findigkeit, entschlossenes Ausharren, und selbst-aufopfernde Arbeit in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung und Verteidigung um den Preis großer Einsätze errungener sozialer Kulturgüter in Frage steht.

Die gesellschaftserhaltende, nationale Richtung muß klar und ohne falsche Illusionen diese Entwicklungsmöglichkeiten des modernen Gewerkschaftswesens voraussehen. Sie muß aktiv auf den Plan treten, den Kampf aufnehmen, die reinigende, verbessernde, aufklärende Arbeit beginnen zur Gewinnung, Eroberung der Gewerkschaften und zu ihrer Fernhaltung von den revolutionären Umsturzrichtungen. Und sie hat eigene Gewerkschaften zu errichten.

6. Die Organisationen der Arbeiter sind ebenso wie jene der Arbeitgeber, der Unternehmer vor allem Interessenorganisationen, und zwar solche vom Gesichtspunkte der Arbeiter wie der Unternehmer. Man könnte sie als „Klasseninteressen“-Organisationen bezeichnen. Gleichwohl aber darf man nicht glauben, daß der sachliche Sozialpolitiker außer den individuellen und Klasseninteressen, die sich an die Gewerkschaften knüpfen, bzw. außer den Gesichtspunkten der Klassenwohlfahrt und der Güteraufteilung, die übrigen wichtigen Gesellschaftsinteressen nicht in Betracht zu ziehen brauche oder sie, als auf ein anderes Blatt gehörig, einfach übergehen könne. Die individuell-liberale oder die sozialistische Volkswirtschaftslehre mag dieser Ansicht sein, keinesfalls aber kann einen solchen Standpunkt jene sozialpolitische Richtung einnehmen, die sich in erster Reihe den Schutz der öffentlichen Interessen vor Augen hält, um die durch schwere Opfer und Mühen der Gesellschaft zustandegebrachte Kultur, Wohlfahrt und Ordnung besorgt und den Niedergang hintanzuhalten bestrebt ist. Wollen die Gewerkschaften ihrem Berufe auch gemäß den Anforderungen des in unserem Sinne aufgefaßten öffentlichen Interesses entsprechen, so haben sie nicht allein den individuellen und Klasseninteressen praktisch nützliche Dienste zu leisten, sondern sich auch hinsichtlich des öffentlichen Interesses als verläßlich zu erweisen. Sowohl die Gewerkschaften der Arbeiter, als jene der Unternehmer aber sind auch vom Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses aus nur dann nützlich, wenn die in ihnen vereinigten Arbeiter, bzw. Unternehmer nicht bloß ihre Eigeninteressen mit kurzsichtiger Selbstsucht befriedigen, sondern auch ihre berufsmäßigen Aufgaben gegenüber der Gesellschaft bzw. jenen sozialen Bedürfnissen und Ansprüchen gegenüber entsprechend erfüllen, deren Befriedigung die betreffenden Berufe sowohl seitens der Arbeiter, als auch seitens der Arbeitgeber zu dienen haben. Praktisch läßt sich

diese Forderung am einfachsten in der Weise fassen, daß die Gewerkschaften vom sozialen Standpunkte nur dann wünschenswert erscheinen, wenn sie nicht allein die Interessen der Arbeiter bzw. der Unternehmer schützen und verwirklichen, sondern auch die Interessen der ausgiebigen Produktion und demzufolge der tatsächlichen Bedürfnisbefriedigung innerhalb des betreffenden Produktionszweiges wahrnehmen, verteidigen und realisieren helfen. So sind beispielsweise die Gewerkschaften der Bäcker vom sozialen Gesichtspunkte aus nur dann nützlich, wenn sie nicht bloß die Lohnforderungen der Backarbeiter und die Gewinnansprüche der Backunternehmer sicherstellen, sondern durch Erzeugung und Bereitstellung des qualitativ und preismäßig entsprechenden Gebäcks auch die objektiven Zweckinteressen des Bäckerberufes und seines Gewerbezweiges garantieren.

Die sogenannten „Klasseninteressen“ der Arbeiter gegenüber den Gewerkschaften sind der Hauptsache nach Interessen der Lohnsicherstellung, also der Einkommenverteilung. Irrig ist die Auffassung, die da glaubt, mit der einseitigen Hervorkehrung und Übertreibung dieser Aufteilungsinteressen könne — sei es auch nur zugunsten der betreffenden Klasse selbst — ein dauernd günstiges Ergebnis gesichert werden. Schlüssel und Leistungsbasis der günstigen Aufteilung kann nur die ergiebige, genügend leistungsfähige Produktion sein. Darum haben die Gewerkschaften auch in ihrem eigenen „Klasseninteresse“ darauf bedacht zu sein, daß sie eine ergiebige Produktion vermitteln, denn ohne eine solche können auch ihre Verteilungserfolge im besten Falle bloß einseitige und zeitweilige sein.

Die alten Zünfte waren von diesem Gesichtspunkte aus nützlich, man kann sagen: effiziente Organe, da sie auch die Sicherstellung der Ergiebigkeit und der entsprechenden Qualität ihres Produktionszweiges als ihre Aufgabe ansahen. Nur so konnten sie Jahrhunderte lang bestehen und der Öffentlichkeit gute Dienste leisten. Und nachgerade lächerlich einfältig ist die Annahme, daß sie so lange Zeit hindurch ausschließlich zur Verwirklichung utilitaristischer Verteilungszwecke und unter Mißachtung ihres sozialproduktiven Berufes, als so breite und wichtige Volksschichten umfassende Organe hätten fortbestehen können.

Daß die Gewerkschaften letzten Endes auch Gemeinschaften zur Vermittlung der ergiebigen Produktion und der sozialen Bedürfnisbefriedigung sein müssen, ist ein Grundsatz, der sowohl hinsichtlich der Arbeiter-, als auch der Unternehmerorganisationen zurecht besteht. Bei den Unternehmerorganisationen steht das Interesse der Produktionsorganisatoren jenem der erzeugenden Lohnarbeiter und der Verbraucher gegenüber, bei den Arbeiterorganisationen hinwieder handelt es sich einerseits um das Interesse der Lohnarbeiter und andererseits um jenes der Unternehmer und der Verbraucher. Die Gesellschaft aber kann nur in der großen Synthese der Interessen des Verbrauchs und der Erzeugung den Weg des

Fortschritts finden und diese große soziale Interessensynthese hat die Interessen des Arbeiters und des Unternehmers miteinander in Einklang zu bringen. Ohne diesen Zusammenklang ist jede einseitige utilitaristische (individuell-klassenmäßige) Organisation ein Mittel der Zersetzung, anstatt daß es dem Fortschritte dienen würde. Besagte Interessensynthese aber kann nicht, wie sich's Bastiat und die Vertreter der manchesterliberalen Auffassung bequemerweise vorstellen, durch die in der „natürlichen“ Ordnung verborgene Harmonie zustande gebracht werden, sondern nur durch eine zielbewußte sozialpolitische, das öffentliche Interesse verwirklichende Arbeit. Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte ist es zu verstehen, daß die Interessen des Arbeiters und des Unternehmers durch die Gewerkschaften auf die Dauer nur dann befriedigt, in die große Synthese der Interessen von Produktion und Konsum nur dann einbezogen werden können, wenn sie zu Vermittlern der ergiebigen Produktion werden, sich zum Rahmen der richtigen sozialen Berufserfüllung, der schaffenden Pflichterfüllung gestalten. Die Sozialpolitik bedarf also auch auf diesem Gebiete vor allem einer Wiedergeburt der Pflichterfüllung.

Dagegen treten die modernen Gewerkschaften häufig und in vielen Hinsichten vor allem als Organe und Einheiten des Klassenkampfes in Erscheinung. In solcher Eigenschaft sehen wir sie oft mit ihrem Wohlfahrtsberufe, d. i. mit jener Aufgabe in Widerspruch geraten, die eine reale Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiters durch die zunehmende bedürfnisbefriedigende Kraft seines Einkommens bezweckt. Der besagte Widerspruch aber ergibt sich daraus, daß die den Klassenkampf verkündenden Gewerkschaften auch die Verringerung des Produktionsergebnisses oft unter ihre taktischen Mittel einreihen, wogegen der Fortschritt der Massenwohlfahrt letzten Endes nur eine der wichtigsten Folgen der Ergiebigkeit der Massenproduktion ist.

All dies ist vom Standpunkte der gegenüber den Gewerkschaften anzustellenden sozialpolitischen Erwägungen vielfach beherzigenswert. Sind doch die Gewerkschaften nicht allein jene Rahmen des modernen erzeugenden Standes, die dessen Lage zu verbessern haben, sondern auch berufen, ihm auch bis zu einem gewissen Grade die Weltanschauungsrichtung zu weisen und die Arbeitsmoral anzugeben. Für die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung der sozialen Wohlfahrt ist somit die Tätigkeitsrichtung der Gewerkschaften nicht gleichgültig, sondern von hoher Wichtigkeit. Vom Gesichtspunkte des zukünftigen Schicksals der Gesellschaft ist es hochwichtig, ob sich die Wohlfahrtspolitik der Gewerkschaften lediglich als eine Politik des von Fall zu Fall unternommenen und jede andere Rücksicht außer acht lassenden Ertrötung der Lohn-erhöhung betätigt oder ob sich die Gewerkschaften nebenbei auch von dem öffentlichen Interesse der Produktionsergiebigkeit leiten lassen. Von großer Wichtigkeit ist es auch, ob sich die Leitungen der Gewerkschaften zum Verständnis der Wahrheit aufschwingen können, daß die auf Kosten

der Arbeitsleistung und nicht zu deren Sicherstellung ins Werk gesetzten Lohnaufbesserungstendenzen zu keinem bleibenden Fortschritt der Massenwohlfahrt führen können, und ob sie dementsprechend im öffentlichen Interesse eine derartige Gewerkschaftspolitik anzubahnen und fortzuführen imstande sind, die mit den Interessen der Produktionsergiebigkeit, als einzig verlässlicher Grundlage der materiellen Steigerung der Massenwohlfahrt gleichzeitig und gemeinsam auch die Verteilungsbestrebungen der Arbeiterschaft fördert. Nebst dem Wohlfahrtsproblem handelt es sich dann noch um ein anderes großes Problem, das sich um die Frage dreht: Sollen die modernen Gewerkschaften als Spreng- und Umsturzorgane des Klassenkampfes und Bürgerkrieges weiterbestehen, bzw. sich zu solchen gestalten, oder aber gelingt es, sie zu Einheiten umzuwandeln, die der synthetischen nationalen Entwicklung, den sozialen und wirtschaftlichen Kulturwerten Schutz zu bieten imstande sind?

Die richtunggebenden, konstruktiven Sozialpolitiker der modernen Zeit haben sich auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens unserer Ansicht nach von den vorstehend erörterten Hauptaufgaben leiten zu lassen, in deren Rahmen sodann die übrigen gewerkschaftspolitischen Ziele und Fragen platzfinden.

7. Prüfen wir nunmehr aus diesem Gesichtswinkel die allgemeinen Richtlinien der gewerkschaftspolitischen Entwicklung in den einzelnen Staaten. Dabei wollen wir nicht, wie es in solchen Fällen zumeist üblich ist, die Einzelbestimmungen der gewerkschaftlichen Gesetzgebung verschiedener Staaten, die Entstehung solcher gesetzgeberischen Maßnahmen usw. zum Gegenstand unserer Betrachtung machen. Vielmehr wollen wir uns bestreben, vom Gesichtspunkte der unsererseits als einzig zulässiges Leitmotiv anerkannten öffentlichen Interessen aus eine Kritik der jeweiligen Ziele und Mittel unter Beachtung der wirklichen Gestaltung, sowie der wünschenswerten Änderung zu bieten.

Wie schon erwähnt, war die Tätigkeit der englischen Trades Unions ursprünglich und auch in ihrer langen Praxis auf Förderung und Ausbau der Arbeiterwohlfahrtszustände und -institutionen gerichtet. Auf diesem Gebiete haben sie wahrhaft viel und Großes geschaffen. Ihre Errungenschaften hinsichtlich der Verbesserung des Lebensstandes der Arbeiterklasse sind kaum hoch genug zu bewerten.

Als Bahnbrecher und Beispielgeber der modernen Arbeiterorganisation können die Trades Unions bereits auf eine über hundertjährige Vergangenheit zurückblicken. Die Selbsthilfe, der Zwang des Kampfes ums Dasein hat sie ins Leben gerufen. Diese von den Unternehmern anfangs mit feindseligen Augen betrachteten Organisationen waren bis zum Jahre 1824 verboten und konnten zumeist nur im geheimen entstehen. Es geschah in den so genannten *Clubs* oder *Conspirations*. Später nahm der Trades Unionismus friedfertiger Formen an. 1842 wurde die freie Organisation gestattet, infolge der Chartistenverschwörung jedoch alsbald wieder

verboten. Der hierauf zur Herrschaft gelangte politische Liberalismus betrachtete die Organisationsfreiheit der Arbeiterschaft als wesentlichen Bestandteil der menschlichen Freiheitsrechte und so erfolgte 1871 die gesetzliche Anerkennung der Trades Unions, 1876 aber ihre Fähigkeitserklärung zur Erwerbung von Rechten. (In Frankreich wurden die Gewerkschaften 1884, in den Vereinigten Staaten 1886, in Deutschland 1890, in Belgien 1898 anerkannt.)

Das englische Gesetz vom Jahre 1871 verlangte ihre behördliche Eintragung. Als Norm wurde festgesetzt, daß sie über ihre Mitglieder genaue Ausweise und Namenslisten zu führen, ihre Führer anzumelden haben. Ferner wurden sie zur regelrechten Verwaltung ihrer Gelder verpflichtet. Die richterliche Praxis bestimmte die Schadenersatzpflicht der Trades Unions infolge von Lohnkämpfen. Die Arbeiterschaft und die später gegründete *Labour Party* kämpften heftig gegen die Entschädigungsverantwortlichkeit ihrer Gewerkschaften. Als parteipolitische Konzession errangen sie sich 1906 die *Trades Disputes Act*, womit diese Verantwortlichkeit der Gewerkschaften abgeschafft wurde. Dem Geiste der Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1927 aber scheint die Entschädigungspflicht in Fällen gesetzwidriger Streiks wieder zu entsprechen.

Die englischen Gewerkschaftsgesetze zeigen das Bestreben, die Gewerkschaften möglichst lange der Politik fernzuhalten. Längere Zeit hindurch verhielten sich die Trades Unions trotz starker und entschiedener Betonung der Arbeiterinteressen politisch recht zurückgezogen. Die alten Unions, deren Geist in manchen Zügen an die Zünfte gemahnte, nahmen nur geschulte, gebildete Arbeiter auf, die neueren dagegen auch ungeschulte. Diese letzteren begannen sodann, sich durch eine kühnere, radikalere Politik hervorzutun. Ihr unruhiger Geist wurde zur Brutstätte der Demagogie. Gleichzeitig gestaltete sich ihre Vermögenslage immer schwächer. Hatten sich die alten Trades Unions durch hervorragende Leitung ausgezeichnet und wahre Schulbeispiele des berufsmäßigen Vereinsgeistes, der Mannszucht und Pflichterfüllung geboten, so macht sich in neuerer Zeit auch in der englischen Gewerkschaftswelt ein starkes Eindringen der marxistischen Ideen bemerkbar. Ihre Reihen werden immer mehr vom Revolutionsgeist durchsetzt, ihre Forderungen drehen sich unausgesetzt um kühne soziale Neugestaltungen, um die Reform des kapitalistischen Eigentums und Sozialisierung der großen Gewerbebezüge.

Seit 1880 taten sich mehrere Trades Unions zu Verbänden (*federations*) zusammen. Neben den Unions der großen Industriezweige gelangten die Organisationen der Bergwerks-, Eisenbahn- und Dockarbeiter durch die große Masse ihrer Mitglieder zu besonderer Bedeutung. Die Delegierten der Unions versammeln sich alljährlich auf Kongressen, den sogenannten Arbeiterparlamenten, die angesichts der Tendenz ihres Auftretens häufig und in mancher Hinsicht schon den Eindruck eines Klassenparlamentes machen. In den größeren Städten schließen sich die örtlichen

Industriezweige zu Gewerkschaftsräten (*Trades Councils*) zusammen, ein Zusammenschluß, der auch schon während des Krieges stark sozialdemokratisch durchsetzt war. Zwischen den alten *Trades Unions* und den *Trades Councils* traten häufig recht scharfe Gegensätze zutage.

Schon in der Zeit vor dem großen Krieg ist an dem Entwicklungsgange des englischen Gewerkschaftswesens mit unzweifelhafter Bestimmtheit zu erkennen, wie sich dieses aus dem Stadium der verzweifelten revolutionären Selbsthilfe zu einer überwiegend der Arbeiterwohlfahrt gewidmeten Institution gestaltet, wie sie ihre Organisationen immer mächtiger ausbaut und wie später auch in die englischen Arbeiterorganisationen der marxistische Umsturzgeist seinen Einzug hält. Bereits am Beginne des XX. Jahrhunderts sind nach dem Muster des kontinentalen, vornehmlich aber des deutschen Sozialismus auch im Kreise der englischen Arbeiterschaft immer schärfer die Bestrebungen nach einer allgemeinen Organisation in Parteigestalt erkennbar. Auch immer mehr Politiker zeigen sich von dem Ehrgeiz erfüllt, die mächtigen Massen der Arbeiterschaft in den geschlossenen Reihen einer politischen Partei zusammenzuschließen. Und so tritt denn auch in Gestalt eines fortwährend an Macht zunehmenden politischen Gebildes als dritte parlamentarische Gruppe die Partei der Arbeiterschaft auf den Plan. Die „bürgerlichen“ Politiker zögern in ihrer kurzsichtigen Selbstsucht keinen Augenblick, der parlamentarischen Macht zuliebe jeden Einsatz zu wagen und glauben daher die gefährliche Praxis der politischen Kompromisse auch dadurch ungestraft fortsetzen zu können, daß sie sich mit der eine radikale Umgestaltung der Gesellschaftsordnung anstrebenden neuen Machtgruppe verbinden. Als Frucht solcher Kompromisse kommen schon in der Vorkriegszeit auf Kosten der britischen Rechtsordnung mehrere Zugeständnisse zersetzenden, sprengenden Charakters zustande. Von sehr großer Bedeutung ist in dieser Hinsicht der 1906er *Trades Disputes Act*, die Magna Charta des Streiklibertinismus, in deren Geiste auch der allgemeine politische Streik recht leicht organisiert werden kann und der zur Arbeitseinstellung organisierte Massenterror sozusagen gesetzlich anerkannt erscheint. (Z. B. durch die allgemeine Bewilligung der Errichtung von Wachtruppen, *pickets*.) In ihrer auf diesem Gebiete nachgerade staunenswert einfältigen Harmlosigkeit hatte die öffentliche Meinung Englands wohl kaum Kenntnis davon, daß die große allgemeine Arbeitseinstellung in den meisten Fällen politischen Charakter annimmt und unter den heutigen Verhältnissen die moderne Form der Revolution, ja des Bürgerkrieges aufweist.

Im Stadium solcher Macht- und Rechtsrahmen brach über die englische Arbeiterorganisation der Weltkrieg herein. Die Kriegswirtschaft war — bei aller Strammheit der militärischen Maßnahmen — die Arbeiterschaft zu verwöhnen gezwungen, damit sich zur äußeren Gefahr nicht eine noch verhängnisvollere innere geselle und die innere Produktion nicht in Stockung gerate. Die Bestrebungen des revolutionären Geistes, des ein-

sickernden Marxismus kamen gleichwohl auch im kriegesischen England nicht zur Ruhe. Temperament und Haltung der Arbeitermassen waren zwar im allgemeinen eher patriotisch, das Verhalten der Trades Unions den nationalen Interessen entsprechend zu bezeichnen, die *Socialist Labour Party* und die *Socialist Party of Great Britain* aber suchte stark die Gelegenheit auszunützen zur revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Produktionsordnung, wobei die Kommunistenpartei mit ihren Massen nur flüchtig erwähnt werden soll. Während des Krieges und in den unmittelbar darauf folgenden Jahren gelang es, die Gefahren der Lage glücklich abzuwenden, oder vielmehr hinauszuschieben. Mit einem durch die Größe der auf dem Spiele stehenden Interessen begründeten Eifer machte sich die englische Gesellschaft der Kriegszeit an die Überbrückung der drohenden Klüfte, von seiten der Gewerkschaften, parlamentarischen Kreise, praktisch interessierten Unternehmungen, Theoretikern und beteiligten Intellektuellen wurden Verhandlungen aufgenommen, man befaßte sich immer ernster mit dem Problem und das Ergebnis war, daß gegenüber den Arbeiterforderungen revolutionärer Art in der durch den Krieg mehr oder minder machtlos gewordenen Gesellschaft Englands paritätische Arbeitsgemeinschaften von Unternehmern und Arbeitern gebildet wurden. Vom Standpunkte einer ergiebigen Produktion aus sind diese Organisationen mit ihrer, von Betriebsräten abhängig gemachten Unternehmungsleitung nichts weniger denn als zeitbeständige Institutionen zu betrachten, doch hatten sie durch Überwindung der Gefahr, durch Verhinderung des Zusammenbruchs der Produktion und des sozialen Friedens immerhin zeitweilig nützliche Notdienste geleistet, so sehr sie auch als Zwangfolgen der geschwächten Machtlage der Unternehmungen die großen Interessen der Produktionsergiebigkeit, sowie deren Organisationsfestigkeit unter hochkritischen Verhältnissen nicht gehörig geltendzumachen imstande waren. Im allgemeinen werden diese praktischen Lösungsversuche der Probleme der englischen Kriegs- und Übergangswirtschaft nach dem Namen J. H. Whitley mit dem Begriffsworte Whitleyismus bezeichnet. Darunter sind verschiedene Gedanken und Vorschläge idealistischer Art zu verstehen, die hauptsächlich eine Lösung einzelner zeitweiliger, konkreter Schwierigkeiten bezwecken. Eine Zielstrebigkeit, die auch in höher gegriffenen Ansprüchen, d. i. in der Zuversicht einer Lösung des sozialen Problems der modernen Produktion, bzw. des modernen Arbeiterwesens zum Ausdruck kam. So gute Dienste sich daraus auch in der ersterwähnten Richtung ergaben, konnte sich's vom Standpunkte der letzterwähnten höheren Anforderungen — abgesehen von allerlei anderen trügerischen Hoffnungen und Einfältigkeiten — schon aus Mangel an einer Kraft- und Machtsanktion nicht bewähren. Man darf nämlich nicht vergessen, daß der Whitleyismus seinem Wesen nach den Arbeiterforderungen entgegenkommt, sie zu beschwichtigen versucht, ihren Umsturtztendenzen gegenüber Angst verrät. Mit anderen Worten: die Produktionsergiebigkeit

ist er nicht jedermann gegenüber zu erzwingen und zu verteidigen imstande; angesichts der aggressiven Massengewalt bildet er vielmehr ein System, das die verringerte Ergiebigkeit der Produktion mit Kompromissen erhandelt.

Die Labour Party unterstützte kräftig den Whitleyismus, der seine Organisationen alsbald ausbaute, so daß nach dem Kriege ungefähr vier bis fünf Millionen Arbeiter (35 bis 40 v. H. der gesamten englischen Arbeiterschaft) dem Wirkungskreis der Whitley-Räte angehörten. Seinem Wesen nach bestand der Whitleyismus in der Betonung der Interessengemeinschaft von Arbeitern und Arbeitgebern und so durch paritätisches Übereinkommen besorgter Erledigung der Probleme von gemeinsamem Interesse. Grundgedanke: gemeinsames paritätisches Übereinkommen ohne Majorisierung und schiedsgerichtlichen Zwang, also eigentlich eine durch das Bewußtsein der Interessengemeinschaft zustandegebrachte, jedoch durch nichts gewährleistete Kooperation. Indessen bedarf es zur ergiebigen Produktion vor allem jener Bürgschaften, die das gedeihliche produktive Zusammenwirken zwischen Unternehmer und Arbeiter, die berufsmäßige Kraftentfaltung der beiden, ihre ergiebige produktive Kooperation gewährleistet. Die Unternehmer betrachteten natürlich die Betriebsräte und das ganze System als Zwangsinstitution von außerordentlicher Schwerfälligkeit, die ihnen durch den Leitgedanken des Übereinkommens um jeden Preis die Hände band und die freie Beweglichkeit hemmte. Die Arbeiterschaft revolutionärer Richtung hinwieder war dem Whitleyismus darum abgeneigt, weil sie in ihm ein Sich-Abfinden mit dem Kapitalismus erblickte. Unter solchen Umständen ist es also nicht zu wundern, daß gleichzeitig mit der Erschütterung der günstigen Stellung der Arbeiterschaft auf dem Arbeitermarkte auch die Whitley-Organisationen ins Wanken gerieten. Das geschah in der Zeit der um 1920 und 1921 eingetretenen wirtschaftlichen Stockung und teilweisen Arbeitslosigkeit. Die infolge der damaligen Krise erschwerte Lage der englischen Produktion gestaltete die dem Unternehmer durch den Whitleyismus auferlegten mannigfachen Opfer und die Hemmung der freien Bewegung doppelt drückend. Die Unternehmer waren daher bestrebt, das Joch möglichst rasch und gründlich abzuschütteln, was zur Folge hatte, daß die Bedeutung des Whitleyismus alsbald verblaßte.

8. Vom allgemeinen Interessenstandpunkte der sozialen Produktion aus betrachtet darf man sich über das baldige Schwinden der an den Whitleyismus geknüpften Hoffnungen nicht wundern. Hatte doch der Whitleyismus seine praktische Verwirklichung den günstigen Macht- und Marktkonjunkturen der Arbeiterschaft zu verdanken. Die Grundbedingung seines Gedeihens war eine Konjunktur, die der Arbeiterschaft auf dem Arbeitsmarkte günstig, vom öffentlichen Interesse der Produktion aus jedoch immerhin als einseitig anzusehen ist. Als eine längere Zeit hindurch vorherrschende Einrichtung käme der Whitleyismus nur dann in Betracht,



wenn er die ergiebige Produktion auf längere Dauer zu gewährleisten imstande wäre. Das liegt jedoch nicht in seiner Macht. Im besten Falle kann er die günstigen Verteilungsbedingungen der Arbeiterschaft sicherstellen; deren Deckung: die ergiebige Produktion sicherzustellen wird er nicht imstande sein. Für die Arbeiterschaft bleibt er ewig nur eine konjunkturale und zeitweilige Ergebnisgarantie. Das Ergebnis eines bleibend günstigen Lohnstandards können nur solche Schutzmaßnahmen sicherstellen, die nebst den allgemeinen Interessen auch die Ergiebigkeit der Arbeit zu gewährleisten vermögen. Nach der Natur der letzteren erfordern die Sanktionen Disziplin, Selbstenthaltung, berufsmäßigen Arbeitswillen, auf Rechnung der Opfer zu buchende Energien, die auch für die Arbeiterschaft ebenso ergiebig an arbeitsgelegenheit- und arbeitslohnsichernden Wirkungen sind, wie jene ad hoc anteilverbessernden Bestrebungen, die auf Kosten der Arbeitsergiebigkeit betont werden, unfruchtbar sind und sich zum Schlusse an den Arbeitern selbst rächen müssen, weil sie die reale gesellschaftliche Güterdeckung gegenüber den Lohnansprüchen vermindern. Gibt es also keine Mittel und Garantien, mit denen die Ergiebigkeit der Arbeit dauernd aufrechterhalten werden kann, so kann ohne solche auch die dauernde Erhöhung des Arbeitslohnes für die Arbeiterschaft nicht auf längere Zeit sichergestellt werden.

Nach 1921 gestaltete sich mit der Erschwerung der Produktionskonjunkturen auch die Lage der Arbeiterschaft immer ungünstiger. Die große Arbeitslosigkeit hatte besonders infolge der Kohlenbergwerkkrise zu schweren Wirren geführt, die ständige Unterstützung der Arbeitslosen und der Bergindustrie stellte die Tragfähigkeit der englischen Gesellschaft hinsichtlich der öffentlichen Lasten auf immer härtere Proben. Die zugunsten des Produktionswettbewerbes angestellten Versuche zur Verlängerung der Arbeitszeit, bzw. Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie die Einstellung der provisorischen Staatsunterstützungen führten in den schwerbedrängten Industriezweigen zu lebhaften Rückschlägen auf die organisierte Arbeiterschaft, indem diese unter den hereingebrochenen schlechten Konjunkturverhältnissen jener Ergebnisse nicht entsagen wollte, die sie unter weit günstigeren Arbeitsmarktverhältnissen erreicht hatte. Die auf den Klassenkampf eingeschworne Agitation suchte die fortgesetzt verschärfte Lage weidlich auszunützen. So kam es inmitten dieser vergifteten Lage zur allgemeinen Arbeitseinstellung vom Jahre 1926, die vermöge ihres stark politischen, ja klassenrevolutionären Einschlages das Inselreich derartigen Erschütterungen der Gesellschaftseinrichtungen aussetzte, wie sie dort kaum jemals gefährlicher in Erscheinung traten. Die Bürgerschaft Englands und überhaupt die Mehrheit der dortigen Bevölkerung aber nahm den Kampf auf. Ihr kräftiger Widerstand und die stramme Organisation der entsprechenden, im öffentlichen Interesse waltenden Schutzdienste führten zum Niederbruch des Streiks.

Aus diesem allgemeinen Streik, der die sozialen und wirtschaftlichen

Verhältnisse Englands gewaltig erschütterte, ergaben sich nutzbringende Lehren von allgemeiner Wichtigkeit. Er zeigte in greller Beleuchtung die Gefahren der sozialen Revolution und des Zusammenbruches der wichtigsten Institutionen der modernen Kulturgesellschaft. Gleichzeitig aber gab derselbe Streik auch einen Fingerzeig für jene Schutzkräfte und Verteidigungsmöglichkeiten, die durch Organisierung und Zusammenfassung der erhaltenden Schichten dem Umsturze entgegengestellt und wirksam benützt werden können. Auch die breiten konservativen Schichten der englischen Gesellschaft begannen die kulturelle Bedeutung jener italienischen Reformen, die zur Rettung der gesellschaftlichen Ordnung — wenn auch unter vielfach anderen Verhältnissen — in Angriff genommen wurden, wenigstens vorläufig richtig einzuschätzen und zu bewerten. Vor den Augen dieses Teiles der öffentlichen Meinung Englands stand nunmehr in voller Deutlichkeit die gefährliche Natur des von parlamentarischen Parteiinteressen bestimmten 1906er Streikgesetzes, sowie des Genossenschaftsgesetzes vom Jahre 1913. Unter solchen Umständen kam die 1927er *Trades Disputes and Trades Unions Bill* zustande.

Den auf die Lohnkämpfe bezüglichen Teil dieses Gesetzes wollen wir später erörtern. Hinsichtlich des Gewerkschaftswesens enthält es novellarische Verfügungen, womit die Fehler früherer Gesetze zugunsten der Stabilität der Gesellschaftsordnung korrigiert werden sollen. So will man der widersinnigen Praxis der bei den Gewerkschaften zu parteipolitischen Zwecken eingeführten Mitgliederbesteuerung dadurch zuvor kommen, daß die Forderung von Beiträgen zugunsten des politischen Gewerkschaftsfonds nur dann gestattet ist, wenn sich das betreffende Mitglied nach Inkrafttreten des Gesetzes dazu schriftlich verpflichtet, bzw. wenn es diese etwa schon vorher übernommene Verpflichtung nicht zurückgezogen hat. Der politische Gewerkschaftsfonds ist gesondert zu verwalten und darf durch keinerlei andere Zuwendung vermehrt oder ergänzt werden, als aus den Beträgen, die infolge der ausdrücklich zu diesem Zwecke übernommenen Pflicht von den Mitgliedern eingezahlt werden. Zu politischen Zwecken aber darf die Gewerkschaft nur die Beträge des politischen Fonds verwenden. Bürgerliche Staatsbeamte können nicht Mitglieder industrieller Arbeitergewerkschaften und im allgemeinen solcher Vereinigungen sein, deren Zweck in erster Reihe eine Einflußnahme auf die dienstlichen und Gebührenverhältnisse ist. Wer solchen Vereinigungen beitrifft, kann nicht länger Staatsbeamter verbleiben. (*Members of service in His Majesty's civil establishments.*) Die Beamtenorganisationen sind von den Trades Unions strenge abzusondern. Örtliche (z. B. autonome, städtische) oder sonstwelche öffentliche Behörden nicht-staatlicher Natur dürfen auf ihre Angestellten keinerlei Einfluß in der Richtung nehmen, daß sie Mitglieder einer Gewerkschaft werden oder es nicht werden. In Verträgen, die mit solchen Behörden abgeschlossen werden, darf keinerlei Bestimmung über Mitgliedschaft oder Nichtmit-

gliedschaft aufgenommen werden. Aus ähnlichen Ursachen darf niemandem ein Vor- oder Nachteil erwachsen. Allfällige Bedingungen oder Beeinflussungen solcher Art, die von Ortsbehörden ihren Angestellten gegenübergestellt oder ausgeübt werden, haben keinerlei bindende Kraft. Falls aber ein Angestellter solcher Orts- oder anderen öffentlichen Behörden seine Pflichten durch streikartiges Verhalten verletzt oder andere in solcher Richtung beeinflußt, kann er mit 10 Pf. St. Geldbuße und drei Monaten Kerker bestraft werden. Diese letzteren Bestimmungen gelten dem Schutze der öffentlichen Angestellten vor dem gewerkschaftlichen Terror und der Sicherung ihrer Amtspflichterfüllung.

9. Der englische Trades Unionismus mag eine Organisation von noch so großer Bedeutung und Leistungsfähigkeit sein, — heute kann von ihm doch schwerlich mehr behauptet werden, daß er die Ergiebigkeit der Produktion, die von revolutionären Verheerungen verschonte freie Entwicklung der gesellschaftlichen Erzeugungs- und Kulturarbeit gegen alle Möglichkeiten zu sichern imstande wäre. Die Lehren der jüngsten Arbeitseinstellung lassen keinen Zweifel in der Richtung, daß den gesellschaftlichen Frieden, die Aufrechterhaltung der notwendigsten Organe des Verkehrs, Umsatzes, der gemeinnützigen Betriebsleistungen nur das großzügige Sichaufraffen und Zusammengehen der nichtrevolutionären, „bürgerlichen“ Gesellschaft zu schützen vermag. Und zwar dadurch zu schützen, daß es die genannten Arbeiten auch physisch zu sichern, die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Notfalle auch mit der Waffe zu verteidigen imstande ist. Vor dem Umsturz also können die von ihm bedrohten Klassen heutzutage auch auf englischem Boden nur durch diese Klassen selbst und durch sonst niemand anderen bewahrt werden. Der Staat allein genügt in solchem Falle nicht, da sich ja in revolutionären Zeiten die Frage darum dreht, welche der einander gegenüberstehenden Gesellschaftsschichten den Staat samt seinem Machtapparat mit sich reißt. In diesem Belang also können wir die englischen Gewerkschaften unmöglich als produktionsfördernd bezeichnen, und zwar zumal von dem Zeitpunkte an nicht, als die Möglichkeiten eines Klassenkampfes marxistischer Art auch innerhalb des Rahmens dieser Organisationen bedeutend gewachsen sind.

Desgleichen mußte auch in der Richtung der eigentlichen Arbeiterwohlfahrt die Erfolglosigkeit der englischen Gewerkschaften bittere Erfahrungen zeitigen. Und zwar infolge solcher Wirtschafts- und Produktionskrisen, zu deren Abwendung keinerlei Arbeiterorganisationen an und für sich ernsthaft geeignet ist. Insbesondere aber eignet sich dazu nicht die bisherige sozialpolitisch oder vielmehr sozialistisch eingestellte Gewerkschaftsorganisation, die bloß durch Verteilungsänderung, Lohnquotenerhöhung usw. derart bleibende Erfolge erzielen will, wie sie nur durch ständige Ergiebigkeit der Produktion erzielt werden können.

Es gehört sozusagen zur Naturgeschichte der modernen Arbeiterwohlfahrtskrisen, daß diese notwendigerweise in Verbindung mit den

Produktionskrisen oder in deren Gefolge auftreten. Von seiten der Arbeiter, bzw. der Gewerkschaften sucht man in solchen Fällen einseitigerweise vor allem die in die Klemme geratene Produktion zur Befriedigung der gesteigerten Lohn- und Unterhaltsansprüche zu pressen, ohne daß man bereit wäre, die im Interesse der Produktionsergiebigkeit notwendigen — zweifellos bitteren und vom Standpunkte des menschlichen Loses als ungerecht zu bezeichnenden — Opfer in erster Reihe durch Anspornung des Arbeitswillens und Erhöhung der Arbeitsleistung zu bringen. Mit anderen Worten: es ist in der englischen Arbeiterwohlfahrtspolitik nicht jene, nur durch die Befriedigung der Ansprüche einer ergiebigen Produktionspolitik zu bewerkstelligende Synthese zu finden, mit deren Hilfe allein sowohl im Hinblick auf die Arbeiterwohlfahrt, als auch hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und des Fortschrittes das sozial erreichbare Höchstergebnis zu erhoffen ist. Wir müssen uns nämlich darüber im reinen sein, daß die bisherige, in sozialistischer Richtung sich bewegende — sei es „bürgerliche“, sei es Arbeiter- — Sozialpolitik unter den heutigen Verhältnissen, angesichts der schweren Belastungsproben, denen die Gesellschaftsordnung ausgesetzt ist, niemals gehörig ergiebig sein kann. Dazu bedarf es einer derartigen sozialpolitischen Synthese der Produktions- und Wohlfahrtspolitik, durch die sich die körperlichen und seelischen Leistungskräfte in gleicher Weise auf das Höchstmaß steigern lassen. Ein bahnbrechendes Beispiel von großzügiger Art bietet in dieser Hinsicht die italienische Politik der Nachkriegszeit. Sie kam unter der Leitung eines Mannes zustande, dem sich auf dem Wege seiner Lebenserfahrungen und kraft seiner klarsehenden Intuition die Synthese der Produktions- und Wohlfahrtgesichtspunkte als Ziel aufdrängten. Als Ziel, das auch auf sozialpolitischem Gebiete die Sicherstellung des Höchstleistungsmaßes zur Voraussetzung hat.

10. Den sozialpolitischen Rahmen des italienischen Faschismus bietet die *Charta del Lavoro*. Hinsichtlich der Gewerkschaften jedoch interessiert uns näher das Gesetz vom 3. April 1926 „über die Rechtsregelung der Arbeit in Beziehung auf das öffentliche Interesse“. (*Legge 3. aprile n. 563. sulla disciplina giuridica dei rapporti collettivi del lavoro.*)

Die epochemachende Bedeutung dieses Gesetzes betreffend die Regelung des Arbeitsrechtes und der Gewerkschaften äußert sich schon darin, daß es die erste legislative Regelung der Arbeitsverhältnisse in all ihren Beziehungen von öffentlichem Interesse enthält. Die bisherigen sozialen Gesetzgebungen machten nur schüchterne Flickversuche angesichts jener Risse, die Klassenkampf und Sozialismus dem Gebäude der Gesellschaftsordnung zugefügt hatten. Anstatt einer gründlichen Festigung des Gebäudes selbst war man in anderen Ländern bloß eifrig bestrebt, durch oberflächlichen Mörtelanwurf die gefährlichen Sprünge weniger sichtbar zu gestalten. Die italienische Gesetzgebung dagegen hielt sich, gestützt auf eine starke Vollzugsgewalt, auf zuverlässig ausgebaute nationale

Organisationen und eine zielbewußte, homogen öffentliche Meinung, in erster Reihe das öffentliche Interesse vor Augen. Von diesem ausgehend legt sie das Hauptgewicht auf die Produktion, deren Interessen unter allen Umständen höhergestellt werden müssen, als jene des Arbeiters und des Arbeitgebers. In dem italienischen Gesetze findet sich nicht etwa irgendein aus dem Komplex des Arbeitswesens willkürlich herausgerissenes Problem, dem sich dann ebenso andere Probleme fallweise zugesellen. Es ist vielmehr ein mit synthetischer Folgerichtigkeit zusammengefaßtes Rechtssystem, das die wichtigsten Fragen des modernen Arbeitproblems unter die Herrschaft der höheren Produktionsgesichtspunkte setzt. Es ist, wie dies auch der ministerielle Motivenbericht hervorhebt, nicht schlechtweg ein Gesetz über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, die gesetzliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen, die Kollektivverträge, oder über die Streiks und Aussperrungen, wie solche Codices in den modernen sozialen Gesetzwerkstätten erklecklich zahlreich und sozusagen nach der Mode hergestellt wurden. Es ist vielmehr eine Rechtsschöpfung, die die gesetzliche Arbeitsdisziplin in all ihren Beziehungen von öffentlichem Interesse zu regeln und sicherzustellen trachtet. Eine integrale Rechtseinrichtung, die unter der Voraussetzung der gesetzlichen Anerkennung der verschiedenen Organisationen die Angelegenheiten der Kollektivverträge regelt, im Rahmen des normalen Gerichtswesens Arbeitsgerichte errichtet und gleichzeitig die Vollstreckbarkeit ihrer Beschlüsse gewährleistet. Es verbietet Arbeitseinstellung und *lock-out*, bzw. stellt sie unter Strafsanktionen, wobei die Strafe milder bemessen ist, wenn es sich um einen rein wirtschaftlichen Lohnkampf handelt, um so strenger aber, falls die Arbeitseinstellung in gemeinnützigen öffentlichen Betrieben erfolgt, und sehr strenge, wo politische Streiks vorliegen.

Auf dem vulkanischen Boden der modernen Sozialpolitik bildet dieses Gesetz einen wichtigen Markstein. Ist es doch die erste großangelegte soziale Maßnahme zur wohlbegründeten und gewährleisteten Sicherstellung der ergiebigen Produktion gegen die zwangsläufig erduldeten und in mehreren Staaten bereits gesetzlich anerkannte Destruktionspolitik der Sonderinteressen. Wesen und Wertgehalt des in diesem Gesetze zum Ausdruck gelangenden sozialpolitischen Zieles zeigt sich — denjenigen, die für die an die Ergiebigkeit und den ungehemmten Fortgang der Arbeit und Produktion sich knüpfenden großen Interessen Verständnis haben und sie ehrlich zu fördern gesonnen sind — keineswegs darin, ob sich an das Gesetz ein bleibender Erfolg knüpfen wird oder nicht. Für seine Bedeutung sprechen die großen Interessen der Gesellschaft und der Kultur, deren folgerechtem Schutz dieses Gesetz zu Diensten steht. Von geschichtlicher Bedeutung ist das italienische Beispiel vor allem im Hinblick auf die englische Novelle vom Jahre 1927, die die gefährlichen Bestimmungen der Streikgesetze vom Jahre 1906 und 1913 aus der Welt geschafft hat.

Das italienische Gesetz vom 3. April 1926, das durch die am 1. Juli 1926 erschienene Vollzugsverordnung ergänzt wird, regelt vor allem die Rechtsstellung der Gewerkschaften und seine Verfügungen erstrecken sich zugleich auch auf alle sonstigen wirtschaftlichen Interessenorganisationen. Es unterscheidet Organisationen ersten Grades und solche höherer Ordnung. Unter jenen versteht es die Gewerkschaften (Assoziationen) sowohl der arbeitgebenden Unternehmer, als auch der geistigen und manuellen Arbeiter, wie nicht minder jener der sogenannten freien Berufe und der Künstler. Als Organisationen höherer Kategorie dagegen gelten die sogenannten Föderationen und die durch Vereinigung mehrerer Föderationen gebildeten Konföderationen. Die Assoziationen, Föderationen und Konföderationen sind spezielle Gewerkschaften der Arbeiter, bzw. der arbeitgebenden Unternehmer; Arbeitgeber und Arbeiter können darin nicht gleichzeitig Mitglieder sein. Die Gewerkschaften der Arbeiter und Arbeitgeber jedes Produktionszweiges können sich jedoch zu höheren Organisationsverbindungen, zu sogenannten Korporationen vereinigen. Diese Korporationen haben somit die gemeinsamen Interessen des betreffenden Produktionszweiges, bzw. die über die Sonderinteressen des Arbeiters und des Unternehmers hinausreichenden höheren Interessen der Produktion auf die Gesamtheit der Nation ausgedehnt zu vertreten. Innerhalb der Korporation aber bleibt die Vertretung sämtlicher in ihnen vereinigten Gewerkschaften von Arbeitern, bzw. Arbeitgebern unberührt erhalten. Die gesetzlich anerkannten (wohlgemerkt nur die gesetzlich anerkannten) Gewerkschaften (Assoziationen), Föderationen und Konföderationen sind juristische Personen. Die Korporationen dagegen sind keine juristischen Personen, sondern staatliche Verwaltungsorgane.

Die Organisationen ersten Grades teilen sich in Orts-, Bezirks-, Provinz- und National(Landes-)organe. Als Konföderationen nationalen (d. i. auf das ganze italienische Reich sich erstreckenden Landes-) Charakters können laut königlicher Vollzugsverordnung vom Jahre 1926 nur folgende Kategorien anerkannt werden: Sieben Unternehmerkonföderationen, sieben Arbeiterkonföderationen und sieben Konföderationen freier Berufe. Und zwar von Seite der Unternehmer je eine als Interessenvertretung a) der industriellen Unternehmer, b) der Landwirte, c) der Kaufleute, d) der See- und Luftverkehrsunternehmungen, e) des Land- und Binnenschiffverkehrs und f) der Bankiers. Von seiten der Arbeiter je eine Nationalkonföderation als Interessenvertretung der Angestellten und Arbeiter a) der Industrien, b) der landwirtschaftlichen Betriebe, c) des Handels, d) des See- und Luftverkehrs, e) des Land- und Binnenschiffverkehrs und f) der Banken. Endlich von seiten der freien Berufe je eine Nationalkonföderation als Interessenvertretung a) der sogenannten freien Beschäftigungen (*professioni liberali*) und b) der Künstler. Als allgemeine Konföderation (*confederazione generale*) kann

eine gemeinsame, d. i. auf sämtliche Organisationen der Unternehmer und der Freien Berufe sich erstreckende Konföderation anerkannt werden. Im Bedarfsfalle jedoch können die anzuerkennenden Kategorien mit königlicher Verordnung vermehrt werden.

Hinsichtlich der Syndikate sind die näheren Bedingungen der gesetzlichen Anerkennung folgende:²⁾ Gesetzlich anerkannt können nur solche Syndikate werden, die bestimmten unerläßlichen Bedingungen zu entsprechen imstande sind. Als solche Bedingung ist im Gesetze festgesetzt, daß die Arbeitgeber, die sich dem Syndikat freiwillig angeschlossen haben, zumindest ein Zehntel sämtlicher Arbeiter in demselben Fache und in demselben Bezirk beschäftigen, auf den sich die Gewerkschaft erstreckt. Desgleichen muß sich dem betreffenden Fachsyndikat mindestens ein Zehntel der in den Bezirk gehörigen Arbeiter freiwillig angeschlossen haben. Eine weitere Bedingung ist, daß die auf gesetzliche Anerkennung Anspruch erhebenden Gewerkschaften nebst der Förderung der wirtschaftlichen und moralischen Interessen ihrer Mitglieder auch deren Unterstützung, sittlich-patriotische Erziehung und den entsprechenden Unterricht als ihre Berufsaufgabe betrachten und dieser auch wirklich entsprechen. Die dritte unerläßliche Grundbedingung ist, daß die zur Verwaltung der betreffenden Gewerkschaft berufenen Personen Garantien ihrer Fähigkeit zur Besorgung der Direktionsaufgaben, sowie hinsichtlich ihrer moralischen und patriotischen Gesinnung bieten.

Wie schon erwähnt, ermöglicht das italienische Gesetz nicht nur den Gewerkschaften der Arbeiter und Arbeitgeber, sondern auch jenen der sogenannten freiberuflichen Künste und Beschäftigungen die gesetzliche Anerkennung. Falls jedoch diese Organisationen schon vorher durch gesetzliche Verfügungen geregelt waren, bleiben die letzteren maßgebend, bzw. sind sie mit dem 1926er Gesetze in Einklang zu bringen.

Unternehmer und Arbeiter schließen sich also in ihren Organisationen gesondert zusammen und dürfen keine gemischten Gewerkschaften bilden. Die gesonderten Arbeiter-, bzw. Arbeitgeberorganisationen können, wie schon erwähnt, verbindende Zentralorganisationen in den sogenannten Korporationen schaffen, die auf solche Weise zu höheren behördlichen Organen der in ihnen vereinigten Gewerkschaften werden. Innerhalb dieser Vereinigung jedoch müssen einerseits die Gewerkschaften der Arbeitgeber, anderseits jene der Arbeiter als besondere Interessenvertretungen getrennt verbleiben, so daß diese beiden Kategorien gemeinsam keine gemischte Gewerkschaft von Arbeitgebern und Arbeitern bilden können.

²⁾ Siehe Gesetz vom 3. April 1926 nebst königlicher Vollzugsverordnung, Bericht des Kammer- und Senatsreferenten. Vgl. Oddone Fantini: *Politica Economica e Legislazione del Lavoro in Italia*. Firenze. Vallecchi marzo. 1927. Anno V. Ferner: *La réforme syndicale en Italie*. Rome 1926. Impr. Charles Colombo.

Für jeden Bezirk kann die amtliche Anerkennung nur einem einzigen Syndikat von Unternehmern, Arbeitern oder Freiberufsleuten in dem betreffenden Fache erteilt werden. Diese Verfügung enthält einen der Hauptgrundsätze der Mussolinischen Gewerkschaftsreform. Die Begründung ist aus der Erfahrung geschöpft, daß die zugleich und parallel erfolgte behördliche Anerkennung mehrerer Gewerkschaften desselben Faches nur auf Kosten der Ordnung und Disziplin geschehen kann und daß sie die Gewerkschaften zu Brutstätten politischer und Wahlkämpfe macht.

Die gesetzlich anerkannte Gewerkschaft aber ist als eine juristische Person zu betrachten und vertritt in dem betreffenden Bezirk sämtliche Arbeitgeber, Arbeiter, Künstler oder Personen freier Berufe der betreffenden Kategorie, ohne Rücksicht darauf, ob sie in der anerkannten Gewerkschaft eingetragen sind oder nicht. Aus der Rechtspersönlichkeit der anerkannten Gewerkschaft fließen ferner auch verschiedene andere wichtige Berechtigungen, bzw. sie schließen sich derselben an. So kann die anerkannte Gewerkschaft Eigentum erwerben, Kollektivverträge schließen, wobei sie die Last der aus der privatrechtlichen Persönlichkeit sich ergebenden vermögensrechtlichen Verantwortlichkeit auf sich nimmt. Ebenso hat ausschließlich die anerkannte Gewerkschaft das Recht, jedwelchen Interessenten aus dem betreffenden Arbeitsfache vor den Arbeitsgerichten zu vertreten. Sie kann sämtlichen Gewerksarbeitern Jahresgebühren auferlegen, gleichviel ob sie in die anerkannte Gewerkschaft aufgenommen sind oder nicht, da die anerkannte Gewerkschaft das alleinige Interessenvertretungsorgan sämtlicher zuständigen Arbeiter ist.

11. Ihrer vom öffentlichen Interesse bestimmten Beschaffenheit entsprechend sind die anerkannten Gewerkschaften einer strengen staatlichen Kontrolle unterworfen. Die gesetzlich nicht anerkannten Gewerkschaften der Arbeitgeber, Arbeiter und Freiberufsleute können sich auch weiter als wirkliche Vereine betätigen, genießen jedoch nicht die offiziellen Rechte der anerkannten Organisationen. Auch die Privatorganisationen der staatlichen, provinziellen, kommunalen, humanitären Angestellten sind amtlich nichtanerkannte Vereinigungen ähnlicher Art. Indessen können aber gewisse Kategorien der vom Staate oder aber von wichtige Funktionen versiehenden öffentlichen Anstalten abhängige Personen keinerlei solche Gewerkschaften oder Vereinigungen bilden und ist ihnen dies unter den strengsten gesetzlichen Folgen untersagt.

In sozial- und nationalpolitischer Beziehung von hoher Wichtigkeit und mit Rücksicht auf die Verteidigung gegen den revolutionären Klassenkampf ist als Initiative von sehr großer Bedeutung jene Bestimmung des italienischen Gesetzes, womit die Anerkennung gewisser Gewerkschaften auf der prinzipiellen Grundlage der nationalen Interessengesichtspunkte verboten ist. Dadurch gibt der italienische Staat gegenüber dem sozialistischen — hauptsächlich marxistischen — Klassenkampf und seinem

Lager von einer derartig wohlorganisierten Kraft Zeugenschaft, daß hiefür bislang kein zweites Beispiel zu finden ist. So dürfen laut italienischen Gesetzes gewisse Syndikate unter keinen Umständen gesetzlich anerkannt werden. Beispielsweise jene, die ohne entsprechende Regierungsgenehmigung in einem Disziplinar- oder Abhängigkeitsverhältnis mit Vereinigungen internationalen Charakters stehen oder einer solchen beigetreten sind. Dem leitenden Geiste des Gesetzes entsprechend kann es — wie es in der Gesetzesvorlage heißt — nicht länger geduldet werden, daß derartige Organisationen, die sich so häufig gegen den Staat verschworen haben, internationale Politik machen. In einem wohlorganisierten Staate ist die Auslandspolitik vom Staate selbst zu handhaben und zu überwachen usw. Hievon abgesehen, kann es uns nur logisch erscheinen, wenn der auf nationaler Grundlage stehende Staat aufrichtig bestrebt ist, die Organisationen des internationalen Klassenkampfes und des internationalen sozialen Umsturzes nach bester Möglichkeit auszumerzen. Das ist völlig berechtigter Selbstschutz. Wenn daher eine Regierung nationaler Richtung, eine Mehrheit usw. sich gegen den Bürgerkrieg des Klassenkampfes, gegen die zersetzenden kommunistischen Tendenzen zu verteidigen weiß, muß diese Gelegenheit ergriffen werden. Italiens Erfahrungen nach dem Kriege lassen das Verbot der internationalen revolutionären Gewerkschaften doppelt begründet erscheinen. Hatte es doch damals nur wenig gefehlt und in Italien wäre die Proletarietdiktatur ausgebrochen. In mehreren Städten Oberitaliens wurden bereits die Fabriken kommunisiert, Ingenieure und Beamte aber zur Übernahme der Leitung gezwungen. Schon schien es, als wollte alles umstürzen und im Elend ersticken. Nur dem bewaffneten Dazwischentreten einer mutigen und intelligenten, patriotischen Minderheit war es zu danken, daß sich die Lage zum Bessern wandte. Diese Minderheit verwies gegenüber dem Klassenkampf auf den rechten Weg: den Weg des kämpfenden Widerstandes, des Niederringens der Gewalt mit defensiver Gegengewalt. Der Gesinnung nach von jeher die besten Elemente der nationalen Gesamtheit, war diese Minderheit alsbald zur mächtigen nationalen Mehrheit angewachsen. Allgemein anzuerkennen ist, daß sie Wirris und Verfall in Ordnung und ergiebige Produktion zu verwandeln wußte. Das war der erste Erfolg des neuen Kurses in einem Lande, dessen ohnehin schwierige Wirtschaftslage vorher ein Bild der ärgsten sozialen Gärung und Zuchtlosigkeit bot. Die Erzielung solcher Resultate aber war nur durch die Ausschaltung der internationalen Syndikate ermöglicht, die jede Produktion sabotierten und als Herd des Umsturzes sich betätigten.

Zum Personal der staatlichen, kommunalen Verwaltung und der öffentlichen Wohltätigkeitsvereine gehörende Angestellte können keine Gewerkschaften bilden, bzw. es dürfen derartige Gewerkschaften amtlich nicht anerkannt werden. Das Verhältnis zwischen den öffentlichen Organen politischer Natur und ihren Angestellten ist nämlich — laut des

Motivenberichtes des Gesetzes — ein derartiges, daß die Gründung von syndikatartigen Vereinigungen öffentlich-rechtlicher Natur mit diesem Verhältnisse nicht vereinbar ist; somit kann aber auch nicht anerkannt werden, daß sich gegenüber Einrichtungen, die das öffentliche Interesse vertreten, deren Angestellte als Beschützer der Klassen- oder Gruppeninteressen hervortun. Die Pflichten und Verpflichtungen des Personals der öffentlichen Verwaltung, bzw. der Wohltätigkeitsvereine öffentlichen Charakters fallen — wie die italienische Auffassung richtig feststellt — außerhalb des Bereiches der vertragsmäßigen und privatrechtlichen Obliegenheiten. Und eben zufolge der moralischen, das öffentliche Interesse berührenden Natur ihrer Verpflichtungen kann das Problem des Verhältnisses zwischen Staat und staatlichen Angestellten nicht über die Grenze der eigentlichen Staatseinrichtungen hinausreichend zum Gegenstand der Gewerkschaftsorganisation gemacht werden, ohne die öffentlichen Interessen und die Stabilität der gemeinnützigen Amtswaltung zu verletzen.

Diesen für das Verwaltungspersonal gültigen Grundsatz bringt das italienische Gesetz — wieder bei richtiger Erkennung des öffentlichen Interesses — noch strenger zur Geltung gegenüber sämtlichen Mitgliedern des Heeres und der bewaffneten Macht im allgemeinen, allen Beamten der Justiz- und Verwaltungsbranche, der Mittel- und Hochschullehrer, sowie den Funktionären der Ministerien für Inneres, Äußeres und Kolonialwesen. Den öffentlichen Angestellten dieser Kategorien ist jede Vereinigung gewerkschaftlicher Natur bei Strafe des Amtsverlustes, bzw. der Degradierung verboten. Dieses Verbot wird sodann durch entsprechendes Disziplinarverfahren gewährleistet.

12. Die Grundgedanken und richtunggebenden Bestrebungen des italienischen Gewerkschaftsgesetzes werden durch die Vollzugsverordnung (1. Juli 1926) noch näher beleuchtet. Eine grundlegende Bestimmung des Gesetzes verfügt, daß in jeder territorialen Verwaltungseinheit des Staates nur eine einzige Organisation solcher Art errichtet werden kann, die unter staatlicher Kontrolle ihre im öffentlichen Interesse wichtige Tätigkeit hinsichtlich der Ausgestaltung des Arbeitsberufes und der Weltanschauung der arbeitenden Massen auszuüben hat. Darum wird von seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer für jeden Bezirk und jedes Fach nur eine einzige Gewerkschaft staatlicherseits anerkannt.

Der Sozialismus ist im Interesse seiner eigenen Klassenkampfpolitik von dem Bestreben geleitet, jeden einzelnen, gleichviel, ob er als Arbeiter engeren Sinnes zu betrachten ist oder nicht, den eigenen sozialistischen Arbeiterorganisationen einzuverleiben. Dadurch soll deren Lager verstärkt und der Begriff „Arbeiterklasse“ auf möglichst weite Kreise ausgedehnt werden. Mit Rücksicht auf dieses Bestreben sorgt das neue italienische System auch für die Organisation der Arbeitgeber nach Gewerkschaften, trachtet jedoch anderseits die in gewerkschaftliche Vereinigungen ein-

zuteilenden Berufskategorien nach Möglichkeit zu verringern, bzw. die dahin einzureihenden Gesellschaftsschichten einzuengen. Dementsprechend bezeichnet die Vollzugsverordnung im allgemeinen als nicht unter die Wirkung des Gewerkschaftsgesetzes gehörig alle diejenigen, die nicht Unternehmer oder nicht Arbeiter sind. Nur den Grundbesitzern, die ihren Grund verpachten, ist es gestattet, in besondere Sektionen gruppiert, als Fachvereine der agrarischen Arbeitgeber sich zu betätigen, wobei ihnen jedoch auf die Abschließung der landwirtschaftlichen Kollektivarbeitsverträge kein Einspruchsrecht zusteht. Das für die Militärpersonen, die Staats-, Bankbeamten usw. geltende Verbot der gewerkschaftlichen Organisation haben wir bereits erwähnt. Alle diese Bestimmungen sind ohne Zweifel bewußt gegen die sozialistischen klassenerweiternden und klassenkampforganisierenden Tendenzen gerichtet, die durch ihre Gewerkschaften auch solche gesellschaftliche Kategorien in das Lager der revolutionären Klassenkampfes drängen, deren Weltanschauung und Interessen ausgesprochen heterogen sind.

So enthält das italienische Reformgesetz auch noch mehrere andere Bestimmungen, die sich der mit der Lebenserfahrung im Widerspruch stehenden und bloß aus sozialistischem Partei- und Umsturzinteresse geübten Klassenverallgemeinerung entgegenstellen, bzw. die Absonderung der heterogenen und nur die Vereinigung der homogenen Elemente anstreben. Dafür spricht auch jene Bestimmung der Vollzugsordnung, wonach geistige und Handarbeiter auch dann nicht Mitglieder ein und derselben Gewerkschaft sein können, wenn sie in derselben Unternehmungskategorie arbeiten. Solche Personen jedoch, die bei einem Unternehmen in technischer oder administrativer Eigenschaft als nicht eigentliche Arbeiter, bzw. als Beamte angestellt sind, können sich in demselben Vereine betätigen, müssen aber innerhalb desselben als Angehörige des technischen, bzw. Verwaltungsfaches je eine besondere Abteilung zur Vertretung ihrer Interessen bilden. Die technischen und administrativen Leiter hingegen (Direktoren der Unternehmungen, Amtschefs usw.) können sich zu besonderen Fachvereinen zusammenschließen.

Das italienische System macht auf solche Weise die verschiedenen Fachvereine zu wirklichen Interessenvertretungen, und zwar zu Vereinen von Interessenten gleichartigen Berufes. Gleichzeitig werden die geistigen und leitenden Stände von den Organisationen der Arbeiterbewegungen getrennt und so — auf Grund der Lehren, die man aus den Erfahrungen der jüngstverflossenen kommunistischen Vorstöße gezogen — vor der Majorisierung, bzw. Bolschewisierung bewahrt.

Die gegen die starre Klassenbildung gerichtete Tendenz des italienischen Gesetzes kommt auch in der Bestimmung zum Ausdruck, daß Personen, die bei verschiedenen Gelegenheiten bald als Unternehmer, bald aber als Arbeiter in Betracht kommen, gleichzeitig Mitglieder von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sein können. Unternehmer,

die zu gleicher Zeit in mehreren Gewerken tätig sind, können auch Mitglieder mehrerer Gewerkschaftsorganisationen sein.

Mitglieder von gesetzlich anerkannten Gewerkschaften jedoch können, bei sonst zu gewärtigender Ausschließung, nicht Mitglieder gesetzlich nichtanerkannter aktiver Gewerkschaften sein. Genossenschaftliche Unternehmungen jeder Art müssen besondere Interessenvertretungsorgane bilden. Das gleiche gilt für die kapitalistischen Unternehmungen, wie auch für die bei kapitalistischen und genossenschaftlichen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Die amtliche Anerkennung der Gewerkschaften hängt von der Erfüllung, bzw. von dem Vorhandensein einiger wichtiger Vorbedingungen ab, die im öffentlichen Interesse gelegen sind. Die Anerkennung einer Gewerkschaft ist nicht nur dann zu verweigern, wenn sie den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht, sondern auch, falls sich ihr gegenüber volkswirtschaftliche Bedenken geltendmachen. Dem Gesuche um die Anerkennung ist die Geschichte der betreffenden Organisation und das Verzeichnis ihrer maßgebenden Mitglieder beizulegen. Die Satzungen der Gewerkschaft haben all jene Bestimmungen zu enthalten, deren dortige Aufnahme die Vollzugsverordnung vorschreibt. Die Regierung kann wann immer die Revision der Satzungen fordern oder anordnen.

13. Da die Wirksamkeit eines jeden Vereines letzten Endes von der seelischen Veranlagung, Vertrauenswürdigkeit usw. ihrer Mitglieder abhängt, legt die italienische Reform großes Gewicht darauf, daß in den führenden Stellungen jedweder Gewerkschaft nur solche Personen tätig sein dürfen, die vom Gesichtspunkte der nationalen und sozialen Interessen sittlich einwandfrei sind. Sie geht aber noch um einen Schritt weiter und gestattet nicht, daß Personen, die den geforderten Vertrauensrücksichten nicht entsprechen, als Angestellte der Gewerkschaft tätig seien. So schließt die italienische Reform beispielsweise die Anwendung jener revolutionären Taktik aus, wonach in der Gewerkschaft als deren Angestellte oder zur Belohnung Leute untergebracht werden, die wegen Verletzung der Gesellschaftsordnung gemäßregelt oder bestraft waren. Von solchen Individuen pflegt nämlich die sozialistisch eingestellte Gewerkschaft eine um so fanatischere und gewissenlosere Agitatorentätigkeit zu erwarten. Überhaupt sucht das italienische Gesetz zu verhindern, daß sich die Gewerkschaften als Stellungsvermittlungsbüros für revolutionäre oder Klassenkampfagitatoren betätigen und diese auf leitenden Posten derselben Organisation unterzubringen sich befleißigen. Die Beamten und Angestellten der seit dem Inslebentreten der italienischen Reform bestehenden Gewerkschaften dagegen werden schon im eigenen wohlverstandenen Interesse, das für die meisten Menschen in erster Reihe maßgebend ist, weidlich bestrebt sein, eine der gesetzlichen Ordnung entsprechende Haltung zu bewahren. Aus demselben Beweggrunde sehen sich die Angestellten sozialistischer Organisationen (Versicherungskassen, Genossenschaften usw.)

mit Rücksicht auf ihre eigene existentielle Abhängigkeit vom Brotgeber bemüht, als Agitatoren des Klassenkampfes sich zu betätigen, wobei ihnen das öffentliche Interesse völlig gleichgültig ist. Unter solchen Umständen geschieht die Anfachung des Klassenkampfes durch tausende hiezu gezwungener Angestellten unmittelbar aus Privatinteresse.

Aus der juristischen Persönlichkeit der anerkannten Gewerkschaft ergeben sich, wie schon erwähnt, zahlreiche Rechte und Verpflichtungen. Die Gewerkschaften haben zu mehreren gemeinnützigen Zwecken Beiträge zu leisten, die teils verpflichtend, teils aber der freien Entschliebung überlassen sind. Verpflichtend sind außer den Beiträgen zu den Kosten der Vereinsorganisation die Beisteuerungen zu Zwecken der nationalen und berufsmäßigen Erziehung. Verpflichtend ist ferner die Anlage eines Sicherstellungsfonds, der als materielle Bürgschaft der aus den Kollektivverträgen der Gewerkschaft sich ergebenden Verpflichtungen dient. Zugunsten dieses Garantiefonds ist mindestens ein Zehntel der Gebühreneinnahmen des Vereines zu verwenden.

Andererseits kommt die Reform den sogenannten Sozialisierungsbestreben und unbefugten oder terroristischen Eingriffen der Gewerkschaften unter anderem durch die Bestimmung zuvor, daß im Sinne der königlichen Vollzugsverordnung die Gewerkschaften ohne Einverständnis der Eigentümer des Unternehmens a) auf die administrative, technische oder kaufmännische Leitung der Unternehmungen ihrer Mitglieder mit Ausnahme der Arbeitsverhältnisse keinerlei Einfluß nehmen können; b) unter keinen Umständen für Nichtmitglieder verpflichtende Verfügungen treffen können, die sich auf andere als Arbeitsangelegenheiten beziehen; c) nicht Handel treiben dürfen.

Hinsichtlich der Gesetzlichkeit steht übrigens die Wirksamkeit der Gewerkschaften unter der Kontrolle der Staatsverwaltung. Diese Kontrolle obliegt dem Ministerium für Korporationswesen, das sie teils durch die Ortsverwaltung, teils durch eigene besondere Organe ausübt. Besonders streng ist die Kontrolle der Geldverwaltung. Behördlicher Genehmigung bedürfen die Gewerkschaften in bezug auf die Festsetzung der Mitgliederbeiträge und wichtigeren Verpflichtungen der Mitglieder, der Bilanz des Vereines und seiner materiellen Obliegenheiten. Andererseits aber ist auch der diesbezügliche Rechtsweg ausgebaut.

Die Vereinigung der Gewerkschaften (*associazioni sindacali*) zu höheren Gewerkschaften (Föderationen und Konföderationen), welche letztere ebenfalls juristische Personen sind, ist ebenfalls nach den schon erwähnten Gesichtspunkten der Interessengliederung geregelt. So können z. B. Unternehmer- und Freiberufssyndikate den Syndikaten der eigentlichen Arbeiter nicht beitreten und umgekehrt. Handwerker, Kleinkaufleute, Handlungsgehilfen, Pächter können sich den höheren Organisationen der Unternehmer anschließen. Die landwirtschaftlichen Halbpächter hinwieder den Organisationen der Feldarbeiter usw. Die anerkannten Organisationen

(Orden und Kollegien) der freiberuflichen Intelligenzberufe dagegen können sich nicht zu höheren Organisationen vereinigen.

Die sogenannten Korporationen, d. s. die Verbindungsorgane der Gewerkschaften verschiedener Lebensberufe (selbständige Unternehmer, geistige, physische Arbeiter) nach deren Produktions- oder Unternehmungszweigen, sind, wie bereits erwähnt, keine juristischen Personen, sondern staatliche Verwaltungsorgane. Ihre Aufgabe ist: a) Friedensstiftung zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, b) jede Art fördernder, aneifernder und unterstützender Initiative hinsichtlich Ausbildung und besserer Organisation der Produktion, c) Errichtung von Arbeitsvermittlungsämtern und Vermittlung zwischen den verschiedenen Faktoren der Arbeitsvermittlung, d) Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens. Bei der Abschließung von Kollektivverträgen dagegen genießen die einzelnen Gewerkschaften (Assoziationen) autonome Rechte. Den Vorsitzenden der Korporationen ernennt der Korporationsminister, die Mitglieder ihres Verwaltungsrates aber werden von den ihm unterstehenden Organisationen entsendet. In diesem Verwaltungsrat muß die Zahl der Unternehmungsvertreter gleich sein mit der Gesamtheit der geistigen und manuellen Arbeiter.

Vorstehend haben wir die kennzeichnenden Eigenheiten der italienischen Gewerkschaftsreform zusammengefaßt. Ihr für die Sozialpolitik epochemachender Charakter ergibt sich hauptsächlich daraus, daß sie die Synthese der Produktions- und Verteilungsinteressen zur sozialpolitischen Grundlage macht, nicht aber einseitig die Förderung der letzteren ohne Rücksicht auf die Gesichtspunkte der Produktionsergiebigkeit, d. i. der bleibenden Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Damit hat die italienische Sozialpolitik einen neueren, die der Produktion — im Vergleich zur bisher üblichen Richtung — mit weit größerer Wahrscheinlichkeit verbürgenden Weg betreten. Die einschlägigen bahnbrechenden Verdienste der vom Faschismus geschaffenen Reform müssen — unabhängig von den Gesichtspunkten des Erfolges — von jedermann anerkannt werden, der zu verstehen imstande ist, daß eine bleibende und zunehmende Massenwohlfahrt nur auf dem Wege der Erhaltung und fortschrittlichen Entwicklung der geistigen und wirtschaftlichen und folglich der Produktionskultur verwirklicht werden kann.

Es sei hier noch bemerkt, daß mit dem Sturze des Kommunismus sich nach dem Weltkrieg auch in Rumpfungarn eine mächtige Masse von nationaler Weltanschauung herangebildet hat, die sich der marxistischen Umsturzrichtung scharf widersetzte. Sozusagen automatisch ergab sich daher die Gelegenheit zur Organisierung dieser von günstiger konstruktiver Weltanschauung und regsamer Tatkraft erfüllten Masse und zur Bildung von tatkräftiger Arbeitsmoral beseelter nationaler Gewerkschaften. Bedauerlicherweise jedoch mangelte es in Rumpfungarn an dem richtigen Sinn für die gehörige Erkenntnis der „Erwachenden.“ und mit ihr ver-

wandten Bewegungen. Auch fehlte es vollständig an Staatsmännern, die das sozialpolitische Empfinden und den entsprechenden klaren Blick gehabt hätten, um mit Beiseitesetzung der gewohnten Gesichtspunkte herkömmlicher Parlamentspolitik diese gesunde, jugendfrische Massenbewegung zur Schaffung nationaler Produktionskorporationen auszunützen und weiterzuentwickeln. So kam es zur Verwelkung und Rückbildung dieser Bewegung. In diesen Jahren der Schicksalswende gelangten hier nicht solche voraussehende Sozialpolitiker in die ihnen gebührenden Stellungen, die zur nationalen Neuorganisierung der produktiven Massen geschaffen und begeistert gewesen wären. Es gab keine „*right men on the right places*“, und so wurden diese Jahre zu einer Epoche der versäumten Gelegenheiten, deren stark gegenrevolutionäre Stimmung mehr von der unangenehmen und unbequemen Seite her bemerkbar wurde. Sie verpuffte in kleineren Aufflammungen, manchmal „Ausschwingungen“, weil man die darin verborgenen Kraftquellen nicht zum Aufbau von größeren Produktions- und Interessenorganisationen nationaler Weltanschauung zu verwenden verstand. Indessen aber hatten die von Tatendrang und Tatkraft strotzenden Äußerungen des Geistes der „Erwachenden“ und Vereinigungen anderer ähnlicher Art lebhaft jene Änderung der Massenstimmung gezeigt, die — gleich der italienischen — zur institutionellen Sicherstellung der großen nationalen, gesellschafterhaltenden Interessen Gelegenheit geboten hätte. Der Sozialpolitik hätten damals neue Wege gebahnt, es hätten konstruktivere Einrichtungen als die alten geschaffen werden können. Es war eine Zeit, da es nicht genügte, die fremden Schablonen nachzuahmen. Zur Schaffung nationaler Produktionsorganisationen, insbesondere aber nationaler Gewerkschaften ist es damals in Ungarn daher nicht gekommen.

14. Den Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten Nordamerikas drückte das Beispiel des englischen Mutterlandes den Stempel auf. Trotz gewisser Unterschiede der Benennungen (*Knights of Labour*) schlägt immer wieder der englische Grundtypus durch. Eine andere Frage ist es, ob die amerikanische Gewerkschaft an innerem Gehalt, sozialem Gewicht und gesellschaftlicher Bedeutung dieselbe Entwicklung erreicht hat wie die englische. In dieser Hinsicht sind die Unterschiede der beiden Weltteile als solche Grundkonjunkturen zur Geltung gelangt, die auf dem Macht- und Wirtschaftsgebiete abweichende Möglichkeiten eröffneten. Die günstigen großen Perspektiven des amerikanischen ökonomischen Individualismus waren auf das Los und die Denkweise des Arbeiters gleichfalls von anderem Einfluß als die Gegebenheiten der englischen Arbeitsverhältnisse. Die kräftigere und ältere englische Organisation umschloß die Gedeihensmöglichkeiten des englischen Arbeiters viel ausschließlicher, als der zu Wohlstandszwecken mehr Ausnützungsmöglichkeiten bietende amerikanische Boden.

Dieser Umstand ist die Hauptursache, daß in den Vereinigten Staaten die Gewerkschaften trotz aller Ausbau- und Organisationsarbeit und deren

Ergebnissen nicht jenes entscheidende Gewicht erlangen konnten, wie in den klassischen Industriestaaten Europas. Die Vereinigten Staaten blieben auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes in viel höherem Grade die Heimstätte des wirtschaftlichen Individualismus, als die europäischen Großindustriestaaten; in den amerikanischen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital erwies sich das letztere weit folgerichtiger für den stärkeren Teil. Die Erklärung hiefür ist vor allem in den größeren und weniger ausgebeuteten Wirtschafts- und Güterquellen und auf Grund dessen in der ergiebigeren Produktion der Vereinigten Staaten gegeben. Dieser Umstand bietet gleichzeitig die Erklärung für den höheren Lebensstandard, den größeren Wohlstand der Arbeiterklasse. In den Vereinigten Staaten fällt nämlich der Arbeiterschaft, obwohl sie im Verteilungskampfe ein weniger kräftig organisierter Gegner des Kapitals ist, als in Europa, eine größere Menge von Massenbedarfsgütern zu, weshalb sie auch mehr verdient, besser gesagt: mehr Einkommen hat. Es sind ergiebige Quellen vorhanden, weshalb es auch für den höheren Arbeitslohn ausreicht. Auch dieses Musterbeispiel zeigt, daß die Frage des auf die Höhe des Arbeitslohnes gegründeten Lebensstandards in erster Reihe eine Frage der ausreichenden Produktion des betreffenden Volkes usw., nicht aber eine Frage der Verteilungsorganisation ist. Da übrigens die Arbeiterbevölkerung Amerikas infolge der starken Einwanderung ziemlich heterogene Elemente in sich faßt, bildet auch schon dieser Umstand ein Hindernis der Entwicklung ähnlicher, gleichartigerer Gewerkschaftsverhältnisse wie die englischen oder deutschen. Die verhältnismäßig große Rolle des Kommunismus findet nicht zuletzt in der verschiedenen Abstammung und im verschiedenen Temperament der Bevölkerung ihre Erklärung.

Die Entwicklung der französischen Gewerkschaften steht sowohl hinsichtlich des Verhältnisses der organisierten Arbeiterschaft zur gesamten Arbeiterbevölkerung, als auch was die reale Durchführung der Organisation anbelangt, hinter der englischen und deutschen Entwicklung zurück. Im Hinblick auf die gegenseitigen Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit gemahnt der französische Arbeitsmarkt — in verkleinerter Ausgabe — mehr an die Vereinigten Staaten, als der deutsche und der englische. Die revolutionären Neigungen der Gewerkschaften und der in ihnen zum Ausdruck kommenden sozialistischen Richtungen weisen zum großen Teil sehr gefährliche Erscheinungen auf. Sie betreffen den Vorstoß der extrem sozialistischen, syndikalistischen und kommunistischen Abschattungen, denen auch die demagogisch-demokratischen Verhältnisse der Landespolitik sehr günstig sind. Bei einem großen Teil der französischen Gewerkschaftstätigkeit nimmt daher die extrem sozialistische Tendenz auf Kosten der realen Wohlfahrtstätigkeit einen übermäßig breiten Raum ein, was für den gesellschaftlichen Frieden die Gefahr nicht geringer Erschütterungen in sich birgt. Andererseits aber ist es Tatsache, daß Frankreichs im Vergleich zu England und Deutschland

weit kräftigeres Bürgertum und Bauernschaft im Entscheidungsfall für den Ausgang des sozialen Kampfes sehr schwer ins Gewicht fiel.

Außer dem stark ausgebauten Gewerkschaftssystem der skandinavischen Länder ist die Tschechoslowakei mit ihrer starken Industrie dasjenige Land, wo die Gewerkschaften als noch weit stärkere Macht-rahmen in die Erscheinung treten, so daß sie der inneren Struktur dieses Staates einen vorstehend sozialistischen Charakter verleihen. Ein stark anspruchsvoller Ausbau des Wirkungskreises und des Arbeitsrechtes kann somit im Falle heftigerer und anhaltender Krisen der wirtschaftlichen und hauptsächlich der großindustriellen Konjunkturen eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden bedeuten. Die große Verbreitung des Kommunismus, die stärkere Fühlbarkeit des russischen Einflusses, die im Vergleich zu den germanischen Ländern auch sonst für die Extreme sehr empfängliche Natur der Bevölkerung trägt in das tschechische Gewerkschaftswesen, das sich im übrigen auf eine entwickelte Großindustrie stützen kann, wie auch in das landwirtschaftliche Arbeitervolk die Elemente der slawischen Unberechenbarkeit hinein.

Von ganz eigenem Reiz wäre die Schilderung und Erörterung der Gewerkschaften Sowjetrußlands. Ich bin jedoch nicht in der Lage, mich dieser Aufgabe zu unterziehen, denn das wenige, was diesbezüglich aus dem russischen Sowjetreich herausdringt, was darüber an statistischen Daten, Besprechungen, Propagandaschriften u. dgl. vorliegt, ist keineswegs zureichend, uns ein Bild der dortigen wirklichen Zustände zu geben. Vor allem wirft sich unwillkürlich die Frage auf, in welchem Sinne angesichts des dortigen terroristischen Machtsystems von einem Gewerkschaftswesen, ähnlich dem europäischen oder amerikanischen, überhaupt die Rede sein kann. Wenn wir uns aber über diese Schwierigkeiten hinwegsetzen, stoßen wir jedenfalls auf irgendwelche Rahmen und Organisationen von Produktion und Arbeit. Betreffs solcher läßt sich ja mit Legionen von Daten und Zahlen herumwerfen. Man kann statistische Ausweise und Berichte veröffentlichen, kann wahre und falsche Bilder der Lage entwerfen. Verfügen aber die sowjetischen Angaben auch soweit über das im öffentlichen Interesse erwünschte Maß von Verlässlichkeit und Wahrheit, daß man ihnen ohne Kontrolle Glauben schenken kann? Ferner fragt es sich: bieten die verschiedenen Sowjetorganisationen eine ergiebige Produktion, die genügend leistungsfähig, die Massenbedürfnisse zu befriedigen imstande ist? (Wobei nicht einmal der Maßstab West- oder Mitteleuropas angelegt, sondern bloß die Niveauverhältnisse Vorkriegsrußlands herangezogen werden sollen.) Verbürgen die dortigen Zustände den großen Massen überhaupt und insbesondere der industriellen Arbeiterschaft einen ausreichenden Lebensstandard? Sind sie geeignet, einen tatkräftigen Arbeitswillen und die gehörige Arbeitsmoral auszulösen? Werden die Arbeitsrahmen durch ein Mittelmaß von Zufriedenheit mit den Verhältnissen, durch gehörigen Interessenschutz aufrechterhalten, oder aber

sind es nur durch drakonischen Terror zusammengehaltene Sklavenorganisationen? Bietet die durch die neue Gesellschaftsordnung ausgeglichene Verteilungsquote, auf je einen Menschen entfallend, ein Mehr an Gütern für den notwendigen Bedarf und für die Bequemlichkeit? Finden die erhöhten Massenansprüche eine größere soziale Güterdeckung, oder aber wird den Beanspruchern bloß eine stagnierende, bzw. herabgesetzte Befriedigung zuteil? Gibt es dort größere oder geringere Möglichkeiten dafür, daß der arbeitende Mensch sein Los und seine Lebensweise durch Arbeitswillen und werktätigen Fleiß verbessern, seine Zukunft sicherstellen könne, oder ist es bloß eine ausgeglichene Futterportion, was die neue Gesellschaftsordnung den ausgeglichenen Tiernmenschen zu bieten imstande ist? Wie sind die Erwerbs-, die Gesundheits-, die Sterblichkeitsverhältnisse beschaffen? Hat man auf Grund fanatischer Ideen und durch barbarische Klassenausrottungen eine neue Ordnung geschaffen, die auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete ein höheres Maß von durchschnittlichem Menschenglück und Zufriedenheit verbürgt? Auf diese Fragen müßten wir eine aufrichtige, von der Mitgliedermehrheit der sowjetrussischen Gewerkschaften nicht terrorisierte vertrauliche Antwort bekommen, um uns vom Gesichtspunkte der sozialen Wohlfahrt aus ein richtiges Urteil bilden und die Wahrheit überwachen zu können.

15. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren hat das Deutsche Reich in sozialpolitischer Hinsicht Zeiten voll großer Widerwärtigkeiten erlebt, die auch dem Los und der Haltung der Gewerkschaften und Interessenvertretungen ihren Stempel aufgedrückt haben.

Während des Krieges suchte man auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 durch Notstandsverfügungen militärischen Charakters die Produktion aufrechtzuerhalten und zu sichern. Später tauchen unter der Wirkung der vom Krieg verursachten Stimmungsänderungen und umsturzartigen Bewegungen von seiten der Arbeiter Spuren einer Tendenz gesteigerter Einmischung in die Produktionsbetriebe auf. Schon gegen Ende des Krieges wurden „Arbeitsgemeinschaften“ gebildet, die eine Art paritätischen Zusammenwirkens zwischen Unternehmern und Arbeitern darstellen sollten. An der Schwelle des Zusammenbruches, im Oktober 1918, schreiben schon die Gewerkschaften die Bedingungen vor.

Schon das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 ordnet die Bildung von Arbeiter-, bzw. Angestelltenausschüssen an, die gewissermaßen als Vorläufer der späteren Betriebsräte anzusprechen sind und zu amtlich anerkannten Schlichtungsorganen wurden. Unter Bethmann-Hollweg wurde mit Gesetz vom 5. Mai 1918 der § 153 der Gewerbeordnung abgeschafft, laut dessen der Streikterror, bzw. der terroristische Zwang zum Eintritt in die Gewerkschaften mit Gefängnis bestraft wurde. Die auf den militärischen Zusammenbruch folgende innere Revolution führte bald darauf zur vollständigen Umstoßung der Bestimmungen des deutschen Arbeitsrechtes und überschüttete das Wirtschaftsleben in fieberhaft

rascher Tätigkeit mit fabriksmäßig erzeugten sozialen Rechtsnormen. Am 15. November 1918 kam zwischen den industriellen Arbeitgebern und Arbeitern jener großangelegte Pakt zustande, laut dessen beide Parteien ihre Interessenorganisationen gegenseitig anerkennen, an Stelle der individuellen Lohnverträge die Kollektivverträge von Organisation zu Organisation treten und die Errichtung von paritätischen Arbeitsgemeinschaften angeordnet wurde.

In einem Anfall sozialpolitischer Begeisterung wurde dieses Übereinkommen vom 15. November 1918 nicht bloß als epochale Magna Charta der deutschen Arbeiterschaft, sondern nachgerade als eine derartige Lösung des Problems der Arbeitsverfassung betrachtet, durch die vielleicht die dauernden Grundlagen zur Besserung des sozialen Loses der Arbeiterklassen gelegt worden seien. Diese Hoffnungen erwiesen sich als Illusionen der Revolutionsstimmung. Man wiegte sich in dem trügerischen Scheine, daß durch die Änderungen von Rechtsverhältnissen und Regelung der Verteilungsquoten die soziale Wohlfahrt der zahlenmäßig stärksten Gesellschaftsklassen und ihre Bedürfnisbefriedigung gesichert werden könne.

Die einzelnen Arbeitsgemeinschaften schlossen sich zur allgemeinen Organisation der Reichsarbeitsgemeinschaft zusammen, deren Beruf darin bestehen sollte, sozusagen auf allen Gebieten der aktuellen Sozialpolitik einzuwirken, zu schaffen und Lösungen anzubahnen. Der besagte trügerische Schein mußte alsbald der rauen Wirklichkeit weichen. Die vielgepriesene Arbeitsgemeinschaft war nicht das Ergebnis einer auf Grund freien Entschlusses zustande gebrachten Übereinkunft der wohlverstandenen beiderseitigen Interessen. Sie war vielmehr eine unter der terroristischen Wirkung revolutionärer Umsturzbewegungen erpreßte Zwangsübereinkunft, deren Einhaltung eine Zeitlang durch eine günstige Industriekonjunktur schlecht und recht ermöglicht war. Noch vor ihrer praktischen Erprobung war die ganze großangelegte papierene Schöpfung, von der man sich vielerseits wunderbar heilsame Wirkungen versprach, dem Untergange verfallen. Es geschah gleichzeitig mit der durch die Verhältnisse notwendigerweise bedingten Verschlechterung der Produktionskonjunkturen, als für die zur Unzeit erweckten Massenansprüche keine entsprechende Deckung mehr vorhanden war. „Woher nehmen?“ Das gebieterische Auftauchen dieser Frage bereitete dem Wunder der revolutionären Papierschöpfungen alsbald ein klägliches Ende.

Ein unzweifelhaftes Produkt des revolutionären Geistes sind auch die deutschen Betriebsräte. Sie sollten das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Verwaltung der Industriebetriebe entsprechend dem § 165 der neuen Reichsverfassung zum Ausdruck bringen.³⁾ Im Sinne des

³⁾ Siehe W. Kaskel: Das Arbeitsrecht. Berlin, Springer, 1928. S. 9 bis 10 und 291 bis 305.

Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 sind in allen Betrieben, die mindestens zwanzig Arbeiter oder sonstige Angestellte beschäftigen, Betriebsräte zu errichten. Wenn die Arbeiter und die Angestellten gemeinsame Betriebsräte bilden, sind für Arbeiter und Angestellte jeweilig besondere Gruppenräte zu errichten, desgleichen für die Heimarbeiter, wenn ihre Zahl 20 erreicht. Arbeiter von geringerer Anzahl entsenden Betriebsobmänner, deren Wirkungskreis jenem der Betriebsräte ähnlich ist. Dieser Wirkungskreis beruht im Sinne des deutschen Arbeitsrechtes nicht auf einer privatrechtlichen Ermächtigung, sondern auf einem öffentlichen Amt.⁴⁾ Mit vermögensrechtlicher Verantwortung jedoch sind sie, als keine juristischen Personen, nicht belastet, wiewohl ihre Mitglieder im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches persönlich zur Verantwortung gezogen werden können.⁵⁾ Ihrem Wirkungskreise entsprechend haben sie die Aufgabe, einerseits die Interessen der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern zu schützen, anderseits genießen sie in der Betriebsverwaltung das Mitbestimmungsrecht und das Recht der Kontrolle. In die erste Kategorie gehören die Mitwirkung an der Feststellung der Arbeitsbedingungen, bzw. der Tarifverträge, ferner der Betriebsschutz, die Beschwerden gegen die Arbeitgeber usw. Die Rechte der Gewerkschaften hinsichtlich der Vertretung der Arbeiterinteressen können laut Gesetz durch die Betriebsräte nicht berührt werden, ihre Aufgabe ist vielmehr, die Wirksamkeit der Gewerkschaften auch in allen Fragen außerhalb des Betriebsrahmens zu unterstützen und zu ergänzen, wogegen auch die Gewerkschaften die Betriebsräte auf ihrem Wirkungsgebiete zu unterstützen haben. Das Mitbestimmungsrecht bei der Leitung der Betriebe erstreckt sich hauptsächlich auf Betriebe gewisser Kategorien. (Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken und Tendenzbetriebe oder Betriebe mit idealen Bestrebungen, d. i. solche, die zu politischen, militärischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen, wissenschaftlichen u. dgl. Zwecken errichtet sind.) Eine um so größere Bedeutung aber mißt das Gesetz dem überwachenden Wirkungskreis der Betriebsräte bei. Dieses Recht, bzw. diese Aufgabe erstreckt sich auf die Erteilung von Auskünften seitens des Betriebes über den Gang des Betriebes, den Gegenstand der Tarifverträge, den Arbeitsbedarf, ferner auf die Einsicht in die Bilanzen, Bücher, Urkunden des Betriebes und deren Überprüfung, auf das Verlangen von Aufklärung über gewisse Fragen, auf Entsendung einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern in den Aufsichtsrat usw. Kurzum, die Einrichtung der Betriebsräte, bzw. das bezügliche Gesetz sorgt hinreichend dafür, daß der Arbeiterschaft in den Fragen der Verteilungsquote und der Betriebsleitung die Einspruchsmöglichkeit offenstehe, wobei jedoch ihrerseits keine Bürgschaften hinsichtlich der ausreichenden Produktion und der

⁴⁾ Siehe Kaskel, e. d., S. 290.

⁵⁾ E. d., S. 290 bis 291.



erfolgreichen Leistungen des ernst aufgefaßten Arbeitsberufes geboten werden. Zur Übernahme einer solchen Aufgabe haben sie schon zufolge des Ideenkreises, dem die Betriebsräte und andere Arbeitsräte ihre Entstehung verdanken, nicht die Befähigung.

Auch die deutschen Betriebsräte sind demnach nichts weiter als eine nach dem Westen vorgeschobene Abart der Sowjets. Solange die Konjunkturen ihnen ungünstig sind, geben sie sich still und bescheiden, hat aber ihr gegen die Gesellschaftsordnung gerichteter Geist erst die Oberhand erlangt, so erfolgt alsbald ihre Umwandlung zu revolutionären Organen der Zersetzung, des Terrors und der nörgelnden Schwierigkeitenmacherei. Als rein einseitige Institutionen der revolutionären Forderungen, bieten sie keinerlei Bürgschaft für die produktiv-soziale Pflichterfüllung. Vom Standpunkte der synthetischen Sozialpolitik aus betrachtet (ein Standpunkt, der auch die Deckungsgarantien der sozialen Ansprüche in Betracht zieht und sie gerade im Wohlfahrtsinteresse der großen Massen als unerlässlich erkennt), sind die Betriebsräte nichts anderes als die Scheinschöpfungen eines dekadenten Zeitalters.

Neunter Abschnitt.

Die Arbeitskämpfe.

1. Wir glauben kaum zu übertreiben, indem wir der Überzeugung Ausdruck geben, daß für das Schicksal des modernen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems das Streikproblem eine der entscheidendsten Fragen ist. Im Rahmen der Lohnkampffragen aufgetaucht, gelangte es ebendort zur Entfaltung und wuchs bald über die eigentlichen Arbeitskämpfe hinaus zu immer größerer Bedeutung an.

Schon der Umstand, daß die Grundlagen der Wirtschafts- und Erzeugungsfunktionen der heutigen Gesellschaftsordnung durch die Streiks am stärksten erschüttert werden und nach den bisherigen Erfahrungen auch der revolutionäre Umsturz dieses Gesellschafts- und Wirtschaftssystems im Rahmen und in Begleitung von Streiks erfolgt, muß den gewissenhaften Sozialpolitiker zu tiefem Nachdenken anregen. Er fühlt sich bemüßigt, dieses Problem nach den neuesten, verhängnisvollsten Erfahrungen und Aussichten einer eingehenden Revision zu unterziehen, muß sich dann förmlich zu einem vollständigen Umlernen des ganzen Stoffes entschließen und darf ihn nicht länger nach den bisher üblichen Schablonen betrachten. Auf solche Art ringt er sich früher oder später zur Erkenntnis durch, daß dieses gewohnte sozialpolitische Problem infolge seiner neuesten Entwicklungen in ein entscheidendes Stadium von tief-

einschneidender Wichtigkeit gelangt ist, wodurch der Sozialpolitik völlig neue Aufgaben erwachsen, zu deren Lösung die Anwendung neuer Mittel im öffentlichen Interesse sich als notwendig erweist. Und eben wegen des hohen öffentlichen Interesses, das sich an das Problem knüpft, darf dann aus dieser einmal erworbenen Überzeugung auch unter solchen Verhältnissen kein Geheimnis gemacht werden, wo die Verkündung dieser Überzeugung gegebenenfalls nichts weniger als volkstümlich erscheint.

Sucht man für die Arbeitskämpfe, bzw. Streiks geschichtliche Beispiele, so lassen sich solche nicht allzu schwer finden. Es gab deren schon im Mittelalter, ja es mußte ihrer zu jeder Zeit gegeben haben, als zwischen Stellunggebern und Angestellten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Lohn-, Existenz-, Unterhaltsfragen irgendwelche Entscheidungen zu treffen waren. Nicht viel ist jedoch erreicht, wenn wir in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Meistern und Gesellen des XIV. Jahrhunderts den Verruf („Schelten“) einzelner Meister, die gemeinsamen Arbeitseinstellungen und das sogenannte Abwandern gewissermaßen als den Ursprung der modernen Lohnkämpfe erkennen. Lassen sich doch bei einigem Nachforschen auch andere ähnliche Ursprünge in der Wirtschaftsgeschichte leicht als scheinbare Analogien entdecken. Viel ist mit derartigen Feststellungen aus dem Grunde nicht erreicht, weil die soziale Bedeutung der modernen Lohnkämpfe und Arbeitseinstellungen ganz unvergleichlich schwerer, ernster und allgemeiner ins Gewicht fällt, als dies einst der Fall war. Es sei daher jedermann vorweg aufmerksam gemacht, daß man solchen geschichtlichen Vorbildern zuliebe die modernen Arbeitskämpfe keineswegs als Erscheinungen betrachten darf, die jenen alten Vorbildern an entscheidender Wichtigkeit gleichgestellt werden können. Zeigt doch auch der menschliche Organismus in den verschiedenen Lebensaltern eine völlig verschiedene Widerstandskraft, wenn es sich um verschiedene Krankheiten von ähnlicher Wesensart handelt. Der Arzt sieht sich angesichts der Erkrankung eines strammen Jünglings einem wesentlich anderen Problem gegenübergestellt, als bei ganz ähnlichen pathologischen Erscheinungen, die den verfetteten Organismus eines Arteriosklerotikers betreffen. Die Lohnkämpfe und Arbeitseinstellungen in altersgrauer Vorzeit konnten bloß örtliche Störungen verursachen und niemals derartige Dimensionen annehmen, daß sie den Fortgang der Produktion oder gar die Gesellschaftsordnung ernsthaft zu stören vermocht hätten. An die Vorbeugung und Verhinderung eines allgemeinen Streiks knüpfen sich heute oder in der nächsten Zukunft viel tiefer einschneidende, entscheidende Interessen als an einen wie immer stark fühlbaren Lohnkampf, der sich selbst noch ein bis zwei Jahrzehnte vorher abspielte.

Ebenso kann es sich von seiten der Arbeitgeber um einen Lohnkampf (massenhafte Entlassungen, Aussperrung von Arbeitern, Betriebseinstellung, Maßregelung, Boykott) handeln, ohne daß den betreffenden Erscheinungen vom sozialpolitischen Standpunkte aus immer dieselbe

Bedeutung beizumessen wäre, wie bei einem von beiden Richtungen ausgehenden Arbeitskampf.

2. Überaus bezeichnend ist der Umstand, daß man sich nach neuerer sozialpolitischer, bzw. arbeitsrechtlicher Auffassung die Lohnkämpfe immer als einen Kriegszustand im militärischen Sinne vorstellt, dessen Ausgang nicht etwa nach Rechtsgrundsätzen, sondern durch die Besiegung der einen Partei, also durch den Erfolg der stärkeren Macht, bzw. Gewalt entschieden wird. Trotzdem und eben darum, weil sich dieser Kriegszustand auf wirtschaftlichem Gebiete entwickelt, haben die Arbeitskämpfe nach dieser Auffassung ihre eigene rechtliche Ordnung. Diese rechtliche Ordnung ist — nach derselben Auffassungsrichtung — nur zu sehr geringem Teil (so z. B. die öffentlichen Betriebe) in den Grundlagen des staatlichen Rechtes verankert; hauptsächlich stützt sie sich auf das einschlägige Gewohnheitsrecht der im Kampfe stehenden Parteien (Gewerkschaften der Arbeiter und Arbeitgeber, bzw. Spitzenverbände), d. i. auf das Ergebnis der Feststellungen und Satzungen hinsichtlich Methoden, Beginn, Fortsetzung und Beendigung der Kriegführung. Die Rechtsquellen der Arbeitskämpfe bestehen somit nur zum geringsten Teil aus staatlichen Gesetzen und Verordnungen. Ihre Bestandteile sind hauptsächlich in den bezüglichen Normen, Vorschriften und verschiedenen gewohnheitsrechtlichen Grundsätzen der am Kampfe beteiligten Organisationen zu suchen.¹⁾

Es bedarf nicht vieler Worte zu dem Hinweise, daß diese Auffassung klar und deutlich zeigt, wie fest der Begriff des Klassenkampfes bereits mit den wichtigsten Rechtsercheinungen und tatsächlichen Zuständen der heutigen Gesellschaft verflochten ist. Unserer Ansicht nach hat diese Verflechtung keinerlei aufbauende, sondern nur auflösende und zersetzende Wirkungen im Gefolge. Die Rechtsercheinungen und die tatsächlichen Zustände unserer Gesellschaftsordnung vermochten nämlich vor ihrer Verquickung mit dem Klassenkampfbegriffe auch die Möglichkeiten der Produktion, des Schaffens, der erforderlichen wirtschaftlichen Lebensfunktionen im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung zu garantieren, wogegen die mit dem Eindringen des Klassenkampfeistes zur Ausbildung gelangten neuen sozialen Kriegsrechtbegriffe auf Kosten der Produktionsergiebigkeit, der Existenzgrundlagen, also zum Schaden der Bürgschaften des gesellschaftlichen Fortschrittes und Wohlergehens die Berechtigung der Kriegführung, der Fundamenterschütterung und der Gewalttätigkeit begründen.

Als Hauptmittel der Lohnkämpfe pflegt man die Arbeitsniederlegung (Streik), die Aussperrung (*lock-out*) und mit diesen in Verbindung den Boykott zu bezeichnen. Die rechtliche Regelung dieser

¹⁾ So charakterisiert das Wesen und die rechtliche Ordnung der Arbeitskämpfe ein moderner deutscher Spezialist des Arbeitsrechtes: Walter Kaskel (Arbeitsrecht. Berlin, 1928, Springer. S. 373 bis 374).

Kampfmittel unternimmt das moderne dekadente Arbeitsrecht auf positive Art, das Arbeitsrecht der gesunden gesellschaftlichen Bestrebungen aber in negativem Sinne. Vom sozialen Standpunkte aus ist natürlicherweise das Streikrecht am allerwichtigsten, denn hier sehen wir uns den Kraftäußerungen der großen Massen am handgreiflichsten gegenüber.

Nach dem ursprünglichen Begriffe des Lohnvertrages hat im allgemeinen jeder das Recht, einen solchen abzuschließen oder nicht abzuschließen. Hat aber jemand den Lohnvertrag abgeschlossen, so ist er auch zu arbeiten verpflichtet, wobei er auch das Recht zu arbeiten hat. Ohne Einhaltung der Verträge kein gesellschaftliches Zusammenwirken. Dieses gesunde und im öffentlichen Interesse gelegene Grundbedürfnis des gesellschaftlichen Zusammenlebens kommt einerseits in der Arbeitsfreiheit und andererseits in der Erfüllungspflicht der übernommenen Leistung zum Ausdruck. Jede Gesellschaft, die die Ergiebigkeit der Produktion, das gedeihliche Zusammenwirken usw. sicherstellen will, muß früher oder später zu dem Schutze dieser beiden Grundsätze zurückkehren. Die bisherige sogenannte „bürgerliche“ Gesellschaft war und ist auf diesen notgedrungenen Grundsätzen aufgebaut; der Kommunismus sucht überall, wo er Fuß gefaßt hat und nach seiner Art produzieren und schaffen will, nicht allein mehr mit vertragsmäßiger, sondern schlechtweg mit staatsrechtlicher Macht den Inhalt der Arbeitserfüllung sicherzustellen.

Im Gegensatze hiezu gelangt in den Zeiten der gesellschaftlichen Zersetzung das Streikrecht (d. i. das Recht zur Arbeitsniederlegung), besser gesagt, das Recht des Nichtarbeitens — gleichsam als Paradoxon der obenerwähnten Grundnotwendigkeitsprinzipien des produktiven sozialen Zusammenwirkens — institutiv zur Verwirklichung.

Diese letztere Auffassung und soziale Ansicht leitet aus der gesellschaftlichen Notwendigkeit des Einhaltens der aufbauenden Produktions- und Vertragspflichten nicht das Verbot der gegen diese Gesichtspunkte verstoßenden und sie verletzenden einseitigen Arbeitsniederlegung ab. Die besagte Auffassung gelangt auch nicht zu der Feststellung, daß der Streik eine aus den menschlichen Freiheitsrechten, d. i. aus dem Rechte des Arbeitens oder Nichtarbeitens fließende Handlung bildet, die nicht als rechtswidrig anzusehen, wenn sie nicht mit einer formellen Verletzung des Arbeitslohnvertrages verbunden ist. (So z. B. wenn der von Woche zu Woche aufgenommene Arbeiter am Ende der Woche die Arbeit verläßt.) Außerdem gehört dazu, um nicht als rechtlich zu beanständigende Handlung betrachtet zu werden, daß sie auf einem die Vertragsrechte nicht gefährdenden Gebiete, d. i. derart vor sich gehe, daß die über ihre Arbeit individuell frei verfügenden Arbeiter nicht massenweise von der Erneuerung ihrer (wöchentlichen) Lohnverträge abstehen. Die Auffassung, um die es sich uns jetzt handelt, setzt den Begriff des Streiks, den sie als erlaubt und durch neue streikrechtliche Normen geschützt anerkennt, auf eine weit gefährlichere, die Grundnotwendigkeiten des gesellschaftlichen Zusammen-

wirkens weit verhängnisvoller untergrabende Weise fest. Nach dieser — in der modernen Streikpraxis und in den sie anerkennenden Streikrechten zum Ausdruck gelangenden — Auffassung²⁾ bedeutet die Arbeitsniederlegung nicht die Kündigung und so das Aufhören des Arbeitslohnvertrages. Diese grundsätzliche Feststellung ist einer der Grundgedanken der — vom Standpunkte der ergiebigen Produktion und der lebenskräftigen Rechtsordnung dekadenten — modernen Streikrechte, bzw. streikrechtlichen Auffassung.

Wenn wir wollen, daß eine in sozialer Hinsicht lebenskräftige Rechtsordnung bestehe, die die Bürgschaften einer nachhaltig ergiebigen Produktion und so der bleibenden gesellschaftlichen Wohlfahrt usw. in sich schließe, so ist es also ein wichtiges Erfordernis, daß das Streikrecht entsprechend der integralen sozialen Interessensynthese, d. i. mit gehöriger Berücksichtigung der Produktionsinteressen, nicht aber bloß nach den einseitigen Verteilungs- oder Klassenkampfansprüchen einer einzigen — wenn auch zahlreichsten — Gesellschaftsklasse aufgebaut werde. Durch die gesetzliche Anerkennung der in Rede stehenden großgezüchteten Massenansprüche kann nämlich den Massen leicht der rasche und glatte Aufbrauch der sozialen Produktionsergebnisse verbürgt werden, doch wird man damit keineswegs die Wiedererzeugung der dazu notwendigen sozialen Güterdeckung sicherstellen. Denn eine Sicherstellung dieser Art kann nur die effiziente Produktion bieten.

3. Auf Grund konstruktiv sozialpolitischer Rücksichten müssen wir daher auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes den Standpunkt einnehmen, daß der Arbeiter und wer immer sonst — abgesehen von der allgemeinen sozialpolitischen Pflicht und Notwendigkeit der Arbeit — in konkreten Fällen das Recht haben mag, entweder zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, falls er sich zu einer bestimmten Arbeit nicht verpflichtet hat, also z. B. wenn die Frist seines Arbeitsvertrages abgelaufen ist. Für die Zeit jedoch, auf die sich jemand zur Arbeit verpflichtet hat, ist er diese Arbeitspflicht zu erfüllen gehalten. Jede entgegengesetzte Auffassung ist destruktiv und gefährlich. Ohne Verpflichtung zur Vertragserfüllung kann die Gesellschaft nicht bestehen, kann sie keine gesunde Produktions- und Kulturarbeit entfalten. Aufgabe der Gesellschaft, bzw. des Staates ist es sodann, das Zustandekommen von Verträgen, die einzelnen oder mehreren Personen zu auffallendem Schaden gereichten, bzw. zu ihrer Ausbeutung führen, zu verhindern oder vorbeugend unmöglich zu machen.

Individuell und rechtlich also wäre die Arbeitseinstellung dann nicht zu beanstanden, wenn jemand seiner früheren Arbeitspflicht schon Genüge geleistet hat und beispielsweise für die nächste Woche keine Arbeit übernimmt. Vom nationalökonomischen und sozialen Gesichtspunkte aus jedoch liegt der Schwerpunkt der Arbeitseinstellungsfrage darin, daß die

²⁾ Siehe Kaskel, e. d., S. 376ff.

Fortsetzung einer für die Gesellschaft nützlichen und notwendigen Arbeit massenweise eingestellt wird. Es ist daher als objektives produktionspolitisches Interesse zu bezeichnen, daß das jeweilige Rechtssystem a) die Unterbrechung oder Vereitelung der notwendigen und nützlichen Produktionsarbeiten durch Nachsicht oder unter Umständen gesetzliche Anerkennung der vertragsbrüchigen Arbeitsniederlegungen nicht erleichtere und b) die gewaltsame Ausdehnung und Erweiterung der einzelnen, hauptsächlich aber der vertragsbrüchigen Arbeitsniederlegungen nach Möglichkeit verhindere.

Die modernen Streiks sind nämlich organisierte und zwangsläufige Massenbewegungen. Art und Beschaffenheit des Zwanges kann zweierlei sein. Als lediglich passiver, aus technischen Ursachen stammender Streikzwang kann es bezeichnet werden, wenn die Minderheit der Arbeiter oft schon aus technischen und Betriebsgründen nicht weiterarbeiten kann, weil die Mehrheit in den Streik tritt. Fälle des Streikzwanges von sozialpolitisch größerer Bedeutung aber sind jene, wo den einzelnen Arbeitern gegenüber moralische oder physische Zwangsmittel angewandt werden, um sie am Arbeiten zu hindern oder zur Arbeitsniederlegung zu bewegen.

Nach Fällen, Lagen und speziellen Landesverhältnissen können diese physischen und moralischen Zwangsmittel sehr verschieden sein. Für den Machtzustand des Staates, der diese Gesellschaftsordnung und das öffentliche Interesse zu schützen hat, ist es immer bezeichnend, wie weit sich das erlaubte Zwangsmittel erstreckt und wo das nicht erlaubte Überredungs- oder Zwangsmittel am Orte der Arbeitsniederlegung selbst, bzw. auf dem nahegelegenen Schauplatze des Klassenkampfes beginnt.

Unter den Zwangsmitteln der Arbeitsniederlegung hat die Aufstellung von sogenannten Streikposten große Bedeutung erlangt. Ihre Aufgabe ist es, die Arbeitswilligen oder sogenannte Streikbrecher im Auge zu behalten, zu ermahnen, aufzuhalten, die zu dem betreffenden Betriebe führenden Wege zu verstellen, zu besetzen, die Wohnungs- oder Aufenthaltsorte der Arbeitswilligen, Zweifelhafte oder gewisser Arbeiter überhaupt, besonders aber die beteiligten Betriebe durch eigens dazu beigestellte Mannschaft überwachen zu lassen. Über dieses wichtige Zwangs- und Klassenkampfmittel haben bei Besprechung der Streiktechnik umfassende Gedankenaustausche stattgefunden. Die streikveranstaltenden Gewerkschaften waren im Interesse des Klassenkampfes mit großer Zähigkeit bestrebt, der Aufstellung von Streikposten (*pickets*) womöglich gesetzliche Geltung zu verschaffen. Dem kämpfenden Arbeiterinteressentum erschien denn auch die Gestattung, bzw. gesetzliche Anerkennung der Aufstellung von Streikposten immer und überall als wertvolle Errungenschaft. Eine gefährliche politische Konzession solcher Art war somit auch die Bestimmung der *Trades Disputes Act* vom Jahre 1906 über die Gestattung der Streikposten. In das deutsche Arbeitsrecht der Nachkriegszeit hat diese „Institution“ gleichfalls Eingang gefunden.

Die gesetzliche Erlaubnis zur Aufstellung von Streikposten ist nicht nur ein Beweis, daß der betreffende Staat die individuelle Arbeitsfreiheit nicht ernst nimmt, sie zu verteidigen nicht gewillt, nicht imstande ist oder nicht den Mut hat; — praktisch genommen ist sie mehr als das, nämlich die gesetzliche Anerkennung des Streikzwanges. Die heuchlerische Zugabe, das die Aufstellung der Streikposten und deren Ermahnung, Überredung usw. „friedlich“ vor sich zu gehen habe, ist angesichts der lebendigen Praxis kaum mehr als ein schlechter Spaß, wie es denn lediglich als ein solcher bezeichnet werden muß, daß eine moderne Gesetzgebung zu ihrer eigenen Rechtfertigung die Betonung des friedlichen Charakters des „*picketing*“ für genügend erachtet und dabei die eigenen Bürger dem gewalttätigen Drucke der im sozialen Kampfe stehenden Massen aussetzt. Der Begriff einer „friedlichen“ Streikpostenaufstellung ist auch schon aus dem Grunde absurd und unpraktisch, weil die Streikposten mitten im Kampfe, während des Kriegszustandes, zum Zwecke einseitiger Verhinderung aufgestellt werden. Als Zwangsmittel käme die Überredung bestenfalls vielleicht dann nicht in Betracht, wenn sie auf nicht behelligende Weise, an einem neutralen Orte von Mann zu Mann, d. i. derart vor sich ginge, daß einer den andern von der Unrichtigkeit seiner Auffassung zu überzeugen bestrebt wäre, hinzufügend, daß er trotzdem nach bester eigener Einsicht handeln möge. In der Atmosphäre moderner Lohnkämpfe jedoch kann die Aufstellung von Streikposten denn doch nicht als ein die freie Entschließung nicht beeinflussendes Mittel der friedlichen Überredung oder Aufklärung bezeichnet werden. Schon das bloße Erscheinen solcher Streikposten übt auf die Arbeitswilligen und deren Angehörige eine aufgelegt terroristische Wirkung aus. Haben doch diese wirklich alle Ursache zum Schreck und zur Angst vor Gewaltakten selbst in Gestalt von körperlichen Mißhandlungen. Die streikveranstaltenden Gewerkschaften und Parteien nehmen denn auch das Recht der Streikpostenaufstellung in der Praxis immer und überall als gleichbedeutend mit der Berechtigung, die Arbeitswilligen zu entfernen, von der Arbeit zurückzuhalten. Im praktischen Leben aber ist dies als Kampfmittel des modernen wirtschaftlichen Klassenkampfes als moralisches und physisches Zwangsmittel ebenso wohlbekannt, wie im Kriege der bewaffneten Macht die Besetzung feindlichen Gebietes und dortiger Marschlinien nach der Kriegserklärung als nichtfriedliche Handlungen anzusprechen sind. Wenn daher die Gesetzgebung ausdrücklich anerkennt, daß die beteiligte Gewerkschaft das Recht hat, den Betrieb, in dem die Arbeitsniederlegung erfolgt ist, zur vollständigen Einstellung der Arbeit zu zwingen und jeden Arbeitswilligen in dem betreffenden Betriebe oder im Falle des allgemeinen Streiks überall in der betreffenden Stadt, bzw. im ganzen Lande am Arbeiten zu verhindern, so gilt dies als nicht mißzuverstehende gesetzliche Anerkennung des Streikzwanges, bzw. als Freibrief der klassenkampfmäßigen Produktions- und Verkehrshemmung. Die allgemeine gesetzliche Gestattung

von Streikposten aber ist praktisch und dem Wesen nach eine verschämte oder doppelzüngige Zusage dieser Freiheit. Die zwingende Kraft des Streiks und der Streikposten hängt nämlich in der Praxis zumeist davon ab, wie stark die relative Zahl und Gruppe der Arbeitswilligen (streikbrechenden) Arbeiter ist. In den überwiegend meisten Fällen übt, wie die Praxis lehrt, auch die „friedliche“ Streikpostenaufstellung gegenüber verhältnismäßig wenigen oder einzelnen Arbeitswilligen eine absolute Zwangswirkung aus. Große Gruppen aber pflegen nicht so leicht zu erschrecken. In der Psychologie der Streikposten spielt daher gerade der Terror eine große Rolle. Es heißt: die einzelnen terrorisieren, damit sich die Arbeitswilligen nicht in großen Gruppen melden.

4. Häufig pflegt von Angriffs- und Verteidigungsstreiks die Rede zu sein, je nachdem als die Arbeiterschaft als offensive oder defensive Partei auftritt. Wird der Streik beispielsweise zur Erzwingung höherer Löhne, günstigerer Arbeitsbedingungen oder von der Arbeiterschaft aufgestellter anderer Forderungen begonnen, so ist er ein Angriffsstreik. Von angreifendem Charakter ist aber der Streik auch dann, wenn die Arbeiterschaft zum Zwecke der Anerkennung einer neuen Machtlage, Erzwingung der Zurkenntnisnahme eines Standpunktes, zum Zeichen einer Bewegung, Initiative, Kundgebung usw. in Aktion tritt. Um Verteidigungsstreiks hingegen handelt es sich in solchen Fällen, wo die Arbeitsniederlegung zwecks Abwendung einer schädlichen, ungünstigen Verfügung, z. B. wegen Herabsetzung des Arbeitslohnes, Verschlechterung der Arbeitsordnung, Verlängerung der Arbeitszeit, Einführung ungünstigerer Arbeitsbedingungen, Akkordarbeit u. dgl. erfolgt. Im Gegensatz zum sogenannten wirtschaftlichen Streik handelt es sich um einen politischen Streik, wenn die Ursache der Arbeitsniederlegung in einer Bewegung oder Forderung politischer Art liegt. Häufig sind auch die Kundgebungs- und Sympathiestreiks. Sie treten zumeist als gefährliche Merkmale des Klassenkampfes, bzw. als Proben der Solidarität und Organisation im Klassenkampfe in Erscheinung. Als Machtstreiks sind im allgemeinen jene zu betrachten, bei denen die Forderung der konkreten Lohnaufbesserung eine untergeordnete oder bloß vorwandmäßige Rolle spielt, das Wesen der Bewegung aber auf die Verwirklichung einer Kundgebung der Macht, des Zusammenhalts, oder aber der Gegenpartei gegenüber auf eine Entscheidung, einen Vorstoß, eine Stellungsänderung, auf die Erkämpfung von Rechten usw. gerichtet ist. Die sogenannten allgemeinen Streiks gehören zum überwiegenden Teil in die Kategorie der politischen und Machtstreiks angreifenden Charakters. Die politische, insbesondere aber die sogenannte allgemeine politische Arbeitsniederlegung tritt demnach auch weit über den Rahmen des wirtschaftlichen Lohnkampfes hinaus. Indem sie die technische Lebenseinrichtung der modernen Gesellschaft, ihren normalen Blutumlauf hemmt, ja die Gesellschaftsordnung gewaltsam sprengt und umstürzt, haupt-

sächlich aber, weil sich in ihr der Geist des Klassenkampfes kundgibt, können wir sie nicht bloß mit vollem Rechte als revolutionären Schritt, sondern als akute Ausdrucksform der modernen sozialen Revolution bezeichnen. Als solche ist sie gleichzeitig der Versuch, Beginn oder die charakteristische Erscheinungsform der modernen gesellschaftlichen Bürgerkriege. Diesen heißt es nun von gesellschafts- und kulturerhaltender Seite entweder gerüstet und bewehrt gegenüberstehen oder aber sich ihnen — im Bewußtsein unserer Schwäche, Unfähigkeit und Feigheit, gegebenenfalls auch aus einfältigem Nichterkennen der drohenden Gefahren — widerstandslos unterwerfen und so unterliegen.

Eine selbstbewußte, auf sich selbst vertrauende, starke Gesellschaft wird keinem Massendrucke kampflos weichen, wenn es gilt, um den Preis mühevollen Zusammenwirkens und emsiger Kulturarbeit langer Zeitalter erkaufte Güter, Institutionen, geistige und materielle Werte im Stiche zu lassen. Und ebenso wenig wird sie sich hinsichtlich der drohenden Gefahren solcher Verluste trügerischen Täuschungen hingeben. Darum heißt es, der traurigen Wirklichkeit ins Auge blicken, daß die Gesellschaft angesichts der Ziele des modernen Klassenkampfes einem neuen Zeitalter von Bürgerkriegen entgegengeht, die nur durch tatkräftige Vorbereitungen auf eine zweckmäßige Verteidigung, ja, wenn es sein muß, auf einen offensiven Bürgerkrieg abzuwenden sind. Im Westen äußern sich die modernen Bürgerkriege nicht in Gestalt von Bauernaufständen oder blutigen Zusammenstößen rivalisierender Stadtrepubliken und Oligarchen, sondern in den Rahmen und Methoden, die der geänderten Lebenseinrichtung, Technik und sozialen Konstruktion der modernen Zeit entsprechen. Versuche, Beispiele und im ganzen Wesen des Klassenkampfes zum Ausdruck gelangende Tendenzen hiezu sind lebendig unter uns vorhanden. Mit voller Berechtigung können wir daher die Gefahren der jetzt oder in nächster Zukunft drohenden neuen Bürgerkriege ins Auge fassen. Richtet sich doch jene mächtige Bewegung der unter dem Proletariatsbegriff gewaltsam zusammengefaßten Bewegung, die in Gestalt der modernen sogenannten allgemeinen Streiks in Erscheinung tritt, ganz nach dem Muster der meisten Bürgerkriege vergangener Zeiten auf die Eroberung des Staates, bzw. seiner wirksamen Machtfaktoren und souveränen Rechte. Die modernen allgemeinen oder politischen Streiks größeren Stils verlegen den Klassenkampf auf diese Weise von dem langläufigeren und dabei dennoch engeren Wirtschaftsgebiet sprungweise und mit angreifender Tendenz auf das Machtgebiet akuterer Entscheidungen. Natürlicher- und selbstverständlicher Weise muß es sich bei den heutigen Entscheidungskämpfen solcher Art um die technischen Einrichtungen, Betriebe, bestimmenden und gedankenvermittelnden Brennpunkte der modernen Städte handeln und werden sich die kämpfenden Parteien vor allem ändern um den Besitz der öffentlichen Betriebe zu streiten haben. All das ändert somit nichts an dem bürger-

kriegartigen Charakter des allgemeinen Streiks, nur dessen Form paßt sich allenfalls den modernen Lebensverhältnissen an. Auch an weittragenden Folgen steht der durch die angreifenden Massen zum Siege geführte allgemeine Streik dem alten Bürgerkriege in keiner Weise nach. Denken wir hier nur an einige Beispiele der jüngstvergangenen Jahre. Die nach dem Erfolge des allgemeinen Streiks zu errichtende „Proletarierdiktatur“ ist kein unbekanntes und keineswegs ein als schlechtbewährt verworfenes Schema des modernen Klassenkampfprogramms. Und denkt man gar an Rußland, wo die mit den politischen Streiks der Stadtproletariate eingeleiteten Umsturzbewegungen später zur Ausrottung ganzer Gesellschaftsschichten und der durch sie getragenen Kultur geführt haben, so ist es unmöglich, mit der altgebräuchlichen sozialpolitischen Nachsicht zur Tagesordnung überzugehen, wenn es sich um den Gefahreninhalt jener kausalen Zusammenhänge und Gedankenverkettungen handelt, deren Elemente die politischen und Machtstreiks in sich bergen.

5. Die soziale Bedeutung jener Klassenkampfmittel, die von seiten der Arbeitgeber angewandt werden und angewandt werden können, ist bei weitem nicht so groß wie jene der modernen Streiks im allgemeinen. Die hauptsächlichste und mächtigste Waffe zugleich ist für den Arbeitgeber die Aussperrung (*lock-out*). Fallweise kann sie zwar große Massen treffen, Tausenden, ja Hunderttausenden das tägliche Brot kosten, im Endergebnis aber kann sie für die Gesellschaft niemals jene strukturverändernden Folgen und derart epochale Umsturzwirkungen nach sich ziehen, wie die allgemeinen, politischen oder Machtstreiks. Der allgemeine politische Streik und die Aussperrung sind also vom sozialpolitischen Standpunkte aus keine gleichrangig gegensätzlichen Aktionen. Die Aussperrung kann niemals die schwerwiegenden Folgen des Bürgerkrieges nach sich ziehen, wie z. B. der allgemeine Streik, obwohl sie auf die einzelnen Streiks in vielen Fällen ernüchternd und einstellend wirkt. Es ist daher eine irrtümliche sozialpolitische Einstellung, wenn man Streik und Aussperrung als von zwei gegensätzlichen Polen ausgehende, doch gleichwirksame Möglichkeiten einander gegenüberstellt.

Außer Streik und Aussperrung gibt es für Arbeiter wie für Arbeitgeber auch noch weitere unterstützende Mittel und Methoden, deren nähere Beschaffenheit und Mannigfaltigkeit durch die konkreten wirtschaftlichen Verhältnisse, die Organisation, sowie durch die Umstände der Kultur, des Temperaments usw. bestimmt werden. Es handelt sich da um minder starke Mittel der um die Aufteilungs- und Machtfrage entbrannten wirtschaftlichen oder sozialen Kämpfe, an Schlagkraft und Gefährlichkeit aber können gleichwohl auch sie recht bedeutend werden.

Ein gefährliches, ja destruktives Kampfmittel ist von seiten der Arbeiter die sogenannte „passive Resistenz“, die Sabotage, *ca-canning*, eine Methode, die im allgemeinen gegen die Ergiebigkeit des Arbeitsergebnisses gerichtet ist. In technischer Beziehung gibt es natürlicher-

weise sehr mannigfaltige Arten von Sabotage. Sie variieren von der böswilligerweise gemächlich-langsamem Arbeitsverrichtung bis zur Beschädigung und zumeist hinterlistigen Zerstörung von Maschinen, Geräten usw. Daß die stark verbreitete, überall auftauchende Sabotage jedes gedeihliche Zusammenarbeiten unmöglich macht, die Ergiebigkeit der Produktion vereitelt und überdies die Arbeitsmoral untergräbt, ist wohl ohne weiteres einzusehen. Der Geist des Klassenkampfes und die bewußte, folgerechte Abtötung der pflichterfüllenden Arbeitermoral vernichtet die gesellschaftsgründende und -erhaltende seelische Kultur langer Zeitalter, eine Kultur, die in Kreisen der zivilisierten Völker mit Mühe und Not Verbreitung fand und als deren Lehrer Menschen und Institutionen hervortreten, die im öffentlichen Interesse ein vorbildliches Verhalten an den Tag legten. Die Verbreitung des Sabotagegeistes ist darum auch keineswegs nach dem in Geldwert ausgedrückten Schaden und unterbliebenen Nutzen zu bemessen, die das Unterbleiben gewisser technischer Ergebnisse bedeutet. Ihre zerstörende unermeßliche Wirkung zeigt sich in weit ärgerem Maße als Seelen- und Charakterbarbarei, die jede schaffende Kultur der zivilisierten Völker früher oder später untergräbt. Einer der größten Fehler und Sünden, die der sozialistische Klassenkampf gegenüber den Faktoren des menschlichen Fortschrittes begehen kann, tritt eben in dieser Ebene hervor. Mit der klassenkampfbewußten Verallgemeinerung des Sabotagegeistes werden nämlich zwei über alles wichtige soziale Kulturwerte zerstört werden: der jeder bürgerlichen Gesellschaft durch langwieriges, mühseliges Walten anerzogene Arbeitsberuf und der beim technischen Schaffen über jeden einseitigen Utilitarismus erhabenen dastehende Wille zum Hervorbringen eines Ergebnisses. Anstatt diese beiden hochwichtigen Kulturfaktoren zu fördern, erzieht der sozialistische Klassenkampf durch den Sabotagegeist eine schädliche Barbarengeneration von Menschen, mit deren unrichtig aufgefaßtem Arbeitsberuf und mangelhaftem Verständnis für Leistungspflicht sie in ihrer neuen Gesellschaftsordnung eine soziale Kooperation von größerer Leistungsergiebigkeit verwirklichen möchte.

6. Unter die mächtigen Mittel der Arbeitskämpfe, der politischen und Machtbewegungen sozialer Art und so des Klassenkampfes ist auch der sogenannte Boykott einzureihen. Diese moderne Form der Aussperrung ist jedoch ein Mittel allgemeinen Charakters, das in Beziehung auf die Arbeitsstreite und ebenso auch anderswo, wo immer Partei zur Anwendung bringen kann. Der Boykott kann daher auch von seiten der Arbeitgeber, als deren Kampfmittel, ausgehen und verwirklicht werden.

Schon die Arbeitsniederlegung und die Absperrung ist von den allgemeinen Elementen des Boykotts nicht zu trennen. Dagegen kann auch von Boykotten in engerem Sinne die Rede sein, deren charakteristische Merkmale besonders in den Vordergrund treten.

Der aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebende Boykott, den die modernen Arbeitsrechte als „arbeitsrechtlichen“ Boykott ansprechen,

kann sich gegen die Arbeitgeber wie gegen die Arbeiter richten. Im ersteren Falle wird die Arbeitssperre (Zuzugssperre) angewandt, um die Arbeiter an der Verdingung zu dem boykottierten Arbeitgeber zu verhindern. Im letzteren Falle gelangt der Arbeiter auf die „Schwarze Liste“, er wird von dem boykottierenden Arbeitgeber nicht aufgenommen.³⁾

Als zum Wesen des Boykotts gehörig wird unter anderem betrachtet, daß er gegen einzelne Personen, Arbeiter oder Arbeitgeber gerichtet ist. Sein Wesen besteht darin, daß die boykottierte Person, Unternehmung, Gruppe oder Interessengemeinschaft von den Boykottleuten und den mit ihnen solidarischen Gesinnungsgenossen planmäßig gemieden wird oder daß sie mit ihnen (je nach dem, ob sich der Boykott auf gesellschaftlichem oder Arbeitsverhältnisgebiet usw. geltend macht) geschäftlich, arbeitsrechtlich oder gesellschaftlich nicht in Verbindung treten, ihnen nicht zu Hilfe sind, nicht zur Verfügung stehen, kurzum sie in gewisser Hinsicht zu isolieren, „unmöglich“ zu machen trachten. Der Zweck des Boykotts ist also ein feindseliger; man will damit Nachteil, Schaden, Zerstörung stiften und er kann in solchem Belang zu einer schädlichen, gefährlichen Waffe des sozialen, bzw. Klassenkampfes werden.

Aus dem Wesen des Boykotts ergibt sich gegenüber dem Boykottierten auch das Vermeiden, bzw. „Verbot“ des Vertragschließens.⁴⁾ Einzelnen Auslegern des modernen Arbeitsrechtes zufolge besteht der Boykott „im rechtlichen Sinne“ darin, daß mit dem Boykottierten andere Personen keine Verträge schließen, ihm keine Waren liefern (Lieferungssperre), von ihm keine Ware kaufen (Absatzsperre).⁵⁾

Der Klassenkampfboykott sucht diese Arten von „Sperre“ natürlicherweise derart durchzuführen, daß der Arbeiter als selbstbewußter, organisierter „Proletarier“ nach Möglichkeit jeden Verkehr mit dem Boykottierten in gehorsamer Weise sabотиerte und vereitelt. So darf er beispielsweise auch beim Ein- und Ausladen der für den Boykottierten bestimmten Waren, bei der Verrichtung zu seinen Gunsten bestimmter Arbeitsleistungen nicht behilflich sein usw. Ein solcher Boykott wurde durch die sozialistisch-internationalen Gewerkschaften unmittelbar nach dem Weltkrieg gegen Ungarn veranstaltet, weil dieses Land die von Kommunisten verübten Strafhandlungen zu ahnden wagte, bzw. ahnden wollte.

Für den Klassen-, bzw. sozialistischen Umsturzgeist ist es jedenfalls bezeichnend, daß heutzutage die mit dem Wesen des Obligationsrechtes nicht zu vereinbarenden, isolierenden, die Vertragsfreiheit hindernden Boykotthandlungen, also eigentlich die bezeichnenden Elemente des sozialen und wirtschaftlichen Bürgerkrieges als „Rechtsgewohnheiten“, „Rechtspraxis“, kurzum als modernes „Arbeitsrecht“ behandelt und begründet werden. Noch bezeichnender für die nachgerade vorherrschende

³⁾ Kaskel e. d., S. 382ff.

⁴⁾ Kaskel e. d., S. 384.

⁵⁾ E. d.

Einseitigkeit der modernen Sozialpolitik aber ist es, daß man nicht wahrnimmt oder zumindest nicht betont, wie diese im aggressiven Klassenkampf übliche Technik der Boykottorganisation durch ihre Erhebung zur Rechteinrichtung eigentlich gleichbedeutend ist mit der Anerkennung und institutiven Einsetzung der gegen die Produktionsergiebigkeit gerichteten Sabotage. Wir haben es also da schlechtweg mit nichts anderem als mit der rechtsordnungsmäßigen Ausbildung gewisser Formen des sozialen Kampfes und so auch in diesem Belang mit dem institutiven Ausbau eines Elementes oder Abschnittes der immer mehr um sich greifenden modernen Form des wirtschaftlichen Bürgerkrieges zu tun. Hier muß nämlich zwischen zwei Zuständen genau unterschieden werden: Jemand wird auf irgendeinem Gebiete zwar gesellschaftlich und so gegebenenfalls auch wirtschaftlich „boykottiert“, jedoch ohne daß dabei die bestehende Rechtsordnung und rechtliche Freiheit verletzt würde. Demgegenüber steht die klassenkampfmäßige Boykottanerkennung des modernen „Arbeitsrechtes“, bei der infolge einer aggressiven klassenkampfmäßigen Verfügung die auf eine Person oder Interessengruppe bezüglichen Schutz- und Hilfebestimmungen und vertragsmäßigen Obligations- und Forderungsrechte der bestehenden Rechtsordnung mit revolutionärer Organisationsmäßigkeit zu Operationszwecken des Klassenkampfes verletzt, sabotiert und außer Kraft gesetzt werden. Im letzteren Falle handelt es sich also nicht mehr um ein auf rechtlich farblosem Gebiete sich abspielendes solidarisches Zusammengehen wider einen Gegenpartner, sondern vielmehr um eine zu Boykottzwecken bewerkstelligte Durchbrechung der Rechtsordnung, Verletzung der Rechtsnormen und Sabotierung des für rechtmäßig erklärten höchsten Grundprinzips des gesellschaftlichen Zusammenwirkens: des gegenseitigen Einhaltens der Vertragspflichten. Ein solches „Boykottrecht“ steht unter den Rechtsbegriffen als Paradoxon da. Es ist die Zurechterhebung des notwendig Unrechtlichen im Interesse des Klassenkampfes und mit den Argumenten des Klassenkampfes. Ein starker Staat und eine starke Gesellschaftsordnung kann perartigen Rechtsentgleisungen in ihrer Rechtsordnung keinen Platz einräumen.

7. Von der anderen Seite, d. i. von jener der Arbeitgeber, erfolgte die Entwicklung längere Zeit hindurch nicht gleichlaufend mit der Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens der Arbeiterschaft. Die Unternehmer, zumal jene der vorwärtsdrängenden Großindustrie, bedurften angesichts ihrer größeren Intelligenz und im Verhältnis zu den Arbeitermassen geringer Zahl vorerst gar keiner Fachorganisation ähnlich zwangsmäßiger Art, wie sie die Arbeiterschaft hatte. Gewinnsichernde gelegentliche Vereinigungen und Zusammenschlüsse waren auch ohne solche Organisationen möglich und tatsächlich vorhanden. Im Zeitalter des wirtschaftlichen Liberalismus gehörten Übereinkünfte, die die Möglichkeit des freien Wettbewerbes auf längere Zeit ausschlossen, ohnehin nicht zu den üblichen und volkstümlichen Lebensäußerungen. Später jedoch, als die Wett-

bewerbverhältnisse in ein neueres Stadium der zunehmenden Drosselung gerieten, kam seitens der Unternehmer der Schutz- und Verteidigungsgedanke auf immer neuen Gebieten und in immer neuerer Gestalt zur Geltung. Kartelle und Trusts aber sind keine Gegenorganisationen der Arbeitergewerkschaften. In diesen kämpft und organisiert den Konkurrenzkampf ein Unternehmen gegen das andere, und erst recht spät ergab sich infolge zwingender Umstände eine derartige Entwicklung, daß die in den Kartellen und Trusts vereinigten Unternehmer auch gegenüber den Arbeitern eine größere Macht und so auch eine immer fester geschlossene Gegenorganisation bildeten, — größer und fester im Vergleich zu den, getreu den freiheitlichen Überlieferungen, isolierten Zuständen von ehemals. Manchenorts, vornehmlich aber in den Vereinigten Staaten, gestalteten sich die Trusts zufolge ihres ins Riesenhafte gehenden und in einigen Industriezweigen sozusagen alles „kontrollierenden“ Ausmaßes auch gegenüber den Arbeiterorganisationen zu Machtfaktoren von überlegener Kraft, deren Wirkung auch auf dem Gebiete der Arbeitskämpfe zunächst nicht versagte.

Erst später bildeten sich Unternehmervereinigungen zur Bewahrung oder Überbietung des Macht- oder Schutz- und Trutzgleichgewichtes. Es waren daher mit den Gewerkschaften der Arbeiter gleichlaufende Unternehmerorganisationen, die sich durch ihren besonderen Interessen- und Kampfkreis von den üblichen Kartellen und Trusts anderer Beschaffenheit unterschieden. Den Spuren ihrer Entwicklung nachzugehen, ist eine schwierigere Aufgabe, als die Entfaltung der großen Gewerkschaftsbewegung zu verfolgen. Schwerer schon aus dem Grunde, weil es den Unternehmern wegen ihrer geringeren Zahl leichter war, vertrauliche Übereinkommen zu treffen. Als dann jedoch die Gesichtspunkte des Klassenkampfes in immer bestimmterer Gestalt und mit immer stärkerem Machtdruck sich geltend machten, erhielt auch dieses alte Problem ein neueres Gesicht, indem der moderne Unternehmer durch die heutigen Arbeiterbewegungen — gleichviel ob mit oder ohne seinen Willen — in die Wechselfälle des Klassenkampfes hineingezerrt wird. Teils als kämpfende, teils als sich ergebende oder mit den Verhältnissen zeitweilig abfindende Partner sind sie zur Teilnahme an dem Klassenkampfe gezwungen. Im Hinblick auf die Abwehr und das Obsiegen im Lohnkampfe ist es auch sehr natürlich, daß gleich den Arbeitergewerkschaften auch die Unternehmervereinigungen die Herrschaft auf dem Arbeitsmarkte anstrebten. Die Arbeiter suchten und suchen das Übergewicht des Arbeitsangebotes, die Unternehmer dagegen die Oberhand der Arbeitsnachfrage sicherzustellen. Als Nebenerscheinung des Lohnkampfes ist daher der beiderseitige Kampf um die Leitung der Arbeitsvermittlung wohl zu verstehen. So sieht man denn beispielsweise die Einrichtung der sogenannten „Schwarzen Liste“, auf die jene streikenden Arbeiter gelangen, die von den Unternehmern offen oder infolge Geheimabkommens mit den übrigen Unternehmern nicht

eingestellt werden, ebenso auftauchen und sich entwickeln, wie von seiten der Arbeiter die Anlage solcher Listen gegen Unternehmer und Unternehmungen. Da jedoch die Gewerkschaften der Arbeiter in solchen Fragen mit entscheidendem, ja in diesem Falle größerem Gewicht als die Unternehmer auf dem Arbeitermarkte sich zu betätigen imstande waren, begegnete auch die Geltendmachung solcher Schwarzlisten gegenüber den Arbeitern infolge der von seiten der Genossen gewährten Solidarität immer größeren Schwierigkeiten. Überhaupt war die zunehmende Solidarität der auf der Angriffsseite Stehenden im Klassenkampfe jener Entwicklungsumstand, der auch auf der Unternehmerseite die größere und aufrichtigere Solidarität erzwang. Andererseits aber löste sie auch das Bestreben aus, den Angriffsgeist der im Klassenkampfe stehenden Arbeiter zu dämpfen, ihre revolutionären Zielsteckungen zu mildern und ihre Einheit in dieser Beziehung zu stören. Ja, es fehlt sogar nicht an idealeren Bestrebungen zur Veredelung und Milderung ihrer ganzen Weltanschauung und so weiter. Gedanken, Bestrebungen und Versuche dieser Art gab es in schier unabsehbarer Menge. Darunter gehen den Sozialpolitiker nur jene näher an, die hinsichtlich ihrer Wirkung zu einer gewissen Bedeutung gelangt sind, bzw. vom Standpunkte der logischen Situationsbeurteilung oder richtig zu erfassenden Anlage für die Zukunft beachtenswert erscheinen.

Von seiten der Unternehmer hat sich im praktischen Leben bisher als mächtigstes Kampfmittel die Aussperrung erwiesen. Gegenüber dem Arbeiter ist diese das stärkste, obgleich — falls es sich nicht um überflüssige Betriebe handelt — ziemlich verzweifelte und die Ergiebigkeit der Produktion notgedrungen schädigende Mittel des Arbeitskampfes. Sie entzieht dem streikenden Arbeiter und den mit ihm solidarischen oder, wenn sich die Aussperrung auf alle Arbeiter erstreckt, sämtlichen Berufsgenossen die Arbeitsgelegenheit, um so die Forderungen der im Lohnkampfe stehenden Arbeiter herabzudrücken oder den Standpunkt des Unternehmers ihnen aufzudrängen. Die großangelegte Organisation und umsichtige Vorbereitung der modernen Streiks hat selbstredend auch zu einer ähnlichen Organisation und taktischen Anwendung der Aussperrungen im Lohn- und Klassenkampfe geführt. Trotz all dem aber ist sie, wie wir bereits oben betont haben, kein dem Streik vollständig ebenbürtiges, — obwohl häufig stärker und sicherer wirkendes —, noch weniger aber, aus dem Gesichtswinkel des gegensätzlichen Interessenkreises betrachtet, ein dem Streik gleichgeartetes Lohn- und Klassenkampfmittel. Es ist denn auch eine ganz falsche Einstellung, wenn man von sozialistischer Seite die Aussperrung als einen klassenrevolutionären Anschlag eben solcher Qualität hinzustellen bestrebt ist, wie es z. B. der politische Angriffsstreik ist. Wohl können auch Aussperrungen unter falschen, unaufrichtigen Vorwänden erfolgen und als solche vom Standpunkte des Schutzes der öffentlichen Interessen ein besonderes Problem bilden, — ihrem Wesen

nach aber sind sie dennoch in erster Reihe und im allgemeinen eine Abwehr gegen den angreifenden Lohn- und Klassenkampf, weshalb sie schlimmstenfalls als vollauf berechnete Gegenrevolution angesichts der gewaltigen Erscheinungen des Wirtschaftslebens bezeichnet werden können. Insbesondere aber ist der — von uns gleichfalls schon betonte — wesentlich große Unterschied hervorzuheben, daß die Aussperrungen niemals, auch im rückwirkenden, reaktionären Sinne nicht zur gewalttätigen Änderung der Gesellschaftsordnung führen können, noch auch einen derartigen Umsturz bezwecken.

Die Schlagkraft der Aussperrung wurde durch ihre Beschaffenheit und durch die bisherige Praxis erwiesen. Der Kampf von der Gegenseite wider sie ist daher verständlich. Dieser Kampf äußert sich nicht allein in dem von seiten der Streikenden einsetzenden gewalttätigen und massenterrorisierenden Widerstand usw., sondern auch in der Anwendung politischer, staatlicher Machtmittel, bzw. in dem auf solche Mittelanwendung gerichteten Bestreben. Solche Mittel sind beispielsweise die Forderungen nach Verbot, Bestrafung, Maßregelung der Aussperrung, was dann in den modernen Arbeitsrechten als Barometer der politischen Machtstellung des Sozialismus zur Geltung gelangt.

In der Reihe der auf die Bekämpfung der Kraftwirkung des *lock-out* abzielenden Bestrebungen und Einführungen ist weiters auch die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht außer acht zu lassen.

8. Durch eine Einrichtung der Arbeitslosenversicherung, wie sie der moderne Sozialismus beansprucht, kann die Wirkung der Aussperrung, als Mittel des Klassenkampfes, zum großen Teil oder wohl auch völlig aufgehoben werden, so daß damit die Arbeiterorganisationen, bzw. Interessentenkreise den Arbeitgebern die stärkste Waffe aus den Händen zu winden imstande sind. Sobald ihnen dies gelingt, treten die modernen großen Streiks auf dem Gebiete der Arbeitskämpfe als nicht mehr zu überbietende Waffe in Erscheinung. Sie führen dann zur unbedingten Niederlage der arbeitgebenden Unternehmungen und sind füglich mit folgerichtiger Sicherheit zur Umstürzung der heutigen Produktionsordnung geeignet. Damit wird auch die Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsordnung als in den tatsächlichen Machtkreis der gehörig organisierten, auf revolutionärer Grundlage stehenden Gewerkschaften fallende letzte Folge des Klassenkampfes dermaßen zur aktuellen Wirklichkeit, daß sich dessen entscheidende Ankündigung seitens der Arbeiterschaft schlechthin zu einer bloßen Organisations- und Zahlenfrage der Gewerkschaften vereinfacht. Kann doch in solchem Falle den Arbeiterorganisationen auf dem wirtschaftlichen Schauplatze des Klassenkampfes kein Kampfmittel mehr von Bedeutung und von allgemeinerer, sicherer Wirkung entgegeng gehalten werden. Darum ergibt sich auch schon aus dieser klaren Erkenntnis der Lohn- und Klassenkampflage das starke und folgerichtige Streben nach einer solchen Feststellung der Berechtigung auf Arbeitslosenunterstützung

kund, daß einerseits der Arbeiter zur Annahme von Arbeitsgelegenheiten, die sich durch Streik und Aussperrung ergeben, nicht verhalten werden könne, anderseits aber durch Beteiligung der ausgesperrten Arbeiter an der Arbeitslosenunterstützung große Massen vom Aufgeben des Lohnkampfes zurückgehalten werden können. Auf solche Weise sind also die kämpfenden Gewerkschaften einesteils mit Hilfe weit ausgedehnter Streiks die moderne Produktions- und Gesellschaftsordnung verhängnisvoll zu erschüttern imstande, anderseits wieder können sie durch die Rechtsordnung einer in sozialistischer Richtung ausgebauten Arbeitslosenunterstützung die Wirkung der Aussperrung auf lange Zeit lahmlegen und die Zahl der vom Staate erhaltenen Arbeitslosen fast nach Belieben hinaufschrauben. Daß dieses Vorgehen, indem es die Ergiebigkeit der Produktion, die soziale Deckung des Massenbedarfs, den sozialen Gütervorrat rasch verringert und so die allgemeine Verarmung, den finanziellen Zusammenbruch beschleunigen muß, braucht nach dem Gesagten nicht erst eingehender auseinandergesetzt zu werden. Freilich läßt auch dieses Argument die fanatischen Anhänger des Klassenkampfes völlig kalt, da ja gerade die erwähnten zwei höchst bedenklichen Umstände als wirksames Kampfmittel entscheidend in die Wagschale fallen.

Wohlgemerkt handelt es sich also in diesem Belang um jene improduktive Art von Arbeitslosenunterstützung sozialistischer Richtung, durch die bei Mangel von fachgemäßen, den Ansprüchen entsprechenden Arbeitsgelegenheiten das Recht der von Staats wegen aufzubringenden Schadloshaltung im allgemeinen anerkannt und obendrein hinsichtlich des Fälligwerdens dieses Entschädigungsrechtes die Entscheidung oder der ausschlaggebende Einfluß in die Hände der Gewerkschaften gelegt, die Arbeitsniederlegung amtlich zur Kenntnis genommen, die Kontrolle der Arbeitsvermittlung den Gewerkschaften derart überlassen wird, daß die durch Streik oder Aussperrung erledigten Arbeitsgelegenheiten nicht mit den Arbeitslosen besetzt werden können. Es werden also möglichst ausge dehnte Möglichkeiten zur Vermehrung der von Staats wegen zu erhaltenden und praktisch zu keinerlei Arbeitsleistung heranziehbaren Arbeitslosensmassen geboten, deren Lebensunterhalt, Hilfebeteiligung und Arbeitsübernahme, kurzum deren Brot und Existenz ausschließlich von den Gewerkschaften abhängig ist. Diese offenbar unfruchtbare Art von Unterstützung also ist nicht, wie sich einige kurzsichtige Sozialpolitiker vorstellen, eine schlechtweg sozialpolitische und menschenfreundliche Einrichtung, sondern vielmehr ein Kriegswerkzeug des modernen Klassenkampfes von gar mächtiger strategischer Bedeutung. Wir können somit die nach den neuesten sozialistischen Forderungen bewerkstelligte Art der improduktiven Arbeitslosenhilfe, die stellenweise zum großen Teil schon in das Stadium der Verwirklichung getreten ist, als Faktoren, die der Kraftwirkung und Zähigkeit der Arbeitskämpfe in schier unberechenbarem Maße förderlich sind, folgerichtig und berechtigterweise unter

die bedeutsamsten und wichtigsten Mittel der Lohnkämpfe, bzw. Klassenkämpfe einreihen. Darum ist vom Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses aus (wonach die sozialen Verteilungsinteressen mit den Interessen der Produktion und der sozialen Güterdeckung in eine höhere Synthese gebracht werden müssen) mit größter Sorgfalt auch die Natur der Arbeitslosenversicherung, als gleichzeitigen Faktors des Klassenkampfes, in Betracht zu ziehen und diese Versicherung derart zu gestalten, daß sie der Ergiebigkeit der Produktion nicht zum Schaden gereiche. Sie kann nämlich das öffentliche Interesse auf zweierlei Art schädigen: a) als zum Nachteil der Produktionsergiebigkeit bestehender, güterverbrauchender, die Erhaltung der Massen auf gemeinschaftliche Kosten systemisierender und von der Arbeit zurückhaltender Faktor, und b) als zur Revolution führendes Mittel des Klassenkampfes auf Grund des Gesagten.

9. Besondere Bedeutung verleihen dem Problem der Arbeitskämpfe die großen sozialen Interessen, die sich an die Ergiebigkeit der öffentlichen Unternehmungen knüpfen.

Es gibt zahlreiche Unternehmungen, von deren ungestörter Tätigkeit unter modernen Verhältnissen die Befriedigung der wichtigsten und elementarsten menschlichen, physischen Bedürfnisse, der unvermeidlichsten gesellschaftlichen Berührung und lebensnotwendigen Gedankenaustausches abhängt. Mit den modernsten Errungenschaften der Technik ausgestattet, gründet die heutige Gesellschaft die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse auf die immer mehr verwickelten Bedingungen dieser modernen technischen Einrichtungen. Einerseits ist sie zwar imstande, die Bedürfnisse viel größerer und mehr heterogener Massen durch großangelegte Arbeitsteilung zu befriedigen, als es der früheren Gesellschaft möglich war, — andererseits aber ist auch die elementarste Bedarfsbefriedigung und Existenzerhaltung der hauptsächlich in den Städten konzentrierten Bevölkerung zufolge der vereinheitlichten, in großen Unternehmungen verdichteten Beschaffenheit dieser Bedürfnisbefriedigung weit leichter verletzbar. In früheren Zeiten, als sich jede Familie die Befriedigung ihrer wichtigsten Bedürfnisse sozusagen selbst erzeugte, anschaffte und hauptsächlich sicherstellte, als noch jeder den eigenen Brunnen, die eigenen Haustiere, Lebensmittel, Beleuchtungsstoffe usw. benützte, da war es keinesfalls möglich, das tätige Leben der Gesellschaft durch eine einzige Handlung, sozusagen durch Drücken auf einen Knopf, Durchschneiden eines Kabels, Besetzung, Sprengung oder Betriebsstillegung einer Brücke oder eines technischen Zentrums zum Stillstand zu bringen. Die moderne Gesellschaft ist in dieser Hinsicht weit unvollkommener, was wohl als Begleiterscheinung ihres höher entwickelten Organismus anzusehen ist. Deshalb können heutzutage durch eine einzige Missetat oder revolutionäre Handlung viel leichter Hunderttausende und Millionen völlig ohnmächtiger Menschen zu Opfern solcher Handlungen werden.

Es bedarf keiner näheren Erörterung, daß beispielsweise die Ver-

hinderung des Wasserleitungsbetriebes der Gesamtbevölkerung einer Millionenstadt eines der elementarsten Bedarfsmittel des körperlichen Daseins entzieht, die Arbeitsniederlegung bei den Elektrizitäts- oder Gaswerken, in den Backwerkstätten, Lebensmittelhallen usw., die Dienst-einstellung bei den Verkehrsmitteln binnen kurzem Hungersnot, Finsternis und im allgemeinen einen Zustand herbeiführen muß, der die Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung und Zusammenarbeit mit mathematischer Pünktlichkeit beschleunigt. Wer daher unter den heutigen wirtschafts-technischen Verhältnissen, — zu einer Zeit, da die Arbeitsniederlegung bei diesen grundlegend wichtigen Betrieben das Durchschneiden einiger Hauptschlagadern der in den modernen Städten zusammengedrängten Gesellschaft, Bevölkerung, ja Kultur bedeutet, — wer also unter solchen Umständen die Arbeitsniederlegung und vornehmlich den politischen oder allgemeinen Streik bei den öffentlichen Betrieben nicht als eine Erscheinung betrachtet, angesichts deren es mit Beiseitesetzung jeder Frage der Weltanschauung, Parteistellung und sogar jeder Rechtsfrage dringend notwendiger Rettungshilfe bedarf, mit dem wollen wir uns in keinen Streit einlassen. Im Besitze der nüchternen Urteilskraft kann man, sobald man auch nur jene physischen Existenzinteressen in Betracht zieht, die durch solche Streiks gefährdet werden, ferner jenes Massenelend und jene Verheerung ins Auge faßt, die sie im Gefolge haben, die Arbeitsniederlegungen solcher Art nicht anders ansehen, als einen — gerade durch die moderne technische Entwicklung ermöglichten — sträflich selbst-süchtigen Mißbrauch eben dieser modernen Technik. Mit gesundem Menschenverstand und nur ein wenig Ehrgefühl kann man solche Miß-bräuche nur als irrsinnige, barbarische Missetaten betrachten, die um jeden Preis und mit den äußersten Notmitteln verhindert werden müssen. Es handelt sich da um ganz ähnliche Mißbräuche, wie wenn jemand den elektrischen Strom zum In-die-Luftsprengen in der Nähe von Explosiv-stoffen befindlicher Mitmenschen benützte. Ein Gleichnis, das schon darum nicht allzu sehr hinkt, da sich die Arbeitsniederlegung in den öffentlichen Betrieben sowie auch die allgemeinen Streiks für die Gesellschaftsordnung und elementarste Bedarfsbefriedigung der in den modernen Städten zu-sammengedrängten Menschenmassen wohl zur Genüge als explosiv wirkend erkannt wurden.

Im Hinblick auf die Streiks in den unentbehrlichen Betrieben, bzw. in solchen von öffentlichem Interesse lautet also die erste sozialpolitische Aufgabe: Verhinderung um jeden Preis und Sicherung des Betriebsfort-ganges mit allen Mitteln. Die Mittel sind in diesem Falle um so mehr dem Ziele unterzuordnen, als es sich da um äußerste Notmittel der sozialen Selbstverteidigung handelt.

Vergeblich stellen wir aber betreffs dieser tatkräftigen Notabwehr Grundsätze auf, wenn wir diese in praktisch erfolgreiche Taten umzusetzen außerstande sind. Erweisen sich die Fanatiker des Klassenkampfes, als

Gruppe, Organisation usw. dazu fähig, daß sie mit dem Mittel der Streiks öffentlicher Betriebe die Gesellschaftsordnung und gleichzeitig unvermeidlicherweise auch die Lebensbedingungen und Bedarfsbefriedigungen großer Menschenmassen zu erdrosseln versuchen, so gehört entweder Schwachsinn oder aber Feigheit dazu, nicht vorweg zu wissen oder nicht klar zu erkennen, daß man hier einem explosiven Ausbruch jenes modernen sozialen Bürgerkrieges gegenübersteht, der die Gegebenheiten der heutigen Wirtschaftstechnik ausnützt und mit deren Mitteln seinen Kampf führt. Hier muß also der Bürger selbst — und zwar jener Bürger, der etwas zu schützen und zu verlieren hat — technisch und physisch arbeiten, kämpfen, sich abwehrend entgegenstellen jenem andern Bürger, der ihn mit solch modernen Gewaltmitteln vernichten, niederringen oder gar — wie das russische Beispiel gezeigt hat und aus so manchen Äußerungen der kommunistischen Gesinnung ersichtlich ist — zum großen Teil sogar ausrotten will. Es bedarf daher dringend der Organisation eines sicheren Schutzes der öffentlichen und sonstigen unentbehrlichen Betriebe. Dieser Schutz aber — darüber dürfen wir keinen Augenblick im Zweifel sein — schließt auch die Notwendigkeit der physischen Abwehr mit physischen Waffen in sich, bzw. zieht diese Art von Abwehr früher oder später nach sich. Bei dieser Abwehrorganisation sind demgemäß vor allem jene Streitkräfte ins Auge zu fassen, die sich zur gegebenen Zeit physisch und technisch entgegenstellen und an der selbstaufopfernden Arbeit des Niederringens der Umsturzgefahr beteiligen werden.

Es genügt also nicht, die Verteidigung der öffentlichen Betriebe als technische Notwehr der Gesellschaftserhaltung bürokratisch zu organisieren und mit ihren Tätigkeiten irgendeine Amtsperson, ein Organ oder eine Behörde zu betrauen. Diese Abwehr kann nur aus solchen Elementen richtigerweise organisiert und zusammengestellt werden, die nicht allein hinsichtlich ihrer Weltanschauung, sondern auch an Opferbereitschaft genügend vertrauenswürdig sind für den Fall, daß sie zur Zeit der Gefahr die ihrem Wesen nach gegenrevolutionäre Arbeit des Niederringens der Revolution verrichten werden. Ein Fehler ist es, in diesem Falle sich auf jene bequemen Elemente zu verlassen, die sich den Gedanken der Gesellschaftsrettung zwar innerlich zu eigen machen, physisch jedoch für diese mühevollen und gewagte Arbeit nicht entsprechend einstehen. Noch viel weniger darf man auf jene opportunen Elemente bauen, die sich immer der herrschenden, obenauf bleibenden gesellschaftlichen und politischen Richtung anschließen und ihr, um möglichst rasch vorwärtszukommen, wahllos zu dienen geneigt sind. Der größte Fehler aber ist, die Leitung, Organisierung derartiger Aktionen und die Auswahl ihrer Personen solchen Politikern anzuvertrauen, die sich welcher immer Strömung — gleichviel ob rechts oder links, rot oder schwarz gerichtet — wann immer anzuschließen geneigt sind. Solche Leute werden mit Vorliebe ihnen selbst ähnliche Halbcharaktere in jene Stellungen setzen, wo es vor allem



nichtfeilschender Entschlossenheit bedarf. Wenn wir daher die wichtigste Grundlage zur Abwehr des modernen sozialen Umsturzes: den Schutz der öffentlichen Betriebe mit gewissenhaftem Ernst und Vermeidung der unser öffentliches Leben so häufig kennzeichnenden Leichtfertigkeit und Korruption im vorhinein organisieren und sicherstellen wollen, so heißt es, dem praktischen Umstand Rechnung zu tragen, daß vom Gesichtspunkte dieser Aufgabe nur solche Personen als verläßlich anzusehen sind, auf die unter allen Umständen, also auch im Falle eines Bürgerkrieges mit Sicherheit — und zwar auch was ihre physische Opferwilligkeit anbelangt — zu rechnen ist.

Man mag die Lohnkämpfe, den politischen, den allgemeinen Streik, den Klassenkampf wie immer beurteilen, man beurteile sie — mit nicht beneidenswertem Optimismus — als unvermeidliche Stufen der natürlichen Entwicklung, man mag diesen Kampfmitteln welche immer unverfängliche Namen geben, so dürfen wir gleichwohl nicht erschrecken vor der Feststellung, daß der ausgiebige Schutz gegen die besagten Gefahren nicht länger dem Staate, den Ämtern und der Rechtsordnung bequemerweise überlassen werden darf. Einen nachhaltigen Erfolg kann dieser Schutz und diese Abwehr nur dann haben, wenn jene Gruppen und Einzelpersonen der Gesellschaft, die dem Streik und der Revolution die Stirne zu bieten gesonnen sind, den technischen und physischen Kampf ohne Zögern wann immer aufzunehmen bereit sind. Dem Wesen nach handelt es sich also um Betätigungen gegenrevolutionären Charakters, in denen aber gleichzeitig die Interessen und Bestrebungen der ergiebigen wirtschaftlichen und kulturellen Produktion und so die Elemente einer festgezimmernten Rechtsordnung enthalten sind.

10. Die öffentlichen Unternehmungen oder unentbehrlichen Betriebe sind es hauptsächlich, wovon die Lebenstätigkeit und wichtigste Bedarfsbefriedigung der modernen Gesellschaft abhängt. Die Grenzen ihrer Kategorien können enger oder weiter gezogen werden. Im allgemeinen gehören die Lebensmittel-, Verkehrs-, Wasserleitungs-, öffentlichen Reinigungs-, Fernsprech-, Telegraphen-, Beleuchtungsbetriebe usw. hieher. Die Sicherung der Tätigkeit dieser Betriebe gegen gesellschaftliche Störungen ist ein vielumstrittenes Problem der letzten Jahrzehnte, dessen Lösung nicht allein auf wirtschaftlichem, sondern auch auf verwaltungsrechtlichem, polizeilichem, militärischem, strafrechtlichem, technischem, arbeitsrechtlichem, gesetzgeberischem usw. Gebiete gesucht wurde und jeweilig auch zu suchen ist.

Hieher gehört in einem gewissen Umfange auch das Druckereigewerbe. Es ist ein unentbehrlicher Hilfsbetrieb der heutigen Verwaltung, Gesetzgebung, Polizei und zahlreicher unentbehrlicher Unternehmungen. Andererseits ist es auch ein unentbehrlicher Faktor der Gedankenvermittlung, ihrer Möglichkeit und ihrer Freiheit. Wenn die Gewerkschaften der Druckereiindustrie das Erscheinen von Werken,

Zeitungen ihnen nicht genehmen Inhalts aus Gründen der Politik oder des Klassenkampfes zu verhindern imstande sind, bedeutet dies einen gegen das menschliche Denken verübten derartigen Terror, der nie geduldet werden darf, sondern niedergerungen werden muß. Schon die Vorstellung wirkt wie ein dekadenter Barbarismus, daß der wissenschaftliche und politische Gedanke und deren Vermittlung in einer menschlichen Kultur-gemeinschaft unter der Zensur von Setzern und Druckern stehen soll. In bewegten revolutionären Zeiten aber bedarf Verwaltung und Polizei einer beträchtlich vermehrten Menge von Drucksachen, wobei auch der notwendigste Bedarf an Gedankenvermittlung durch den Zeitungsdruck nicht übersehen werden darf. Aus all diesen Gründen ist es unbedingt notwendig, daß das Druckereigewerbe bis zu einem gewissen Ausmaß der Erzeugung als unentbehrlicher Betrieb organisiert und gesichert werde.

Der Schutz der unentbehrlichen Betriebe für den Streikfall war notwendigerweise allenthalben Gegenstand besonderer Fürsorge, ohne daß es indes gelungen wäre, dieses Problem auch nur grundsätzlich der allgemeinen Lösung zuzuführen. Jeder Mensch von vernünftigen Sinnen weiß und anerkennt, daß Beleuchtung, Lebensmittel-, Wasserversorgung und so weiter selbst dem Klassenkampf zuliebe in keiner Gesellschaft eingestellt werden darf, und trotzdem ist es nicht gelungen, die Vereitlung und Gefährdung dieser grundlegenden Massenbedarfsbefriedigung mit solchen Verboten und Schutzmaßnahmen zu umgeben, daß nicht die vollständige oder teilweise Tätigkeitshemmung dieser unentbehrlichen Betriebe durch allgemeine oder politische Streiks als stärkster terroristischer Druck auf die Gesellschaft versucht worden wäre. Dieses Bild der Lage zeigt deutlicher, als was immer die Schwäche und klägliche Ohnmacht gegenüber jenen Mitteln des revolutionär-offensiven Klassenkampfes, die zur Verhinderung der Befriedigung des wichtigsten körperlichen und geistigen Massenbedarfs führen und infolgedessen im Zustande welcher immer Gesellschaftseinrichtung mit Rücksicht auf ihre gefährliche Natur vernünftigerweise nur als unerlaubte Anschläge betrachtet werden können. Der wirksame Schutz der öffentlichen Betriebe ist nur in jenen Staaten hinreichend entwickelt, wo die Gesellschaft entsprechend kräftig organisiert ist. Dort sind die Interessen der ergiebigen Produktion, alle Gesichtspunkte der Verteilung und des Klassenkampfes weit überragend, nicht bloß auf dem geduldigen Papier der Verwaltungs- und Strafgesetze mit Schutzmaßnahmen umgeben. Dort kommt dieser Schutz auch in der technischen Macht jener Gesellschaftsschichten zum Ausdruck, die von der Synthese des öffentlichen Interesses, von entschlossenem Willen zur Erhaltung und Verteidigung der Kultur und sozialen Produktion dermaßen durchdrungen sind, daß sie gegen die drohenden Gefahren wann immer in den Kampf gestellt werden können. Von einem ausreichenden Verteidigungszustand der öffentlichen Betriebe für den Fall von allgemeinen Streiks usw. kann

also im positiven Sinne nur dort die Rede sein, wo man die gehörige Zahl gehörig organisierter und technisch ausgebildeter Menschen zum Schutze der Tätigkeit dieser Betriebe jederzeit mit Erfolg mobilzumachen imstande ist. Bürgschaften dieses Erfolges aber sind nur dann vorhanden, wenn zu solchem Zwecke Männer geworben und ausgebildet werden, die den Einflüssen des Klassenkampfes und des Sozialismus gegenüber derart verläßlich sind, daß sie bei der akuten Zuspitzung der umsturzdrohenden Angriffsgefahr nicht den Lockrufen des Sozialismus und der sozialistischen Organisationen Folge leisten, sondern auf Befehl der Vertreter des öffentlichen Interesses im Sinne der Aufrechterhaltung der öffentlichen Betriebe zu handeln und in Wirksamkeit zu treten bereit sind. Technisch genommen ist dieses Ziel freilich nur dann zu erreichen, wenn den streikenden Arbeitergruppen zur Sicherung der öffentlichen Betriebe pflichtbewußte Gruppen und Massen verläßlicher Gesinnung entgegengestellt werden können. Man mag darum die Begriffe und ihre Ausdrücke noch so buntschillernd drehen und wenden, — zum Schlusse muß man doch immer wieder zu der einzig richtigen Erkenntnis gelangen, daß die praktisch erfolgreiche Schutzwehr der unentbehrlichen und öffentlichen Betriebe nur durch die Organisation und technische Ausbildung gesellschaftlicher Schutztruppen von gegenrevolutionärer Gesinnung und tatkräftiger Entschlossenheit zu verwirklichen ist. Der Staat mag diese Schutzaktion noch so wohlmeinend in Angriff nehmen, er mag zu diesem Zwecke noch so zahlreiche staatliche Organisationen, Rahmen und Anstalten schaffen, — bei einem allgemeinen Streik der öffentlichen Betriebe werden solche bürokratischen Maßregeln nur dann zuverlässig wirken, wenn die Menschen, die den Schutz und die Aufrechterhaltung der betreffenden Betriebe tatsächlich zu verwirklichen berufen sind, bei den großen, ausschlaggebenden Entscheidungen des Klassenkampfes sich den revoltierenden, streikmachenden Gesellschaftsschichten entgegenstellen und stramm auf ihren Arbeitsplätzen ausharren. Das aber ist nur dann der Fall, wenn angesichts des revolutionären Anschlags die antirevolutionären Schichten der Gesellschaft dem Staate, solange er noch das öffentliche Interesse und die öffentlichen Bedürfnisse zu vertreten imstande ist, physisch und technisch zu Hilfe eilen. Und mit allem Nachdruck sei da noch hinzugefügt: die Schutzeinrichtungen der öffentlichen Betriebe und öffentlichen Bedarfsbefriedigung sind erst dann allen Zufälligkeiten gegenüber als tatsächlich sichergestellt anzusprechen, wenn sich in genügender Stärke Männer und Organisationen finden, die ihre Schutz- und Abwehrtätigkeit in jedem Falle, also auch dann kampfbereit aufzunehmen entschlossen sind, wenn bereits die revolutionäre Schichte der Gesellschaft die Staatsmacht an sich gerissen haben sollte. Dieser letztere Fall kann sich in den, auf den zweifelhaften Kulturwerten des modernen Mehrheitsprinzips aufgebauten Demokratien nur allzuleicht ereignen. Es kann bald geschehen, daß die Vertreter der Revolution, des offensiven Klassenkampfes die demo-

kratischen Parlamente oder andere Machtfaktoren, bzw. deren zahlenmäßige Mehrheit in die Hände bekommen. Diese Mehrheit setzt sich dann den vernunftgemäßen Anforderungen der Produktion entgegen und ist füglich alsbald außerstande, die im öffentlichen Interesse unentbehrlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Sie kann es zufolge der angeborenen Schwäche der modernen Demagogenherrschaft nicht. Gibt es nun in solchem Falle eine Gruppe, die sich der Anarchie und dem Zusammenbruch überhaupt zu widersetzen wagt und auch imstande ist, so kann es nur eine Minderheit sein, die der (wirklichen oder angeblichen) Mehrheit gegenüber das öffentliche Interesse vertritt, in diesem Bewußtsein dazwischentritt und die Lage dadurch rettet, daß sie der Produktion und unentbehrlichen Bedarfsbefriedigung auch mit technischen Mitteln den entsprechenden Schutz zugunsten der Allgemeinheit angedeihen läßt. Die hinlänglich verbürgte Verteidigung der im öffentlichen Interesse unentbehrlichen Betriebe kann nur dort gelingen, wo die praktische Organisation und Durchführung dieser Bestrebung Menschen von solcher Weltanschauung übertragen sind.

Tatsächlich ist der Schutz der unentbehrlichen Betriebe nur dort im soeben erörterten, richtigen Sinne mit Sicherheit verwirklicht, wo auch der Staat selbst die Schlußfolgerungen der dem Bürgerkriege zueilenden modernen gesellschaftlichen Bestrebungen gezogen hat und eben deshalb die „gegenrevolutionären“ Schichten derselben Gesellschaft mit entschiedenstem Zielbewußtsein den sozialistisch-kommunistischen Umsturzbestrebungen entgegenstellt und in Aktion treten läßt. Dort hingegen, wo auch der Staat selbst mehr oder minder unter den Machteinfluß, die Kontrolle und Gesinnung des Klassenkampfes gelangt ist, sind entweder die erhaltenden, verlässlichen Schichten der Gesellschaft selbst gezwungen, sich insgeheim zum Schutze der öffentlichen Betriebe vorzubereiten, oder aber macht es der Staat selbst trotzdem möglich, den vom gesunden Menschenverstand empfohlenen Schutz der öffentlichen Interessen zu organisieren. Daß unter solchen Umständen die Aussichten und Möglichkeiten des zuverlässigen Gelingens weniger günstig sind, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden.

11. Wenn wir nun auf die Maßnahmen und Absichten der einzelnen Staaten zur Schutzwehr der öffentlichen und unentbehrlichen Betriebe einen Blick werfen, müssen wir vorausschicken, daß die rechtliche und technische Regelung dieses Problems nicht überall gleichlaufend sein kann.

Wo das rechtliche Streikverbot besteht, oder die Arbeitsordnung und Arbeitspflicht hinsichtlich der öffentlichen Betriebe derart geregelt ist, daß in diesen Betrieben die streikartige Arbeitsniederlegung rechtlich unmöglich geworden, dort läßt sich der parallele und harmonische Ausbau des Schutzes der öffentlichen Betriebe rechtlich und technisch leichter verwirklichen. In Staaten hingegen, wo volle Streikfreiheit herrscht oder zum Schutze der öffentlichen Betriebe zwar Rechtsverfügungen bestehen,

diese aber letzten Endes nicht genügend bestimmt, konkret und nicht derart unausweichlich sind, um in einem, mehreren oder zahlreichen praktisch dennoch öffentlichen, bzw. weniger unentbehrlichen Betrieben nicht trotzdem Arbeitsniederlegungen zu ermöglichen, oder wo zwar Rechtsverfügungen vorhanden, diese aber viel zu milde sind und viel zu wenig ernstgenommen werden, um den Streik praktisch verhindern zu können, dort kann mit einem erfolgreichen, festen Schutz der öffentlichen Betriebe nur dann gerechnet werden, wenn der Arbeitsschutz gesellschaftlich nicht im Geiste einer dem Klassenkampf und Umsturz entgegenkommenden Rechtsordnung, sondern mit Rücksicht auf deren Mängel, d. i. auch wider sie ausgebaut ist. Mit anderen Worten: wenn der in Rede stehende Arbeitsschutz innerhalb des Rahmens der unzulänglichen Rechtsordnung auch nach gesunden, die öffentlichen Interessen schützenden revolutionären Gesichtspunkten den Anschlägen des revolutionären Klassenkampfes gegenüber verwirklicht ist. So mancher moderne Staat sieht sich daher gezwungen, das Problem derart zu lösen, daß er in gewissem Sinne aus der Not eine Tugend macht. Ist er im Sinne seiner eigenen Rechtsordnung auch gar nicht in der Lage, die unentbehrlichen Betriebe gegen die Streikgefahr zu schützen, so verschließt er sich doch nicht völlig der Eingebung des gesunden Menschenverstandes und zeigt sich — wenn auch nur durch Duldung und Nachsicht — dazu behilflich, daß eine zumeist private Arbeitssicherstellung der öffentlichen Betriebe vorgenommen oder zumindest versucht werden könne.

12. Die Betriebssicherung der öffentlichen und unentbehrlichen Betriebe ist derart mit der Lebensfunktion der heutigen Gesellschaft verschmolzen, und eine Stockung dieser Betriebe verhindert die Befriedigung so vieler wichtiger Bedürfnisse, ja macht in den modernen Städten schier die wichtigsten Lebenstätigkeiten offenbar so unmöglich, daß die Sicherung dieser Betriebe eine allgemeine Aufgabe der Gesellschaft und unstreitig ein öffentliches Interesse typischster Natur bildet. Wer daher den Beruf, Aufgabenkreis und Zielsetzung der Sozialpolitik nur einigermaßen ernstnimmt, wird nicht umhinkönnen, auch nach jenen Bedingungen, Mitteln und Einrichtungen zu suchen und sie womöglich festzusetzen, bei deren Vorhandensein die ungestörte Tätigkeit der öffentlichen Betriebe auch für den Fall der Entladung größerer sozialer Wirren, Streiks, Klassenkampfgegensätze nach Möglichkeit sicherzustellen, bzw. gegen diese mit je nachhaltigerem Erfolg zu verteidigen ist.

Ziel und Aufgabe ist es daher, die Tätigkeit der öffentlichen, bzw. unentbehrlichen Betriebe einerseits durch technische Vorbereitungen zu sichern, zu verteidigen und in ihrem Arbeitsgange wenn nötig zu ersetzen, andererseits aber das bezügliche Arbeitsverhältnis derart zu regeln und zu gewährleisten, daß es zufolge seiner rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung möglichst verlässliche Bürgschaften und Widerstandskräfte biete gegen alle Zufälligkeiten, die sich aus den Streiks,

Klassenkämpfen und revolutionären Strömungen durch Funktionsstörungen, Pflichtverletzungen und Disziplinlockerungen ergeben.

Um die technische Tätigkeit der öffentlichen und unentbehrlichen Betriebe für den Streikfall und bei größeren sozialen Wirren sicherzustellen, bedarf es der planmäßig folgerechten Organisierung, Einübung, technischen Ausbildung solcher Leute, durch die wir diese Betriebe einesteils vor der Zerstörung, vor Anschlägen und Gewaltakten schützen, andererseits aber jene technische Arbeit können verrichten lassen, deren Verrichtung die Arbeiter der betreffenden unentbehrlichen Betriebe vielleicht verweigern. Zur Lösung dieser Aufgabe bedarf es natürlich der Hingebung, Selbstaufopferung in erster Reihe von seiten jener Gesellschaftsschichten, die gegen den revolutionären Klassenkampf und die daraus entstehenden Wirren die Befriedigung der wichtigsten sozialen Bedürfnisse auch um den Preis von Opfern und eigener Arbeit zu sichern und so das öffentliche Interesse und die Kultur zu verteidigen geneigt sind. Die Bereitschaft zur technischen Arbeit allein genügt nicht, wenn sie durch Organisationsarbeit nicht vorweg geschützt ist. Das aber ist nur auf seelischem Wege: durch Erweckung und Propagierung jener Solidaritätstugenden erreichbar, die auf die Erhaltung des Interessenbewußtseins, der gemeinnützigen Pflichterfüllung, der sozialen und kulturellen bedarfbefriedigenden Einrichtungen gerichtet sind. Es handelt sich also um den möglichst raschen, folgerechten, planmäßigen, auf alle Einzelheiten und möglichst alle wichtigen öffentlichen Betriebe sich erstreckenden vorbeugenden Organisationsausbau des nationalen, bzw. sozialen Arbeitsschutzes. Dieser Ausbau aber hat mit Hilfe jener zuverlässigen Elemente der Gesellschaft zu erfolgen, auf deren gesellschafterhaltende Mitwirkung auch für den Fall der großen Streiks und Zusammenstöße mit Sicherheit zu rechnen ist.

Selbstverständlich kann diese vorbeugende Organisation und dieser Detailausbau des technischen Schutzes der öffentlichen Arbeit unter ganz anderen Umständen dort verwirklicht werden, wo sich der Staat und seine Vollzugsmacht in Händen solcher Menschen befindet, die die ergiebige, gegen alle Wirren gewappnete Tätigkeit der öffentlichen Betriebe auch selbst ernsthaft wollen und überdies die Organisierung und den Ausbau der öffentlichen Arbeitsschutzformationen auch mit ihrer amtlichen Macht zu unterstützen gewillt und befähigt sind. Und wieder ganz andere Umstände und Schwierigkeiten ergeben sich dort, wo Staatsmacht, Regierung, Verwaltung usw. ganz oder zum Teil in Händen sozialistischer Elemente sind, die zugunsten des Klassenkampfes größere Konzessionen zu machen bemüht sind. Auch die besonneneren Vertreter des Sozialismus können sich den Vernunftgesetzen der menschlichen Natur nicht dermaßen widersetzen, daß sie die Notwendigkeit der Tätigkeit der öffentlichen und sonstig unentbehrlichen Betriebe zur Zeit von allgemeinen Streiks und sozialen Entscheidungskämpfen zu leugnen vermöchten. Der Massenruck und die Rücksicht auf die strategischen Ziele des Klassenkampfes

lassen sie aber die praktische Verwirklichung dieses vom öffentlichen Interesse vorgezeichneten Standpunktes allzu leicht vergessen. Die revolutionär-sozialistischen Organisationen hinwieder sind gleichfalls nicht geneigt, aus freien Stücken zu dulden, daß ihnen gegenüberstehende Formationen auch ihnen gegenüber die Verteidigung der öffentlichen Betriebe als ihre Aufgabe betrachten. Die Revolution schließlich wird, nur um möglichst rasche Vorteile zu erreichen und die von ihr zum Sturze verurteilte Gesellschaftsordnung möglichst zuverlässig stürzen zu können, keinen Augenblick zögern, diese derart zu schädigen, wie sie es am besten imstande ist, also, wenn es sein muß, auch um den Preis von terroristischer Elendstiftung und Lahmlegung der öffentlichen Betriebe, um auf solche Weise mit Anrichtung möglichst großen Wirrsals die Sprengwirkung der eigenen Revolution wirksam unterstützen zu können. Unter solchen Umständen wäre es geradezu lächerlich, angesichts einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden und ihm völlig dienstbaren Staatsmacht, Parlamentsmehrheit usw. mit einer von Amts wegen unterstützten hinreichenden Schutzorganisation der öffentlichen Betriebe zuverlässig rechnen zu wollen. Diese Aufgabe muß daher von den erhaltenden Schichten der Gesellschaft besorgt werden. Diese selbst müssen sich dazu — nötigenfalls im geheimen — vereinigen und organisieren. Angesichts der modernen technischen, Produktions-, Verkehrs- und anderen Wirtschaftsmittel, sowie mit Rücksicht auf die konzentrierten Bedarfzufriedigungsgelegenheiten der in den Städten zusammengedrängten Bevölkerung ist die Beschützung der wichtigeren öffentlichen Betriebe gleichbedeutend mit der Abwendung der Gefahren des physischen Massenelends und damit gleichzeitig mit der Sicherung der Grundbedingungen der körperlichen und geistigen Existenz des Kulturmenschen. Dieser Schutz- und Abwehrtätigkeit hat sich also jeder vom Fanatismus des irrationellen Umsturzgedankens nicht verblendete Kulturmensch und jeder vom öffentlichen Interesse der Nation geleitete ehrliche Bürger — sei es offen oder insgeheim — jedermann gegenüber zu unterziehen.

Was die Staatsgewalt anbelangt, kann sie — die entsprechend günstige Gesinnung vorausgesetzt — bei der Organisation und technischen Entfaltung des nationalen Arbeitsschutzes zwar wichtige und wertvolle Hilfe, materielle und obrigkeitliche Unterstützung leisten, letzten Endes aber sind es immer die organisierten Mitglieder der Gesellschaft, die die Wirksamkeit dieses Schutzes zur Zeit der größten sozialen Not, der Massenstreiks, Revolutionen usw. zu gewährleisten vermögen. Soziale Organisationen dieser Art haben ihre Feuerprobe eben dann zu bestehen, wenn die amtlichen Mittel und Einrichtungen des modernen Rechtes ins Wanken geraten. In solchen Zeiten tritt an die Mitglieder der erhaltenden Gesellschaftsschichten die Aufgabe heran, mit den Revolutionären technisch und physisch den Kampf aufzunehmen. Und richtig wirken kann der nationale Arbeitsschutz nur dann, wenn er derart von gegenrevolutionärem

Willen und opferbereiter Entschlossenheit erfüllt ist, daß er selbst den Machthabern einer revolutionären Regierung gegenüber die Verteidigung der gefährdeten Produktion und öffentlichen Bedarfzufriedenheit nach jeder Richtung hin zielbewußt in Angriff zu nehmen und kraftvoll durchzuführen imstande ist.

Neben den technischen und sozialen Aufgaben der Betriebssicherung müssen — wie schon in Kürze angedeutet wurde — auch hinsichtlich der Regelung der die öffentlichen und unentbehrlichen Betriebe betreffenden Rechtsverhältnisse Bürgschaften gefunden werden, die, was die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen anbelangt, jede Hemmung und Störung vorweg ausschließen. Diese Rechtsverhältnisse sind derart neu festzulegen, wie es die Interessen der ununterbrochenen Funktions-Beständigkeit der in Betracht kommenden Betriebstätigkeiten erfordern. Ein Arbeitslohnverhältnis, das die Arbeitsverpflichtung der in solchen Betrieben Beschäftigten von Tag zu Tag oder von Woche zu Woche bestimmt, entspricht in rechtlicher Beziehung keineswegs den mit der Beständigkeit und Ununterbrochenheit des Arbeitsganges dieser Betriebe verbundenen öffentlichen Interessen. Eines der wichtigsten Interessen nämlich, das sich an diese Betriebe knüpft, ist die ununterbrochene Arbeitskontinuität der in ihnen beschäftigten Arbeiter. Das Dienstverhältnis ist darum bei diesen Betrieben rechtlich diesem Interesse anzupassen. Dies geschieht derweise, daß die Dienst- und Anstellungsverhältnisse bei unzweifelhaft deutlicher Ausschließung der Berechtigung zur Arbeitsniederlegung und zu Methoden oder Bewegungen ähnlicher Natur den Charakter eines amtlichen oder solchem ähnlichen, jedenfalls aber auf längere Zeit sich erstreckenden Rechtsverhältnisses annehmen. Dementsprechend sind natürlich die Dienstsatzungen der öffentlichen Betriebe auch in allen Einzelheiten auszuarbeiten, wobei stets das große soziale Interesse der ununterbrochenen Betriebssicherheit vor Augen zu halten ist. Die wichtigsten öffentlichen Betriebe (Eisenbahnhauptlinien, größere kommunale Wasserleitungs-, Beleuchtungs- und Straßenbahnunternehmungen, Gemeindebrotfabriken usw.) sind einem womöglich unter militärischen Disziplinarsatzungen stehenden Verwaltungspersonal mit öffentlichem Beamtencharakter zu übergeben. In Zeiten wiederholter Massenstreiks kann der Terror des Aushungerns und Notstiftens nur auf solche Weise vermieden werden. Im Hintergrunde müssen selbstverständlich auch die freiwilligen Arbeitsschutzformationen der Bürgerschaft als Sanktion verfügbar sein. Und weil als Träger des schaffenden Arbeitswillens immer nur Menschen zu betrachten sind, wird das Verhalten der angestellten Arbeiter größtenteils davon abhängen, welche Art von Menschen bei diesen öffentlichen Betrieben angestellt sind, und zwar mit besonderer Rücksicht auf jene Betriebe, wo sich das größte Interesse an das streiklose Weiterarbeiten knüpft. Sehen sich auch diese Betriebe gezwungen, ihre Arbeitergarde aus Elementen sozialistischer Weltan-

schauung und Mitgliedern sozialistisch organisierter Gewerkschaften zu bilden, so kann wohl kaum ein Zweifel bestehen, wie sich diese Arbeiter bei einem politischen Streik verhalten und wem sie dann Gehör schenken werden. In diesem Falle ist also nur von den freiwilligen Arbeitsschutzformationen Hilfe zu erwarten. Ist hingegen das Arbeitsverhältnis als öffentlicher Dienst geregelt, herrscht dort eine Art militärischer Mannszucht und stehen nationalgesinnte Gewerkschaften zur Verfügung, wobei überdies bei der Auswahl der Angestellten auch die Zuverlässigkeit der individuellen Weltanschauung in Betracht kommen kann, so erscheint der Dienst der öffentlichen Bedarfsbefriedigung nach menschlicher Voraussicht in die richtigen Hände gelegt zu sein. Zwecks Fortgangssicherung der zur gemeinnützigen Befriedigung der Massenbedürfnisse berufenen wichtigsten Dienste wäre die Errichtung einer militärisch organisierten besonderen technischen Polizei zu empfehlen. Dieser technischen Spezialpolizei wäre in kritischen Zeiten die Verwaltung der Wasserleitungs-, Verkehrs-, Gasbeleuchtungs-, elektrischen Kraftversorgungs- und wichtigsten Lebensmittelbetriebe zu übergeben. Die in Privateigentum befindlichen Unternehmungen von öffentlichem Interesse könnten zur Errichtung dieser technischen Polizei oder zu einem entsprechenden Kostenbeitrag verpflichtet werden.

Diese im öffentlichen Interesse gelegenen Betriebssicherungsaufgaben bilden auf jeden Fall staatliche Aufgaben höheren Grades. Der Staat kann im Hinblick auf die Einrichtungen und Zustände der modernen Produktion und Technik, insbesondere aber auf deren gegenwärtig drohende Gefahren vernünftigerweise nicht untätig bleiben und die Befriedigung des öffentlichen Massenbedarfs nicht ungeschützt lassen. Vergebens aber stellen wir uns auf die Grundlagen einer solchen Logik und vergebens stützen wir uns auf die klarsten Begriffe der öffentlichen Interessen, wenn erst einmal die Regierungs- und Vollzugsgewalt ganz oder zum großen Teil in die Hände derjenigen geraten ist, die von der Absicht beseelt sind, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und mit ihr zugleich den bestehenden Staat zu stürzen. Diese Elemente hören auf keinerlei Vernunftsgründe der aufbauenden Sozialpolitik. Unter solchen Verhältnissen läßt sich das Problem der öffentlichen Betriebe wohl keiner anderen beruhigenden Lösung zuführen, als sie die soeben erörterten Schutz- und Trutzeinrichtungen bieten. Jene Bestandteile der Gesellschaft, die die Interessen der Bedarfsbefriedigung auch um den Preis persönlicher Opfer zu schützen und zu verteidigen geneigt und dabei gegebenenfalls auch zum Angriff bereit sind, müssen zielbewußt zusammenstehen — gleichviel ob gegen eine Minderheit oder eine Mehrheit, von der Elend gestiftet, die Ergiebigkeit der Produktion gehindert und Kulturwerte zerstört werden.

13. Im Deutschen Reich besteht eine nach dem neuen Arbeitsrecht ausgebaute Streikfreiheit, die auch als Streikverfassung bezeichnet werden kann. Durch eine gründlich entwickelte „Rechtsübung“ und

durch gesetzliche Bestimmungen ist dafür gesorgt, daß gestreikt werden könne und die sogenannten friedlichen — nicht minder gefährlichen — Waffen des Klassenkampfes benützt werden könnten. Rechtliche Garantien zur Sicherung der Produktionsergiebigkeit aber gibt es nicht einmal auf dem Papier. In dieser Hinsicht steht die neue Verfassung Deutschlands auf tönernen Füßen. Sie gewährleistet die Freiheitsrechte der sozialistischen Verteilungstendenzen, schreibt jedoch im Interesse der gesellschaftlichen Gesamtheit keinerlei Verpflichtungen zur ausreichenden und nachhaltigen Sicherung der sozialen Güterdeckung vor und ist eine solche noch weniger zu gewährleisten imstande. Kurzum, die Forderungen der Arbeiter und die Produktionspflicht sind zu keiner derartigen Synthese vereinigt, wie es das öffentliche Interesse erheischt. Das deutsche Arbeitsrecht enthält zwar — nach bürgerlichen Begriffen⁶⁾ — auch gewisse Grundsätze und milde Bestimmungen über unerlaubte Mittel und Fälle der Arbeitsniederlegung in öffentlichen Betrieben, über Tarifverträge und Einhaltung der arbeitsgerichtlichen Beschlüsse, auch strafrechtliche Bestimmungen sind darin zu finden; alles das aber ist eher alles andere, als — sei es auch nur im juristisch-papierenen Sinne — eine ernste Schutzgarantie der öffentlichen und unentbehrlichen Betriebe gegenüber den unerlaubten Mitteln und Methoden der Arbeitsniederlegung. Über jene schwachen rechtlichen Verbote sich hinwegzusetzen, ist den Streikwilligen im Falle günstiger Streikkonjunkturen insofern recht leicht gemacht, als alle bestehenden Verbote sie nicht hindern werden, gegebenenfalls in Streik zu treten und die Waffen des Streiks, sei es bei den öffentlichen oder anderen Betrieben, zum Schaden derselben in vollem Maße auszunützen. Starken Streikkonjunkturen und lebhafter Klassenkampfstimmung gegenüber sind also die Bestimmungen des deutschen Arbeitsrechtes hinsichtlich des Schutzes der Vertragspflichten und des öffentlichen Interesses, das sich an die Produktionsergiebigkeit knüpft, offenbar ohnmächtig. Die deutsche Gesellschaft ist somit selbst auf dem Gebiete des dort gültigen Arbeitsrechtes dem Klassenkampfe preisgegeben und auf die Selbsthilfe angewiesen; im besten Falle können gewisse Äußerungen des Klassenkampfes als rechtlich verboten und milde strafbar erklärt werden. Unter solchen Umständen ist nicht einmal eine Aussicht vorhanden, daß der Staat den Übergriffen der Streiks ein Ende bereiten könnte.

Die zum Schutze der öffentlichen Betriebe errichtete sogenannte Technische Nothilfe ist ein gesellschaftliches Gebilde privaten Charakters, die zwar in zahlreichen Fällen ausgezeichnete Dienste geleistet hat; an und für sich aber ist sie ebenfalls zu schwach, als daß durch sie die Versorgung der öffentlichen und unentbehrlichen Betriebe Deutschlands gesichert erscheinen würde. Diese Sicherheit ist insbesondere dann

⁶⁾ Siehe Kaskel e. d.

nicht gewährleistet, wenn der im Klassenkampf stehende Gegner bei politischen Streiks auch die Tätigkeit dieser Betriebe ernstlich verhindern will. Die sozialistischen Gewerkschaften betrachten die Wirksamkeit der Teno, obwohl an ihrem Zustandekommen auch die am Ruder befindlichen sozialdemokratischen Führer mitwirken mußten, von jeher mit scheelen Augen. Bezeichnend ist die geradezu ängstliche Vorsicht, womit das deutsche Streikrecht die Berechtigung des Auftretens der Teno gegenüber den Klassenkampfbewegungen zu begründen wagt. So ist nach Kaskel⁷⁾ das Einschreiten der Teno nur dann zu gestatten, wenn dies eine allgemeine Notlage und eine allgemein bedrohende Gefahr rechtfertigt. Auf solch mutloser Grundlage aber kann der im öffentlichen Interesse unentbehrliche Betriebsschutz eines großen Reiches gegenüber den ausgebreiteten Entartungen der modernen sozialen Kämpfe niemals folgerichtig und mit Erfolg organisiert werden. Zumal ist es unmöglich, diese Schutzorganisation derart in Wirksamkeit zu setzen, daß sie zur Vorbeugung der Gefahr und der Betriebsstockung geeignet wäre. Dieser Aufgabe ist die neue Verfassungs- und Arbeitsrechtstruktur keineswegs gewachsen. Ist doch in die dortige Auffassung schon recht tief jene Weltanschauung eingedrungen, der zufolge die Freiheitsrechte des Ausbaues und der Vertiefung des sozialistischen Klassenkampfes rechtlich zu gewährleisten sind, während ebendort die gesellschaftserhaltende Auffassung, wonach die Verteidigung der Produktionsergiebigkeit gegen jeden Angriff und jede Gefahr als höheres öffentliches Interesse zu betrachten ist, gleichzeitig in den Hintergrund gedrängt erscheint.

Wenn wir uns nicht in trügerischen Illusionen wiegen wollen, so müssen wir behaupten, daß unter solchen Umständen in Deutschland die Produktionsergiebigkeit und innerhalb derselben auch die Tätigkeit der öffentlichen Betriebe — abgesehen von den Zeiten der für die Unternehmer günstigen Konjunkturen — nur durch das großzügige gegenrevolutionäre Zusammenstehen der Bürgerschaft verläßlich aufbauender Weltanschauung gegen die Notlagen und Angriffe großer sozialer Kämpfe und entscheidender politischer oder allgemeiner Streiks verteidigt werden könnte.

Die österreichische „Technische Nothilfe“ ist der reichsdeutschen nachgebildet. Die einzelnen Teno sind ländersweise organisiert und es wird ihnen je nach den politischen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Länder von amtlicher Seite verschiedenartige Unterstützung oder Vernachlässigung zuteil. In Anbetracht der sozialen Wirren Österreichs, des klassenrevolutionären Geistes seiner Gewerkschaften, der stark sozialistischen Gestaltung seines Arbeitsrechtes und andererseits der mangelhaften Rechtsbürgschaften der Produktions- und öffentlichen Betriebsinteressen ist auch die freiwillige Organisation der österreichischen Technischen Nothilfe keineswegs als eine feste Garantie anzusprechen. Opferwilligkeit,

⁷⁾ E. d., S. 388.

Geistesrichtung und Weltanschauung der Bevölkerung einzelner Länder gegenüber dem Klassenkampfe sind hauptsächlich jene Faktoren, um die sich die praktischen Erfolge der österreichischen Teno drehen werden.

Nach deutschem Muster sind auch die freiwilligen Arbeitsschutzorganisationen Dänemarks und Norwegens gebildet. Vom dänischen Arbeitsschutz ist bekannt, daß er durch Verrichtung gemeinnütziger Arbeiten dem öffentlichen Interesse schon mehrmal, insonderheit bei Schiffahrtstreiks, nützliche Dienste geleistet hat. Im Falle größerer sozialer Krisen jedoch, zumal wenn die politische Macht bereits unter sozialistischen Einfluß gelangt ist, bietet auch diese Organisation kaum genügend starke Garantien einer nachhaltigen Wirkung. So geschah es beispielsweise im April 1920, daß die durch sozialdemokratische Drohungen eingeschüchterte Regierung das Eingreifen der dänischen gesellschaftlichen Hilfe untersagte. Den norwegischen und schwedischen Arbeitsschutz näher zu kennzeichnen, sind wir wegen mangelnder Kenntnis der dortigen konkreten Verhältnisse nicht in der Lage.

Die Arbeitsschutzorganisation der französischen *Union Civique* scheint eine strammere Einrichtung zu sein, wie denn in Frankreich überhaupt Zeichen kraftvollerer bürgerlicher Organisationen vorhanden sind. Für jeden Fall sind dort auch die Möglichkeiten einer technischen Hilfeleistung der großen Armee in Betracht zu ziehen. Trotzdem steht auf der Gegenseite eine sehr gefährliche und stets kampfbereite kommunistische und revolutionär-sozialistische Organisation. Angesichts der Veränderungen und Unsicherheiten, die das Parlament und die Regierungen in ihrer Parteistellung und Weltanschauung aufweisen, bilden auch hier vor allem die Selbsthilfe und physische Opferwilligkeit der französischen Bürgerschaft und des Bauerntums jene Faktoren, von denen das Schicksal der öffentlichen Betriebe in Fällen größerer Krisen abhängen wird.

In Ungarn tritt der „Schutz der Nationalen Arbeit“ als amtliches Organ des Staates hervor. In seinem Ausbau zeigt er unzweifelhaft ein recht anerkennenswertes Bestreben, doch hätten sich in Ungarn mit rationeller Ausnützung der nach dem Zusammenbruch herrschenden Stimmung und rechtsgerichteter Energien auch weitaus wirksamere Organisationen zum Schutze der Gesellschaftsordnung zustandebringen und aktionsbereit gestalten lassen. Dies wäre zumal durch den Ausbau der freiwilligen nationalen Organisationen in den Städten derart möglich gewesen, daß sie dann von den Arbeits- und Selbstschutzorganisationen bis zu den nationalen Gewerkschaften dauernd zur Hilfe gestanden hätten.

Die englische Bürgerschaft hat beim allgemeinen Streik im Jahre 1926 den revolutionären Umsturzversuchen gegenüber die Feuerprobe bestanden. Die *National Citizen Union* leistete damals ein wackeres Stück ergiebiger Arbeit. Ihr Vorbild sollte allen auf nationaler Grundlage waltenden sozialen und wirtschaftlichen Selbstschutzgebilden als Warnzeichen dienen, sobald es sich um die Möglichkeiten großangelegter Massenangriffe

von revolutionärer Seite handelt. Von den Bestimmungen der 1927er *Trade Disputes and Trade Unions Act* über die Streiks und von dem Einfluß des italienischen Vorbildes, der daran ganz unzweifelhaft ersichtlich ist, soll später die Rede sein. Hinsichtlich des Schutzes der öffentlichen Betriebe jedoch enthält dieses englische Gesetz keinerlei Verfügung.

14. Das italienische Gesetz vom 3. April 1926 über die rechtliche Regelung der öffentlichen Beziehungen der Arbeit befaßt sich auch mit den Fragen der Streiks und öffentlichen Betriebe. Die große Bedeutung der einschlägigen Bestimmungen liegt hauptsächlich darin, daß hier das Streikverbot in einem Arbeits- (nicht Straf-)gesetz enthalten ist, und auf solcher Grundlage der Schutz der öffentlichen Betriebe als eine Rechtsfrage geregelt erscheint, bei der auch die Frage des technischen Schutzes der öffentlichen Betriebe in einem ganz verschiedenen Rahmen zur Geltung kommt, als es in anderen Staaten der Fall ist, die bloß über eine durch den Klassenkampf erschütterte Gesellschaftsordnung und ein dieser sich anpassendes Arbeitsrecht verfügen. Die Gültigkeit des italienischen Gesetzes macht jede Feststellung dessen, welche Schutzmaßnahmen die öffentlichen Betriebe im Streikfall erheischen, völlig überflüssig; das ausdrückliche Verbot des Streiks und der Aussperrung hat die ständige Tätigkeit der öffentlichen Betriebe als derartig selbstverständlichen rechtsordnungsgemäßen Zustand zur Voraussetzung, daß zu seiner Verteidigung die Anwendung jedes staatlichen und gesellschaftlichen Machtmittels nicht bloß zulässig, sondern auch unausweichliche Pflicht ist und füglich jedes Verhalten, das die Tätigkeit der öffentlichen Betriebe nicht pflichtgemäß fördert, an sich schon eine strafbare und verbotene Handlung bildet. Dieser Grundsatz wird aber nicht etwa in irgendeinem Strafgesetze zum Ausdruck gebracht, dessen Bestimmungen dann gewissen sozialen Lagen und Verhältnissen gegenüber zur Anwendung kommen können oder müssen; der besagte Grundsatz ist vielmehr in dem grundlegenden sozialen Staatsgesetz klar und deutlich ausgesprochen und — was die Hauptsache ist — auch mit der gehörigen Sanktion versehen, da der Staat dem betreffenden Gesetze diese Sanktion zu erteilen auch imstande ist. Mit anderen Worten: die öffentlichen Betriebe stehen von Gesetzes wegen unter einem Schutze wirksamster Art, angesichts dessen jene technischen Schutzhandlungen und Schutzmittel, die in anderen Ländern als soziale Selbsthilfe, d. i. gewissermaßen als gegenrevolutionäre Betätigungen seitens der konservativen Gesellschaftsschichten der Revolution gegenüber notgedrungen angewendet werden müssen, in Italien mit der ganzen Kraft der nationalen Pflichterfüllung unter allen Umständen und jedem gegenüber ins Gewicht fallen, der die Ergiebigkeit der nationalen Produktion in welcher immer Beziehung zu gefährden wagt.

Eine Gesinnung solcher Art, wie sie sich anderswo in politische Systeme eingewöhnt hat, die sich mit Anomalien des Rechtes und der Rechtsordnung abzufinden pflegen, vermag sich die epochemachende Bedeutung

dieses italienischen Beispiels nur mit Mühe richtig zu vergegenwärtigen. Dort ist nämlich die nationale Produktion und die zu ihrem Schutze bestehende Rechtsordnung gegenüber der Selbsthilfe und der Sabotage wieder auf ihr altes Piedestal erhoben, der Staat aber steht gegenüber dem Staate des Klasseninteresses — vom Gesichtspunkte des erzeugenden und fruchtbaren Zusammenwirkens — wieder als Staat des öffentlichen Interesses da. Das öffentliche Interesse schließt nämlich in dem italienischen Gesetze mit den einzelnen Klassen kein Kompromiß, sondern stellt diese klipp und klar in seinen Dienst, wogegen die modernen dekadenten Arbeitsrechte anderer Staaten sich immer mehr zur Anerkennung von Klassenkompromissen bequemen, die das öffentliche Interesse in den Hintergrund drängen und es kaum noch oder nur sehr lässig zu verteidigen wissen. Während also der verblendete Revolutionärsozialist auch den Arbeitsschutz, der das öffentliche Interesse wahrt, lediglich als einen Streikbruch betrachtet, von dem die dekadenten Arbeitsrechte überhaupt nicht oder nur sehr nachlässig Kenntnis nehmen, erscheint in der Synthese des italienischen Arbeitsrechtes die wirksame Aufrechterhaltung und Verteidigung der öffentlichen Betriebe als eine Verpflichtung, deren Einhaltung jedermann gegenüber nicht allein erzwingbar ist, sondern auch erzwungen werden muß.

Das italienische Gesetz enthält über die Streiks und öffentlichen Betriebe folgende Einzelbestimmungen: Arbeitsniederlegung und Aussperrung sind verboten. Diese Verfügung ist — wie der Bericht der Gesetzbereitungskommission des Senats besagt⁸⁾ — eine logische Rechtsfolge davon, daß der Staat eine ständige behördliche Institution zur Beilegung der zwischen Kapital und Arbeit entstehenden Streitigkeiten errichtet hat. Es ist verständlich, — heißt es in dem Berichte —, daß Streik und Aussperrung keinem Verbot unterliegen bei solchen öffentlich-rechtlichen Systemen, die die Fragen der Arbeitsstreitigkeiten ohne jede Lösung lassen oder in solchen Fragen nur irgendeine fakultative Lösung anzuwenden wissen. Wird aber die Erledigung der Arbeitsfragen erst einmal auf allgemeine Art durch die Lösung auf gerichtlichem Wege gewährleistet, dann ist auch das Recht zum Streik und zur Aussperrung nicht länger aufrechtzuhalten.

Dieser Standpunkt ist unstreitig der Standpunkt des starken Staates, der seinen Willen zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung fest zu begründen imstande ist. Im Gegensatze zu dem Standpunkte der durch Klassenkämpfe geschwächten Staaten, die der Selbsthilfe großer Gesellschaftsschichten kein Verbot entgegenstellen können, weil sie dazu nicht stark genug sind.

Scharf setzt sich die Auffassung des italienischen Gesetzes mit dem Begriffe des sogenannten friedlichen Streiks, d. i. der nichtterroristischen

⁸⁾ Siehe: *La réforme syndicale en Italie*. Roma 1926. Impr. Charles Colombo. S. 172.

Arbeitsniederlegung auseinander. Wie der erwähnte Bericht betont⁹⁾, darf unter solchem Titel die Aufwühlung der Gesellschaftsordnung nicht systemisiert werden. Vor allem wäre nämlich der erzwungenen Kategorie des sogenannten friedlichen Streiks gegenüber zu bemerken, daß der Lohnkampf, insbesondere aber der Massenstreik fast immer und unvermeidlich mit gewissen Gewalttätigkeiten und Drohungen einhergeht. Ist ja die Tatsache des Streiks allein schon nahezu immer gleichbedeutend mit einer gewalttätigen und verängstigenden Beeinflussung des Willens anderer. Ungefähr dasselbe gilt für die Aussperrung. Somit schließt die Erteilung der Berechtigung zum Streik als individuelles Freiheitsrecht an sich schon einen Widerspruch in sich, da dieses Recht ohne eine gewisse Gewalt oder Drohung, bzw. ohne Druck nicht ausgeübt werden kann. Wo das Gesetz für die Arbeitsstreite keine obligatorische Lösung zu finden imstande ist, wo sich der Staat hierfür als zu schwach erweist, dort könnte man sich mit dieser hinkenden Erklärung, bzw. Entschuldigung der Streikfreiheit noch irgendwie abfinden; wo jedoch die Arbeitskamppfrage durch die Gesetzgebung mit großzügigen Rechtseinrichtungen, d. i. mit der allgemeinen zwangsmäßigen Arbeitsgerichtsbarkeit ihrer einzig ersprießlichen Lösung zugeführt wird, muß schließlich auch dieses Mittel der Selbsthilfe verschwinden.

In diesem durch das italienische Arbeitsrecht inaugurierten neuen System erscheint festgesetzt, daß Streik und Aussperrung einerseits eine privatrechtliche Verantwortlichkeit begründen, die durch die Verletzung des Arbeitsvertrages eintritt, anderseits aber ziehen sie auch Strafen nach sich, da sie nicht bloß das Recht einer Vertragspartei, sondern auch die Ordnung und die Rechte der gesellschaftlichen Gesamtheit verletzen. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, daß Streik und Aussperrung sehr oft die öffentliche Ordnung, die Ruhe der Bevölkerung und die öffentliche Sicherheit stören, in jedem Falle aber der nationalen Produktion Schaden zufügen.¹⁰⁾ Demgegenüber ist es gleichfalls nur unhaltbare Klügelei, daß Verbot und Bestrafung der Arbeitsniederlegung mit der Aufhebung der Arbeitsfreiheit gleichbedeutend wäre. Dem einzelnen verbietet das Gesetz, wenn er zur Arbeit nicht verpflichtet ist, keineswegs das Nichtarbeiten und bestraft es auch nicht. Das Individuum kann, wenn es aus individuellen, moralischen und physischen Gründen nicht arbeiten will, nicht zur Arbeit gezwungen werden. Das Gegenteil würde ja zur Sklaverei führen. Der kollektiv organisierte Streik jedoch gehört auf ein ganz anderes Blatt, als das individuelle Arbeitenwollen oder -nichtwollen. Für die Gesamtheit ist der kollektive Streik immer verletzend und je nach Umständen mehr oder minder schadenbringend. Streik und Aussperrung in den öffentlichen und unentbehrlichen Betrieben aber sind gegen die Interessen der Gesamtheit verübte Verbrechen, deren Ver-

⁹⁾ E. d., S. 174ff.

¹⁰⁾ E. d., S. 174.

hinderung ein öffentliches Interesse bildet.¹¹⁾ Da es jedoch nach italienischer Auffassung sehr schwer ist, den Begriff der öffentlichen Betriebe zu umgrenzen und es genau festzustellen, wo dieser beginnt und wo er endet; da es ferner keinen Zweig der Produktion gibt, wo durch die Arbeits-einstellung die miteinander zusammenhängenden Interessen der bürgerlichen Gesamtheit nicht irgendwie verletzt oder ungünstig beeinflusst würden, so müssen Streik und Aussperrung schon im allgemeinen als Verletzung des öffentlichen Interesses und darum als nicht statthabbar angesehen werden. So ist denn laut § 18 des italienischen Gesetzes jede Art von Streik und Aussperrung verboten. In demselben Abschnitt sind auch die Begriffe des Streiks und der Aussperrung bestimmt. Hienach sind Unternehmer, die ihren Betrieb ohne gehörige Ursache und bloß aus dem Grunde einstellen, um die dort Angestellten zur Annahme der veränderten Arbeitsbedingungen zu zwingen, mit Geldbußen bis zu hunderttausend Lire zu bestrafen. Wenn anderseits drei oder mehr Arbeiter, bzw. Angestellte nach vorhergehender gemeinsamer Übereinkunft zu dem Zwecke die Arbeit niederlegen, um die Unternehmer zur Abänderung der Arbeitsbedingungen zu bewegen, ist ihr gesetzwidriges Verhalten mit Geldstrafen von hundert bis tausend Lire zu ahnden.

Angestellte oder Bedienstete von öffentlichen Ämtern und anderen öffentlichen Anstalten, sowie Unternehmungen, die öffentliche Tätigkeiten oder Dienste des öffentlichen Bedarfs zu versehen haben, sind, wenn sie ihre Arbeitsstellen verlassen oder durch ihr Verhalten die Tätigkeit der Anstalt oder des Betriebes hemmen, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und sechsmonatigem Anstellungsverlust, ihre Führer, Anstifter und Organisatoren aber mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren und mindestens drei Jahren Amtsverlust zu bestrafen. Desgleichen sind Personen, die solche freie Berufe ausüben, denen die Besorgung öffentlicher Dienste oder die Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse obliegt, wenn sie ihre Beschäftigung solcher Art ohne berechtigten Grund unterbrechen, mit Gefängnis (von einem halben bis zu einem Jahre), überdies mit Geldbußen und zeitweiligem Amtsverlust zu bestrafen. Für Fälle von Lebensgefahr oder Verlust an Menschenleben als Folgen des Streiks sind entsprechend schwerere Strafen vorgesehen. Mit Gefängnisstrafe (ein halbes bis zu einem Jahr) sind auch solche Unterlassungen von Angestellten und Eigentümern öffentlicher Betriebe zu ahnden, durch die der normale Fortgang des Betriebes gefährdet oder gestört, bzw. dessen Wiederaufnahme gehindert wird.

Noch weiter erhöhte Strafen sind für den Fall vorgesehen, als die Arbeitsniederlegung oder Sabotage zu dem Zweck erfolgt, daß gegen die Tätigkeit öffentlicher Ämter oder deren Beamte Gewalt oder Zwang ausgeübt, staatliche oder Gemeindebehörden unbefugt beeinflusst werden

¹¹⁾ Vgl. e. d., S. 174 bis 175.

sollen. Die Anstifter sind mit drei bis sieben, die übrigen mit einem bis drei Jahren Kerker zu bestrafen. Unter die letzterwähnte Bestimmung fallen laut maßgebender Erläuterung des Gesetzes¹²⁾ die aus nicht rein wirtschaftlichen Beweggründen entstehenden sogenannten politischen, Protest- oder Sympathiestreiks und ebensolche Aussperrungen, deren Zweck eben darin besteht, daß auf andere, bzw. auf die Behörden ein Druck oder Zwang ausgeübt werde.

Die mit den Streiks und Aussperrungen einhergehenden Gewalttätigkeiten, Drohungen und sonstigen Verbrechen sind im Sinne der königlichen Vollzugsverordnung als im Strafgesetzbuch vorgesehene, entsprechend qualifizierte Strafhandlungen zu betrachten. Laut derselben königlichen Verordnung erfolgt die Kategorienfestsetzung der öffentlichen Betriebe durch den Korporationsminister, der im Verordnungswege die gemeindeweise Aufnahme der betreffenden Unternehmungen zu veranlassen hat. Diese Konsignationen sind zur öffentlichen Einsicht aufzulegen, worauf jedermann das Recht hat, in einer Eingabe an die betreffende Behörde die Aufnahme irgendeines nicht aufgenommenen Unternehmens oder einer ebensolchen Firma unter die „öffentlichen“ oder die Streichung nicht hingehöriger zu verlangen. Die ärztlichen und überhaupt sanitären Berufe, ebenso jene der Advokaten, öffentlichen Notare, Ingenieure, Architekten und Agrartechniker sind stets als öffentliche, d. h. öffentlichen Interessen dienende, zu betrachten.

Die Vollzugsverweigerung der Beschlüsse eines Arbeitsgerichtes bildet sowohl von seiten der Arbeiter, als der Unternehmer eine strafbare Handlung, die mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu hunderttausend Lire geahndet wird. Bedeutend schwereren Freiheitsverlust und strengere Geldstrafe zieht die Verweigerung oder Hintanhaltung des Vollzugs der Gerichtsbeschlüsse seitens der Organisationsführer nach sich. Gesellt sich aber zu dem Widerstande gegenüber den Beschlüssen des Arbeitsgerichtes noch Streik oder Aussperrung, so sind die Bestimmungen des Strafgesetzes über die Häufung von Strafhandlungen anzuwenden. Überdies gesteht das Gesetz für Schäden, die aus der Nichterfüllung vertragsmäßig übernommener Verpflichtungen entstehen, die privatrechtlichen Schadenansprüche im allgemeinen und in vollem Maße zu (Art. 22).

Mit solch wirksamen Rechtseinrichtungen schützt das moderne italienische Arbeitsrecht die großen sozialen Interessen der Produktionsergiebigkeit. In diesem Gesetze kommt — wie es in dem für den Senat bestimmten Ministerialberichte heißt — ein System zum Ausdruck, das sich auf eine neue und sehr ausgedehnte Gewerkschaftsorganisation stützt und das vom Geiste der Zusammenarbeit zwischen den Produktionskräften erfüllt ist. Es ist daher geeignet, Hoffnung zu bieten, daß die

¹²⁾ E. d., S. 176 bis 177.

Arbeitermassen allmählig zu einer neuen Gesinnung gelangen, die an Stelle der fortwährenden und zumeist unfruchtbaren Kämpfe die Herrschaft des Rechtes treten läßt. Sobald dies eintritt, werden sich auch die Sanktionen des Gesetzes aus der einverständlichen Auffassung der Masse ergeben. Die stufenweise Regelung der Arbeitsverhältnisse durch die Kollektivverträge, die ständigen Verhandlungen der Arbeiter- und Unternehmer-syndikate, desgleichen der zwischen den Organisationen der großen Gewerkschaften und der künftigen Praxis der Arbeitsgerichte zustandekommende Einklang wird hoffentlich jene neue gesellschaftliche Atmosphäre vorbereiten, in der die Arbeiter die Neuregelung der zwischen den Produktionsfaktoren bestehenden Rechtsverhältnisse mit aufrichtiger Anhänglichkeit aufnehmen werden.¹³⁾

Der Syndikalismus ist auch nach der neuen italienischen Auffassung eine grundlegende Einrichtung des modernen sozialen Lebens, doch muß der gegen den Staat arbeitende Syndikalismus durch einen dem Staate sich anpassenden Syndikalismus ersetzt werden, der sich den Vaterlandsgedanken zu eigen macht, die Gewerkschaftsmassen im Frieden wie im Kriege den nationalen Anforderungen unterordnet und von dem Grundsatz durchdrungen ist, daß sämtliche Faktoren der Produktion anstatt des gegenseitigen ewigen Kampfes in einer einzigen großen Kraftanstrengung zusammenwirken müssen. Die Lösung der Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital soll nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern der gesetzlichen Rechtsübung gefunden werden. Streik und Aussperrung müssen somit, als überrestliche Spuren des Kampfzeitalters, mit Verbot belegt werden. In Italien müssen sie um so mehr verschwinden, als dieses an Rohstoffen sehr arme Land seine Produktion nicht fortwährend unterbrechen kann und sich für seine Armut auf dem Gebiete des internationalen Wettbewerbes dadurch entschädigen muß, daß es die Energie seiner gebildeten und starken Arbeiterhände im innigen Vereine mit den kapitalistischen und technischen Elementen bis zum Höchstmaße ausnützt.¹⁴⁾

Aus seiner Gleichgültigkeit heraustretend, sagt sich der Staat los von der Gewohnheit, immer bloß als Hüter der öffentlichen Ordnung hervorzutreten, und stellt sich nunmehr die Aufgabe, die soziale Gerechtigkeit und die Produktionskräfte einander zu koordinieren, in Einklang zu bringen, — eine Aufgabe, bei deren Lösung die wichtigsten nationalen Gesichtspunkte als Richtschnur dienen müssen. . . . Dieses Gesetz ist ein Gesetz der sozialen Solidarität. Es stellt dem geschichtlichen Materialismus einen neuen Idealismus entgegen, der auf dem Zusammenwirken der Gesellschaftsschichten in großer gemeinsamer Arbeit begründet ist. Dem Internationalismus stellt er den Nationalismus der Arbeit, dem Siege der Gewalt aber ein Rechtsprinzip entgegen.¹⁵⁾

¹³⁾ E. d., S. 178 bis 180.

¹⁴⁾ E. d.

¹⁵⁾ Eben daselbst.

15. Auf dem Gebiete des englischen Streikrechtes hat die dortige Gesetzgebung seit 1906 einen Ausbau der Streikfreiheit in solcher Richtung ermöglicht, daß die Macht des Staates hinsichtlich der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherung bei den öffentlichen Betrieben dem Klassenkampf gegenüber beträchtlich verringert wurde. Die Lehren des allgemeinen Streiks vom Jahre 1926 und die Wirkung des italienischen Beispiels aber führten zu dem 1927er *Trade Disputes and Trade Union Act*. Wurde damit — wegen Verschiedenheit der Verhältnisse — auch keine derart wirksame Rechtseinrichtung wie das italienische Gewerkschaftsgesetz vom Jahre 1926 geschaffen, so gibt es seither in England zumindest ein System von gesetzlichen Bestimmungen, die gegenüber den, dem Klassenkampf günstigen Reformen der früheren Jahre die Stabilität der brennendsten sozialpolitischen Fragen gewährleisten. Nun hängt freilich alles weitere davon ab, wie sich das englische Arbeitsrecht in Zukunft gestalten wird, was vielleicht abermals vor allem von der Entwicklung der parlamentarischen Machtverhältnisse, also von einem allzu unsicheren Faktor abhängt.

Das 1927er Gesetz bestimmt, daß jeder Streit gesetzwidrig ist, der sich nicht auf innerhalb solcher Industriezweige und Beschäftigungen aufgetauchte Streitfragen bezieht, an denen die betreffenden Streikleute beteiligt sind. Gesetzwidrig ist der Streik, wenn damit unmittelbar oder mittelbar ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden soll, daß sie die Gemeinschaft der Bürger in eine Zwangslage bringe. (Z. B. Hemmung öffentlicher Betriebe.) Unter denselben Umständen ist auch die Aussperrung gesetzwidrig. Gesetzwidrig ist die Anbahnung, Fortsetzung, materielle Unterstützung und Aufrechterhaltung solcher Streiks. Der Arbeitsstreit aber gilt nur dann als innerhalb eines Industrie- oder Beschäftigungszweiges bestehend, wenn er sich zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ereignet, die in demselben Fach oder in derselben Beschäftigung angestellt sind, und wenn sich der Streit um die Frage der Anstellung oder Nichtanstellung, sowie der Arbeitsbedingungen dreht. Als innerhalb desselben Faches befindlich aber haben jene Arbeiter zu gelten, deren Arbeitslöhne oder Anstellungsbedingungen durch eine industrielle oder Schiedsbehörde, bzw. ein Gericht oder eine ähnliche Körperschaft nach gemeinsamen Grundsätzen oder auf Grund eines mit den Unternehmungen desselben Faches getroffenen Übereinkommens festgestellt wurde.

Die Überredung zur gesetzwidrigen Arbeitsniederlegung oder Aussperrung, die Aufreizung oder die wie immer geartete Förderung einer solchen Arbeitsniederlegung oder Aussperrung wird mit Geldbuße oder Gefängnisstrafe geahndet. (Zehn Pfund Sterling, Gefängnis bis zu drei Monaten bzw. zwei Jahren.) Niemand kann jedoch bloß deshalb bestraft werden, weil er in eigener Person die Arbeit niedergelegt oder nicht fortgesetzt hat bzw. keine Anstellung übernommen hat. Die mit dem 1927er Gesetze zuwiderlaufenden Bestimmungen der 1906er *Trade Disputes Act*

und des *Emergency Powers Act* vom Jahre 1920 werden auch im allgemeinen außer Kraft gesetzt.

Besondere Bestimmungen gelten dem Schutze jener Personen, die an einer gesetzwidrigen Arbeitsniederlegung oder Aussperrung nicht teilnehmen wollen. Es ist verboten, solche Personen aus irgendeiner Gewerkschaft oder Gesellschaft auszuschließen, sie mit Geldbuße zu belegen, ihnen Rechte oder Begünstigungen zu entziehen, sie anderen Mitgliedern gegenüber, sei es unmittelbar oder mittelbar, irgendwie zu benachteiligen. Falls sich dergleichen dennoch ereignet, ist der daraus entstandene Nachteil gerichtlich festzustellen, das ausgeschlossene Mitglied zurückzusetzen usw.

Die Frage der rechtswidrigen Arbeitshinderung und Terrorisierung von Einzelpersonen wird im Hinblick auf die während des Streiks gebräuchlichste Beeinflussungsart, d. i. Aufstellung von Streikposten (*picketing*), im Gegensatze zu dem 1906er *Trade Disputes Act*, worin die Aufstellung „friedlicher“ Streikposten gestattet ist, derart geregelt, daß solchen Streikposten gegenüber die *Conspiracy Law* vom Jahre 1875 wider in Kraft gesetzt und gleichzeitig auch klar umschrieben wird, was unter Streikterror zu verstehen sei.

Gegen das Gesetz verstößt, wer zum Zwecke der Förderung des Arbeitsstreites allein oder in Begleitung einer oder mehrerer anderer Personen in einem Hause, worin jemand wohnt, arbeitet oder sich aufhält, oder in der Nähe dieses Hauses den Betreffenden deshalb erwartet oder sich dort aufhält, um ihn von der Arbeitsniederlegung zu verständigen oder dazu zu überreden, vorausgesetzt, daß es derart oder von Seiten sovieler Personen geschieht, daß daraus auf die beabsichtigte Terrorisierung einer Person oder auf die Verkehrsbehinderung eines Bewohners desselben Hauses u. dgl. geschlossen werden kann. (Gleichgültig ist es dabei, ob die betreffende Streikgruppe oder ein Mitglied derselben im eigenen oder im Namen einer Gewerkschaft, Firma oder Unternehmung handelt.) Ein *picketing* solcher Art wird im 1927er Gesetz als gegen Abschnitt 7 der *Conspiracy and Protection Act* verstoßende Handlung ausgesprochen, wobei unter „Terror“ oder Terrorisierung jeder solche Umstand zu verstehen ist, demzufolge jemand für sich selbst oder ein Mitglied seiner Familie das Eintreffen eines physischen, materiellen oder anderen Gewalt oder Schadenstiftung zu befürchten hat. Die Teilnahme an einer solchen *picketing* an sich wird, wenn damit die Zurückhaltung vom Arbeiten bezweckt wurde, mit einer Geldstrafe bis zu zwanzig Pfund Sterling und mit dreimonatiger Kerkerstrafe geahndet.

Durch die Bestimmungen des 1927er Gesetzes wird also die Berechtigung sogenannter „friedlicher“ Streikposten abgeschafft, deren Aufstellung im Jahre 1906 der Arbeiterpartei als politische Konzession zugestanden wurde. Nunmehr ist die Berechtigung der Aufstellung eines *pickets* oder Streikpostens zum Zwecke der Zurückhaltung von der



Arbeit oder zur Benachrichtigung über den Streik samt der Berechtigung des eigentlichen Zweckes des *picketing* schlechtweg ausgeschlossen. Den Schutz der öffentlichen Betriebe mit besonderen Bestimmungen zu gewährleisten hat aber das Gesetz vom Jahre 1927 unterlassen. Der grundsätzliche Standpunkt der individuellen Arbeitsfreiheit (Recht zum Arbeiten oder Nichtarbeiten) mag die englische Auffassung daran gehindert haben, zum Schutze der unentbehrlichen Betriebe die Arbeitspflicht im öffentlichen Interesse auch positiv zu verwirklichen, bzw. gesetzlich auszusprechen. In dieser Beziehung hätte es, worauf weiter oben bereits hingewiesen wurde, nebst dem Organisationsausbau des technischen Schutzes der öffentlichen Betriebe auch einer gewissen neuen Rechtsregelung des Arbeitsverhältnisses (d. i. der Schaffung eines die Beständigkeit der Arbeitspflicht anhaltend verbürgenden Rechtsverhältnisses) bedurft. Somit hat sich die englische Gesetzgebung im Jahre 1927 durchaus nicht beeilt, die gesellschaftliche Selbsthilfe in dieser Hinsicht zu unterstützen und ihre zukünftige Wirksamkeit institutiv zu begründen.

Zehnter Abschnitt.

Schlichtungswesen, Schiedsgerichtsbarkeit und Kollektivverträge.

1. Die Sozialpolitik ist seit jeher bestrebt, die Gegensätze zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nach Art der Rechtsstreite zu erledigen, d. i. nicht durch Selbsthilfe, sondern mit gerichtlicher Entscheidung oder auf Ausgleichswege zu schlichten. Diesem Bestreben, hinter dem sich zahlreiche wirtschaftliche Ursachen und Interessen bergen, sind die verschiedenen Regeln und Normen der Schlichtung und Entscheidung auf dem Gebiete der Arbeitsstreite und in engem Anschluß an sie auch die Kollektivverträge entstanden.

Schlichtung, Ausgleich, Gerichtsentscheid sind ohne Zweifel Handlungen, durch die Streit und Kampf beendet oder zumindest aufgeschoben werden. Als solche stehen diese Rechtshandlungen notwendigerweise in einem gewissen Verhältnis zum Streit und Kampf. So gelangen auch die Arbeitsgerichte und die Schlichtungen der Arbeitsstreite, sowie die zur Ausschaltung konkreter Streite und Zwiste dienenden Rechtsregelungen (Verträge) aus sozialpolitischen Gesichtspunkten ebenfalls in ein gewisses Verhältnis sowohl zu den einzelnen Streiten, als auch zu dem sogenannten Klassenkampfe selbst. Je nach der Gestaltung dieses Verhältnisses, bzw. nach der Wirksamkeit der daraus entstandenen Rechtsregelung ergibt es sich dann, ob die Praxis der Arbeitsgerichtsbarkeit letzten Endes als verstärkender oder als ausschaltender Faktor der Bestrebungen und

Ziele des Klassenkampfes ins Gewicht fällt. Man hat sich nämlich immer vor Augen zu halten, daß jede gerichtliche Entscheidung und zumal ihre Befolgung eine Rechtsbildung ist. Diese Rechtsbildung ist auch dann vorhanden, wenn sie vorläufig nicht in richterlichen Entscheidungen, sondern bloß in der Abschließung von Vergleichen, in der Entfaltung gleicher Gewohnheiten und Bedingungen in Erscheinung tritt. Schlichtungs- und Schiedsgerichtspraxis schaffen auf diese Weise, ebenso wie bei anderen Gerichten die Beschlüsse und Gewohnheiten von prinzipieller Bedeutung, ein Arbeitsrecht. Die Entwicklungsrichtung des infolge dieser gerichtlichen Praxis sich entwickelnden Arbeitsrechtes kann sich so dann den Tendenzen des Klassenkampfes entgegensetzen, sie kann der allseitigen Einhaltung der übernommenen Vertragspflichten förderlich sein, die Ergiebigkeit der Arbeit durch Bürgschaften unterstützen, kurzum den Ergebnissen der produktiven und sozialen Arbeitsteilung auch zum Vorteil gereichen, — die Mehrzahl der bisherigen Beispiele auf dem Gebiete der Schlichtungs- und Schiedsgerichtsbarkeit aber bewegt sich keineswegs in der Richtung einer solchen Entwicklung. Vielmehr kommt eben dort, wo diese Art von Gerichtspraxis einen klassischen Boden fand, im Arbeitsrecht eine sozialistische, vom Gesichtswinkel des Klassenkampfes geschaute Entwicklung zum Ausdruck. In den Beschlüssen dieser Schlichtungs- bzw. Schiedsgerichtsbarkeiten gewinnen immer mehr solche Grundsätze und Gesichtspunkte an Raum, die in die hinsichtlich der Gewährleistung des Arbeitsergebnisses wirksamen obligationsrechtlichen Prinzipien die Elemente des Aufruhrs und der Zerstörung hineintragen und so gleichfalls zur Untergrabung jener gesellschaftlichen Einrichtungen beitragen, deren Ausmerzung die Anhänger des Klassenkampfes als ihre Aufgabe zu betrachten vorgeben. In so manchem Lande wurden im Wege der Arbeitsgerichtsbarkeit solche Rechtsgrundsätze zum Gewohnheitsrecht, die von den betreffenden gesetzgebenden Körperschaften nicht zur Annahme gelangt sind oder nicht zur Annahme gelangt wären, und die gesetzliche Festsetzung so manchen zur Revolution anspornenden oder klassenkampfmäßigen, arbeitsrechtlichen Grundsatzes erfolgte unter dem Druck der Zwangslage, die sich infolge der arbeitsrechtlichen Gewohnheitspraxis ausgebildet hatte. Wir zögern denn auch nicht, unsererseits, als im öffentlichen Interesse gelegenen Gesichtspunkt, einer Zielsteckung das Wort zu reden, wonach im Rahmen des Arbeitsgerichtssystems solche Grundsätze und Normen zustande gebracht und eingebürgert werden müssen, deren Befolgung die ganze Amtstätigkeit dieser Gerichtsbarkeit vor allem zur Förderung des großen nationalen und gesellschaftlichen Interesses der Produktionsergiebigkeit fähig macht und auf diesem Tätigkeitsgebiet ein dem besagten Interesse förderliches wirksames Obligationsrecht entwirft und ausgestaltet, nicht aber aus den Regeln des menschlichen Zusammenlebens allmählich die rechtlichen Sanktionen der Arbeitserfüllung und der Zuverlässigkeit von

Vertragsschließungen herausmerzt, so daß es der gesellschaftlichen Zersetzung und Zertrümmerung anheimfallen muß.

2. Die sozialpolitische Bedeutung der Arbeitsgerichtsbarkeit tritt besonders plastisch dort hervor, wo nicht einzelne Individuen und individuelle Interessenstreite einander oder je einem Unternehmen gegenüberstehen, sondern wo die Interessen mehrerer oder vieler, gegebenenfalls ganzer Gesellschaftsschichten auf dem Boden des Arbeitsrechtes aneinandergeraten. Es ist die auf die kollektiven Interessen bezügliche Arbeitsgerichtsbarkeit, was da ein weit größeres und wichtigeres Problem bildet.

Solange es sich auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes nur um die richterliche oder schlichtende Hilfe für die Interessen einzelner oder weniger handelt, ist die Aufgabe viel leichter als in einschlägigen Kollektivfällen. Leichter vor allem, weil Sanktionen zur Verfügung stehen, die den Richterspruch oder den Vergleich wirksam gestalten. Dem Einzelmenschen oder einer kleineren, isolierten Interessengruppe gegenüber bedarf der Staat keiner großen Macht, um seinem rechtlichen Willen Geltung zu verschaffen, ihn konkretenfalls durch seine Zwangsmittel unzweifelhaft und unabänderlich zu gestalten. Ganz anders verhält sich die Sache im Falle kollektiver Masseninteressen, insbesondere aber, wenn diese Massen schon darum zur Selbsthilfe geneigt sind, weil sie von den Anstiftern und Organisatoren des Klassenkampfes folgerichtig dazu erzogen wurden. Unter solchen Umständen bedarf es somit eines starken Staates, einer mit großer Kraft in der Gesellschaft wurzelnden Rechtsordnung, damit der Rechtsspruch auch in den großen Kollektivstreiten des arbeitsrechtlichen Gebietes nötigenfalls welch immer Massen und Massenstimmungen gegenüber unbedingt gewährleistet werde. Ein für diese Aufgabe genügend kräftiger Staat aber ist angesichts der modernen sozialen Verhältnisse — unter denen breite Schichten der Gesellschaft zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen jederzeit für die Selbsthilfe zu haben sind — nur so denkbar, wenn hinter der Rechtsordnung des Staates auch solche breite und kräftige Gesellschaftsschichten stehen, die mit ihrer organisierten Kraft den Staat und seine öffentlichen Interessen gegenüber den Angriffen anderer, auf dem Boden der revolutionären Selbsthilfe stehenden sozialen Schichten oder Gruppen zu verteidigen und zu retten imstande sind.

Angesichts der soeben erörterten Gesichtspunkte interessieren uns demnach im Rahmen der sozialpolitischen Probleme weniger die sogenannten Gewerbe- oder Arbeitsgerichte, die hauptsächlich bloß zum Schutz individueller Interessen bzw. solcher einer kleineren sozialen Gruppe oder Organisation, oder aber zur Entscheidung um diese sich drehender Fragen geeignet erscheinen. Solchen Einrichtungen begegnen wir besonders in den industrialisierten Staaten recht häufig. Eine solche Einrichtung ist der *Conseil des Prudhommes* (napoleonischen Ursprungs) in Frankreich, der in zahlreichen anderen Staaten, darunter Italien,

Deutschland und England Nachahmung fand. Damit will durchaus nicht gesagt sein, daß dieser Zweig der Gewerbegerichtsbarkeit nicht wichtig genug sei und daß es nicht dringend notwendig wäre, eine Gerichtsbarkeit solcher Art im modernen Staate möglichst vollständig einzurichten und auszubauen. Im Gegenteil. Vom Gesichtspunkte der heutigen sozialpolitischen Hauptfragen aber steht das Problem der Gerichtsbarkeit und Rechtshilfe bei Kollektivstreiten im Vordergrunde.

Die Einrichtung des *Conseil des Prudhommes* wurde mit Gesetz vom 21. Juni 1924 (Abs. 1 bis 103) neu geregelt. Dieses Gesetz besteht aus drei Teilen. Der erste Teil (*titre*) trägt die Aufschrift „*Jurisdiction*“ und regelt die Gerichtsbarkeit der aus den industriellen und kaufmännischen Lohnverträgen entstehenden Streite. Diese Gerichtsbarkeit ist vollständig in dem Rahmen des *Conseil des Prudhommes* gefaßt. Der zweite Teil bezieht sich auf die Schlichtung und Schiedsgerichtsbarkeit (*arbitrage*) der zwischen Unternehmern und Arbeitern oder Angestellten entstandenen Streiten kollektiver Art. Das hier behandelte Vorgehen wird nicht mehr Jurisdiktion genannt und ist es auch nicht mehr. Der dritte Teil handelt von der Errichtung gewisser berufsmäßiger Interessenvertretungen.

Die „Arbeitsgerichtsbarkeit“ des deutschen Rechtes hat einen dem *Conseil des Prudhommes* ähnlichen Wirkungskreis und ist nach dortigem Arbeitsrecht eine Arbeitsgerichtsbarkeit,¹⁾ die durch das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 geregelt wird. Dagegen ist die auf die kollektiven Arbeitsstreite bezügliche „Schlichtung“ keine wirkliche Jurisdiktion, sondern, wie auch die betreffende deutsche Rechtsquelle feststellt, nur eine Art Hilfeleistung. In den viel mannigfaltigeren einschlägigen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen des englischen Arbeitsrechtes sind die beiden Probleme nicht so genau voneinander getrennt.

Es fragt sich nunmehr: sind die Schlichtungs- und Schiedsverfahren und -systeme hinsichtlich der kollektiven Arbeitsstreite wirklich für die Rechtshilfe und den Interessenschutz geeignet, oder sind sie bloß als Hilfsgebilde von Fall zu Fall zu erachten? Unserer Ansicht nach hängt dies davon ab, ob sie nur mit übereinstimmendem Willen der in Streit befindlichen zwei Parteien, d. i. fakultativ, als eine Art Schiedsgericht können in Anspruch genommen werden, oder ob sich welche Partei immer mit unbedingter Berechtigung um schlichtende oder entscheidende Rechtshilfe an sie wenden kann. Der letztere Typ der Kollektivgerichtsbarkeit bedarf nämlich von Seiten des Staates einer viel größeren und universelleren Sanktionskraft, anderseits aber besteht nur bei einer Kollektivgerichtsbarkeit solchen Typs Aussicht dafür, daß sich eine Praxis herausbildet, die der Entwicklung des Arbeitsrechtes einen Weg weist, auf dem sie die Ergiebigkeit und Beständigkeit der Produktion und überhaupt den Schutz der öffentlichen Gesellschaftsinteressen gewährleistet und

¹⁾ Kaskel: Arbeitsrecht. III. Aufl., 1928. S. 313.

nicht gestattet, daß diese Entwicklung zugunsten des Klassenkampfes in eine zerstörende Rechtspraxis der fortwährenden Konzessionen ausarte. Wo nämlich die Kollektivgerichtsbarkeit nur dann in Anspruch genommen wird, wenn sich beide Parteien zur Annahme des Beschlusses bereit erklärt haben, und wo auch die getroffenen Entscheidungen zumeist nichts weiter als irgendwelche opportunistische Vorschläge hinsichtlich des zu beobachtenden Verhaltens der Parteien enthalten, dort ist mit Recht vor auszusetzen, daß sich die zur Anwendung der Selbsthilfe ohnehin stark geneigten Massen einer derartigen Kollektivgerichtsbarkeit nicht unterwerfen, bzw. deren Beschlüsse in dem Falle nicht beachten werden, wenn sie die Konjunktoren zur Selbsthilfe für günstig erachten. Gerade dies aber birgt auf solchem Gebiete die größte Gefahr in sich; Zweck und Aufgabe der Kollektivgerichtsbarkeit aber ist es eben, die verschiedenen Schichten der heutigen Gesellschaft von der Selbsthilfe zurückzuhalten. Aus diesem Grunde tragen denn auch jene Formen der modernen Schlichtungs- und Schiedsgerichtsbarkeit, die nicht durch fakultative und unbedingte Rechtsmaßnahmen, bzw. durch die zur Erteilung derselben fähige Staatsmacht gesichert sind — trotz aller geleisteten und noch zu leistenden Dienste — schon von Natur aus die Wahrscheinlichkeit eines hochgradigen Hanges zur Gleichgültigkeit und solcher Tendenzen in sich, die die arbeitsrechtliche Praxis (Gewohnheitsrecht) in der Richtung des Klassenkampfes beeinflussen.

3. Die ausgleichsweise Schlichtung von Arbeitsstreiten ergab sich schlechtweg auf natürliche Weise aus den Bestrebungen der im Kampfe stehenden Parteien nach irgendeiner Lösung. Über den Wirkungskreis der Gewerbegerichte und der verschiedenen normalen Verwaltungsämter allmählich hinauswachsend entwickelte sich die Schlichtung oder Entscheidung der Arbeitsstreite zu einem übermäßig großen Problem sozialen Charakters. Es galt also nach besser geeigneten Organen Umschau zu halten. Vom prinzipiellen Gesichtspunkte sind die ordentlichen bürgerlichen Gerichte als hiefür geeignet anzusehen. Nach westeuropäischen Begriffen kann nämlich jedes strittige Rechts- oder Wirtschaftsproblem, das nicht durch ein besonderes Gesetz davon ausgeschlossen ist, dem zuständigen Gericht zur Entscheidung vorgelegt werden. Infolge der ständig wachsenden Zahl und Bedeutung der Arbeitsstreite und der Gewöhnung breiter Gesellschaftsklassen an die Selbsthilfe mußten hinsichtlich der Sanktionen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in vielen Staaten mehr oder minder berechtigte Zweifel auftauchen.

Einerseits war somit das Bestreben darauf gerichtet, die Gewerbegerichte (z. B. den *Conseil des Prudhommes*) weiterzuentwickeln oder aber ähnlichen Einrichtungen die Berechtigung zur Entscheidung von Kollektivstreiten zu verleihen und sie hiefür geeignet zu machen. In noch viel stärkerem Maße aber wurde andererseits nach einer praktischen Lösung im Wege der gewählten Schlichtungsausschüsse oder gewählten Schieds-

gerichte gefahndet. Diesen Weg betrat vornehmlich England, das mit seiner Industrialisierung den modernen Staaten in zeitlicher Reihenfolge voranging. In dem Bestreben nach Selbsthilfe lenkte die englische Gesellschaft die Arbeitsstreite auf dem Gebiete ihrer vorherrschenden Großindustrie immer mehr und immer systematischer in die Bahnen der gewählten Schlichtungs- und Schiedsgerichtsbarkeit. Diese Schlichtungs- und Schiedseinrichtungen kommissionellen und gerichtlichen Charakters nahmen allmählich die Formen ständiger Institutionen an und an immer zahlreicheren Orten wurde in immer neuer — vorerst rein praktischer, dann aber auch wissenschaftlich begründeter — Gestalt der Wunsch nach Errichtung amtlicher und obligatorischer Schlichtungs- und Schiedsgerichtsbarkeiten laut, die als Gerichtsorgane mit öffentlichem Amtscharakter die Arbeitsstreite zu erledigen, den sozialen Frieden womöglich herzustellen, Streik und Aussperrung aus der Welt zu schaffen hätten usw. In immer ernsteren Formen wurde für die Ausmerzung der Streiks unter der Voraussetzung argumentiert, daß dann obligatorische Schlichtungs- und Schiedsgerichte staatlichen Charakters die Aufgaben der modernen Arbeitsgerichtsbarkeit auf dem Gebiete der Kollektivstreite in die Hände bekommen.

Im Boden des Mutterlandes aufgekeimt, fand der Gedanke zuerst in der stark sozialistischen Bevölkerung der australischen *Commonwealth* Verwirklichung. Seit Beginn der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts wurden in Australien obligatorische Schlichtungs- und Schiedsgerichte öffentlich-behördlichen Charakters eingeführt, denen sich später als Schwestereinrichtungen die Lohnämter zugesellten. Zwangsmäßige Schlichtung und Entscheidung, einigermaßen mit Streikverbot, amtliche Festsetzung des Arbeitslohnes, — das sind die Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft Australiens auf arbeitsrechtlichem Gebiete. Südaustralien, Neuseeland, Neusüdwailes, Queensland wetteiferten geradezu in der Errichtung dieser sozialpolitischen Institutionen. Das dortige Schlichtungs- und Schiedssystem ist je nach den Staaten verschieden. Es gibt paritätische Ämter zur Bestimmung der Löhne, denen auch die Schlichtungstätigkeiten obliegen (Victoria). Das Hauptgewicht der Amtstätigkeit fällt in solchen Fällen der Schlichtung bzw. dem Präsidenten zu. Das Charakteristische der australischen Einrichtungen solcher Art liegt aber darin, daß — im Gegensatz zur Praxis des Mutterlandes — die schiedsrichterliche Tätigkeit und deren Anwendung in den Vordergrund geschoben erscheint. In den australischen Systemen sind zumeist aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehende Schiedsgerichte tätig, wobei in Westaustralien dem Einzelrichter von Seiten beider Streitparteien Delegierte beigegeben sind.

Und das Ergebnis? Vor allem die Ausgestaltung eines Arbeitsrechtes stark sozialistischen Charakters in der Form und als Folgewirkung richterlicher Entscheidungen. Sehr häufig starke Lähmung der Unternehmung

infolge der amtlich festgesetzten Löhne. Der Arbeiter als sehr anspruchsvolle Partei in den Kämpfen um die Einkommenverteilung. Die ergiebige Produktion aber vermochte das australische System nicht zu gewährleisten. Es mag vielleicht geeignet sein, die Ansprüche der Arbeiter in die Höhe zu schrauben und diesbezüglich eine günstige Rechtsentwicklung anzubahnen; immerhin aber mangelte es den Gerichten wie auch den betreffenden Staaten selbst an der nötigen Sanktionskraft, um beide Parteien, insbesondere aber die Arbeitermassen zum ernst aufgefaßten Arbeitsberuf und zur Pflichterfüllung anzuhalten, wie es den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen und Interessen der Nation und der Gesellschaft entspricht. Wären die sozialen Einrichtungen solcher Art, die in so hohem Maße zur Erhöhung der Massenansprüche beitragen, auch die Deckung dieser Ansprüche nebst dem mit ihnen stets verhältnismäßig anwachsenden Gütervorrat herbeizuschaffen und die nötige Menge von Massenbedarfsgütern sicherzustellen imstande, — dann, aber auch nur dann könnte ihre Wirksamkeit als wahres Ei des Kolumbus gelten. Ohne institutive sozialpolitische Sicherstellung der ergiebigen Produktionsfaktoren aber kommen sie lediglich als schwach begründete und verteidigte, einseitige Einrichtungen in Betracht.

Im englischen Mutterlande war man bestrebt, die konkreten Fälle der kollektiven Arbeitsstreitfragen auf gesellschaftlichem Wege zu regeln. Überdies liegt die Art der Erledigung durch Schiedsgerichte und im Ausgleichswege weit stärker in der Geistesrichtung der englischen Gesellschaft verankert als wo immer anders. Hauptsächlich gilt dies für die Praxis der Industrie und des Handels. Es ist daher begreiflich, daß man die schwerfällige berufsrichterliche Rechtshilfe in solchen Arbeitsstreiten nach Möglichkeit zu vermeiden bestrebt war. Diese Bestrebung erfuhr eine Verstärkung durch den Mangel einer praktischen Sanktion gegenüber dem Arbeiter. Auch sah die liberale Auffassung, dem öffentlichen Geiste der damaligen Zeit entsprechend, in den kollektiven Arbeitseinstellungen nichts weiter als die Ausübung des Rechtes zum Arbeiten oder Nichtarbeiten und dachte nur im Falle von Ruhestörung oder Schadenanrichtung an strafgerichtliche Ahndung.

Die aus paritätischen Ausschüssen gebildeten, nach Mundella und Kettle benannten Schlichtungs- und Schiedsgerichte wurden zu Schulbeispielen der auf privatem Wege zusammengestellten Ausgleichsorgane. Das System Kettle legte das Hauptgewicht auf die Entscheidung der Streite, das System Mundella hingegen auf die friedliche Einigung der Parteien. Leichtbegreiflicherweise erwies sich unter den englischen Verhältnissen das hauptsächlich auf Schlichtung abzielende System Mundellas schon infolge des schwachen Unterbaues der an die Entscheidung sich knüpfenden Richtersprüche als praktisch verwendbarer. Später zeigte sich auch der Staat bestrebt, das Schlichtungswesen durch eine amtliche Organisation zu fördern. Es geschah mit dem *Conciliation Act* vom

Jahre 1896, wonach der *Board of Trade* auf Verlangen der Parteien einen Schiedsrichter oder Schlichter, bzw. eine Schlichtungskommission zur Verfügung stellt. Der *Industrial Courts Act* vom Jahre 1919 hinwieder zieht aus den Bedürfnissen der großen Lohnkämpfe die Folgen, indem er die Errichtung einer größeren Zahl von Untersuchungskommissionen durch den Arbeitsminister, zum Zwecke gründlicherer Feststellung der Übelstände anordnet.

Während des Weltkrieges kamen Schlichtungskommissionen und andere ähnliche Einrichtungen verschiedenen Umfanges und Typs zur Verhinderung von Streiks und zur Erledigung von Kollektivstreiten zustande. Durch das Kriegsmunitionsgesetz vom Jahre 1915 (*Munition of War Act*) wird in den wichtigeren Kriegsindustriezweigen der Streik verboten. Infolge der nach dem Kriege einsetzenden großen Bergwerksstreiks wurden wieder verschiedene Anstalten zu Schlichtungs- und Lohnfeststellungszwecken ins Leben gerufen.

Die englischen Schlichtungs- und Schiedsorgane sind also recht abwechslungsreich. Es stehen stets mehrere Paralleleinrichtungen zur Verfügung und können nach Bedarf in Anspruch genommen werden. Die Gesetze vom Jahre 1896 und 1919 sorgen auch für ständige Amtshilfeleistung. Auf Grund des 1919er *Industrial Courts Act* wurden Gewerberäte (*Industrial Councils*) errichtet. Ihre Organisation erfolgt auf Grund der von den Interessenvertretungen vorgelegten Namenslisten durch den Arbeitsminister. Im Sinne desselben Gesetzes stehen die paritätische Schiedskommission, sowie der zur Entscheidung berufene *Court of Arbitration* und außerdem — je nach dem Wechsel der Umstände und Ereignisse — mehrere andere, bald auftauchende, bald wieder verschwindende Schiedseinrichtungen zur Verfügung.

Allesamt aber haben sie die charakteristische Eigenschaft, daß sie nur auf Grund vorhergehenden Übereinkommens der Parteien in Anspruch genommen werden, oder vielmehr, daß sie eigentlich nur im Falle beiderseitiger Übereinkunft ihre Wirksamkeit entfalten können. Auch die *Arbitration* genannte Schiedsgerichtsbarkeit bietet keinerlei mit unbedingten Sanktionen versehenes ordentliches Gerichtsurteil oder regelrechte Rechtshilfe, sondern bloß eine mit recht problematischen Garantien notdürftig unterstützte Hilfeleistung. Alles in allem sind — wie schon erwähnt — die Abhängigkeit vom vorhergehenden Einverständnis der Parteien und die schwache Sanktion die hervorstechenden Merkmale der englischen Schlichtungs- und Schiedsgerichtsbarkeit auf dem Gebiete der kollektiven Arbeitsstreite.

Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Englands haben somit recht mannigfaltige Einrichtungen solcher Art hervorgebracht, doch sind sie, obschon sie auch manch gutes leisteten und noch leisten, bei weitem nicht hinreichend wirksam, um bei lebenswichtigen Entscheidungen dem Massendrucke standzuhalten und angesichts der Unterwühlungs- und

Sprengbestrebungen des Klassenkampfes und der Revolution irgendeine zureichende Gewähr zur Erhaltung des sozialen Friedens bieten zu können.

4. In Frankreich verfügt das Gesetz vom 21. Juni 1924 (II. Teil) über Schlichtungsverfahren und Schiedsgerichtsbarkeit. Unternehmer und Arbeiter, bzw. Angestellte können die strittigen Fragen bezüglich der Arbeitsbedingungen in Kollektivstreitangelegenheiten einem Schlichtungsausschuß (*Comité de conciliation*) und, falls dort kein Einvernehmen erzielt wird, dem Schiedsrat (*Conseil d'arbitrage*) in gesetzlich vorgeschriebener Weise unterbreiten.

Auch beim französischen System gilt es somit als charakteristische Grundbedingung, daß sowohl das Schlichtungs-, als auch das Schiedsverfahren nur dann am Platze ist, wenn sich demselben beide Parteien vorher unterwerfen. Schon die Einleitung des Verfahrens ist — mit Ausnahme von Streikfällen — dem Willen der Parteien überlassen. Die Partei hat sich nämlich wegen Einleitung des Verfahrens an den Friedensrichter (*juges de paix*) zu wenden. Dieser verständigt und befragt hierauf die andere Partei und wenn diese mit der Einleitung des Verfahrens einverstanden ist, machen beide Parteien je eine Person namhaft, die sie ihrerseits in den Schlichtungsausschuß entsenden. Dann fordert der Friedensrichter die von den Parteien entsendeten Personen zur Errichtung des Schlichtungsausschusses auf. Kommt die Vereinbarung zustande, so nimmt der Friedensrichter hierüber ein Protokoll auf. Gibt es keine Vereinbarung, so fordert der Friedensrichter die Parteien auf, entweder einen gemeinsamen, oder beiderseits je einen oder auch mehrere Schiedsrichter zur Entscheidung der Angelegenheit namhaft zu machen. Sind die Parteien damit einverstanden, so tritt das Schiedsgericht zusammen. Können sich die Schiedsrichter über die Entscheidung der Angelegenheit oder über die Person eines neuen Schiedsrichters, der mit seiner Stimme den obwaltenden Streit zu entscheiden berufen ist (*arbitre départiteur*), nicht einigen, so wird dieser ihnen vorgesetzte Schiedsrichter vom Präsidenten des zuständigen Gerichtshofes ernannt. Der erbrachte Beschluß ist dem Friedensrichter vorzulegen.

Im Streikfalle fordert der Friedensrichter die Parteien zur Einleitung des Verfahrens binnen drei Tagen auf. Das Ansuchen um die Einleitung des Schlichtungs- und Schiedsverfahrens, bzw. der entsprechende Aufruf, desgleichen die zustimmende oder abweisende Antwort der Parteien und die erbrachten Beschlüsse sind durch amtliche Maueranschläge zu verlautbaren.

Wie aus der vorstehenden kurzgefaßten Schilderung des Verfahrens ersichtlich, ist das französische Schlichtungs- und Schiedsverfahren rein fakultativen Charakters. Hinsichtlich der Sanktion der erbrachten Beschlüsse enthält das Gesetz auch keinerlei andere Bestimmung, als daß die Beschlüsse dem Friedensrichter amtlich zu übergeben sind. Die Frage der Vollzugssanktion ist also den allgemeinen Rechtsgrundsätzen über-

lassen, womit gleichzeitig die Frage vermieden wird, inwieferne die Vollziehbarkeit der in den Kollektivangelegenheiten zustande gekommenen Vereinbarungen oder Entscheidungen auf Grund der allgemeinen Rechtsgrundsätze und der allgemeinen Praxis mit Sanktionen versehen werden können. Die französische Regelung der Schlichtungs- und Schiedsangelegenheiten ist demnach alles eher, denn eine sichere und wirksame Rechtshilfe in kollektiven Arbeitsstreiten.

5. Der Zweck des deutschen Schlichtungsverfahrens ist — wie es in der auf Grund der Ermächtigung des Gesetzes vom 13. Oktober 1923 erlassenen Verordnung vom 29. Dezember desselben Jahres heißt — die Hilfeleistung bei Abschluß von Gesamtvereinbarungen unter Ausschluß von Einzelstreitigkeiten.²⁾ Unter Gesamtvereinbarungen sind die Vereinbarungen zwischen Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu verstehen. Vor dem Kriege standen in Deutschland zahlreiche derartige, teils auf Kollektivtarifen, teils auf gesetzlichen Bestimmungen beruhende Schlichtungsorgane in Wirksamkeit. In den Aufgabenkreis der Gewerbe-, Handels- und Bergwerksgerichte usw. gehörte insbesondere die Schlichtung. Während des Krieges wurden auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zahlreiche Schlichtungsausschüsse errichtet. Nach dem Kriege wurde das Schlichtungsverfahren mit Verordnung vom 23. Dezember 1918 neuregelt. Die einheitliche Regelung wurde nach langjährigem Hin und Her durch die auf Grund der schon erwähnten gesetzlichen Ermächtigung vom Jahre 1923 erlassene Verordnung verwirklicht. Die Beaufsichtigung des Schlichtungswesens obliegt dem staatlichen Arbeitsministerium, die Schlichtung selbst wird in erster Reihe von den in den Tarifverträgen festgesetzten Schlichtungsstellen bzw. Ausschüssen besorgt. In Ermangelung oder im Falle des Nichtfunktionierens solcher Schlichtungsstellen obliegt diese Aufgabe den staatlichen Schlichtungsausschüssen, sowie den als Reichsbehörden tätigen einzelnen Schlichtern, die ihr Amt unter Beiziehung je zweier Beisitzer aus dem Lager der Arbeiter und der Arbeitgeber in einer fünfgliedrigen Schlichtungskammer versehen. Die Landesschlichtungsausschüsse haben gleichfalls derartige Schlichtungskammern zu bilden.

Die Bestimmung der deutschen Schlichtung ist auf das Zustandekommen von Einigungen gerichtet. Ein Schiedsspruch ist abzugeben, wenn eine Einigung nicht zustande kommt. Seinem Wesen nach ist aber dieser Schiedsspruch ein bloßer Vorschlag für den Abschluß einer Gesamtvereinbarung, der für die Parteien nicht verpflichtend ist. Wenn also die Parteien den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, bzw. den darin enthaltenen Tarifvertragsentwurf nicht annehmen, so erlischt dessen Gültigkeit. Die Parteien können auch bereits im voraus einen Schiedsvertrag schließen, demzufolge sie sich im vorhinein zur Annahme des Schiedsspruches verpflichten. In solchem Falle tritt der Schiedsspruch

²⁾ Kaskel: Arbeitsrecht. Berlin, 1928. S. 350ff.

rechtlich in Gültigkeit, jedoch auch da nicht kraft des Gesetzes, sondern zufolge des im vorhinein kundgegebenen vertragsmäßigen Willens der Parteien. Die Reichsschlichter, bzw. der Reichsarbeitsminister kann bei Tarifvertragsangelegenheiten in manchem Falle auch den von beiden Parteien nicht angenommenen Schiedsspruch mit bindender Kraft versehen (Verbindlichkeitserklärung), wenn dies „bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist“.³⁾ In diesem Falle tritt also an Stelle des alten Tarifvertrages ein neuer Zwangstarifvertrag.

Das deutsche System kennt somit keinen bindenden richterlichen Schiedsspruch und die Parteien können einen solchen auch nicht beanspruchen. Nur in Fällen, in denen es aus sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erforderlich ist, hat die Behörde das Recht der bindenden Schiedsgerichtsbarkeit. Der Begriff des „Erforderlichen“ schließt auch den Begriff der Unsicherheit in sich. Durch die betreffende Bestimmung gesteht nämlich der Staat sozusagen von vornherein seine Schwäche ein, indem er ja den verpflichtenden Schiedsspruch sicher nicht als erforderlich halten wird, sobald er fühlt, daß er zu dessen Gewährleistung nicht die Kraft besitzt. Folglich wird er sich nur einen solchen Schiedsspruch zu fällen getrauen, von dem er voraussetzt, daß selber den Parteien gegenüber auch zu gewährleisten sein wird. Im deutschen Schlichtungswesen steht also der Staat nicht als eine Obrigkeit da, die ihren Willen und ihre rechtliche Überzeugung mit wirksamem Urteile durchzusetzen imstande ist; er ist vielmehr bloß eine Art schüchterne Oberbehörde, die stets darauf bedacht sein muß, nur dann einen bindenden Schiedsspruch abzugeben, wenn Aussicht vorhanden ist, daß dessen Sanktionskonjunkturen günstig sind.

6. Das italienische Gesetz vom 3. April 1926 und dessen königliche Vollzugsverordnung vom 1. Juli d. J. setzt — im Gegensatz zu dem vorhin Erörterten — das Recht der Kollektivverträge in ganz entschiedenen Richtlinien fest und versieht es auch mit bündigen Sanktionen. Der Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses, mit dem die Einzelbestimmungen in Einklang gebracht und dem sie mit nicht in Zweifel zu ziehenden rechtlichen Sanktionen untergeordnet sind, ist zugleich der Gesichtspunkt der Ergiebigkeit und Beständigkeit der Produktion.

Das Grundprinzip des Gesetzes ist, daß die Gültigkeit der durch die anerkannten Vereinigungen der Arbeiter und Unternehmer geschlossenen Kollektivverträge auf alle Unternehmer, Arbeiter usw. der betreffenden Kategorie sich erstreckt, als deren Vertreter die betreffenden Vereinigungen im Sinne des Gesetzes zu gelten haben. Desgleichen haben auch die von den einzelnen Hauptverbänden geschlossenen Kollektivverträge für alle

³⁾ Kaskel ebendasselbst, S. 369.

ihnen zugehörigen Vereinigungen Gültigkeit. Die Vollzugsverordnung spricht demzufolge aus, daß in den einzelnen Kollektivverträgen jene Unternehmungen und jenes Gebiet, auf die und auf den sich der Vertragsschluß bezieht, klar und deutlich zu bezeichnen sind, weil ohne diese Bezeichnung der Vertrag als für sämtliche gültig zu betrachten ist. Kollektivverträge, die von gesetzlich nicht anerkannten Vereinigungen geschlossen wurden, haben keinerlei Rechtsgültigkeit.

In den Kollektivverträgen ist auch die Zeitdauer ihrer Gültigkeit schriftlich und genau festzulegen. Wird der Vertrag zwei Monate vor seinem Ablauf von einer Partei nicht gekündigt, so verlängert sich automatisch seine Gültigkeit.

Die Organisationen höheren Grades, d. i. die Föderationen und Konföderationen können anordnen, daß die kollektiven Arbeitsverträge der ihnen zugehörigen Einzelorganisationen vorhergehender Genehmigung bedürfen. In diesem Falle haben nur die von den höheren Organisationen genehmigten Tarifverträge Gültigkeit.

Auch die einzelnen Lohnverträge der unter die Wirksamkeit der Tarifverträge fallenden Arbeitgeber und Arbeiter müssen den Bestimmungen der Tarifverträge entsprechen. Sofern sich der Inhalt dieser Privatverträge von den Tarifverträgen unterscheidet, sind die Bestimmungen der bestehenden Tarifverträge maßgebend, ausgenommen den Fall, daß der Privatvertrag für die Arbeiter günstiger wäre.

Jeder Kollektivvertrag ist schriftlich abzuschließen, regelrecht zu verlautbaren und bei der hierfür bestimmten Behörde zu hinterlegen. Ohne Einhaltung dieser Vorschriften sind weder die Kollektivverträge, noch die in kollektiven Arbeitsstreiten erbrachten Beschlüsse gültig.

Die tarifvertragsschließenden Organisationen sind für die aus diesen Verträgen entstehenden Verpflichtungen, Schäden, bzw. für die Nichteinhaltung der Verpflichtungen verantwortlich. Auch sind sie verantwortlich, wenn sie ihren Mitgliedern gegenüber nicht alles, was in ihrer Macht steht, getan haben, um diese zur Einhaltung ihrer vertragsmäßigen Vollzugspflichten zu veranlassen. Zu diesem Zwecke sind die Organisationen verpflichtet, ihre satzungsmäßige Disziplinargewalt den Mitgliedern gegenüber in Anspruch zu nehmen. Mit all diesen Bestimmungen ist das italienische Arbeitsrecht den festen Arbeitswillen und die vertragsmäßige Pflichterfüllung zu gewährleisten bestrebt.

Die korporativen Hauptorgane (wobei unter Korporationen jene gemeinsamen Verbindungsorgane der Unternehmer, Arbeiter usw. verstanden werden, die keine juristischen Personen, sondern staatliche Verwaltungsorgane sind) haben hinsichtlich der ihnen unterstehenden Unternehmer und Arbeitergewerkschaften und Vereinigungen das Recht, in kollektiven Arbeitsangelegenheiten Satzungen (Statuten) zu erlassen. Diese haben die Kraft von Tarifverträgen und ersetzen, bzw. vertreten die Bestimmungen der Tarifverträge. Ihnen widersprechende Tarif-

vertragsbestimmungen sind ungültig. Um aber zur Schaffung solcher Satzungen allgemeinen Charakters berechtigt zu sein, ist es erforderlich, daß die Korporationen hiezu von allen durch sie verbundenen Assoziationen höheren Grades (Interessenorganisationen der Arbeiter bzw. Unternehmer) ermächtigt seien.

Außerdem stellt die königliche Vollzugsverordnung hinsichtlich der kollektiven Arbeitsverträge noch fest, daß, sofern das Gesetz vom 3. April 1926 nicht anders verfügt, immer das gemeine Recht anzuwenden sei, womit auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse nur wieder die Herrschaft der Rechtsordnung gestärkt wird. Den Gegensatz hiezu sehen wir in so manchen Staaten, wo man durch Lockerung der Bestimmungen des gemeinen Rechtes das neue Arbeitsrecht aus revolutionären Grundsätzen für den Klassenkampf ausbaut.

Das italienische Gesetz überläßt also die Schlichtung der kollektiven Arbeitsstreite nicht — anstatt sanktionierter Rechtsprüche mit halbem Wirkungskreis — schüchtern hilfeleistenden gelegentlich geschaffenen Korporationen, sondern den ordentlichen königlichen Gerichten. Die kollektiven Arbeitsbeziehungen betreffenden Streite gehören, gleichviel ob sie sich auf Tarifverträge oder auf die Feststellung künftiger Arbeitsbedingungen beziehen, in den Wirkungskreis der Berufungsgerichte, die in solchen Fällen gleichzeitig als Arbeitsgerichte tätig sind.

Diese Arbeitsgerichte erbringen allgemein bindende, sanktionierte Urteile. Vorher jedoch hat der Vorsitzende des Obergerichtes pflichtgemäß die Einigung zu versuchen.

Im übrigen sind die Parteien berechtigt, auch das in der italienischen Zivilprozeßordnung geregelte Schiedsgerichtsverfahren in Anspruch zu nehmen. Für die kollektiven Arbeitsstreite jedoch bestimmt das Gesetz vom Jahre 1926 ein Forum, an das sich der hiezu berufene wann immer behufs sanktionierter Urteilsfällung wenden kann, ohne daß er — wie nach den Arbeitsrechten anderer Länder — gezwungen wäre, sich vorher mit der Gegenpartei darüber zu einigen, ob der Streit vor ein Schiedsgericht oder eine Kommission mit beschränktem Wirkungskreis gebracht werden solle.

Hinsichtlich der einzelnen Lohnstreite wird der Wirkungskreis der Räte der *Probivivi*, sowie der Landesschiedsausschüsse durch die Reform nicht berührt; sie bestimmt bloß das Berufungsrecht gegenüber deren Beschlüssen an die erwähnten Obergerichte. Das Arbeitsgericht besteht aus drei Mitgliedern des Obergerichtes, denen zwei fachbewanderte Bürger als sachverständige Räte beigegeben sind. Diese Beisitzer werden aus der Namensliste des Unternehmer- und Arbeiterinteressentums vom Vorsitzenden des Gerichtshofes berufen, der außerdem auch zur Beiziehung ständiger Sachverständiger berechtigt ist. Die sachverständigen Beisitzenden müssen moralisch und politisch einwandfreie, italienische Staatsbürger sein, die das fünfundzwanzigste Lebensjahr

erreicht und eine Universität oder eine Hochschule ähnlichen Grades absolviert haben. Das als Arbeitsgericht tätige Obergericht wendet, wenn es sich um Anwendung und Vollzug schon bestehender Arbeitsverträge handelt, die geltenden gesetzlichen Bestimmungen an, ist aber die Feststellung neuer Arbeitsbedingungen erforderlich, so hat es unter Beachtung der gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitern derart vorzugehen, wie es der Schutz der höheren Produktionsinteressen erfordert.

Die zeitliche Gültigkeitsdauer der neuen Arbeitsbedingungen ist jeweilig festzusetzen. Gegen die Beschlüsse steht das in der Zivilprozeßordnung festgesetzte Rechtsmittel der Berufung an den Kassationshof offen. Die Vorschriften des Verfahrens sind jene des Zivilprozeßverfahrens, an denen in Arbeitsangelegenheiten laut Vollzugsverordnung gewisse Vereinfachungen Platz greifen können, damit die Angelegenheiten möglichst glatt und rasch zur Entscheidung gelangen.

In Angelegenheiten, die sich aus kollektiven Arbeitsstreiten ergeben, steht das Recht der Einleitung des Verfahrens ausschließlich den gesetzlich anerkannten Organisationen (Assoziationen, Föderationen, Konföderationen) zu. Ebenso kann dieses Verfahren gegen die gesetzlich anerkannten Organisationen gerichtet werden. Ist aber die Gegenpartei keine gesetzlich anerkannte Organisation, so bestellt der Vorsitzende des Obergerichtes für sie einen Kurator und ist dann das Verfahren gegen diesen Kurator einzuleiten. Im Falle des Kuratorenverfahrens können die interessierten (durch den Kurator vertretenen) Personen nach Belieben auch persönlich vor Gericht erscheinen.

Ist die an dem Kollektivstreit interessierte Unternehmer- oder Arbeiterorganisation Mitglied einer höheren Organisation (Föderation, Konföderation), so ist sie zur Einleitung des Verfahrens nur dann berechtigt, wenn sie nachweist, daß die betreffende höhere Organisation oder Korporation vorher die Erledigung der Angelegenheit durch friedliche Einigung versucht hat, dies aber nicht gelungen ist. Durch diese Schlichtungskompetenz der Föderationen, Konföderationen und zentralen Verbindungsorgane der gegensätzlichen Interessenvertretungen (Korporationen) wird bezweckt, daß die einzelnen Berufsorganisationen das richterliche Verfahren nicht allzu häufig in Anspruch nehmen. Der richterliche Schiedsspruch hat somit als eine *ultima ratio* zu gelten, die erst nach kluger Erwägung in Anspruch zu nehmen ist. Dann aber hat sie eine für jedermann gewährleistete Rechtsprechung von wirksamer Kraft zu sein.⁴⁾

Die gesetzlich anerkannten Vereinigungen (Assoziationen) — aber nur diese — vertreten sämtliche Arbeiter und Unternehmer des Faches auch vor Gericht. Die gefällten Beschlüsse sind amtlich zu verlautbaren.

Alle Arbeitgeber und Arbeiter, die sich weigern, die Beschlüsse des Arbeitsgerichtes durchzuführen, bzw. die aus den Kollektivverträgen sich

⁴⁾ Senatsbericht zur Vorlage. *La réforme syndicale en Italie*. Roma, 1926. Impr. Ch. Colombo. S. 171.

ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen, sind mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit einer Geldbuße von 1000 bis 5000 Lira zu bestrafen. Außerdem bleiben ihnen gegenüber auch ihre zivilrechtlich bestehenden Verpflichtungen in voller Gültigkeit. Die Strafe der führenden und maßgebenden Personen beträgt das Doppelte. Fällt ihnen aber die Hervorbringung eines Streiks oder einer Aussperrung zur Last, so sind gegen sie die auf die Delikthäufung bezüglichen Bestimmungen des Strafgesetzes anzuwenden.

Im öffentlichen Interesse kann auch das zuständige Ministerium das Verfahren vor dem Arbeitsgerichte einleiten. Der in kollektiven Arbeitsangelegenheiten erbrachte Gerichtsbeschuß übt rechtlich in jeder Hinsicht die Wirkung von Kollektivverträgen aus und ist gleich letzteren öffentlich zu verlautbaren. Gegen die Urteile des Gerichtes kann in den laut Zivilprozeßordnung hierauf bezüglichen Fällen innerhalb fünfzehn Tagen um Revokation angesucht werden, wogegen — gleichfalls auf Grund der Zivilprozeßordnung — das Revisions- und Kassationsverfahren zulässig ist. Der Justizminister kann unter Wahrung der einheitlichen Rechtsprechung im Gerichtsverfahren den beim Kassationsgericht tätigen Staatsanwalt (*procuratore generale*) beauftragen, bei den Berufungsgerichten in kollektiven Arbeitsstreitangelegenheiten mit dem Korporationsminister einheitlich vorzugehen. Auch damit soll in verstärktem Maße der unter die Sanktionen der ordentlichen Gerichte gestellte Charakter der kollektiven Arbeitsstreite zum Ausdruck gebracht werden.

Die Einrichtung der staatlichen Arbeitsgerichte fließt — wie es im Senatsberichte heißt⁵⁾ — aus der grundlegenden Gesinnung des Gesetzes. Verbietet der Staat die Selbsthilfe der Gesellschaftsklassen und Produktionskategorien, und will er anderseits nicht untätiger Zuschauer der wirtschaftlichen Konflikte sein, so ist es anderseits auch seine moralische und politische Pflicht, für diese Konflikte eine ständige Gerichtsbarkeit zu schaffen, bei der der Staat als Vertreter des öffentlichen Interesses und der Gemeinschaftsinteressen die Rechtsprechung selbst besorgt.

7. Wenn wir die Natur der Tarifverträge insbesondere hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Wirkung ins Auge fassen, darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich diese Wirkung vor allem in zweifacher Richtung zeigt. Die Tarifverträge sind nämlich nicht allein auf das Los der Arbeiterschaft, sondern auch auf die Lage und Ergiebigkeit der Produktion von bedeutendem Einfluß. Darum fragt es sich vom allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen, wie auch vom produktionspolitischen Gesichtspunkte in bezug auf den Inhalt der Tarifverträge: Wie gestaltet sich dieser Inhalt? Was für eine Entwicklungstendenz zeigt er auf wirtschaftlichem, klassenpolitischem, ja sogar auf ethischem Gebiete? Wir bekennen uns mit

⁵⁾ Eben daselbst, S. 167.

aller Bestimmtheit zu der Ansicht und betonen sie hier zu wiederholtem Male, daß die massenpsychologischen Beziehungen der Arbeitsethik, des Arbeitsberufes, die sich in den durch die Tarifverträge erreichten Inhalts-, Verfügungs- und Bedingungserfolgen widerspiegeln, nicht nur vom Gesichtspunkte der Stabilität des gesellschaftlichen Friedens und der gesellschaftlichen Ordnung, sondern auch im Hinblick auf die Ergiebigkeit der Produktion und auf die Herbeischaffung der sozialen Güterdeckung für die Massenansprüche von hervorragender, ausschlaggebender Wichtigkeit sind.

Aus dem Inhalt der Tarifverträge ergibt sich gleichzeitig a) der richtunggebende Typ für die Lohngestaltung, was anderseits von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung der Produktionskosten ist; b) zeigt der Inhalt der Tarifverträge die praktische Gestaltung der um die Arbeit sich drehenden Obligationsrechte und c) ist sie auch die materielle Bürgschaft der Produktionsergiebigkeit oder aber das Gegenteil dieser Bürgschaft.

Des weiteren wirft sich bei den Tarifverträgen die Frage der Sanktionen auf. Von diesen wird es vielleicht in erster, keinesfalls aber in letzter Reihe abhängen, ob sich die Gestaltung der Tarifverträge und des auf sie aufgebauten Arbeitsrechtes zum zuverlässigen Bollwerk der ungestörten Beständigkeit, Ergiebigkeit der Produktion und noch zahlreicher anderer wirtschaftlicher und sozialer, ja sogar kultureller Interessen eignet, oder ob sie die mit der ethischen, wirtschaftlichen und technischen Mühewaltung vieler Generationen aufgebauten Ergebnisse untergräbt und so zu einem Faktor der sozialrevolutionären Zermürbung wird.

Was ist die Sanktion der in den Tarifverträgen enthaltenen Verpflichtungen? Am praktischesten läßt sich diese Frage beantworten, wenn wir zusehen, was geschieht, falls eine Partei — insbesondere aber die vom Standpunkte der Massengewalt stärkere Partei, also die Arbeiterschaft — die Kollektiv- (Tarif-)Verträge nicht einhalten oder sie abändern will.

Es mag geschehen, daß die Parteien an Stelle des alten Kollektivvertrages mit einhelligem Willen, in friedlicher Vereinbarung, ohne Unterbrechung der Arbeit einen neuen Vertrag schließen.

Das wäre der vom Gesichtspunkte der Rechtsordnung nicht zu bemängelnde, mit Vermeidung gewalttätiger Erschütterungen und aller damit verbundenen Verluste erreichte Zustand der friedlichen Produktionsentwicklung. Auch in diesem Falle aber wirft sich hinsichtlich der künftigen Gestaltung die Hauptfrage auf, welchen Inhalts und welcher Natur der an Stelle des alten tretende neue Tarifvertrag sei. Und zwar mit Rücksicht auf a) die Arbeiterschaft, b) den Unternehmer, c) die Öffentlichkeit, und hier in erster Reihe auf die Interessen der sozialen Produktionsergiebigkeit. Auf welche Weise nämlich sichert der Tarifvertrag die Gesichtspunkte der Arbeitslohn- und der Unternehmergewinnquote und der Produktionsergiebigkeit?

Streik und Aussperrung sind die anderen Möglichkeiten. Wegen Nichteinhaltung des Tarifvertrages oder zur Erzwingung neuer Lohnbedingungen ergeben sich diese Formen der Lohnkämpfe, durch die alle Beständigkeit der Produktion über den Haufen geworfen und die regelrechte Einhaltung der Kollektivvertragsbedingungen tatsächlich unterbrochen werden.

Die Folge von Streik und Aussperrung hinwieder kann sein: a) die Erzwingung der vertragsmäßigen Pflichterfüllung, also des ursprünglichen Vertrages durch tatsächliche und erfolgreiche Sanktionierung dieser Pflichterfüllung, bzw. durch Ahndung der Pflichtverletzung, sei es auf Grund des Vertrages oder der gesetzlichen Bestimmungen; b) Einleitung des Einigungsverfahrens, dessen Erfolg da sein kann: 1. das Zustandekommen eines neuen Tarifvertrages durch Vereinbarung, 2. im Nichteinigungsfall obligatorischer Schiedsspruch oder 3. weiterer Stillstand der Produktion, also Chaos, revolutionäres Negativum mit Umsturz der Rechtsgrundlage und der Ordnung der Obligationsrechte.

Die wirksame Rechtsordnung, d. i. eine solche, die eine rechtswidrige Verletzung und Nichteinhaltung der übernommenen Verpflichtungen nicht duldet, verschafft sich nicht bloß einzelnen, sondern auch Massen gegenüber Geltung. Sie weiß sich also auch hinsichtlich der Tarifverträge durchzusetzen und bietet auch in dieser Beziehung rechtliche Gewähr. Eine der vornehmsten Aufgaben dieser wirksamen Rechtsordnung ist der Schutz und die Sicherung der großen Gesellschaftsinteressen und darunter der Produktionsergiebigkeit.

Den Interessen der ergiebigen Produktion und der wirksamen Rechtsordnung entspricht also der Zustand, bei dem die Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) in gemeinsamer Vereinbarung und ohne Verletzung der Beständigkeit der Produktion die Kollektivverträge erneuern und solange die Vereinbarung nicht erfolgt ist, die Einigungsverhandlungen ohne Unterbrechung der Produktion fortführen, falls aber die Parteien zu keiner Einigung gelangen, dann a) verbleibt entweder der alte Zustand, d. i. der alte Tarifvertrag und es wird weitergearbeitet, oder b) die Entscheidung erfolgt auf Verlangen einer bzw. beider Parteien im Rahmen eines mit gerichtlichen Garantien umgebenen Verfahrens und das neue Arbeitsverhältnis wird mit all seinen Bedingungen gerichtlich festgesetzt. Die gewalttätige Unterbrechung der Produktion durch Streik oder Aussperrung aber entspricht weder den Erfordernissen der ergiebigen Produktion, noch jenen der wirksamen Rechtsordnung.

Das individuelle Recht, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten ist ein unzweifelhaftes Erfordernis der persönlichen Freiheit (abgesehen von Pflichtverletzungen in gewissen Fällen). Mit diesem persönlichen Freiheitsrechte nicht zu verwechseln sind aber die Gesichtspunkte der kollektiven Arbeitsniederlegung, denn hier werden die Handlungen der Nichterneuerung des Vertrages, des Vertragsbruches, der Nichtaufnahme der Arbeit usw.,

von der einen Seite durch eine lenkende Führerschaft organisiert. Hier tritt also ein neuer Faktor dazwischen; dieser hat zur Folge, daß der Einzelwille zum Arbeiten oder Nichtarbeiten gegenüber der kollektiven Lenkung der Arbeit oder Nichtarbeit zum überwundenen Standpunkt wird.

Eine wirksame, die großen Interessen der Gesellschaft vor Augen haltende und über hinreichende Gewähr verfügende Rechtsordnung erfordert somit, daß die Beständigkeit und nachhaltige Ergiebigkeit der Produktion keinen Abbruch erleide, die aus Gründen der Klassenkämpfe, bzw. Arbeitskämpfe von welcher Seite veranlaßt Arbeitsniederlegung also die Produktion nicht unterbreche, andererseits aber billige Arbeitsbedingungen festgestellt bzw. wiederhergestellt würden.

Im Sinne dieser Auffassung ist es also kein Erfordernis der wirksamen Rechtsordnung, daß beispielsweise die Arbeiterschaft ihre Lebens- und Erwerbsbedingungen nach Sklavenart nicht verbessern und nicht entwickeln dürfe; die richtige Rechtsordnung erfordert bloß, daß die Verbesserung dieser Bedingungen rechtsordnungsgemäß, unter Wahrung der Beständigkeit und Ergiebigkeit der Produktion vor sich gehe.

Insofern also hinsichtlich der neuen Arbeitsbedingungen keine Vereinbarung zustande kommt, möge sowohl der Arbeiterschaft, als auch dem Unternehmer die Möglichkeit der mit Sanktionen umgebenen richterlichen Entscheidung offenstehen, und zwar, je nachdem, als die eine oder die andere Partei im Recht ist und auf Billigkeit Anspruch erhoben werden kann.

Demgegenüber ist es ein verderblicher, kranker Gesellschaftszustand, wenn Streik und Arbeit zwischen den Zufälligkeiten des Klassenkampfes umherschwanke, so daß die Tarifverträge eine Zeitlang beachtet, dann aber unter irgendeinem Vorwand beiseitegeschoben werden, worauf neuerdings Streik und Aussperrung folgt, bis wieder ein neuer Tarifvertrag geschlossen wird, der abermals nur bis zum nächsten Streik ausreicht usw.

Dieser Zustand mag vielleicht der Gesinnung einer krankhaften „Krisentheorie“ und ihren gleichfalls in krankhafter oder zynischer Weise aufgestellten „Gesetzmäßigkeiten“ entsprechen, — keineswegs aber ist es der Zustand eines gesunden Prozesses des Wirtschaftslebens, bzw. einer Beständigkeit der Produktion, sondern bestenfalls ein Kontinuitätszustand des Klassenkampfes, dessen Waffenstillstände gewissermaßen die Tarifverträge darstellen, jedoch so, daß auch diese nicht pünktlich eingehalten werden. Ein derartiger Zustand läßt unfehlbar auf die Unwirksamkeit der Rechtsordnung und auf die Schwäche des Staates schließen. Die Heilmethode besteht da füglich vor allem in der Herstellung der wirksamen Rechtsordnung und ihrer Sanktionen, was nur im Wege einer gehörigen Organisation und eines kräftigen Zusammenschlusses der gesellschaftserhaltenden Elemente geschehen kann. Im Zustande des Klassenkampfes wird nämlich die unter dem suggestiven Einfluß der revolutionären Führer stehende Masse am ehesten die Kollektivverträge dann nicht einhalten

und dann fortwährend die Streikwege wandeln, wenn sie wahrnimmt und fühlt, daß auf der anderen Seite, d. i. in der Hand des Staates kein ausreichendes Maß solcher Kraft vorhanden ist; durch die Vertragsbrüche verhindert und die Einhaltung gewährleistet werden könnte, und wenn sie anderseits wahrnimmt und fühlt, daß die andere Partei nicht stark genug ist, sich der ewigen revolutionären Schritte, wie Selbsthilfe, Streik und so weiter zu erwehren, sich mit ihnen nicht abzufinden und ihnen nicht auf halbem Wege entgegenzukommen.

Macht dagegen dieselbe Masse die Erfahrung, daß die andere Partei die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Verpflichtungen zu verteidigen imstande ist und daß sie sich nicht stets vor neue, durch gewalttätige Selbsthilfe erzwungene Lagen stellen läßt, dann wird diese Masse in ihrem eigenen Interesse Vernunft annehmen und den Rahmen der Rechtsordnung nicht überschreiten.

Ein Gradmesser dieser wirksamen Rechtsordnung auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse ergibt sich aus der Beantwortung der Frage, ob der Staat bei Kollektivstreiten gegen welche der beiden Parteien immer mit sanktionierten Entscheidungsmethoden aufzutreten in der Lage ist.

Dort, wo sich die staatliche Entscheidung bloß als eine Art Anbot geltend macht oder wo sie nur von Fall zu Fall, bei sorgfältiger Erwägung der Umstände bindend gemacht werden kann (z. B. Verbindlichkeitserklärung), bedeutet dies schon an und für sich die Anerkennung der Schwäche des Staates und des Mangels an hinreichenden Sanktionen der staatlichen Willenskundgebung gegenüber den Massen und deren Selbsthilfe.

Die wohlgezimmerter Rechtsordnung gibt sich auch auf arbeitsrechtlichem Gebiet in sanktionierten richterlichen Entscheidungen kund, die klar und deutlich vorgeschriebene Verpflichtungen, ein gültiges Recht und bindende Lösungen beinhalten. Denn ganz allgemeinen und nach Gesichtspunkten, die auch die öffentlichen Interessen höherer Art zu erwägen in der Lage sind, ist eine ersprießliche und günstige sozialpolitische Entwicklung nur dort und nur dann denkbar, wo und wenn auch auf dem Gebiete der sozialpolitischen Probleme eine wirksame Rechtsordnung die Beständigkeit und Ergiebigkeit der Produktion und damit gleichzeitig die Möglichkeit zur folgerichtigen Herbeischaffung der sozialen Güterdeckung für die sich fortwährend steigenden Massenansprüche gewährleistet.



